

Universität
Rostock



Traditio et Innovatio



Arbeitsgruppe Politik und Wahlen
Mecklenburg-Vorpommern

Martin Koschkar/Jan Müller/Christian Nestler (Hrsg.)

Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2016 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler

Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung

Heft 36

Universität Rostock
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften
2016

HERAUSGEBER: Universität Rostock,
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften

REDAKTION: Prof. Dr. Yves Bizeul
Prof. Dr. Jörn Dosch
Prof. Dr. Nikolaus Werz

LEKTORAT UND
DRUCKVORLAGE: Martin Koschkar
Jan Müller
Christian Nestler



CIP-KURZTTITELAUFNahme: Martin Koschkar/Jan Müller/Christian Nestler: Die
Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2016 – Die
Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler.
– Rostock, Univ., Inst. für Politik- und Verwaltungswis-
senschaften, 2016. – 146 S. – (Rostocker Information zu
Politik und Verwaltung; 36)

Die auf den Seiten 137–138 verwendeten Abbildungen entstammen dem Fotoarchiv der AG mit
Einzelaufnahmen von Annett Freier, Tino Höfert, Martin Koschkar, Kalin Sebastian Kostadi-
nov, Jan Müller und Hannes Nadrowitz.

ISSN 0947-3025
ISBN 978-3-86009-463-1

©Universität Rostock, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, 18051 Rostock
Jede Form der Weitergabe oder Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Herausgebers.

BEZUGSMÖGLICHKEITEN: Universität Rostock
Universitätsbibliothek, Schriftentausch, 18051 Rostock
Tel.: +49-381-498-86 37
Fax: +49-381-498-86 32
E-Mail: maria.schumacher@uni-rostock.de

Universität Rostock
Wirtschaft- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften
Ulmenstr. 69, 18057 Rostock
Tel.: (0381) 498-44 44
Fax: (0381) 498-44 45

DRUCK: Druckerei Weidner GmbH, Rostock

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
----------------------	---

TEIL I: ÜBERBLICK

Martin Koschkear/Christian Nestler

Die Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern – ein Überblick	9
--	---

TEIL II: PARTEIENARTIKEL

Timm Flügge/Benjamin Hein/Jan Müller

Die SPD – „Damit Erwin Sellering Ministerpräsident bleibt“	31
---	----

Jan Müller/Jan Rohgalf

Die AfD – Protest oder Etablierung rechts der Mitte?	42
---	----

Philipp Huchel

Die CDU – Gefangen im Kanzlerinnendilemma	52
--	----

Michael Maser/Christopher Scheele

Die LINKE – „Aus Liebe zu M-V“	64
---	----

Florian Lemke/Kalin Sebastian Kostadinov

Bündnis 90/Die Grünen – „Zukunft im Kopf. MV im Herzen.“	75
---	----

Gudrun Heinrich

Die NPD – Eine Bewegungspartei verlässt die parlamentarische Bühne	84
---	----

Michèle Fischer/Daniel Möck

Die FDP – Den Einzug in den Landtag erneut verpasst 95

Daniel Möck/Christian Nestler

Die Kleinstparteien und Einzelbewerber 103

TEIL III: THEMATISCHE ASPEKTE UND ANHANG

Conchita Hübner-Oberndörfer/Christian Nestler

Frauen in der Politik – Die Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern 117

Johanna Düwel/Gunnar Meiselbach

Der ländliche Raum als Thema im Landtagswahlkampf 2016 124

Wordclouds der Programme 133

Impressionen des Wahlkampfes 137

Kartenanhang 139

Die Autorinnen und Autoren 143

Ausgaben der Reihe „Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung“ 145

Vorwort

Die Arbeitsgruppe „Politik und Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern“ legt mit dieser Studie indirekt eine Jubiläumsschrift vor. Im Jahr 2001 am Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften gegründet, verfolgt die Forschungsgruppe nunmehr im 15. Jahr ihres Bestehens aus wissenschaftlicher Perspektive das politische Geschehen im Nordosten. Zahlreiche Publikationen wurden seither vorgelegt, welche in erster Linie die Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern analysieren und dokumentieren. Diese Tradition möchte der vorliegende Band fortsetzen. Insbesondere die Ergebnisse der Studie von 2011 zur sechsten Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und die Analysen des 2013 erschienen Bandes „Politik in Mecklenburg-Vorpommern“ sollen dadurch weitergeführt und vergleichbar werden. Um dies zu leisten, folgt diese Publikation dem Aufbau der letzten Landtagswahlstudie und ist dafür in drei Teile gegliedert.

Der umfangliche Beitrag des ersten Teils liefert einen Überblick über die Entwicklungen des Wahljahres und das Wahlergebnis. Er bildet die Grundlage des zweiten Teils, in welchem die einzelnen Parteien nach Ausgangslage, Wahlkampf und Wahlergebnis 2016 näher betrachtet werden. Die so genannten „Sonstigen“ werden dabei mit eingeschlossen aber in einem einzelnen Beitrag betrachtet. Im dritten Teil richtet sich der Blick auf für das Bundesland relevante Themen, die ebenso in der Forschung der AG einen wesentlichen Stellenwert hatten. In diesem Sinne werden die Themen „Frauen in der Politik“ und „der ländliche Raum“ im Spiegel der Landtagswahl untersucht. Abschließend findet sich eine Sammlung von Impressionen des Wahlkampfes und des Wahlergebnisses in verschiedenen Darstellungsformen.

An der Arbeitsgruppe beteiligen sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Absolventinnen und Absolventen sowie Studierende des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften. Letztere werden dadurch schon während des Studiums an die Forschung herangeführt. Ohne Ihre Mitarbeit wäre eine Studie in diesem Umfang nicht möglich gewesen. Ihnen gilt somit neben den anderen Autorinnen und Autoren ein besonderer Dank. Weiterhin möchten sich die Herausgeber bei Prof. Dr. Nikolaus Werz, dem Leiter der Arbeitsgruppe, für die fortwährende Unterstützung und fachliche Beratung bedanken. Die inhaltlichen Impulse von Dr. Steffen Schoon (Landeszentrale für politische Bildung in MV) und Prof. Dr. Jochen Müller (Universität Greifswald) sowie die organisatorische Hilfe von Kirsten Hahn haben zum erfolgreichen Gelingen beigetragen. Zudem wäre ohne die Dynamik der Endredaktion von Marcel Barche, Janek Kuberzig und Lukas Poddig eine Drucklegung in der Kürze der Zeit für die Herausgeber kaum möglich gewesen. Allen sei hier noch einmal herzlich gedankt.

Martin Koschkar, M.A.

Jan Müller, M.A.

Christian Nestler, M.A.

Rostock, Dezember 2016

TEIL I: ÜBERBLICK

Die Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern – ein Überblick

Martin Koschkar/Christian Nestler

1. Einleitung: Der regionale Parteienwettbewerb im Wandel?

Am 4. September 2016 fand die siebente Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern statt. Wahlen im Nordosten Deutschlands entwickeln mit Blick auf 25 Jahre Landesgeschichte eher selten eine größere mediale und öffentliche Aufmerksamkeit. Die konstituierenden Wahlen von 1990 oder der Regierungswechsel von 1998 mit der Bildung der bundesweit ersten Rot-Roten-Landesregierung von SPD und PDS stellen Ausnahmen dar. Durch die vorgezogene Neuwahl des Bundestages 2005 entkoppelte sich zudem der Wahltermin der Landtagswahl, welche 1994, 1998 und 2002 noch parallel zur nationalen Wahl stattgefunden hatte. Den Ergebnissen in Mecklenburg-Vorpommern 2006 und 2011 wurde allenfalls nur eine regionale Bedeutung zugesprochen. Dies scheint bei einem Bundesland von gegenwärtig gerade einmal rund 1,3 Millionen Wahlberechtigten durchaus nachvollziehbar. Politik und Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern sind dennoch für die Bürgerinnen und Bürger des Landes wichtige Bezugspunkte, Landtagswahlen die entsprechenden Weichenstellungen von regionaler Politik.

Im Bundesland hatte sich die SPD seit 1998 als „Landespartei“ etabliert. Die strategisch günstige Position im regionalen Parteienwettbewerb, die es erlaubt, Bündnisse nach Links (PDS/Die LINKE) und Rechts (CDU) einzugehen, hat diesen Status über die vergangenen Urnengänge verstetigt. Dies geschah insbesondere auf Kosten der CDU, der im Nordosten Koalitionsoptionen ohne SPD und unter eigener Führung fehlen.

Die Regierungsbeteiligung von PDS/Die LINKE von 1998 bis 2006 hat diese Grundkonstellation erst ermöglicht. Die Partei schafft es, wie in anderen ostdeutschen Bundesländern, klar zweistellige Ergebnisse bei Wahlen abzurufen. Anders steht es um die strukturelle und elektorale Schwäche der kleineren Parteien FDP und Bündnis 90/Die Grünen, die seit 1990 länger außerparlamentarisch als im Landtag vertreten waren. Den Bündnisgrünen gelang erst 2011 der Einzug. Als regionale Besonderheit wies Mecklenburg-Vorpommern seit 2006 eine parlamentarische Vertretung der rechtsextremen NPD auf.

Für die siebente Landtagswahl wurden bereits im Laufe der Legislaturperiode Anzeichen erkennbar, die auf mögliche größere Veränderungen in dieser Grundstruktur des regionalen Parteienwettbewerbs des Landes hindeuteten und sich in der Dynamik des Wahljahres 2016 verstärkten. Der spätestens seit den Landtagswahlen im März 2016 erwartbare Einzug der Alternative für Deutschland (AfD) in das Schweriner Schloss erhöhte das mediale Interesse an der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern – im Land, in dem die Kanzlerin ihren Bundestagswahlkreis hat – grundsätzlich. Die Titulierung des Nordostens angesichts des Wahlergebnisses vom 4. September als „Schreck-Pomm“¹ oder „das dümmst besiedelte Bundesland“² zeichnen letztlich ein stereotypes und abwertendes Bild über ein ostdeutsches Flächenbundesland.

¹ Pet./u.a., Schreck-Pomm – Jubel-Beben bei der AfD!, in: BILD, 05.09.2016.

² Derart bezeichnet von Daniel Mack, ehemaliger Abgeordneter im hessischen Landtag (Bündnis 90/Die Grünen) auf dem Kurznachrichtendienst Twitter.

Der vorliegende Band möchte Ausgangslage, Wahlkampf und Wahlergebnis der Landtagswahl vom 4. September 2016 in Mecklenburg-Vorpommern nüchterner nachzeichnen: Welche Faktoren führten zum Ergebnis und was lässt sich für die Entwicklung des regionalen Parteienwettbewerbs im Land ableiten? Ziel der folgenden Ausführungen ist es, einen einführenden Überblick zum politischen Geschehen in Mecklenburg-Vorpommern seit 2011 zu geben und die folgenden Artikel zu den einzelnen Parteien einzuordnen. Dabei werden die Aspekte Wahlkampf (2.) und Wahlergebnis (3.) besonders berücksichtigt.

2. Wahlkampf – Legislaturperiode und die „Dynamik des Wahljahres“

2.1. Von Reformen und Konstanten – Eine Bilanz der Großen Koalition 2011-2016

Die Neuauflage der Großen Koalition von SPD und CDU startete nach der Landtagswahl 2011 mit klar „sozialdemokratischer Schlagseite“.³ Die Kabinettszusammensetzung unter Ministerpräsident Erwin Sellering spiegelte das Wahlergebnis mit dem klaren Wahlsieger SPD und dem „historisch“ schlechten CDU-Ergebnis wider.⁴ Mit dem neu berufenen jungen Bildungsminister Mathias Brodkorb (SPD) wechselte ein Schlüsselressort der Landespolitik die Koalitionsseite. Der bisher eher im Landtag bekannte Bildungspolitiker entwickelte sich in der Führung des größten Ministeriums der Landesregierung zu einem Angelpunkt im Landeskabinett und wurde über das Wirken in der Kultusministerkonferenz (KMK) zu einem der „bundesweit bekanntesten Ressortchefs“⁵.

Unbequeme Reformen der Legislaturperiode – der Umgang mit der Polizei- und die Gerichtsreform – blieben erneut den CDU-Ressorts „vorbehalten“, was der Rollenverteilung am Kabinetts-tisch im Zuge der Kreisgebietsreform 2011 ähnelte. Die Diskussion um Folgen der eingesparten Polizeistellen, -direktionen und -inspektionen⁶ und die Proteste im Zuge der Veränderung der Amtsgerichtsstruktur waren in der öffentlichen Wahrnehmung in Person von Lorenz Caffier als Innenminister und Uta-Maria Kuder als Justizministerin mit der CDU verknüpft.

Insbesondere für Letztere wurde es eine Daueraufgabe der Legislatur, eine Reform zu begründen, die 2015 zum ersten Volksentscheid in Mecklenburg-Vorpommern führte. Das Projekt wurde im Koalitionsvertrag 2011 vereinbart. Der Kerninhalt – die Reduktion der 21 Amtsgerichte auf 10 Standorte mit sechs Außenstellen angesichts der demografischen Entwicklung – stieß bereits bei der Vorstellung der Reform durch Kuder im Frühjahr 2012 auf Protest aus Politik und Gesellschaft. Dieser formierte sich, nach Beschluss der Einsparungen im Oktober 2013 im Landtag,⁷ als Bündnis von Richterbund und dem Rechtsanwaltsverein ProJustiz 2014 in einem Volksbegehren gegen die Reform mit der Sammlung von rund 150.000 Unterschriften. Im Juni 2015 wurde das Volksbegehren im Landtag mit den Stimmen der Großen Koalition erwartungsgemäß abgelehnt, was zum Volksentscheid am 5. September 2015 über die laufende Reform führte.⁸ Die Gegner scheiterten

³ Martin Koschkar/Steffen Schoon, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 4. September 2011 – Bestätigung der großen Koalition mit sozialdemokratischem Zugewinn, in: ZParl, 1/2012, S. 3-18.

⁴ Martin Koschkar/Christopher Scheele (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2011.

⁵ Jan-Martin Wiarda, Mr. Njet aus Meck-Pomm, in: Die Zeit, 18.08.2016.

⁶ In der Diskussion mit der Polizeigewerkschaft um mögliche Überlastungen der Beamte, vgl. Irene Burow, Nach Polizeireform: Viele Beamte fühlen sich überlastet, in: OZ, 22.12.2011.

⁷ Vgl. Thomas Volkmann, Landtag beschließt Aus für elf Amtsgerichte, in: SVZ, 10.10.2013.

⁸ Vgl. Ralph Sommer, Ob Robe oder Talar, ein „Ja“ vereint Würdenträger, in: Nordkurier, 04.09.2015; O. A., Vom Koalitionsvertrag zum Volksentscheid: Chronologie der Gerichtsreform, in: Nordkurier, 04.09.2015.

letztlich an der mageren Partizipation. Obwohl sich 83,2 Prozent der Wählerinnen und Wähler gegen die Reform aussprachen, verfehlten die Initiatoren des Volksentscheids aufgrund der geringen Beteiligung von 23,7 Prozent ihr Ziel. Die Mehrheit der Gegner hätte im Entscheid mindestens einem Drittel der Wahlberechtigten entsprechen müssen (Quorum). Es zeigte sich, dass die Beteiligung in den von Schließungen betroffenen Städten am höchsten war.⁹ Ministerin Kuder interpretierte den Ausgang letztlich als Zuspruch für die Reform in der Bevölkerung durch „Fernbleiben“.¹⁰

Der anschließenden Debatte um Hürden von direktdemokratischen Verfahren in Mecklenburg-Vorpommern wurde im Zuge einer Verfassungsänderung im Juni 2016 Rechnung getragen. Mit der Absenkung der Unterschriftenzahl bei Volksbegehren von 120.000 auf 100.000 und dem Quorum bei Volksentscheiden auf 25 Prozent der Wahlberechtigten nähert sich das Land – trotz der zeitlichen Begrenzung der Unterschriftensammlung – dem direktdemokratischen Bundeschnitt an. Gleichzeitig wurde eine Verlängerung der Legislaturperiode festgeschrieben, um den Landtagswahltermin ab 2021 wieder stärker von der Sommerferienzeit zu entkoppeln.¹¹

Im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung stand auch in der abgelaufenen Regierungszeit die maritime Industrie im Mittelpunkt: Werften und Wahlen hängen in Mecklenburg-Vorpommern scheinbar zusammen. Die Bürgschaften des Landes für die „P+S Werften“ im Zuge der Finanzierung des Schiffbaus 2010/11 – im zeitlichen Rahmen des Wahljahres 2011 – wurden in der Landesöffentlichkeit nach der Insolvenz der Werften im Sommer 2012 kritisch hinterfragt. Im Landtag folgte die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses auf Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und Die LINKE, der die Beurteilung der Landesregierung und den Wissensstand bei Vergabe der Bürgschaften beleuchten sollte. In über 80 Sitzungen bis zum Ende der Legislaturperiode wurde über Anhörungen und Akteneinsicht die Situation rekonstruiert. Kurz vor der Wahl 2016 wurde der Sachstandsbericht des Ausschusses im Plenum des Landtages kontrovers beraten und mit den Stimmen der Großen Koalition als erledigt beschlossen. Die Sondervoten der Oppositionsfraktionen zeigen die unterschiedliche Sicht auf die Geschehnisse.¹² Stand die Legislaturperiode noch im Spiegel der Frage der problematischen Werftenfinanzierung im Vorfeld der Landtagswahl 2011, so verbesserte sich das Stimmungsbild für die Schiffbaustandorte in Wismar, Rostock und Stralsund im Frühjahr 2016 durch einen neuen Investor – die asiatische Genting-Gruppe eröffnet durch die Übernahme der Betriebe der Nordic-Werften eine neue Perspektive.¹³ Im Wahlkampf 2016 war die Werftenfrage weniger relevant, als es der parlamentarische Untersuchungsausschuss in den Jahren zuvor hätte erwarten lassen.

Die Rolle des Ehrenamtes wurde in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode auf Initiative der Landesregierung für Mecklenburg-Vorpommern auf eine neue Ebene gehoben. Der Start der Ehrenamts-Stiftung am 1. Juni 2015 sollte das freiwillige Engagement im Land verbessern und über Kooperation, Beratung und Finanzierung neue Impulse setzen. Das Projekt der Landesregierung wurde indes durchaus kontrovers diskutiert. Die personelle Besetzung und die finanzielle

⁹ Vgl. Thomas Pult/Joachim Mangler, Gegner der Gerichtsreform scheitern an Wahlbeteiligung, in: OZ, 07.09.2015; Frank Wilhelm, Die Stimmen der großen Städte fehlen, in: Nordkurier, 07.09.2015.

¹⁰ Vgl. Thomas Hahn, Kaum Interesse, in: SZ, 07.09.2015.

¹¹ Vgl. Karin Koslik, Nicht noch einmal Wahlen am letzten Sommerferientag, in: SVZ, 08.06.2016; Frank Pfaff, Direkte Demokratie: Hürden für Bürgerbeteiligung gesenkt, in: Nordkurier, 09.06.2016; Frank Pubantz, Verfassung geändert: Für Volksentscheide sinken die Hürden, in: OZ, 09.06.2016: Landtag Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), 5. Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2016.

¹² Vgl. Beschlussempfehlung und Sachstandsbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Klärung von Sachverhalten im Zusammenhang mit der finanziellen Unterstützung der P+S Werften GmbH, Landtag Mecklenburg-Vorpommern, DS 6/5698(neu), 30.06.2016.

¹³ Vgl. Joachim Mangler, „Arbeit, endlich wieder Arbeit“, in: NNN, 03.03.2016.

Ausstattung (Verhältnis von Sach- und Personalkosten) stießen bei aktiven Ehrenamtlern auf Kritik. Ein Urteil über die Wirkung der Initiative, die mit jährlichen Mitteln aus dem Landeshaushalt von rund 1,4 Millionen Euro¹⁴ finanziert wird, kann 2016 noch nicht gezogen werden. Kontroversen im Wahljahr zeichneten sich folglich nicht ab.

Der Umsetzung der Energiewende widmete die Landesregierung ein neu zugeschnittenes Ressort, welches bis 2013 von Volker Schlotmann (SPD) als Minister für Energie-, Verkehr- und Infrastruktur geführt wurde. Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien wurde insbesondere die Rolle der Windkraft („Verspargelung der Landschaft“) zu einem öffentlichen Diskussionsthema. Ansätze des Dialogs zwischen Politik und Bevölkerung entwickelten sich im Zuge der Kabinetts-umbildung 2013 unter neuer Ministerverantwortung weiter. Christian Pegel (SPD) folgte Schlotmann nach. Dieser hatte aus gesundheitlichen Gründen das Amt niedergelegt.¹⁵ Pegel – seit 2012 in der Landespolitik als Chef der Staatskanzlei – gilt als Vertrauter des Ministerpräsidenten.¹⁶ Die Verabschiedung des Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetzes wurde kurz vor Ende der Legislaturperiode für die Ausgestaltung der Energiewende das „Gesellenstück“ des Ministers.¹⁷

Da im Zuge der Bundestagswahl 2013 und der Neuauflage der Großen Koalition unter Führung Angela Merkels Sozialministerien Manuela Schwesig (SPD) das Land Richtung Berlin verließ, wurde mit der Landrätin von Nordwestmecklenburg Birgit Hesse (SPD) der zweite Teil der Kabinetts-umbildung zeitgleich abgeschlossen. Obwohl in beiden Fällen Abgeordnete aus der Fraktion nicht zum Zug kamen,¹⁸ gelang der Landes-SPD in der Regierung mit klaren Personalentscheidungen ein perspektivischer Generationenwechsel mit Ministern unter 45 Jahren im Land sowie Manuela Schwesig auf der Bundesebene.

In der Bilanz der Landespolitik von 2011 bis 2016 verfolgte die Große Koalition einen Kurs der „ökonomischen Vernunft“¹⁹ mit Großvorhaben und ohne Neuverschuldung. Erwin Sellering festigte sein persönliches Bild in der Bevölkerung und konnte den „Ministerpräsidentenbonus“ von 2011 weiterentwickeln. Das eigene Lob für die Regierungszeit 2011-2016 wurde nach weiteren fünf Jahren Großer Koalition im Frühjahr 2016 auch von einer Mehrheit in der Bevölkerung geteilt.²⁰ Bereits in seiner Regierungserklärung zu 25 Jahren Mecklenburg-Vorpommern hatte Ministerpräsident Sellering die Landesentwicklung herausgestellt, der günstige Trend am Arbeitsmarkt und erstmalig positive Wanderungssaldi stützten die Aussage.²¹ Der Juniorpartner CDU definierte den eigenen Anteil an der Bilanz über die wachsende Zustimmung zur Partei im Laufe der Legislaturperiode. Gespeist wurde dieser Optimismus nicht nur durch gute Umfrage-

¹⁴ Vgl. Karin Koslik, Ehrenamtsstiftung startet holprig, in: SVZ, 28.05.2015.; Dies., Das Geschäft mit dem Ehrenamt, in: SVZ, 28.05.2015.

¹⁵ Es schloss sich im Folgejahr eine Diskussion um Karenzzeiten von Ministern an, da Schlotmann weiter in der Windkraft-Branche tätig wurde, vgl. Axel Meyer, In Rekordzeit vom Energieminister zum Lobbyisten, in: Leipziger Volkszeitung, 20.08.2014.

¹⁶ Vgl. O. A., Kabinett in MV wird umgebildet, in: SVZ, 11.12.2013.

¹⁷ vgl. Florian Lemke, Energiepolitik in Mecklenburg-Vorpommern – Politische Steuerungselemente am Beispiel der Bürger- und Gemeindebeteiligung, (BA-Abschlussarbeit), Rostock 2016.

¹⁸ Vgl. Frank Pfaff, Sellering baut sich Regierung um, in: NNN, 17.12.2013; Max-Stefan Koslik, So wahr mir Gott helfe..., in: SVZ, 15.01.2014.

¹⁹ Thomas Hahn, Die Mechaniker von Schwerin, in: Süddeutsche Zeitung, 17.08.2016.

²⁰ Vgl. Bilanz der Landesregierung aus SPD und CDU für die 6. Wahlperiode, Schwerin 2016; abrufbar unter: <http://www.regierung-mv.de/Landesregierung/stk/Bilanz-6.-Wahlperiode/> (Stand: 03.10.2016); sowie zur Regierungszufriedenheit, vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTREND – August I, S. 5–6.

²¹ Vgl. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2015.

werte der Union (2013-2015), sondern leitete sich vor allem von den starken Landesergebnissen bei der Bundestagswahl 2013 und den Kommunal- und Europawahlen 2014 ab (siehe Tab. 1).

Dennoch war für die Union auch in der Ausrichtung auf den Wahlkampf 2016 die Koalitionsfrage problematisch. Ein mögliches Linksbündnis mit der Partei Die LINKE und Bündnis 90/Die Grünen blieb für die SELLERING-SPD über die Legislaturperiode hinweg ein mögliches Alternativszenario für die Landtagswahl 2016. Sowohl die Linkspartei als auch Bündnisgrüne konnten auf eine aktive und öffentlich wahrnehmbare Oppositionsarbeit im Landtag bauen.²²

Diametral entgegengesetzt zum eher ruhigen Klima der Landesregierung wurde die Entwicklung der Flüchtlingssituation in Europa und Deutschland ab Herbst 2015 zu einem polarisierenden „Metathema“, welches als themenbezogener Bundestrend Einfluss auf das Wahljahr 2016 haben sollte. Landespolitische Inhalte traten angesichts der globalen und europäischen Dimension der Flüchtlingsfrage deutlich in den Hintergrund. Im Zuge des gefühlten Kontrollverlustes und der Haltung der Bundesregierung im Umgang mit der krisenhaften Zuspitzung der Fluchtbewegung nach Deutschland („Wir schaffen das“) polarisierte sich die Grundstimmung in der Bevölkerung, so auch in Mecklenburg-Vorpommern. Die sinkende Zustimmung für die Große Koalition auf Bundesebene und für die Position der Bundeskanzlerin ging mit einem „Umfrageaufstieg“ der AfD einher. In Demonstrationen zeigte sich in Mecklenburg-Vorpommern bereits seit dem Frühjahr 2015 eine dem sächsischen Vorbild der Pegida-Bewegung nacheifernde, im Nordosten jedoch eindeutig rechtsextrem orientierte Struktur. MVgida brachte den Protest gegen eine drohende Islamisierung des Abendlandes auch auf die Straßen des Landes. An Veranstaltungen beteiligten sich rechtsextreme Kader und Vertreter der NPD, der Fraktionsvorsitzende der Partei im Schweriner Landtag, Udo Pastörs, sprach bei Kundgebungen. Der Landesverband der Alternative für Deutschland formulierte mit eigenen Demonstrationen die Kritik gegenüber der Haltung der Bundeskanzlerin („Merkel muss weg“), ein steigender Zuspruch war nicht nur in sozialen Medien ab Sommer 2015 erkennbar. Auf der Gegenseite zeigten jedoch gerade zivilgesellschaftliche Bündnisse wie „Rostock hilft“ die vorhandene Willkommenskultur im Land – in den bewegten Wochen des Herbst 2015 füllten Bürgerinnen und Bürger die staatlichen Defizite im Umgang mit der großen Zahl an Flüchtlingen beispielsweise aus.

Die Frage von Flüchtlingen und Zuwanderung prägte die Debatte in Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern in den letzten zwölf Monaten vor der Landtagswahl. Die Kritik an der Haltung der Bundeskanzlerin in diesem Zusammenhang sollte ein Kernpunkt des Wahljahres werden. Die Kristallisationspunkte der Polarisierung lassen sich dabei in der Parole „Merkel muss weg“ und dem omnipräsenten Satz der Kanzlerin „Wir schaffen das“ erkennen.

Tab. 1: Wahlergebnisse und Umfragen in Mecklenburg-Vorpommern seit 2011

Vergleichsdaten 2011-2015	SPD	CDU	Die LINKE	FDP	Grüne	AfD	NPD	WB
Umfrage 8/2013	32,0	28,0	20,0	2,0	8,0	-	5,0	-
Umfrage 9/2013	31,0	28,0	19,0	2,0	8,0	-	5,0	-
Bundestagswahl 2013	17,8	42,5	21,5	2,2	4,3	5,6	2,7	65,3
Umfrage 3/2014	32,7	31,8	19,4	1,7	6,2	2,3	1,1	-
Europawahl 2014	21,2	34,6	19,6	1,9	5,1	7,0	3,0	46,8
Kommunalwahl 2014	18,9	33,0	19,7	3,3	5,8	4,2	3,2	46,3
Umfrage 5/2014	29,0	34,0	20,0	2,0	5,0	4,0	3,0	-
Umfrage 1/2015	34,3	30,6	17,4	1,6	9,7	4,1	1,4	-

Quellen: Angaben in Prozent, Umfragen nach www.wahlrecht.de (Stand: 26.10.2016) sowie Angaben der Landeswahlleiterin.

²² Siehe die Artikel von Lemke/Kostadinov und Maser/Scheele in diesem Band.

2.2. Die Dynamik des Wahljahres – Ausgangslage und Rahmenbedingungen

Die SPD richtete sich bereits im Frühjahr 2015 mit dem beliebten und innerparteilich unumstrittenen Ministerpräsidenten auf das Wahljahr aus.²³ In der CDU wurden nach dem schwachen Abschneiden von 2011 im Laufe der Legislaturperiode Nachfolgefragen diskutiert, die vom Landesvorsitzenden Lorenz Caffier rund ein Jahr vor der Landtagswahl nicht dementiert wurden. Die eindeutige Nominierung des Innenministers im November 2015 auf dem Parteitag der Christdemokraten in Binz auf Rügen²⁴ war jedoch ein klares Signal gegen den Generationenwechsel: Der CDU-Fraktionsvorsitzende Vincent Kokert (Jahrgang 1978) blieb in der zweiten Reihe und Caffier bekam als Spitzenkandidat der CDU für das Amt des Ministerpräsidenten eine zweite Chance. Mit den erneuten Nominierungen von Caffier und dem ehemaligen Minister der Rot-Roten-Landesregierung Helmut Holter (Die LINKE) als Spitzenkandidaten kam es 2016 bei den drei großen Parteien zu einer Neuauflage der personalen Grundkonstellation von 2011.

Dass die AfD aus der polarisierten Grundstimmung Nutzen ziehen kann, zeigte sich im Frühjahr 2016. Die Partei bewies im Zuge der Landtagswahlen im März in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, dass sie in den Rahmenbedingungen der Flüchtlingsdebatte Umfragewerte in Wahlergebnisse überführen konnte.²⁵ Die aufgewühlte Stimmungslage in der Diskussion um Fragen von Flüchtlingen, Zuwanderung und Integration führte in allen drei Ländern zu einer gestiegenen Mobilisierung. Die AfD profitierte in diesen „Bundesstimmungswahlen“²⁶ als „Kritikventil“ über einen themenbezogenen Bundestrend. Auf der Gegenseite wurden die Ministerpräsidenten in unterschiedlichen Partei- und Koalitionskonstellationen gestärkt und nicht abgewählt. In den Wahlergebnissen zeigte sich eine klare Kritik an der Bundespolitik, aber keine Wechselstimmung in den Ländern.²⁷ Dennoch war der Stimmenanteil von 24,3 Prozent für die AfD in Sachsen-Anhalt ein klares Signal für Mecklenburg-Vorpommern und bedeutete die Infragestellung der bisherigen Kräfteverhältnisse im regionalen Parteienwettbewerb. Nach den Märzahlen konnte die AfD auch in Mecklenburg-Vorpommern in Umfragen deutlich hinzugewinnen und bereits im April zur Linkspartei aufschließen. Trotz der hohen Zufriedenheit mit der Arbeit der Landesregierung folgten die Werte von CDU und insbesondere SPD in Umfragen in dieser Phase dem Trend der Bundesebene (siehe Tab. 2). Landespolitische Debatten traten in den Hintergrund, was eine Profilierung über regionale Themen auch für die Oppositionsparteien Die LINKE und Bündnis 90/Die Grünen erschwerte. Letztere konnten bei der Aufstellung zur Landtagswahl von der inhaltlichen Weiterentwicklung der eigenen Politik durch die Fraktion im Schweriner Landtag profitieren, Umfragen sahen sie klar über der 5-Prozent-Hürde. Der eigene Anspruch, mehr Verantwortung gegebenenfalls in einem Regierungsbündnis zu übernehmen, wurde klar formuliert.²⁸ Die LINKE war einer Regierungsbeteiligung in der Grundausrichtung und mit der Nominierung Holters ebenfalls nicht abgeneigt.²⁹ Die Partei hatte durch eine offensive Kampagne im Januar 2016 mit der für sie eher untypischen Verwendung

²³ Vgl. Frank Pfaff, Noch einmal mit SELLERING, in: NNN, 24.04.2015; Frank Pubantz, Ministerpräsident SELLERING ist der beliebteste Politiker im Land, in: OZ, 22.01.2016.

²⁴ Vgl. Frank Pubantz, Machtwechsel bei der CDU? Caffier will Jüngere ranlassen, in: OZ, 10.08.2015; „Landes-CDU: Caffier soll's machen“, Bericht von Stefan Ludmann, NDR 1 Radio MV, 13.11.2015.

²⁵ Vgl. Christian Nestler, Die Alternative für Deutschland (AfD) im Wahljahr 2016, in: Heinrich Böll Stiftung, Policy Paper No. 16, 2016.

²⁶ Martin Koschkar/Christian Nestler, Signale für MV?, in: NNN/SVZ, 14.03.2016.

²⁷ Vgl. Martin Koschkar/Christian Nestler, Signale für MV?, in: NNN, 14.03.2016; Dies., Blaues Wunder, in: NNN, 16.03.2016; „Das waren Denkmittelwahlen“, Interview mit Jürgen W. Falter, in: NNN, 14.03.2016.

²⁸ Vgl. Anke Lübbert, Regieren oder wieder rausfliegen, in: taz, 23.08.2016.

²⁹ Vgl. Uwe Reißweber, Mit „Kapitän“ Holter steuert die Linke in den Wahlkampf, in: OZ, 11.01.2016.

des Heimatbegriffes das Wahljahr eröffnet. Mit dem Hinzutreten der AfD zeigte sich jedoch eine neue Konkurrenz auf dem Wählermarkt, die mit Blick auf das Ergebnis in Sachsen-Anhalt ein Warnsignal für die Holter-Linke in Mecklenburg-Vorpommern war. Ebenso sah sich die NPD mit einer neuen Konkurrentin konfrontiert: Die AfD umwarb am rechten Rand Wählerstimmen, die für die rechtsextremen Nationaldemokraten zum Sprung ins Parlament elementar werden konnten. Gleichwohl hing im Wahljahr das Parteienverbotsverfahren beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wie ein Damoklesschwert über der Partei. Nach der Hauptverhandlung im März wurde bis Sommer zwar klar, dass ein Urteil nicht bis zum Wahltag ergehen würde, aber der Kampf um die letzte parlamentarische Landtagsfraktion wurde nicht nur durch eigene finanzielle Probleme, sondern gleichfalls durch die AfD als Konkurrenz wesentlich schwieriger als 2006 und 2011.

Die positive Regierungsbilanz und die Beliebtheit des Ministerpräsidenten schienen im ersten Halbjahr 2016 wie „entkoppelt“ vom Parteiwert der SPD in Umfragen. Angesichts der polarisierten Stimmung um das „Metathema“ Flüchtlinge, Zuwanderung und Integration, das sich in Umfragen als relevant in den Anhängerschaften aller Parteien zeigte,³⁰ war eine steigende Wahlbeteiligung wahrscheinlich. Die landespolitischen Akteure mussten sich zur Bundesebene positionieren. Ministerpräsident SELLERING hatte bereits ab Februar mit einer „Dialogtour“ das Bürgergespräch gesucht, die schlechte Umfragesituation machte Mobilisierung essentiell. Neben der Erläuterung der Landespolitik ging es dabei unter anderem um die Abgrenzung zur Bundesthematik der Flüchtlingspolitik.³¹ Eine klare Kritik an der Haltung der Bundeskanzlerin wurde dabei offenbar, die SELLERING in der heißen Phase des Wahlkampfes weiter untersetzte.³² Die AfD gewann in der Auseinandersetzung um das Thema durch ihre radikale und kritische Haltung zunehmend an medialer und öffentlicher Aufmerksamkeit. Sie gerierte sich dabei facettenreich um ihr „Merkel muss Weg“ als Zeichen gegen die Bundespolitik zu setzen, die Landespolitik war sekundär.³³ Spitzenkandidat Leif-Erik Holm³⁴ formulierte die Zielsetzung, stärkste Fraktion zu werden, nach den Märzahlen auf einem Sonderparteitag Ende Mai in Binz auf Rügen deutlich.³⁵ In der heißen Phase des Wahlkampfes spitzte sich das Stimmungsbild zu, wobei der SPD ein Aufholprozess gegenüber der CDU gelang, die zusehends Konkurrenz von der AfD bekam.

Für Lorenz CAFFIER und die CDU entwickelte sich im Wahljahr ein „Kanzlerinnendilemma“. Angela Merkel musste auch in ihrem Heimatlandesverband stark für ihre Position werben. Beim Landesparteitag im Januar 2016 war eine kühle Distanz zur Bundesvorsitzenden in der Flüchtlingsfrage unter den Delegierten erkennbar.³⁶ Angesichts der herausfordernden Reformen der vergangenen zehn Jahre drängte die Union im Wahljahr 2016 verständlich und rhetorisch markant vom „Maschinenraum auf

³⁰ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTRENDS – August I, S. 8.

³¹ Vgl. Winfried WAGNER, Ein Fächer von Fragen, in: NNN, 11.02.2016; „Man darf die AfD nicht noch großreden“, Interview mit Ministerpräsident Erwin SELLERING, in: Süddeutsche Zeitung, 15.04.2016.

³² „Die Kanzlerin hat jedoch vergangenen Herbst den Eindruck erweckt, als müssten wir unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen und gleichzeitig so getan, als sei jeder, der Bedenken äußerte, entweder rechtsextrem oder ein Dummkopf“, zitiert nach: „Wir müssen um AfD-Sympathisanten kämpfen“, Interview mit Erwin SELLERING, in: Spiegel, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/erwin-sellering-um-afd-sympathisanten-muessen-wir-kaempfen-a-1107011.html> (Stand: 21.10.2016).

³³ Vgl. Frank PERGANDE, Die Unsichtbare, in: FAZ, 17.08.2016.

³⁴ Zur Person und den moderateren Tönen, vgl. Daniel ERK, Der nette Leif-Erik von der AfD, in: Die Zeit, 01.09.2016; Armin LEHMANN, Kulturlandschaft mit Lautsprecher, in: Tagesspiegel, 29.08.2016.

³⁵ Zur Notwendigkeit des Parteitages vgl. Beitrag von Müller/Rohgalf.

³⁶ Vgl. Frank PUBANTZ, Merkel verliert an Rückhalt in MV: Viele würden gerne CSU wählen, in: OZ, 07./08.11.2015.

die Brücke“ der Landespolitik.³⁷ Die Zuwanderungsdebatte mit allen Implikationen wurde nun zu einem doppelseitigen Einflussfaktor. Einerseits konnte Spitzenkandidat und Innenminister Caffier ein Kernthema seines Ressorts – die Innere Sicherheit – in den Mittelpunkt des Wahlkampfes stellen. Die CDU erreichte so – anders als mit der C wie Zukunft-Kampagne 2011 – über Person, Thema und Programm 2016 einen konsistenten Außenauftritt: „Heimat in guten Händen“. ³⁸ Andererseits standen trotz distanzierter Linie sowohl Caffier als auch der Landesverband der CDU allgemein stellvertretend für die Politik der Bundeskanzlerin. Alle Kritik an der Haltung der Bundesebene konnte sich so im Land klar gegen die Union – als regionale Projektionsfläche – richten. Angela Merkel war im Wahljahr immer wieder zu Wahlkampfauftritten in Mecklenburg-Vorpommern. Obwohl sie auch Unterstützung für ihre Position erfuhr und die Bekanntheit der Person ein Trumpf für die Partei 2013 und 2014 war, zeigte sich doch das Dilemma für die eigene Mobilisierung und damit den angestrebten Führungswechsel in der Landespolitik.³⁹

Die Grundkonstellation mit wahrgenommenem Dreikampf um den Wahlsieg zwischen SPD, CDU und AfD hatte starken Einfluss auf die Wirkung der Wahlkampfkampagnen in der heißen Phase des Wahlkampfes ab Mitte Juli. Die Hauptfrage in der Landes- und auch Bundesöffentlichkeit war dabei: Wie stark kann die AfD im Nordosten wirklich sein?⁴⁰ Andere Parteien und auch regionale Themen erreichten nur eine begrenzte Aufmerksamkeit. Dennoch wurde deutlich, dass die Ventilfunktion der AfD die Kanalisierung weiterer Kritikpunkte ermöglichte.⁴¹

Tab. 2: Umfragen im Wahljahr 2016

Zeitpunkt Umfrage	SPD	CDU	Die LINKE	FDP	B90/ Grüne	NPD	AfD	Institut
Januar	28,4	27,2	20,1	8,0	9,5	1,3	5,5	Dukath
Februar	22	29	19	4	5	4	16	INSA
April	22	24	16	4	8	4	18	Infratest dimap
Juni	22	25	17	3	7	4	19	Infratest dimap
August I	24	23	19	3	6	3	19	INSA
August II	26	23	16	3	6	3	19	Infratest dimap
August III	27	22	14	3	5	3	21	Infratest dimap
August IV	28	22	13	-	6	3	21	FG Wahlen
August V	28	20	15	2	6	2	23	INSA
September	28	22	13	3	6	-	22	FG Wahlen

Quelle: Angaben in Prozent, eigene Darstellung, Angaben nach www.wahlrecht.de (Stand: 13.09.2016); -: k.A. in der Umfrage.

³⁷ Vgl. Rede des CDU-Landesvorsitzenden M-V, Innenminister Lorenz Caffier auf der Landesvertreterversammlung der CDU Mecklenburg-Vorpommern am 30. Januar 2016 in Neubrandenburg; o. A., Caffier mit Zuversicht für die CDU, in: NNN, 11.04.2016; Frank Pergande, Raus aus dem Maschinenraum, in: FAZ, 31.08.2016.

³⁸ So der Titel der Kampagne und zur Konsistenz, vgl. Frank Pergande, In Hochform, in: FAZ, 12.08.2016.

³⁹ Vgl. Daniela Vates, Ein Hauch von Unheil, in: BZ, 19.08.2016; Peter Burghardt, Wahlkampf in der Wagenburg, in: SZ, 19.08.2016; Frank Pergande, Blumen und Wurstkorb voran, in: FAZ, 20.08.2016; Jörg Köpke, Der Strahlemann...und sein Scheriff, in: OZ, 23.08.2016; Hannes Stepputat, Der Wahlkampf eines widersprüchlichen Mannes, in: Tagesspiegel, 02.09.2016.

⁴⁰ Vgl. Frank Pergande, Im Zweifel immer dagegen, in: FAZ, 03.09.2016; Matthias Kamann, Rechte Gemeinsamkeiten im Nordosten, in: Die Welt, 02.09.2016; Sabine am Orde, Ganz lässig und eingängig, in: taz, 02.09.2016; Marin Machowecz, In aussichtsreicher Lage, in: Die Zeit, 01.09.2016; Bernhard Honnigfort, Unwetterwarnung, in: BZ, 31.08.2016; Katharina Schuler, Bloß nicht schwächer als die AfD, in: Zeit Online, 30.08.2016; Anja Maier, Der Systemfehler, in: taz, 27.08.2016; Peter Burghardt, Gegen die Wand, in: SZ, 24.08.2016; Hannes Stepputat, Völkisch auch im Nordosten, in: taz, 23.08.2016; Daniel Friedrich Sturm, Fast jeder Vierte im Nordosten will rechts wählen, in: Die Welt, 19.08.2016; Friederike Haupt, Wie die AfD zur stärksten Kraft in Schwerin werden will, in: FAZ, 15.08.2016, abrufbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-mecklenburg-vorpommern/so-stellt-sich-holm-die-zukunft-der-afd-vor-14386196.html> (Stand: 26.10.2016).

⁴¹ Zur Frustration im ländlichen Raum siehe: Thomas Hahn, Kannste vergessen, in: SZ, 01.09.2016; Florian Gasser/u.a., Rettet die Provinz!, in: Die Zeit, 01.09.2016; Sabine am Orde/Konrad Litschko, Eine Stadt wählt Frust, in: Tagesspiegel, 27.08.2016.

2.3. Der Wahlkampf 2016 – Themen, Personen und Bundestrend

Die heiße Wahlkampfphase lag inmitten der Schulsommerferien. Der Wahltag am 4. September 2016 war der letzte Feriensonntag. Verschiedene Parteien versuchten diese Rahmenbedingungen durch explizite Briefwahlkampagnen für sich zu nutzen.⁴² Die Sorge um mangelnde Mobilisierung aufgrund der Mitgliederschwäche der Parteien in Mecklenburg-Vorpommern⁴³ wurde durch die Verweigerung von SPD und CDU, einen landeseigenen „Wahl-O-Mat“ als Instrument der politischen Bildung zu ermöglichen, konterkariert. Nicht-Wahlkampf und fehlende inhaltliche Auseinandersetzung wurde angesichts der aufkommenden AfD kritisch diskutiert.⁴⁴

Die unterschiedlichen Mobilisierungsmomente der AfD konnten die Defizite eines geringen landespolitischen Profils und die geringe Kandidatenwahrnehmung der Partei (siehe Tab. 4) ausgleichen.⁴⁵ Dem eigenen Anspruch, als Volkspartei mit Sachpolitik zu wirken,⁴⁶ standen im Wahlkampf immer wieder populistische und radikale Töne entgegen. Die Inszenierung einer eigenen Ost-Identität⁴⁷ erwies sich als neueres Motiv in Landtagswahlkämpfen. Daneben standen die mittlerweile traditionelle Kritik an der Flüchtlingspolitik der Kanzlerin („Trulla aus der Uckermark“⁴⁸) und den „Altparteien“ (z. B. der „pädophilen grünen Partei“⁴⁹) im Vordergrund. Mit Auftritten von Frauke Petry bis Björn Höcke warben bekannte Gesichter aus anderen Bundesländern und von der Bundesebene der AfD um Wählerinnen und Wähler. Die Unterstützung eines Vereins aus dem deutschen Südwesten mit einer Wahlzeitung („Extrablatt für die Landtagswahl“) und Plakaten in den letzten Wochen vor der Wahl führte dabei ebenso zu öffentlichen Diskussionen⁵⁰ wie das Abgrenzungsproblem der AfD zum rechten Rand.⁵¹ Nach Medienberichten waren von Plakatzerstörungen im Sommer insbesondere AfD und NPD betroffen, wobei keine signifikante Erhöhung der absoluten Zahlen im Vergleich zu 2011 erkennbar war, gleichwohl zeigte sich ein verstärktes Anzeigeverhalten.⁵²

⁴² Die Bündnisgrünen sicherten sich die URL www.briefwahl-mv.de und warben dort im neutralen Design für Zweitstimmen. Die LINKE warb zu Beginn der Plakatkampagne ebenfalls, um sich früh entscheidende Wählerinnen und Wähler über die Möglichkeit der Briefwahl zu mobilisieren.

⁴³ Wahlkampf in einem ostdeutschen Flächenbundesland mit Parteien, die eine dünne Mitgliederstruktur haben. Januar 2016 CDU mit rund 5.500 Mitglieder, LINKE mit ca. 4.100, SPD mit 2.750, FDP verliert seit 2011 rund ein Viertel des Landesverbandes nur noch 730 Mitglieder, Grüne und AfD mit Wachstum auf niedrigem Niveau: 580 bzw. 400 Mitglieder; vgl. Iris Leithold, Parteien büßen Mitglieder ein, in: OZ, 11.01.2016.

⁴⁴ Vgl. Gabriel Kords, Unverständnis über Wahl-O-Mat-Entscheidung, in: Nordkurier, 05.08.2016; Ders., Bitte schlafen Sie jetzt, in: Die Zeit, 25.08.2016; von Frauke Petry (AfD) als Zeichen der Angst vor der AfD interpretiert, vgl. „Wollen Sie das Waffenrecht lockern?“, Interview mit Frauke Petry, in: Hamburger Abendblatt, 20.08.2016.

⁴⁵ Vgl. Astrid Geisler/Lenz Jacobsen, Sehnsucht nach der zweiten Wende, in: Zeit online, 09.08.2016.

⁴⁶ Vgl. „Dann soll Merkel zurücktreten“, Interview mit Leif-Erik Holm, in: NNN, 18.08.2016.

⁴⁷ Vgl. Paul Ingendaay, Erregungsabend mit Schwarzrotgoldrand, in: FAZ: 24.08.2016.

⁴⁸ Vgl. Marc Hujer/Gunther Latsch, „Diese Trulla aus der Uckermark“, in: Der Spiegel, 27.08.2016.

⁴⁹ Peter Burghardt, Gegen die Wand, in: SZ, 24.08.2016.

⁵⁰ Beitrag von Müller und Rohgalf, zudem vgl. Michael Seidel, Freie Bahn für dubiose Wahlwerber, in: SVZ, 27.08.2016; zum „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten“ und den Kontakten in die rechte Szene, vgl. Friederike Haupt, Die geheimen Helfer der AfD, in: FAZ, 21.08.2016, abrufbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-mecklenburg-vorpommern/afd-erhaelt-wahlunterstuetzung-von-verein-in-mecklenburg-vorpommern-14398142.html> (Stand: 30.09.2016); Frank Pubantz, Dubioser Verein: Geheime Hilfe für AfD zur Landtagswahl, in: OZ, 19.08.2016.

⁵¹ Vgl. Anne-Beatrice Clasmann/Frank Pfaff, Das heikle Verhältnis von NPD und AfD, in: Nordkurier, 01.09.2016; und den Einblick in den Landesverband, vgl. Hannes Stepputat, Völkisch auch im Nordosten, in: taz, 23.08.2016; Peter Burghardt, Über rechtsaußen gespielt, in: SZ, 02.09.2016; Frank Pergande, Das Ende des Schweriner Weges, in: FAZ, 05.08.2016.

⁵² Vgl. Udo Roll, Beschmiert, beklebt, angezündet, in: SVZ, 27.08.2016; Jens-Peter Woldt, Der aggressive Kampf mit den bunten Pappen, in: OZ, 24.08.2016; Frank Pergande, Materialschlacht im Nordosten, in: FAZ, 24.08.2016.

Die Antwort der SPD auf alle Herausforderungen des Wahljahres war der Ministerpräsident. In einer stark personalisierten Kampagne wurde die Bedeutung Erwin Sellerings für die weitere Entwicklung des Landes herausgestellt. Die Personalisierung setzte dabei auf die „Beliebtheitslücke“, die Selling vor seinen Herausforderern Caffier und Holter besaß (siehe Tab. 4); der Ministerpräsident wurde zum zentralen Motiv der Kampagne in der heißen Wahlkampfphase.⁵³ „Gemeinsam auf Kurs“ in Mecklenburg-Vorpommern⁵⁴ gepaart mit der Kritik an der Kanzlerin im Bund erreichte Bürgerinnen und Bürger und sollte die Wahrnehmung als Stabilitätsanker in unsicheren Zeiten sichern.⁵⁵ Mit dem Werben um Zweitstimmen als „Selling-Stimmen“ wurde die Personalisierung maximiert. Dass gleichzeitig die SPD in nahezu allen relevanten Themenfeldern der Landespolitik die wahrgenommene Kompetenzhöhe erreichen konnte (siehe Tab. 3), unterstreicht neben der Rolle des Ministerpräsidenten den Status der Sozialdemokraten in Mecklenburg-Vorpommern als „Landespartei“.

Trotz der verbesserten Ausgangslage und einer konsistenten Kampagne 2016 standen in der heißen Phase des Wahlkampfes Lorenz Caffier und die CDU als Juniorpartner in der Wahrnehmung der Bevölkerung sowohl personell als auch inhaltlich zurück. In der Zuspitzung auf den Heimatbegriff konnte die CDU die Kompetenzhöhe in Wirtschaftsfragen und den Kernfeldern des Spitzenkandidaten – Kriminalitätsbekämpfung und Innere Sicherheit – erreichen (siehe Tab. 3).⁵⁶ Dass die Kampagne der CDU in den letzten Wochen des Wahlkampfes nicht stärker mobilisierte, hat sicherlich externe (Jahrestag von „Wir schaffen das“⁵⁷) aber auch landesspezifische Gründe. Eine klare Abgrenzung zur SPD gelang ähnlich wie 2011 kaum.⁵⁸

Die LINKE konnte im Sommerwahlkampf wenig Wirkung entwickeln. Nahezu analog zu 2011 verfügte die Partei in der Kampagne 2016 zwar über ein Inhaltsprofil mit Stärken bei Fragen der sozialen Gerechtigkeit als „Kernkompetenz“⁵⁹ und einem relativ bekannten Spitzenkandidaten unterstützt durch eine verjüngte Landesliste, aber eine Mobilisierungswirkung von Slogans und neuen Ideen⁶⁰ setzte nicht ein. Die Partei befand sich angesichts der Diskussionen um die Stärke der AfD in einem „Aufmerksamkeitsdefizit“, was neben der neuen Konkurrenz um Protestwählerinnen und -wähler die Positionierung eigener Standpunkte erschwerte. Dass ein Linksbündnis in der öffentlichen Wahrnehmung der Koalitionspräferenzen hinter der Fortsetzung der Zusammenarbeit von SPD und CDU zurückstand, verdeutlicht die Unmöglichkeit, eine „Wechselstimung“ für die eigene Mobilisierung zu instrumentalisieren.⁶¹

⁵³ Vgl. Frank Pergande, Knapp kalkuliert, in: FAZ, 02.09.2016.

⁵⁴ „Die AfD lebt von Spaltung und Hass“, Interview mit Erwin Selling, in: Tagesspiegel, 06.08.2016, abrufbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/spd-in-mecklenburg-vorpommern-die-afd-lebt-von-spaltung-und-hass/13977284.html> (Stand: 20.08.2016).

⁵⁵ Die Kritik wurde auch von der Bundesspitze der SPD geteilt, vgl. Jochen Gaugele/Christian Kerl, Gabriel: Merkel hat einen großen Fehler gemacht (Interview mit Sigmar Gabriel), in: Hamburger Abendblatt, 13.08.2016; sie war aber auch im Land nicht unwidersprochen, vgl. Uwe Reißweber, Selling gerät für seinen AfD-Kurs schwer in die Kritik, in: Nordkurier, 12.08.2016.

⁵⁶ Vgl. „Mehr Polizei – aber keine Polizeistaat“, Interview mit Lorenz Caffier, in: OZ, 20.08.2016; vgl. Thomas Volkmann, Die zweite Chance (Interview mit Lorenz Caffier), in: NNN, 16.08.2016. vgl. „Wir müssen die Polizei schützen“, Interview mit Lorenz Caffier, in: OZ, 10.08.2016.

⁵⁷ Vgl. „Deutschland wird Deutschland bleiben“, Interview mit Angela Merkel, in: SZ, 31.08.2016.

⁵⁸ So auch in der Wahlarena; vgl. Udo Roll, Duell mit Samthandschuhen, in: SVZ, 24.08.2016; Iris Leithold, SPD und CDU mitten im Wahlkampf auf Kuschelkurs, in: Nordkurier, 25.08.2016; Frank Pubantz, Müdes TV-Duell: Selling punktet gegen Caffier, in: OZ, 25.08.2016.

⁵⁹ „Opposition können wir sowieso“, Interview mit Heidrun Bluhm (Die Linke), in: SVZ, 09.01.2016.

⁶⁰ So die „Hinterkopf-Kampagne“, vgl. die Dokumentation von Wahlplakaten im Anhang.

⁶¹ Zu Rot-Rot-Grün, vgl. Frank Pubantz, Rot-Rot-Grün: Jugend bedrängt Selling, in: OZ, 30.08.2016.

Tab. 3: Kompetenzzuschreibungen der Parteien 2016 im Vergleich zu 2011

Themenfeld	SPD	CDU	Die LINKE	B90/Grüne	AfD	Keiner/weiß nicht
Wirtschaft	35 (-1)	36 (+3)	4 (-1)	2 (+/-0)	4	14 (-5)
Arbeitsplätze	36 (+1)	30 (+5)	7 (+/-0)	2 (-1)	4	17 (-5)
Soziale Gerechtigkeit	38 (-5)	12 (+2)	25 (+3)	3 (+/-0)	6	12 (-4)
Bildung	37 (-2)	19 (+3)	18 (+1)	4 (+/-0)	5	13 (-5)
Kriminalität*	25	36	4	0	11	18
Familie/Kinder	45 (+4)	12 (-5)	19 (+2)	4 (-2)	7	10 (-2)
Löhne	36 (+3)	17 (+3)	17 (-4)	2 (+/-0)	5	19 (-5)
Energiepolitik	26 (+2)	21 (+3)	5 (+1)	23 (-8)	5	16 (-4)
Sicherheit*	28	32	8	1	10	15
Wichtigste Aufgaben für MV	40 (+/-0)	22 (+2)	8 (+/-0)	3 (+/-0)	6	17 (-7)

Quelle: Angaben in Prozent, eigene Darstellung nach Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2016 WAHREPORT, Berlin 2016, S. 25; sowie nach Infratest dimap unter <https://wahl.tageschau.de/wahlen/2016-09-04-LT-DE-MV/umfrage-kompetenz.shtml> (Stand: 13.09.2016); Zahl in Klammern: Veränderung zu 2011; *: keine Vergleichswerte zu 2011.

Ähnliche Aufmerksamkeitsprobleme galten 2016 für die Bündnisgrünen, die 2011 noch stark von der Fukushima-Debatte und der startenden Energiewende profitieren konnten. Die Leistungsbilanz der SPD bei Fragen der Energiepolitik und die stärkere Kontroversität des Themas bei gleichzeitig geringer Bedeutung in der Öffentlichkeit schaden dem inhaltlichen Kompetenzprofil der Partei im Wahljahr. Die grüne Kampagne entwickelte im Sommerwahlkampf kaum Wirkung. Neben der klaren Positionierung in der Frage von Flüchtlingen und Zuwanderung⁶² konnten die Bündnisgrünen ihr landespolitisches Profil der vergangenen Jahre nur bedingt vermitteln. Silke Gajek stemmte sich als weiten Teilen der Bevölkerung unbekanntes Landespolitikerin gegen den Negativtrend in den letzten Wochen vor der Wahl.⁶³ Dass man sich dabei zusehends der 5-Prozent-Hürde annäherte, war trotz Warnung vor dem „Rechtsruck“ in Mecklenburg-Vorpommern nicht zu verhindern.⁶⁴ Die Bündnisgrünen erreichten in der Wahrnehmung nicht den Status als Kontrapunkt zur AfD.

Die FDP versuchte 2016 einen Neustart auf Landesebene mit neuen Farben und Slogans („German Mut“). Die Liberalen sahen Mecklenburg-Vorpommern als „Land der Chancen“ und verabschiedeten ein Vollprogramm mit dem Augenmerk auf Bildung und ein „starkes Wirtschaftsministerium“.⁶⁵ Der Versuch mit einer weiblichen Spitzenkandidatin als „Quereinsteigerin“ für eine neue Ausrichtung zu werben⁶⁶ und so als frischer Wind und „Alternative zwischen den linken Einheitsparteien und den Rechtspopulisten“⁶⁷ zu wirken, entwickelte – trotz konsistenter und professioneller Ausrichtung – im Wahlkampf nicht die entscheidende Wirkung in Umfragen.

Die NPD versuchte erneut über einen massiven Plakateinsatz eine Ausmobilisierung ihrer Klientel für den dritten Einzug in den Schweriner Landtag zu erreichen. Die zum Teil um den mittlerweile weit bekannten – aber nicht beliebten (siehe Tab. 4) – Spitzenmann Udo Pastörs personalisierte Kampagne griff ebenso die Flüchtlingsfrage auf, sah sich aber mit diversen Schwierigkeiten

⁶² Vgl. Karin Koslik, Viel mehr als „nur“ Energiepolitik (Interview mit Jürgen Suhr), in: SVZ, 30.08.2016.

⁶³ Vgl. o. A., Bei wechselnden Winden Kurs halten (Interview mit Silke Gajek), in: OZ, 13.08.2016.

⁶⁴ Vgl. Frank Pfaff, Grüne: Wende-Ideale nicht AfD überlassen, in: SVZ, 22.08.2016.

⁶⁵ Vgl. Martina Rathke, Baby zum Parteitag, in: NNN, 11.04.2016.

⁶⁶ Vgl. Tobias Heimbach, Französische „Fortschrittsbeschleunigerin“ für Schwerin, in: Die Welt, 31.08.2016.

⁶⁷ Lisa Kleinpeter, Ein Hauch von Frankreich für den Landtag (Interview mit Cécile Bonnet-Weidhofer (FDP)), in: NNN, 12.08.2016.

im veränderten Parteienwettbewerb konfrontiert.⁶⁸ Dennoch zeigten die Umfragen im Wahljahr, dass die NPD in Mecklenburg-Vorpommern trotz der Konkurrenz zur AfD nicht marginalisiert wurde. Leif-Erik Holm und seine Partei sind für überzeugte Rechtsextremisten im Wahljahr 2016 keine Alternative zur NPD.⁶⁹

Wie 2011 wurde 2016 versucht, über die satirische „Storch-Heinar“-Kampagne der SPD gegen die NPD zu mobilisieren. Angesichts der starken AfD stritten jedoch noch mehr Akteure gegen den aufkommenden Rechtspopulismus. Eine größere Aufmerksamkeit erreichte dabei die Initiative der Band „Feine Sahne Fischfilet“ mit einer Tour durch Mecklenburg-Vorpommern. Mit Unterstützern und einem vielfältigen Programm stellten sich die Organisatoren gegen den „Rechtsruck“ im Land und für die Menschen auch und gerade im ländlichen Raum und verfassten damit ihre „Antithese zum braunen Norden“.⁷⁰

Tab. 4: Wahrnehmung des „politischen Personals“ unmittelbar vor der Landtagswahl 2016

Name	Partei	Direktwahl- frage	Beurteilung Positiv	Beurteilung negativ	Bekanntheit
Erwin Sellering	SPD	65	64	27	92
Lorenz Caffier	CDU	20	49	33	83
Helmut Holter	Die LINKE	-	34	26	61
Silke Gajek	B90/Grüne	-	11	11	23
Leif-Erik Holm	AfD	-	11	21	34
Udo Pastörs	NPD	-	6	59	68

Quellen: Angaben in Prozent, Daten Direktwahl nach Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2016 WahlREPORT, Berlin 2016, S. 31, Beurteilung und Bekanntheit nach dies. (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTREND, August 2016, S. 5.

3. Das Wahlergebnis vom 4. September 2016

3.1. Analyse des Landesergebnisses und regionale Strukturmuster des Wahlverhaltens

Das Ergebnis der Landtagswahl 2016 zeigt eine deutliche Veränderung der Struktur des regionalen Parteienwettbewerbs. Die seit 1998 als Landespartei in koalitionsstrategisch günstiger Mittel-lage agierende SPD konnte ihre Rolle behaupten. Allerdings sind die Möglichkeiten für Mehrheitsbildungen durch die Stärke der nicht koalitionsfähigen AfD eingeschränkt respektive nicht mehr so komfortabel wie in der Vergangenheit. Diese Verschiebung hatte sich in den Umfragen des Wahljahres bereits angedeutet (siehe Tabelle 2) und manifestiert eine in dieser Art bisher ungekannte Situation in der Zusammensetzung der Fraktionen im Schweriner Schloss.⁷¹ Abseits der Bedeutung für die politische Handlungsfähigkeit des siebenten Landtages ist es von Interesse, die Muster des Wahlverhaltens im Detail zu betrachten, um die bisher regelmäßig in Rechnung ge-

⁶⁸ Vgl. Thomas Volgmann, Duell der Rechtsausleger: NPD gegen AfD, in: SVZ, 10.08.2016; Carsten Schönebeck, Das vielleicht letzte Gefecht für die NPD, in: Nordkurier, 11.08.2016.

⁶⁹ Vgl. Anja Semmelroch/Frank Pfaff, Das System NPD, in: Nordkurier, 22.08.2016; Stephan Trüby, Rechte Räume, in: Die Zeit, 01.09.2016; die Kontakte zwischen den Parteien wurden dabei immer wieder diskutiert, vgl. Reiko Pinkert/Andrea Röpke/Peter Burghardt, Von rechts nach rechts, in: SZ, 31.08.2016.

⁷⁰ Vgl. Claudia Malangré, Im Rausch gegen Rechts: Tausende rocken Anklam, in: Nordkurier, 24.08.2016; zur personalisierten Antithese Jan Gorkow, vgl. Torsten Hampel, Der Patriot, in: Tagesspiegel, 30.08.2016, sowie das Interview, „Das ist unsere Heimat“, Interview mit Jan Gorkow, in: taz, 10.08.2016.

⁷¹ Anders als im Fall der rechtsextremen NPD wäre eine Ausgrenzungsstrategie gegenüber der AfD kontraproduktiv. Siehe den Beitrag von Müller/Rohgalf in diesem Band.

stellt Langlebigkeit⁷² von Wahlneigungen zu hinterfragen und demgegenüber die zumindest momentane Veränderung zu beleuchten.

Schaut man zunächst auf die Wahl im Ganzen ist zu dokumentieren, dass 1.333.298 Menschen die Möglichkeit hatten, sich an dem Urnengang zu beteiligen. 61,9 Prozent nutzten die Chance. Damit stieg die Wahlbeteiligung um 10,4 Prozentpunkte zum Vergleichswert von 2011 an. Der Anteil der ungültigen Stimmen ging von vergleichsweise hohen Werten auf 2,2 Prozent bei den Erststimmen (-1,7 pp.) und 1,8 Prozent bei den Zweitstimmen (-2,0 pp.) zurück. Von der Mobilisierung der Nichtwähler konnten fast alle Parteien, allerdings sehr unterschiedlich im Umfang, profitieren (siehe Tab. 5).

Tab. 5: Wählerwanderung aus dem Nichtwählerlager

Nichtwähler	→ 19.000 →	SPD
	→ 21.000 →	CDU
	→ 9.000 →	LINKE
	→ 0 →	B90/Grüne
	→ 55.000 →	AfD
	→ 16.000 →	Andere

Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten von Infratest dimap, auch abrufbar unter: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-04-LT-DE-MV/index.shtml> (Stand: 26.10.2016).

Das Wahlergebnis für das Land (siehe Tab. 6) zeigt größere Veränderung zu 2011. Besonders auffällig ist, dass alle etablierten Parteien, die bis zum 4. September im Landtag saßen, Einbußen hinnehmen mussten. Dies ist einerseits durch das Hinzutreten eines neuen Akteurs mit über 20 Prozent Zweitstimmenanteil rechnerisch nachvollziehbar, was auch den heterogenen Charakter der AfD in der Wähleransprache belegt. Andererseits bestätigt der Fakt auch die in Kapitel 2 beschriebene Überlagerung des Wahlkampfes durch die Bundespolitik, da sich keine Partei des regionalen Parteienwettbewerbs zur Vermeidung von Verlusten über landespolitische Themen entscheidend abgrenzen konnte.

In dieser Situation gelang es dennoch der SPD, auch durch eine Abwanderung von den anderen linken Parteien (siehe Tab. 7), die Spitzenposition mit Abstand zu behaupten. Die CDU musste nach dem bis dahin schlechtesten Ergebnis der Landesgeschichte von 2011 nochmals vier Prozentpunkte an Verlusten hinnehmen. Die LINKE schrumpft weiter auf Stammklientel zusammen, das weniger Protestwähler bindet. Ihr gelang es wie 2011 nicht, neue Wählerschichten zu erschließen. Bündnis 90/Die Grünen verpassten knapp den Wiedereinzug in das Schweriner Schloss. Faktoren hierfür sind die Wanderung eines Teils ihrer Wählerschaft zur SPD und das überraschend starke Abschneiden der Tierschutzpartei. Weiterhin bleibt der Fakt, dass die Bündnisgrünen mit ihrer verhältnismäßig kleinen Klientel eher unter hoher Wahlbeteiligung „leiden“. Die FDP gewinnt nach absoluten Stimmen rund ein Viertel an Wählerinnen und Wählern hinzu und kann ihr Landesergebnis leicht steigern, kommt aber nicht über ihre Stammwählerschaft hinaus und scheitert damit sehr klar an der Sperrklausel. Mit der AfD erreicht, erstmals nach 1990, eine neue Partei im ersten Versuch das Landesparlament. Die NPD erhält lediglich drei Prozent der Zweitstimmen und

⁷² Hierzu: Steffen Schoon, Wählerverhalten und politische Traditionen in Mecklenburg und Vorpommern (1871-2002). Eine Untersuchung zur Stabilität und strukturellen Verankerung des Parteiensystems zwischen Elbe und Ostsee, Düsseldorf 2007; ders. Die Landtagswahl 2011 in Mecklenburg-Vorpommern – regionale und soziale Strukturmuster des Wählerverhaltens, in: Koschkar/Scheele 2011, S. 18–31.

scheitert klar an der 5-Prozent-Hürde. Die Kombination aus Verbotsverfahren und Konkurrenz am Wählermarkt durch die AfD hatte ihr zu viel Gegenwind beschert.

Tab. 6: Das Landesergebnis für alle Parteien mit den Veränderungen zu 2011

Partei	Erststimmen		Zweitstimmen		Mandate
	absolut	prozentual	absolut	prozentual	
SPD	236.319	29,4	246.395	30,6 (-5,0)	26 (-1)
CDU	175.057	21,8	153.115	19,0 (-4,0)	16 (-2)
Die LINKE	119.374	14,9	106.256	13,2 (-5,2)	11 (-3)
B90/Grüne	38.613	4,8	38.836	4,8 (-3,9)	7 (-7)
FDP	26.910	3,4	24.521	3,0 (+0,2)	0 (0)
AfD	175.850	21,9	167.852	20,8 (+20,8)	18 (+18)
NPD	-	-	24.322	3,0 (-3,0)	0 (-5)
Sonstige	25377	3,1	45.140	5,6 (+0,1)	0 (0)

Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten der Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern.

Mit Blick auf die weitere Wählerwanderung (siehe Tab. 7) zeigt sich die Dynamik des Wahljahres. In diesem Sinne hat die Polarisierung zu einer Mobilisierung geführt, welche gleichzeitig für und gegen die AfD gewirkt hat. Ersteres wird in den klaren Zugewinnen für die Rechtspopulisten von allen anderen Parteien und aus dem Nichtwählerlager deutlich. Die Gegenmobilisierung formiert sich vor dem Hintergrund einer Bewegung im linken Lager zu Gunsten der SPD. Die 13.000 Wählerinnen und Wähler, die in der Wahlentscheidung von den Bündnisgrünen und Die LINKE zu den Sozialdemokraten wechselten, hatten sehr wahrscheinlich im Sinn, dass Erwin Sellering Ministerpräsident bleiben sollte: Der Regierungschef als Sicherheit gegen die wahrgenommene Stärke der AfD.

Für die CDU ergibt sich in Zu- und Abgängen beinahe ein Nullsummenspiel, welche bei der gestiegenen Wahlbeteiligung das schlechtere Abschneiden erklärt. Für Bündnis 90/Die Grünen, denen nur rund 1.500 Stimmen am Wiedereinzug in den Landtag gefehlt haben, gab es Abgänge zu allen anderen relevanten Parteien und darüber hinaus nach den Angaben von Infratest dimap am Wahlabend noch zur Tierschutzpartei – etwa 4.000 Stimmen.

Tab. 7: Wählerwanderung 2016

	SPD	CDU	Die LINKE	B90/Grüne	AfD	Nichtwähler
SPD		- 1.000	+ 3.000	+ 10.000	- 15.000	+ 19.000
CDU	+ 1.000		± 0	+ 1.000	- 22.000	+ 21.000
Die LINKE	- 3.000	± 0		+ 1.000	- 16.000	+ 9.000
B90/Grüne	- 10.000	- 1.000	- 1.000		- 3.000	± 0
AfD	+ 15.000	+ 22.000	+ 16.000	+ 3.000		+ 55.000
Nichtwähler	- 19.000	- 21.000	- 9.000	± 0	- 55.000	

Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten von Infratest dimap, auch abrufbar unter: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-04-LT-DE-MV/index.shtml> (Stand: 26.10.2016). Leserichtung von links nach rechts.

Für den Parteienwettbewerb in den ostdeutschen Bundesländern ist es nicht ungewöhnlich, dass eine vergleichsweise hohe Volatilität zu beobachten ist. Die geringer ausgeprägte Parteienidentifikation und eine andere politische Kultur als in der alten Bonner Republik bedingen unter anderem die Tendenz zu wechselnden Wahlneigungen, bei einer bis 2011 gleichzeitig zunehmenden

Wahlabstinenz.⁷³ 2016 stellt allerdings in dieser Frage durch das Ausscheiden der Bündnisgrünen und der NPD aus dem Landtag und den Einzug der AfD einen neuen Höhepunkt dar (siehe Tab. 8). In diesem Sinne wurden auf der Ebene der Mandate bis 2002 immer zwischen sechs und sieben Sitze neu vergeben, 2006 und 2011 waren es bereits ein gutes Dutzend und 2016 sogar 18. Die Volatilität des Zweitstimmenergebnisses erlebte ebenfalls einen Anstieg von 50 Prozent.

Tab. 8: Volatilität⁷⁴ nach Wahlergebnis und Mandaten bei allen Landtagswahlen seit 1990

	1990	1994	1998	2002	2006	2011	2016
SPD	27,0 % 21	29,5 % 23	34,3 % 27	40,6 % 33	30,2 % 23	35,6 % 27	30,6 26
CDU	38,3 % 29	37,7 % 30	30,2 % 24	31,4 % 25	28,8 % 22	23,0 % 18	19,0 16
Die LINKE	15,7 % 12	22,7 % 18	24,4 % 20	16,4 % 13	16,8 % 13	18,4 % 14	13,2 11
FDP	5,5 % 4	3,8 % 0	- -	- -	9,6 % 7	2,8 % 0	3,0 0
B90/Grüne	- -	- -	- -	- -	- -	8,7 % 7	4,8 0
NPD	- -	- -	- -	- -	7,3 % 6	6,0 % 5	3,0 0
AfD	- -	- -	- -	- -	- -	- -	20,8 18
Volatilität	- % -	5,9 % 6,5	7,0 % 6	7,8 % 7	15,2 % 13	14,8 % 12	21,05 % 18

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf Basis der Daten der Landeswahlleiterin.

Die regionalen Strukturmuster des Wahlverhaltens weisen Gemeinsamkeiten mit 2011 und Kontinuitäten in der Langzeitbetrachtung seit 1990 auf (siehe Tab. 9). Das Hinzutreten der AfD und die hieraus folgenden Verschiebungen erzeugen aber zumindest temporäre Veränderungen. Die rechtspopulistische Partei ist in ländlichen Regionen respektive kleinen Gemeinden und in Vorpommern stärker, als in den urbanen Zentren. Ins Auge fällt, dass die SPD trotz der Veränderungen ihren Status als Mecklenburg-Partei erhalten konnte, während die CDU zumindest temporär ihre strukturelle Verankerung in Vorpommern eingebüßt hat.

⁷³ Siehe gerade mit Blick auf verschiedene Länderbeispiele (u.a. Mecklenburg-Vorpommern): Nikolaus Werz/Martin Koschkar (Hrsg.), Regionale politische Kultur in Deutschland: Fallbeispiele und vergleichende Aspekte, Wiesbaden 2016.

⁷⁴ Diese berechnet sich entsprechend der Methode nach Mogens Pedersen als Addition aller Veränderungen der Mandate oder des Wahlergebnisses zum letzten Datenpunkt (Wahltag), ohne Einbeziehung des Vorzeichens, geteilt durch 2. Siehe hierzu: Mogens N. Pedersen, The Dynamics of European Party Systems. Changing Patterns of Electoral Volatility, in: European Journal of Political Research, Nr. 1 (1979), S. 1–26.

Tab. 9: Landtagswahlergebnisse 2016 in regionalen Kontexten

	WBT	SPD	CDU	LINKE	FDP	B90/Grüne	NPD	AfD
MV gesamt	61,9 (+10,4)	30,6 (-5,0)	19,0 (-4,0)	13,2 (-5,2)	3,0 (+0,2)	4,8 (-3,9)	3,0 (-3,0)	20,8 (+20,8)
Mecklenburg	57,7 (+8,3)	33,1 (-5,1)	18,2 (-2,8)	13,4 (-4,8)	2,9 (+0,2)	5,0 (-3,9)	2,7 (-2,5)	19,4 (+19,4)
Vorpommern	53,6 (+8,5)	24,9 (-4,3)	20,4 (-6,6)	12,2 (-6,8)	3,1 (+0,1)	4,4 (-3,5)	4,2 (-4,1)	25,0 (+25,0)
bis 2.000 Wahlber.	54,3 (+6,7)	28,7 (-5,9)	20,5 (-5,2)	11,3 (-5,3)	3,0 (-0,2)	3,8 (-3,6)	3,7 (-3,6)	23,2 (+23,2)
bis 8.000 Wahlber.	52,3 (+7,4)	31,3 (-5,4)	20,1 (-4,7)	11,8 (-5,8)	2,8 (-0,1)	3,3 (-3,5)	3,7 (-2,7)	22,0 (+22,0)
bis 25.000 Wahlber.	55,5 (+8,6)	30,5 (-6,7)	18,5 (-4,0)	13,7 (-5,7)	2,7 (+0,2)	3,4 (-3,2)	3,7 (-3,3)	22,4 (+22,4)
über 25.000 Wahlber.	62,1 (+10,4)	32,0 (-3,2)	16,8 (-2,4)	15,1 (-4,9)	3,2 (+0,8)	7,2 (-4,7)	2,0 (-2,5)	18,2 (+18,2)

Eigene Berechnung auf Grundlage der amtlichen Endergebnisse. Zweitstimmenanteile in Prozent mit den Veränderungen (\pm) zu 2011 darunter in Klammern. Gemeindeebene (N=753). Alle Berechnungen unterhalb der Landesebene ohne Briefwählerinnen und -wähler in den amtsangehörigen Gemeinden.

In der Korrelation der Veränderung des Stimmenanteils der Parteien von 2016 zu 2011 (siehe Tab. 10) ergibt sich auf Gemeindeebene ein Bild, welches die Dynamik der Wählerwanderung (siehe Tab. 7) unterstreicht. Allerdings ist folgend, nicht zuletzt wegen des Auftretens der AfD, in keinem Fall ein deutlicher linearer Zusammenhang zwischen den beiden Merkmalen (Ergebnisse 2011 und 2016) nachweisbar.

Tab. 10: Korrelationen der Veränderungen des Stimmenanteils 2016 zu 2011 (Pearson's r)

	Δ WBT	Δ SPD	Δ CDU	Δ LINKE	Δ B 90/Grüne	Δ NPD	Δ FDP	Δ AfD
Δ WBT	1,00	0,00	0,00	-0,09	-0,19	-0,02	-0,05	0,19
Δ SPD		1,00	-0,14	-0,19	-0,30	-0,01	-0,08	-0,18
Δ CDU			1,00	-0,11	-0,29	0,11	-0,14	-0,35
Δ LINKE				1,00	-0,12	0,08	-0,02	-0,25
Δ B90/Grüne					1,00	-0,14	0,14	0,03
Δ NPD						1,00	0,16	-0,47
Δ FDP							1,00	-0,10
Δ AfD								1,00

Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der amtlichen Endergebnisse. Gemeindeebene (N=753). Ohne Briefwählerinnen und -wähler in den amtsangehörigen Gemeinden.

Die regionalen Strukturmuster werden klarer mit Blick auf Hochburgen und Diaspora-Gebiete der Parteien (siehe Tab. 11), dem Viertel der Gemeinden mit den höchsten beziehungsweise den niedrigsten Zweitstimmenergebnissen.

Wesentlich ist, dass dort, wo die AfD besonders stark ist, die NPD trotzdem fünf Prozent erreichen konnte. Weiterhin fallen die enormen Verluste für CDU und Bündnisgrüne in ihren Hochburgen auf, wobei beide Parteien in ihren Diasporagebieten vergleichsweise wenig verlieren. Ein gegenläufiger Effekt zeigt sich bei der SPD, die sowohl in Hochburgen als auch in Diasporen gleichviel verliert. Bei Die LINKE ist es spannend, dass sie auch mit den Ergebnissen in ihren Topgemeinden nur gut zwei Prozentpunkte über ihrem Landesergebnis liegt. Dies zeigt, dass die Partei weiterhin in urbanen Räumen stärker als auf dem Land ist. Schlussendlich sind die relativ hohen Verluste aller etablierten Parteien in ihren Hochburgen mit den landesweit hohen Ergebnissen der AfD zu begründen. Diese nimmt dem jeweiligen „Platzhirsch“ häufig ein entsprechend großes Stück des Zuspruchs weg. Darüber hinaus sind die bekannten Muster wie im regi-

onalen Kontext mit den bereits beschriebenen Veränderungen zu vergangenen Wahlen stabil. Letztlich lässt sich die Wählerwanderung (Tab. 7) ebenfalls ablesen. Beispielsweise verlieren die Bündnisgrünen dort, wo die SPD stark ist, relativ am stärksten. Die Sozialdemokraten profitieren also trotz Verlusten von der Wanderung ehemaliger Grünenwählerinnen und -wähler zu ihrer Partei.

Tab. 11: Landtagswahlergebnisse 2016 in politischen Kontexten¹

	WBT		SPD		CDU		LINKE		FDP		B90/Grüne		NPD		AfD
	%	Diff. ²	%	Diff. ²	%	Diff. ²	%	Diff. ²	%						
MV gesamt ²	61,9	+10,4	30,6	-5,0	19,0	-4,0	13,2	-5,2	3,0	+0,2	4,8	-3,9	3,0	-3,0	20,8
WBT-hoch	63,1	+6,7	31,7	-5,6	18,1	-4,6	14,3	-2,9	3,0	+0,2	6,1	-2,9	2,2	-3,4	19,0
WBT-niedr.	45,5	+5,8	29,5	-6,4	19,1	-5,6	12,1	-6,2	2,8	-0,2	3,1	-2,5	4,0	-3,6	23,6
SPD-H.	56,3	+8,8	36,4	-7,0	17,6	-2,5	12,1	-4,4	2,9	+0,2	4,4	-2,6	2,9	-2,6	18,4
SPD-D.	52,5	+5,3	20,2	-7,0	21,1	-7,9	12,0	-6,5	3,0	+0,3	3,1	-4,9	5,9	-2,7	28,6
CDU-H.	54,6	+8,0	27,0	-2,8	26,3	-8,1	10,6	-5,3	2,8	+0,1	3,5	-1,8	2,9	-4,2	21,9
CDU-D.	58,0	+8,0	32,3	-6,1	15,3	-2,7	15,3	-4,5	3,0	+0,5	5,4	-4,3	3,2	-2,4	20,0
LINKE-H.	58,6	+10,5	31,3	-2,4	17,2	-3,3	15,7	-6,4	2,9	+0,4	5,5	-3,3	2,5	-3,9	19,4
LINKE-D.	54,0	+5,0	30,8	-7,0	21,6	-5,2	8,2	-3,8	3,3	-0,1	3,5	-4,0	3,7	-3,6	22,9
FDP-H.	57,0	+10	29,8	-5,2	18,9	-5,7	11,9	-4,8	4,3	-0,8	5,2	-1,0	3,0	-3,9	21,6
FDP-D.	51,5	+3,1	28,8	-6,7	19,6	5,6	12,3	-6,4	1,4	±0	3,0	-3,0	4,8	-3,2	23,6
Grüne-H.	60,3	+8,7	31,6	-3,5	17,8	-2,6	13,9	-4,9	3,1	+0,4	7,0	-4,9	2,1	-2,6	18,9
Grüne-D.	51,0	+6,9	27,7	-4,5	20,0	-7,0	12,0	-7,9	2,5	-0,1	1,7	-1,9	5,7	-4,0	24,4
NPD-H.	52,4	+6,8	26,7	-4,2	18,2	-6,6	12,5	-6,3	2,7	±0	2,5	-2,1	7,6	-5,6	24,7
NPD-D.	60,8	+9,3	31,3	-4,1	18,5	-2,6	14,1	-4,9	3,2	+0,5	6,8	-4,6	1,6	-2,4	19,0
AfD-H.	51,1		23,2		18,5		11,9		2,8		3,0		5,1		30,1
AfD-D.	60,1		33,5		17,6		14,2		3,1		6,5		2,4		17,0

Eigene Berechnung auf Grundlage der amtlichen Endergebnisse. Mittelwerte der Zweitstimmenanteile in Prozent. Gemeindeebene (N=753). Ohne Briefwählerinnen und -wähler in den amtsangehörigen Gemeinden.

¹ Hochburgen (H.) und Diaspora (D.): jeweils das Viertel der Gemeinden mit den höchsten bzw. niedrigsten Ergebnissen. Der Vergleichswert von 2011 ist in der Berechnung ohne den Wahlkreis Rügen I einbezogen. ² Veränderungen gegenüber 2011 in Prozentpunkten in den politischen Kontexten von 2011 (Wahlergebnis).

3.2. Die Wahlentscheidung nach Alter, Geschlecht und Bildung

Auf der Ebene der Wahlentscheidung nach Alter und Geschlecht ist zu sehen (siehe Tab. 12), dass es der SPD wie 2011 gelungen ist, ihre fragile Wählerschaft zu mobilisieren. Dabei ist weiterhin ein deutlicher Überhang in den älteren Alterskohorten und bei Frauen zu sehen. Trotz des höchsten Zuspruchs in der Jung- und Erstwählerschaft, wird die Gewinnung neuer Wählerinnen und Wähler perspektivisch die Herausforderung für die Sozialdemokraten sein, um ein Zweitstimmenergebnis um 30 Prozent zu konservieren. Die Union und die Bündnisgrünen verlieren besonders in den mittleren sowie die Die LINKE in den höheren Alterskohorten an Zuspruch. Die FDP erhält ihr Profil von 2011 und kann es sogar ein wenig stärken. Der NPD gelingt es zwar nur noch zwei Prozent Frauen und drei Prozent Männer in der Gesamtbevölkerung anzusprechen, trotzdem kann hier von einer verfestigten Klientel gesprochen werden. Die AfD ist anders als beispielsweise in Sachsen-Anhalt nicht die Partei der Jung- und Erstwähler, vielmehr gelingt es ihr, im Segment der 25-59-Jährigen überdurchschnittlich im Vergleich zum Landesergebnis abzuschneiden. Dabei hat sie einen klaren Überhang in der männlichen Wählerschaft.

Tab. 12: Wahlentscheidung 2016 und Veränderungen zu 2011 nach Alter und Geschlecht

	SPD		CDU		LINKE		FDP		B90/Grüne		NPD		AfD
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%
MV gesamt	30,6	-5,0	23,0	-4,0	13,2	-5,2	3,0	+0,2	4,8	-3,9	3,0	-3,0	20,8
18-24 Jahre	21	-3	15	-1	15	+1	4	+1	10	-2	6	-8	15
25-34 Jahre	24	-3	16	-7	11	-1	3	-1	7	-5	7	-5	21
35-44 Jahre	25	-5	20	-5	10	-3	4	-	6	-6	4	-4	24
45-59 Jahre	29	-5	20	-3	12	-8	3	-	5	-4	2	-4	23
60 und älter	39	-6	19	-5	16	-5	2	+1	2	-2	1	-	18
Frauen	34	-6	20	-3	14	-4	3	-	5	-4	2	-2	16
18-24 Jahre	20	-7	15	-2	15	2	4	-	13	-2	-	-	13
25-34 Jahre	27	-1	15	-7	12	-1	3	-1	8	-6	-	-	17
35-44 Jahre	27	-5	22	-3	11	-4	4	+1	7	-6	-	-	18
45-59 Jahre	32	-6	21	-1	13	-7	3	-	5	-4	-	-	18
60 und älter	42	-6	20	-4	16	-3	2	-	3	-2	-	-	14
Männer	27	-5	19	-5	13	-6	3	-	4	-4	3	-5	25
18-24 Jahre	22	+1	15	-1	14	+1	5	+1	8	-3	-	-	16
25-34 Jahre	21	-4	17	-6	11	-1	4	-	6	-5	-	-	25
35-44 Jahre	22	-5	18	-8	10	-2	4	-	5	-6	-	-	29
45-59 Jahre	26	-4	20	-5	11	-9	3	-	6	-3	-	-	27
60 und älter	35	-6	18	-5	17	-7	3	+1	2	-3	-	-	22

Quelle: Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern WahlREPORT, Berlin 2016, S. 37–50. Die Daten zur NPD abrufbar unter: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-04-LT-DE-MV/index.shtml> (Stand: 26.10.2016).

In der Wahlentscheidung nach sozialen Gruppen sind auf unterschiedlichen Niveaus die SPD und die CDU als Volksparteien zu erkennen (siehe Tab. 13). Es gelingt ihnen besonders bei der Bildung durch alle Gesellschaftsschichten hindurch, Wählerinnen und Wähler anzusprechen. Bei den etablierten Parteien stellen sich die Verluste zu 2011 sonst weitestgehend als Gewinne für die AfD dar. Typische Klientel, wie etwa die höher Gebildeten bei den Bündnisgrünen, sind indes genauso weiter erkennbar wie ein Überhang an konfessionell Gebundenen bei der CDU oder Beamte sowie Selbstständige bei der FDP.

Die AfD zieht im Rahmen ihrer Stimmenmaximierungskampagne vor allem formal niedriger Gebildete und Arbeiter sowie Arbeitslose an. Erstmals hat sie zusätzlich eine Mehrheit der Selbstständigen für sich einnehmen können. Eine mögliche „prekäre Selbstständigkeit“ in Mecklenburg-Vorpommern könnte hierfür eine Erklärung sein. Der Status als Gewerkschaftsmitglied hat keinen Einfluss auf die AfD-Wahlneigung. Bei den konfessionell Gebundenen ist die AfD klar unterrepräsentiert.

Tab. 13: Wahlentscheidung 2016 und Veränderungen zu 2011 nach sozialen Gruppen

	SPD		CDU		LINKE		FDP		B90/Grüne		NPD		AfD Diff.
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	
MV gesamt	30,6	-5,0	19,0	-4,0	13,2	- 5,2	3,0	+0,2	4,8	-3,9	3,0	-3	20,8
<i>Schulbildung*</i>													
Hauptschule	35	-10	20	-4	11	-4	3	-	3	-	7	-1	18
Mittlere Reife	29	-5	19	-6	12	-5	2	-	3	-4	3	-6	26
Abitur	31	-3	19	-2	14	-4	4	-	7	-4	2	-3	15
Hochschule	33	+1	20	-5	17	-4	3	-	10	-4	1	-	13
<i>Tätigkeit</i>													
Arbeiter	27	-9	14	-8	10	-7	2	-	3	-3	5	-8	33
Angestellte	30	-3	21	-2	13	-6	4	-	7	-5	2	-3	17
Beamte	31	-8	30	-3	8	-	6	+1	8	-1	1	-2	13
Selbständige	19	+1	24	-11	9	-2	5	-2	7	-9	4	-1	27
Rentner	39	-6	19	-5	16	-7	2	+1	2	-3	2	0	19
Arbeitslose	22	-11	13	0	15	-4	2	-	5	-1	10	-8	29
<i>Gewerkschaft*</i>													
Mitglied	35	-5	15	-	17	-7	2	-	4	-5	2	-4	21
kein Mitglied	29	-6	19	-4	13	-6	3	+1	5	-4	3	-3	21
<i>Arbeiter*</i>													
Gewerk.-Mitglied	35	-8	13	-	16	-7	3	+1	3	-3	3	-7	25
kein Mitglied	27	-11	16	-5	13	-7	2	-	3	-3	5	-3	28
<i>Angestellte*</i>													
Gewerk.-Mitglied	36	-4	14	-1	20	-4	2	-	5	-7	1	-1	18
kein Mitglied	32	-5	19	-1	13	-7	3	-	6	-4	2	-3	19
<i>Konfession*</i>													
evangelisch	31	-6	28	-7	7	-4	3	+1	7	-	2	-1	17
katholisch	26	-4	37	+1	8	+2	3	-1	6	-6	2	-5	14
keine/andere	31	-4	16	-4	16	-5	3	-	5	-4	3	-5	22

Quellen: Infratest dimap (Hrsg.), WahlREPORT Mecklenburg-Vorpommern, Berlin 2016, S. 37–50. * Forschungsgruppe Wahlen (Hrsg.), Wahl in Mecklenburg-Vorpommern, Bericht Nr. 165, S. 46-49.

4. Fazit und Ausblick: Signale für die 7. Legislaturperiode – (nicht) weiter so!

Die Landtagswahl am 4. September 2016 stellt für den regionalen Parteienwettbewerb in Mecklenburg-Vorpommern eine Zäsur dar. Im Vergleich zur Wahl von 2011 verschoben sich die Kräfteverhältnisse zwischen den Parteien insbesondere durch das Hinzutreten der Alternative für Deutschland (AfD) deutlich.

Das „Schreck-Pomm“-Szenario zeichnete sich dabei bereits in der medialen Diskussion des Wahljahres ab. Spätestens seit den Ergebnissen der AfD im Rahmen der Märzahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, wurde die mögliche Stärke der neuen Partei mit allen Konsequenzen für mögliche Koalitionsbildungen zum bestimmenden Wahlkampfthema. Dies wurde durch die weiterhin polarisierte Stimmungslage um die Frage von Flüchtlingen, Zuwanderung und Integration als themenbezogener Bundestrend befördert.⁷⁵ Die polarisierte Stimmung führte ähnlich wie bei den Wahlen im März auch in Mecklenburg-Vorpommern zu einem deutlichen Anstieg der Wahlbeteiligung, was Resultat unterschiedlicher Mobilisierungsdimensionen ist.

Der AfD gelang in diesen Rahmenbedingungen eine wesentliche Unmutsmobilisierung – gegenüber der Haltung der Bundeskanzlerin in der Flüchtlingspolitik und gegenüber den „Altparteien“.

⁷⁵ Vgl. Carsten Germis, Die Wähler bewegt nur das Flüchtlingsthema, in: FAZ, 01.09.2016; Ders., Flüchtlinge und Eliten, in: FAZ, 27.08.2016.

Dies kanalisierte den Bundestrend und Politik- und Parteienverdrossenheit zugunsten der AfD, die zum „Protestventil“ dieser Wahl wurde.

Im regionalen Parteienwettbewerb gelang die Gegenmobilisierung trotz unterschiedlicher Ansätze insbesondere der SPD. In einer stark personenbezogenen Kampagne wurde die Rolle des Ministerpräsidenten als „Stabilitätsanker“ der Landesentwicklung zum zentralen Mobilisierungsmoment für die Landespartei. Die CDU stand dahinter zurück und konnte im Spagat zwischen eigener Profilierung und Positionierung gegenüber der Bundeskanzlerin den Umfragenvorsprung der Legislaturperiode nicht konservieren. Ebenso wenig konnten Linkspartei und Bündnisgrüne von der Gegenmobilisierung zur AfD profitieren. Beide Parteien befanden sich in den letzten Wochen in einem „Aufmerksamkeitsdefizit“ angesichts des wahlentscheidenden Dreikampfes von SPD, CDU und AfD.

Die AfD fährt mit 20,8 Prozent das zweitbeste Ergebnis bei einer Landtagswahl seit Parteigründung 2013 ein. Erstmals gelingt es der Partei jedoch nicht, zum Wahlabend deutlich gegenüber den letzten Umfragewerten hinzuzugewinnen, was als Trend bei vorherigen Wahlen erkennbar war. Das Ergebnis kann damit auch als Form der Ausmobilisierung verstanden werden.

Mit dem Scheitern von Bündnis90/Die Grünen und NPD an der Fünf-Prozent-Hürde sind im Landtag der Legislaturperiode 2016-2021 nur vier Fraktionen vertreten. Das Ergebnis steht damit auch gegen einen allgemeinen Trend bei Landtagswahlen. Seit der Bundestagswahl 2013 hat jede regionale Wahl zumindest ein Fünf-Parteien-Parlament hervorgebracht. Ob die parlamentarische Praxis durch die gesunkene Fragmentierung eine spürbare Veränderung erfährt, bleibt abzuwarten. Sowohl die regionalen Strukturmuster als auch die individuelle Wahlentscheidung zeigen bei den etablierten Parteien immer dann Kontinuitäten, wenn sie ihre Klientel mobilisieren konnten bzw. von der Gegenmobilisierung gegen die AfD profitieren konnten. Für die anderen Akteure, im Besonderen CDU und Linkspartei, ergeben sich durch die Stärke der rechtspopulistischen AfD zum Teil tiefgreifende Verschiebungen.

Dennoch sind diese Veränderungen eine Momentaufnahme. Ob sie erste Anzeichen für einen langfristigen Wandel der Kräfteverhältnisse im regionalen Parteienwettbewerb sind, ist momentan noch fraglich. Die AfD-Stimmenmaximierung hat für die Partei eine Wählerschaft zusammengeführt, die sich durchaus als flüchtig erweisen kann, wenn sich der Bundestrend verändert und das landespolitische Profil der AfD eine Leerstelle bleibt. Die Arbeit der AfD-Landtagsfraktion wird dafür ein wichtiger Gradmesser werden. Dennoch erscheinen die Gewinne und Verluste von 2016 auch als Signal an alle landespolitischen Akteure, ein „weiter so“ der Politik in Mecklenburg-Vorpommern zu hinterfragen. Einerseits gibt die Neuauflage der Großen Koalition in den Spielregeln des parlamentarischen Regierungssystems die Möglichkeit, eine starke aber neue Oppositionsfraktion für eine Legislaturperiode „auszusitzen“. Andererseits scheint das Ergebnis von 2016 die verantwortlichen Akteure auch dazu zu mahnen, Landespolitik stärker als vorher in der Öffentlichkeit allgemein und vor Ort speziell gegenüber Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln.

TEIL II: PARTEIENARTIKEL

Die SPD – „Damit Erwin Sellering Ministerpräsident bleibt“

Timm Flügge/Benjamin Hein/Jan Müller

1. Einleitung

Die SPD unter Ministerpräsident Erwin Sellering strebte bei der Landtagswahl die erneute Festigung ihrer Rolle als stärkste Kraft und den Ausbau des Vorsprungs vor der CDU an. Doch die ersten belastbaren Umfragen des Wahljahres zeigten ein anderes Bild, die SPD lag hinter der CDU. Die Ausgangslage war anders als 2011, dort standen die Sozialdemokraten immer vor der Union.¹ In diesen Rahmenbedingungen musste die Partei zeigen, dass sie aus dieser Position heraus ihr selbstgestecktes Ziel erreichen konnte. Mit dem Aufkommen der AfD seit 2013 und der „Flüchtlingskrise“ ab dem Herbst 2015 entstand zusätzlich eine Überlagerung sowohl des Wahlkampfes als auch des Ergebnisses.

Im Verlauf des folgenden Artikels soll der Wahlkampf der SPD analysiert werden, um zu klären, wie es der SPD gelingen konnte, abermals stärkste Kraft zu werden und den Ministerpräsidenten Sellering im Amt zu bestätigen. Hierzu ist ein Rückblick auf die vergangene Legislaturperiode (2.) notwendig. Die Strategie (3.) der Sozialdemokraten wird in den landes- und bundespolitischen Zusammenhang gestellt. Das Wahlergebnis (4.) wird unter regionalen, sozialen und demographischen Aspekten ausgewertet. Abgeschlossen werden die Ausführungen von einem Ausblick (5.).

2. Die Partei in der sechsten Legislaturperiode 2011 bis 2016

Nach Konstituierung der Großen Koalition erhielt die SPD fünf von acht Ministerien, was auf das überzeugende Wahlergebnis 2011 und einen Abstand von 12,6 Prozentpunkten zur CDU zurückzuführen war. Es gelang ihr das auf Landesebene so bedeutsame Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur zu übernehmen und mit Mathias Brodkorb zu besetzen. Weiterhin erhielt die SPD die Ministerien für Finanzen (Heike Polzin), Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz (Till Backhaus), Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung (Volker Schlotmann) und das um den Bereich Arbeit erweiterte Sozialministerium (Manuela Schwesig). Somit behielten alle SPD-Minister der vorherigen Legislaturperiode ihre Ämter. Diese Stabilität und Kontinuität zeigt sich auch in der Fortführung des Fraktionsvorsitzes durch Norbert Nieszery, der weiterhin die größte Abgeordnetengruppe im Schweriner Schloss anführte (27 von 71). Nach der Bundestagswahl 2013 wurden Umbesetzungen in der Reihe der SPD-Ministerinnen und Minister nötig. Manuela Schwesig, die wie 2009 dem Kompetenzteam des SPD-Kanzlerkandidaten angehörte, wechselte ins Berliner Ressort für Familie, Frauen, Senioren und Jugend der Großen Koalition.² In Schwerin übernahm die Landrätin Nordwestmecklenburgs Birgit Hesse den frei gewordenen Posten. Hesse war 2008 zum Oberhaupt des Landkreises gewählt worden. Ihrer politischen Kar-

¹ Vgl. Martin Koschkar, Mecklenburg-Vorpommern im Wahljahr 2011 – Ausgangslage und Rahmenbedingungen der sechsten Landtagswahl, in: Martin Koschkar/Christopher Scheele (Hrsg.), Die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2011, S. 8–17, hier: S. 13.

² Vgl. Timm Flügge/Benjamin Hein, Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Martin Koschkar/Christian Nestler/Christopher Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Wiesbaden 2013, S. 27–53, hier: S. 53.

riere war eine Tätigkeit im Polizeidienst und im Innenministerium vorausgegangen. Gleichzeitig nutzte Sellering die sich bietende Gelegenheit, um das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung dem jüngeren Christian Pegel zu übertragen. Der studierte Jurist aus Greifswald war seit 2012 Chef der Staatskanzlei gewesen.³ Schlotmann zog sich aus gesundheitlichen Gründen zurück und legte ebenfalls sein Landtagsmandat nieder.⁴ Pikanterweise wechselte er kurze Zeit später zu einem Wind- und Solarparkentwickler.⁵

Unter den Neuzugängen vermochte es besonders Brodkorb, sich in kürzester Zeit auch überregional zu profilieren. Seine starke Stellung ergab sich schon daraus, dass er „Dienstherr von geschätzten 51 Prozent aller Landesbediensteten [wurde].“⁶ Bekannt geworden war er mit seinem Engagement gegen den Rechtsextremismus⁷ und in der Hochschulpolitik. In letzterem Themenfeld brachte er sich intensiv ein und trat medial deutlich wahrnehmbar als Kritiker der Bologna-Reform⁸, des steigenden Grads der Akademisierung⁹ sowie der Unterfinanzierung der Hochschulen auf.¹⁰

Die öffentliche Wahrnehmung des Ministers war dabei allerdings gespalten. Während er in der Kultusministerkonferenz in einer Außenseiterrolle gesehen wurde, erfuhr er von Rektoren und Wissenschaftlern Anerkennung.¹¹ Es gab darüber hinaus durchaus Kritik an seinem Ministerium. Besonders umstritten war die Theaterreform, welche eine Fusion von Standorten und Sparten vorsah, nachdem 2015 die Insolvenz des Staatstheaters Schwerin abgewendet werden konnte.¹²

Neben dem Bildungsressort ist die wirtschaftliche Lage des Landes und der Bevölkerung maßgeblich für die Regierungsbilanz. Auch wenn die Landesregierung eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes um 3,6 Milliarden Euro als Erfolg verbucht,¹³ liegt Mecklenburg-Vorpommern im Ländervergleich pro Kopf immer noch auf dem letzten Platz und konnte auch den relativen Abstand zu den anderen Bundesländern nicht verringern.¹⁴ Dem entgegen steht der Umstand, dass mehr als drei Viertel der Bevölkerung ihre persönliche wirtschaftliche Situation als gut bis sehr gut einschätzen.¹⁵ Ein Grund hierfür kann in der sinkenden Arbeitslosigkeit gesehen werden,

³ Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Pressemitteilung, Sellering ernennt neue Minister und neuen Chef der Staatskanzlei, abrufbar unter: <http://www.regierung-mv.de/Landesregierung/stk/Presse?id=65789> (Stand: 12.10.2016).

⁴ Vgl. o. A., Ministerpräsident würdigt Arbeit Schlotmanns, in: SVZ, 08.03.2014.

⁵ Vgl. o. A., Ex-Energieminister wirbt jetzt für Wind und Sonne, in: Nordkurier, 19.08.2014.

⁶ Jan-Martin Wiarda, Mr. Njet aus Meck-Pomm, in: Die ZEIT: 18.08.2016.

⁷ Er war einer der Initiatoren des Satireprojektes Storch Heinar, vgl. Historie, abrufbar unter: <http://www.storch-heinar.de/ueber-storch-heinar/historie.html> (Stand: 12.10.2016).

⁸ Interview mit Mathias Brodkorb, in Deutschlandfunk am 15.07.2016, abrufbar unter: http://www.deutschlandfunk.de/bologna-prozess-ueberbuerokratisiertes-monster.680.de.html?dram:article_id=360243 (Stand: 12.10.2016).

⁹ So hielt er 2015 einen Vortrag an der Goethe Universität Frankfurt mit dem Titel „Bildungsexpansion oder Akademikerwahn“ bei der gleichlautenden Tagung; vgl. Flyer, abrufbar unter: <http://www.fb03.uni-frankfurt.de/53415254> (Stand: 17.10.2016).

¹⁰ Mathias Brodkorb, Ein Fahrstuhleffekt für die Wissenschaft, in FAZ, 26.07.2016.

¹¹ Vgl. Wiarda 2016.

¹² Vgl. o. A. Schwerin: Staatstheater-Insolvenz abgewendet, in: NDR, abrufbar unter: <http://www.ndr.de/kultur/Schwerin-Staatstheater-Insolvenz-abgewendet,theaterschwerin160.html> (12.10.2016); o. A., Opposition buht Brodkorbs Theaterreform aus, in: NDR, abrufbar unter: <http://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Landtag-Debatte-um-Theaterreform,theater1626.html> (Stand: 12.10.2016).

¹³ Vgl. Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Bilanz der Landesregierung aus SPD und CDU für die 6. Wahlperiode 2011-2016, Schwerin 2016, S. 1.

¹⁴ Vgl. Kolja Rudzio/Pauline Schinkels, Idyllisch, arm, abgehängt, in: Die ZEIT, 25.08.2016.

¹⁵ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-Vorpommern TREND August, Berlin 2016.

diese lag im Wahlmonat September 2016 bei 8,7 Prozent und damit 3,8 Prozentpunkte unter der vor fünf Jahren.¹⁶

Zum Zugpferd der mecklenburg-vorpommerschen Wirtschaft wird zunehmend der Tourismus. Mit über 18.400 Übernachtungen pro 1.000 Einwohner pro Jahr weist das Land nahezu doppelt so viele Übernachtungen wie das zweitplatzierte Schleswig-Holstein auf.¹⁷ Zu einem Wachstumsmarkt konnte sich weiterhin der Ökostromsektor entwickeln: Schon jetzt deckt das Land im Nordosten als erstes der Republik seinen Strombedarf ausschließlich durch erneuerbare Energien.¹⁸

Die ländliche Prägung des Bundeslandes hat jedoch den Nachteil der schwierigen infrastrukturellen Versorgung. Neben verkehrspolitischen Aspekten¹⁹ stand zum Ende der Legislaturperiode insbesondere der immer noch als defizitär wahrgenommene Breitband-Internetzugang im Mittelpunkt. Mehr als 200 Gemeinden sollen daher in den nächsten Jahren mit Hilfe des Breitbandförderprogramms des Bundes mit schnellerem Internet ausgestattet werden.²⁰ Ob dies ausreichend ist, um die strukturellen Probleme des ländlichen Raumes zu lösen, bleibt allerdings fraglich. In weiteren Branchen unterstützte die SPD-geführte Regierung öffentlichkeitswirksame Einzelprojekte wie zum Beispiel ein Werk für Kaffeekapseln der Firma Nestlé in Schwerin. Traditionelle Arbeitsplätze wie im Schiffbau scheinen nach zwischenzeitlichen Krisen vorerst gesichert.²¹

Erfolgsmeldungen konnte ferner das SPD-geführte Finanzministerium vorweisen: Zwischen 2011 und 2016 wurden keine neuen Schulden verbucht und sogar Altschulden in Höhe von 560 Millionen Euro abgebaut.²² Damit setzte die SPD die konsequente Konsolidierung des Landeshaushaltes angesichts künftig ausbleibender Fördermittel fort.

In der sechsten Legislatur konnte Erwin Sellering eines seiner Prestigeprojekte umsetzen. Um das zivilgesellschaftliche Engagement zu fördern wurde im Juni 2015 die Ehrenamtsstiftung MV eingerichtet. Sie soll zur Vernetzung, Stärkung und Konzentration der Austauschprozesse mit den ehrenamtlichen Akteuren der Zivilgesellschaft beitragen. Die Opposition im Landtag sah die großzügige Ausstattung der Stiftung, die Besetzung einiger Posten mit SPD-Mitgliedern und die nur symbolpolitische Wirkung als problematisch an.²³

Beherrschendes Thema im Land und im Wahljahr war, in einer Abkehr von den zentralen Themen der Legislaturperiode, die Flüchtlingspolitik. Obwohl durch den Königsteiner Schlüssel nur circa zwei Prozent der Asylsuchenden in den Nordosten kommen und der Ausländeranteil im

¹⁶ Vgl. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, Mecklenburg-Vorpommern im Spiegel der Statistik, Ausgabe 2012, Schwerin 2012, S. 55; o. A., Arbeitslosenquote in MV unter 9 Prozent, in: SVZ, abrufbar unter: <http://www.svz.de/regionales/newsticker-nord/arbeitslosenquote-in-mv-unter-9-prozent-id14959901.html> (Stand: 12.10.2016).

¹⁷ Vgl. Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich mit anderen Bundesländern, abrufbar unter: <https://www.tmv.de/vergleich-mvs-mit-anderen-bundeslandern/> (Stand: 12.10.2016).

¹⁸ Vgl. Landesregierung 2016, S. 6.

¹⁹ Besonders virulent war das Aus für die „Südbahn“ zwischen Parchim und Malchow im Dezember 2014. Vgl. o. A., Südbahn-Initiative übergibt 17.000 Unterschriften, in: NDR, abrufbar unter: <http://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Suedbahn-Initiative-uebergibt-17000-Unterschriften,suedbahn144.html> (Stand: 12.10.2016).

²⁰ Vgl. Landesregierung 2016, S. 25.

²¹ Vgl. Thomas Volgmann, Neue Werftenkrise droht, SVZ, abrufbar unter: <http://www.svz.de/regionales/mecklenburg-vorpommern/neue-werftenkrise-droht-id9247271.html> (Stand: 19.03.2015); vgl. Kerstin Schroeder, Nordic Yards Werften verkauft, OZ, abrufbar unter: <http://www.ostsee-zeitung.de/Region-Rostock/Rostock/Wirtschaft/Nordic-Yards-Werften-verkauft> (Stand: 03.03.2015).

²² Vgl. Landesregierung 2016, S. 31.

²³ Louisa M. Giersberg, Ein Jahr Ehrenamtsstiftung: Nur Symbolpolitik?, in: NDR: <http://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Ein-Jahr-Ehrenamtsstiftung-Nur-Symbolpolitik,ehrenamtsstiftung108.html> (Stand: 12.10.2016).

Land 2014 bei 2,6 Prozent lag,²⁴ war das Thema – ausgelöst über die bundespolitischen Debatten ab Herbst 2015 – in der öffentlichen Wahrnehmung bestimmend. 34 Prozent der Bürgerinnen und Bürger nannten in einer Umfrage vor der Wahl die Themen „Zuwanderung / Integration / Umgang mit Flüchtlingen“ als ausschlaggebend für die Wahlentscheidung.²⁵ In ihrem Wahlprogramm nahm die SPD unter dem Punkt „Flüchtlinge“ dazu Stellung. Die Aufgaben von Erstunterbringung bis Integration seien in Zusammenarbeit von Land, Kommunen und Zivilgesellschaft zu organisieren. Die Sozialdemokraten distanzieren sich von solchen Akteuren, die dem Thema mit Hass und Gewalt begegnen.²⁶ Anders als in anderen Bundesländern gab es jedoch bisher keinen Integrationsbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern.

Die traditionelle Schwäche der SPD bei Europa-, Bundestags- und Kommunalwahlen im Vergleich zu den Landtagswahlen²⁷ setzte sich auch in der abgelaufenen Legislaturperiode fort. Bei der Bundestagswahl im Jahr 2013 blieben die Sozialdemokraten mit 17,8 Prozent (+1,2 Prozentpunkte) noch hinter dem schwachen Bundesergebnis zurück. Nur wenig besser war das Abschneiden bei den Europawahlen 2014 mit 21,2 Prozent (+4,5 Prozentpunkte). Beide Wahlen offenbarten jedoch einen leichten Aufwärtstrend. Die Kommunalwahlen aus dem Jahr 2014 zeigten mit 18,9 Prozent (-8,6 Prozentpunkte) ein ähnliches Niveau; der Verlust erklärt sich durch das ungewöhnlich starke Wahlergebnis von 2011, das durch die gleichzeitige Landtagswahl bedingt war. Diese insgesamt vergleichsweise schlechten Werte sind jedoch erfahrungsgemäß kein Indikator für das Abschneiden bei Landtagswahlen.²⁸

Für die Ausgangslage vor der Wahl lässt sich feststellen, dass der Landesverband weiterhin weniger Mitglieder hat als die CDU, jedoch verlieren die Sozialdemokraten weniger stark und konnten in den Jahren der Landtagswahl und der Bundestagswahl sogar ein kleines Plus verbuchen.²⁹

Tab. 1: Mitgliederentwicklung des SPD-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern

Jahr	2011	2012	2013	2014	2015
Mitgliederzahl	2.850	2.826	2.854	2.767	2.709
Veränderung zum Vorjahr absolut	+48	-24	+28	-87	-58
Veränderung zum Vorjahr prozentual	+1,7	-0,8	+1,0	-3,0	-2,1

Quelle: Oskar Niedermayer, Parteimitglieder in Deutschland: Version 2016, Berlin 2016 (Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 26), S. 7.

Die geringe Anzahl von Umfragen in Mecklenburg-Vorpommern hatte zur Folge, dass nur wenige Indizien über die Stimmung unter den Wählerinnen und Wählern neben den Vergleichswahlen während der Legislaturperiode vorlagen. Erst im Wahljahr verdichteten sich Eindrücke der kommerziellen Wahlforschung.

Klar vorteilhaft gestaltete sich, neben der oben schon erwähnten positiven Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Situation, die Regierungszufriedenheit. Diese lag zu Beginn des heißen Wahlkampfes um die 50 Prozent und stieg mit dem Näherücken des Wahltages sogar auf 54

²⁴ Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern 2015, Schwerin 2015, S. 40.

²⁵ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTRENDE August, Berlin 2016.

²⁶ SPD Mecklenburg-Vorpommern, Gemeinsam auf Kurs, Regierungsprogramm für ein modernes und sozial gerechtes Mecklenburg-Vorpommern, Neubrandenburg 2016, S. 41.

²⁷ Für die Ursachen vgl. Flügge/Hein 2013, S. 52.

²⁸ Vgl. ebd.

²⁹ Zur CDU siehe Beitrag von Huchel in diesem Band.

Prozent, damit lag die Zufriedenheit bei Werten ähnlich denen von 2011. Die Rangliste der Politiker im Land wurde von Ministerpräsident Sellering sowohl in puncto Bekanntheit als auch Zufriedenheit klar angeführt. Bei einer Direktwahl würden ihn immerhin 60 Prozent der Bürgerinnen und Bürger wählen und nur 13 Prozent für seinen Kontrahenten Lorenz Caffier von der CDU stimmen.³⁰

Von April bis August des Wahljahres zeigten die Wahlumfragen einen für viele Beobachter überraschenden Entkoppelungseffekt. Trotz Regierungszufriedenheit und Beliebtheit des Ministerpräsidenten rutschte die SPD auf Rang zwei hinter die CDU.³¹ Es stand zu befürchten, in die Rolle des kleinen Koalitionspartners zurückzufallen oder das Wagnis eines Linksbündnisses, vielleicht sogar Rot-Rot-Grün eingehen zu müssen. Bezugsebene für die relativ schwachen Werte war der SPD-Bundestrend, der auf historischer Talfahrt war.³²

Auf dem Nominierungsparteitag der Sozialdemokraten war allerdings keine „Katerstimmung“ zu spüren. Trotz der schwachen Umfragewerte brachen keine Konflikte aus und Sellering inszenierte sich nicht nur im übertragenen Sinne als Kapitän. Mit 92,6 Prozent wurde er zum Spitzenkandidaten gewählt.³³ Die Strategie, ähnlich wie 2011 auf den bekannten und beliebten Ministerpräsidenten zu setzen, war damit nachvollziehbar. Das gleichzeitig beschlossene Wahlprogramm stellte wiederum die vergangene Regierungsarbeit und deren Erfolge in den Mittelpunkt.³⁴

Mit Blick auf eine mögliche Regierungsbildung waren die Sozialdemokraten in der heißen Phase des Wahlkampfes ab Anfang Juli in einer soliden Position und konnten nach Umfragen sogar zwischen den Koalitionspartnern wählen, in der Dynamik des Wahlkampfes wurde die Führungsrolle im regionalen Parteienwettbewerb untermauert. Es ist zu konstatieren, dass seit 1994 die Regierungsbildung im Land ohne Beteiligung der SPD praktisch unmöglich ist. Sie ist und bleibt damit eine strukturelle Mehrheitspartei.

3. Wahlkampf – mit Erwin Sellering zur stärksten Kraft

Trotz der ungünstigen Ausgangslage traten die Sozialdemokraten wie schon in den Jahren 2006 und 2011 ihrem Selbstverständnis entsprechend mit dem Wahlziel an, stärkste Kraft im Landtag zu werden und ihren Ministerpräsidenten im Amt zu bestätigen. Zentraler Bestandteil des Wahlkampfes war eine Fokussierung auf den Spitzenkandidaten. Die Kampagne war bezüglich der drei Dimensionen des Wahlkampfes auf folgende Schwerpunkte konzentriert: im Themenwahlkampf setzte die Partei auf ihre Leistungsbilanz mit den zentralen Themenfeldern „Starke Wirtschaft und gute Arbeit“ sowie „Sozialer Zusammenhalt“. Der Personenwahlkampf war analog zum letzten Wahlkampf auf den Amtsbonus des Ministerpräsidenten konzentriert. Ein Angriffswahlkampf fand im engeren Sinne nur gegen die rechtsextreme NPD auf Basis der bekannten satirischen „Storch-Heinar-Kampagne“ statt.

³⁰ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTREND August II, Berlin 2016.

³¹ Vgl. Koschkar/Nestler in diesem Band.

³² Vgl. o. A., Wahlen in zwei Bundesländern: AfD könnte rot-schwarze Mehrheiten sprengen, in: Focus, abrufbar unter: http://www.focus.de/politik/deutschland/landtagswahlen-in-berlin-und-mecklenburg-vorpommern-afd-koennte-schwarz-rote-mehrheiten-sprengen_id_5797279.html (Stand: 13.10.2016).

³³ Uwe Reißenweber, Die Genossen üben sich in Schunkelstimmung, in: Nordkurier, 02.05.2016.

³⁴ Vgl. Flügge/Hein 2011, S. 38–39; vgl. SPD Mecklenburg-Vorpommern 2016.

3.1. Themenwahlkampf

Das im Wahljahr verabschiedete „Regierungsprogramm“ gliedert sich in drei Oberpunkte: „Eine starke Wirtschaft und gute Arbeitsplätze“, „Gute Chancen von Anfang an“ und „Sozialer Zusammenhalt“. In den einzelnen Unterpunkten wird zunächst immer auf die erreichten Ergebnisse verwiesen, ehe daran inhaltlich angeknüpft wird und noch zu erreichende Ziele definiert werden. Damit setzte die SPD die Leistungsbilanzstrategie von 2011 fort. Als wichtiger Verdienst wurden die Finanzpolitik und damit die Vermeidung einer Neuverschuldung gesehen. Ebenfalls positiv blickten die Sozialdemokraten auf den Ausbau der Infrastruktur, die Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs und die Einführung des Mindestlohns.³⁵ Mit dem Mindestlohn besetzte die SPD ein Thema, das nicht in der Einflussphäre der Landespolitik liegt. Diese Strategie wandte sie 2016 beim populären Thema der Rentenangleichung zwischen West und Ost erneut an. Bis 2019 sollen die Renten in Westdeutschland und Ostdeutschland auf gleichem Niveau sein, dies wurde so im Koalitionsvertrag der Bundesregierung 2013 festgelegt und sei auch ein Erfolg der Nordost-SPD. Im Detail wird ein zeitnahe Zwischenschritt zur Angleichung gefordert.³⁶ Mit Blick auf die SPD-Wählerschaft ist dies insofern taktisch klug, als dass schon 2011 der prototypische SPD-Wählende über 60 Jahre alt war.³⁷

Angesichts der demographischen Entwicklung ist für die Partei in Bezug auf künftige Wahlen die thematische Besetzung weiterer sozialer Herausforderungen von großer Bedeutung. Hier konzentrierte sich die Partei 2016 auf höhere Löhne („gute Arbeit“) und die finanzielle Absenkung der Kitabeiträge („gute Kitas“). Diese Punkte finden in verschiedensten gesellschaftlichen Milieus (auch bei älteren Wählerinnen und Wählern) Anklang und bieten gleichzeitig die Möglichkeit, neue Wählergruppen zu erschließen.

Im öffentlichkeitswirksamen Straßenwahlkampf und insbesondere der Plakatwerbung war von dieser Schwerpunktsetzung jedoch weniger zu erkennen als 2011.³⁸ Die landesweit sichtbaren Großplakate präsentierten vor allem den Ministerpräsidenten mit kurzen Sätzen in drei Wellen: „Gute Arbeit und sozialer Zusammenhalt. Darum geht es mir.“, „Für alle Kinder die gleichen Chancen. Von Anfang an. Das ist mir wichtig.“ und „Unser Ministerpräsident Erwin Sellering.“ Diese Konzentration stand einem geringen Anteil an thematischen Plakaten im SPD-Wahlkampf gegenüber. In der Strategie ging es darum, in der Personalisierung den Spitzenkandidaten mit den inhaltlichen Kernaussagen zu verknüpfen.

Wie CDU, Die LINKE und AfD positionierte sich auch die SPD zum Heimatbegriff. So heißt es im ersten Satz des Wahlprogramms: „Mecklenburg-Vorpommern ist uns allen eine lebenswerte Heimat. Wir leben gerne hier.“³⁹ Eine klare thematische Untersetzung dieser Aussage war im Wahlkampf nur bedingt wahrnehmbar.

Diese Form der Depolitisierung wurde sogar in der überregionalen Presse kritisiert. Einzelne Autoren behaupten, SPD-Abgeordnete seien dazu aufgefordert worden „die Bürger nicht mit Politik [zu] behelligen.“⁴⁰

³⁵ Vgl. SPD Mecklenburg-Vorpommern 2016.

³⁶ Vgl. ebd., S. 33f.

³⁷ Vgl. Flügge/Hein 2011, S. 42.

³⁸ Schon 2011 war der Wahlkampf stark personalisiert; vgl. dazu ebd., S. 38–39.

³⁹ SPD Mecklenburg-Vorpommern 2016, S. 2.

⁴⁰ Vgl. Gabriel Kords, Bitte schlafen Sie jetzt, in: Die ZEIT, 25.08.2016.

Dieser „Wohlfühlwahlkampf“ passte jedoch nicht direkt zur Stimmung der Bürgerinnen und Bürger im Land. Parteien- und Politikverdrossenheit drückten sich nicht alleinig durch die steigenden Umfragewerte der AfD aus. Die SPD-Kampagne versuchte eher die bereits angesprochenen Zufriedenheitswerte und das dadurch ableitbare Bedürfnis von Kontinuität zu kanalisieren. Die tatsächlich drängenden Probleme des Landes wie etwa der stark ausgeprägte demographische Wandel, die Entwicklung des ländlichen Raumes, die Integration von Geflüchteten und die im Bundesvergleich geringe Wirtschaftskraft mit einer weiterhin hohen Arbeitslosenquote wurden im Wahlkampf gemieden. Dass diese Problemstellungen nicht komplett ausgeklammert wurden, zeigte die Dialogtour des Ministerpräsidenten aus dem Frühjahr 2016.⁴¹

Die inhaltliche Dimension des Wahlkampfes litt ebenso darunter, dass der Wahl-O-Mat zusammen mit der CDU abgelehnt wurde. Dieses Mittel der politischen Bildung wird seit 2002 zusammen von den Landeszentralen und der Bundeszentrale für politische Bildung entwickelt, aber in Mecklenburg-Vorpommern bisher noch nicht verwendet.⁴²

3.2. Personenwahlkampf

Die Kandidierenden und vor allem der Ministerpräsident standen im Zentrum der Kampagne. Die Wahlkreiskandidaten erschienen in relativer Freiheit bei der Wahl ihrer Motive für Großflächenplakate, was wahlkreisspezifische Themensetzungen ermöglichte. So warb Minister Brodtkorb in Rostock mit Erfolgen der Bildungspolitik, in Ludwigslust-Parchim wählte Thomas Schwarz sein Engagement bei der Freiwilligen Feuerwehr als Hintergrundfolie. Die kombinierte Kampagne stand unter dem Motto „Gemeinsam auf Kurs“. Das maritim konnotierte Wort „Kurs“ wurde dabei im Küstenland als heimatverbindendes Element gewählt. Die Sellering-Großplakate wurden überdies kurz vor der Wahl mit dem Zusatz „Zweitstimme ist Sellering-Stimme“ versehen. Insgesamt wussten die Sozialdemokraten die hohe Popularität ihres Spitzenkandidaten geschickt in Szene zu setzen. Seine Beliebtheit speist sich im Wesentlichen aus seiner ruhigen und pragmatischen Art, aus dem Attribut des „Ossi-Verstehers“⁴³ und seinem bürgerlichen Auftreten. Er präsentierte sich stets als Landesvater.

Das Auftreten des Ministerpräsidenten im Land wurde im Wahlkampf durch eine weitere Dimension ergänzt, die über Äußerungen in der überregionalen Presse stattfand und für Aufsehen sorgte. Sellering kritisierte in mehreren Interviews die Position der Kanzlerin Angela Merkel in der Flüchtlingspolitik scharf. Seine Ausführungen benannten Sorgen gegenüber den vielen Geflüchteten als berechtigt und bezeichneten die humanitäre Aufnahme von Geflüchteten als „unbegrenzten Zuzug“.⁴⁴ Diese Aussagen aus dem Juli und August sorgten vor allem bei den Jusos für Irritationen.⁴⁵ Der SPD-Ministerpräsident tätigte Aussagen, die primär vom rechten Rand des Parteienspektrums zu hören waren. Von „unkontrollierter Zuwanderung“ sprach im Besonderen

⁴¹ Vgl. Winfried Wagner, Ein Fächer von Fragen, in: NNN, 11.02.2016.

⁴² Vgl. o. A., Warum es für Mecklenburg-Vorpommern keinen Wahl-O-Mat gibt, in: Spiegel Online, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/mecklenburg-vorpommern-warum-es-keinen-wahl-o-mat-gibt-a-1110433.html> (Stand: 14.10.2016).

⁴³ Im Wahlkampf 2011 bezeichnete er die DDR explizit nicht als „Unrechtsstaat“. Hierzu: Flügge/Hein 2011, S. 39.

⁴⁴ Daniel F. Sturm, „Merkel tut, als kämen die Sorgen von Dummköpfen“, in: Die Welt, abrufbar unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article156871311/Merkel-tut-als-kaemen-die-Sorgen-von-Dummkoeffen.html> (Stand: 14.10.2016); Stephan Haselberger, „Die AfD lebt von Spaltung und Hass“, in: Der Tagesspiegel, abrufbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/spd-in-mecklenburg-vorpommern-die-afd-lebt-von-spaltung-und-hass/13977284.html> (Stand: 14.10.2016).

⁴⁵ Hintergrundgespräche mit Jusos-Vertretern.

die AfD in ihrem Wahlkampf. Die Äußerungen standen im Gegensatz zu den schärfsten Einschränkungen im Asylrecht – mit den Asylpaketen I und II durch die Bundesregierung – seit den frühen 1990er Jahren. Damit war die Situation im Wahljahr eine andere als im Herbst 2015.

Sellering sagte an selber Stelle, dass Frau Merkel die Schuld an dem Erstarken dieser Partei hätte. Mit einer dieserart unterkomplexen Externalisierung vernachlässigt der Ministerpräsident seine Möglichkeiten der Politikgestaltung und der politischen Kommunikation seit dem Herbst 2015. Mit der Kritik an Merkel vollzog Sellering ein ähnliches Manöver wie 2011, als er von der Parteimeinung abwich und in der Unrechtsstaatdebatte die DDR nicht als solchen bezeichnen wollte.⁴⁶

Die Wiederholung des Duells um das Amt des Ministerpräsidenten mit Innenminister Lorenz Caffier (CDU) vollzog sich in ähnlichen Rahmenbedingungen wie 2011. Nicht nur in der einfachen Direktwahlfrage führte der Amtsinhaber vor seinem Herausforderer, auch in jeder abgefragten Kategorie, von Sympathie bis zu Kompetenz in bestimmten Politikfeldern lag Sellering vorn.

Tab. 2: Direktkandidaten im Vergleich

	Erwin Sellering	Lorenz Caffier
ist sympathischer	57 %	15 %
passt eher zu Mecklenburg-Vorpommern	55 %	19 %
ist die stärkere Führungspersönlichkeit	54 %	21 %
setzt sich stärker für soziale Gerechtigkeit ein	48 %	12 %
ist glaubwürdiger	44 %	17 %
ist besser mit den Problemen der Bürger vertraut	43 %	15 %
verstehet mehr von der Wirtschaft	37 %	21 %
hat die besseren Konzepte, um die Flüchtlingskrise in den Griff zu bekommen	21 %	16 %

Quelle: Infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTREND Juni, Berlin 2016.

Deutlich wurde dieser Gegensatz wiederum im Fernsehduell der beiden Kandidaten. Der medienaffine Sellering nutzte das Format für zweierlei Dinge. Erstens: Die „feste Umarmung“ seines Kontrahenten Caffier. Der Ministerpräsident betonte die positive Zusammenarbeit beider und nahm Caffier jede Chance auf eine eigene Profilierung. Zweitens: Die wiederholte Kritik an der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung. Unter Applaus erklärte Sellering, dass die Geflüchteten nach Ende der Konflikte in ihre Heimatländer zurückkehren müssten und dies nicht nur ein Standpunkt von „Rechtsradikalen und Dummköpfen“ wäre. Das offensichtliche Ziel solcher Aussagen war es, den Großteil unentschiedener Wählerinnen und Wähler mit Kritik an der Bundeskanzlerin von einer Wahl der AfD abzuhalten.⁴⁷

3.3. Angriffswahlkampf

Ähnlich wie 2011 waren die wenigen Elemente des Angriffswahlkampfes erwartbar. Bis auf die NPD wurden die anderen Parteien nicht direkt angegriffen. Die CDU konnte schon aufgrund der Leistungsbilanzstrategie der SPD nur schwerlich attackiert werden ohne sich selbst zu beschädigen. FDP, Bündnisgrüne und LINKE wurden ebenso nicht Bestandteil einer thematischen Auseinan-

⁴⁶ Vgl. Matthias Wyssuwa, Schwerins Schicksal könnte Deutschland drohen, in: FAZ, 07.09.2016.

⁴⁷ Vgl. Lisa Caspari, Sie wollen wie eine bessere AfD klingen, Die ZEIT, abrufbar unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-08/mecklenburg-vorpommern-landtagswahl-erwin-sellering-lorenz-caffier-tv-duell?page=4> (Stand: 24.08.2016).

dersetzung. Sie sollten durch bloßes Ignorieren nicht mehr Aufmerksamkeit erhalten. Der traditionelle Angriff auf die NPD erfolgte abermals auf Plakaten und durch die Initiative „Storch Heinar“ („SSV: Alles Braune muss raus“). Die AfD wurde kaum thematisiert. Der Partei wurde zwar die Spaltung des Landes vorgeworfen,⁴⁸ eine inhaltliche Auseinandersetzung fand jedoch nicht statt.

4. Wahlergebnis

Die Trendwende, die sich mit den Umfragen aus dem August abzeichnete, setzte sich bis zum Wahltag fort. Die SPD konnte im Wahljahr aufholen und blieb letztlich wie bei den vergangenen Wahlen stärkste Kraft. Mit insgesamt 246.395 Zweitstimmen gelang der Partei ein Zuwachs von mehr als 4.000 Stimmen im Vergleich zu 2011, was angesichts der gestiegenen Wahlbeteiligung von rund 10 Prozentpunkten jedoch zu einem relativen Verlust führte. Fünf Prozentpunkte musste die SPD abgeben. Dennoch wurden die Sozialdemokraten mit 30,6 Prozent eindeutig stärkste politische Kraft im Land. Der Abstand zum bisherigen Regierungspartner CDU blieb mit über 11 Prozentpunkten etwa gleich groß wie 2011. Die AfD wurde als neue zweite Kraft im Landtag auch mit knapp 10 Prozentpunkten deutlich distanziert. Trotz der Stimmenverluste musste die SPD nur einen Sitz im Schweriner Schloss räumen. Im Vergleich zu 2011 gelang sogar eine Steigerung der Zahl der Direktmandate auf 26 (+2), so dass ungewöhnlicherweise kein Kandidat über die Landesliste einziehen konnte.⁴⁹

Das beste Ergebnis der SPD-Direktkandidaten hatte der Ministerpräsident im Wahlkreis Schwerin I mit 47,4 Prozent. Stärkster Wahlkreis nach Zweitstimmen wurde fast traditionell der „rote Leuchtturm“ Wismar mit 38 Prozent, wie im Landesergebnis zeigen sich auch hier deutliche Verluste (-7,9 Prozentpunkte). Schwächster Wahlkreis war Vorpommern-Greifswald III. Hier erzielten die Sozialdemokraten nur 18,8 Prozent (-9,4 Prozentpunkte) und lagen damit 13,6 Prozentpunkte hinter der AfD. Wie schon 2011 sind der schlechteste und der beste Wahlkreis prototypisch für die regionale Verteilung der SPD-Wählerschaft in Mecklenburg und Vorpommern. Der Stärke der SPD in Mecklenburg (33,1 Prozent) steht die vergleichsweise schwache Position im vorpommerschen Landesteil (24,9 Prozent) gegenüber.⁵⁰ Trotz dieses Ungleichgewichts in den Landesteilen zeigen die gewonnenen Direktmandate eine Konservierung der Gewinne von 2011. Beachtenswert ist der Erfolg Patrick Dahlemanns,⁵¹ der im Wahlkreis Vorpommern-Greifswald IV durch einen aktiven Wahlkampf einen deutlichen Stimmenzuwachs für die SPD und das Mandat im „schwarzen“ Vorpommern gewinnen konnte.

Die SPD-Fraktion wird die jüngste der siebten Legislaturperiode sein. Neben Dahlemann zogen noch Nadine Julitz, Elisabeth Aßmann und Philipp da Cunha als unter 30-Jährige ins Schweriner Schloss. Insgesamt ein deutliches Zeichen, dass die SPD den Generationenwechsel aktiv betreibt.⁵²

Beim Blick auf die Altersstruktur der sozialdemokratischen Wählerschaft fällt auf, dass die SPD bei allen Wählerinnen und Wählern zwischen 18 und 59 Jahren unterdurchschnittliche Ergebnis-

⁴⁸ Vgl. Haselberger 2016.

⁴⁹ Vgl. Amtliche Endergebnisse der Landeswahlleiterin.

⁵⁰ Vgl. Koschkar/Nestler in diesem Band.

⁵¹ Dem Erfolg des 28-Jährigen widmete sich sogar das ZDF Heute Journal. Vgl. Wir haben einen Fahrplan, ZDF Heute Journal vom 21.09.2016, abrufbar unter: <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/2841902/Wir-haben-einen-Fahrplan%2521?bc=sts;suc>, (Stand: 17.10.2016), vgl. Winfried Wagner, „Der mal andere Wege geht“, in: SVZ, 31.08.2016.

⁵² Vgl., o. A., SPD baut auf Jugend und gewinnt, in: Nordkurier, 06.09.2016.

se erzielt, wobei dieser Effekt umso ausgeprägter erscheint, je jünger die Bürgerinnen und Bürger sind. In der Gruppe der 18 bis 24-Jährigen erzielte sie dementsprechend ihr schlechtestes Ergebnis (21 Prozent), dennoch wurde sie in dieser Kohorte stärkste Kraft. Bei den über 70-Jährigen errang die SPD mit 43 Prozent das stärkste Ergebnis. Dementsprechend konnte nur in der Gruppe der Rentner (39 Prozent) überproportionale Ergebnisse eingefahren werden. Dieser bereits 2011 sichtbare Effekt wurde im Wahlkampf 2016 gezielt genutzt, indem die Forderung nach einer Rentenangleichung zwischen Ost und West offensiv als Thema gesetzt wurde.

Die SPD verliert deutlich an Wählerinnen und Wählern unter den Arbeiterinnen und Arbeitern sowie den Arbeitslosen, in diesen Kategorien führt nun die AfD. Der seit 2002 beobachtbare Effekt hinsichtlich eines überproportionalen Abschneidens bei der weiblichen Wählerschaft ließ sich auch 2016 erfassen.⁵³ 34 Prozent der Frauen im Bundesland machten ihr Kreuz bei der SPD, während sich indes nur 27 Prozent der Männer vom sozialdemokratischen Politikangebot überzeugen ließen. Die Nachwahlbefragungen zeigen deutlich, dass die wichtige Frage kurz vor der Wahl, ob die AfD stärkste Kraft werden könnte, zu einer späten Mobilisierung zu Gunsten der SPD geführt hat. 37 Prozent der SPD-Wählerinnen und Wähler entschieden sich kurzfristig.⁵⁴

Mit dem Ziel, die AfD als stärkste Kraft zu verhindern, lassen sich ebenso die Daten der Wählerwanderung interpretieren. Die verzeichneten Zugewinne der Sozialdemokraten speisen sich aus zwei Quellen. Wie andere Parteien auch gewinnt die SPD aus dem Lager der Nichtwähler Stimmen (19.000) hinzu, was jedoch angesichts der gestiegenen Wahlbeteiligung wenig überraschend ist. Des Weiteren zog die Partei vornehmlich Stimmen aus dem Linken Lager, wobei hier insbesondere Bündnis 90/Die Grünen mit 10.000 Stimmen hervorzuheben sind.⁵⁵

In den Rahmenbedingungen der Landtagswahl konnte die SPD sich trotz der Verluste als Sieger sehen. Die SPD bleibt in historischer Perspektive eine Landespartei. Die Anzahl an absoluten Stimmen blieb von 2006 bis 2016 auf ähnlichem Niveau. Die Unterschiede in den Prozentwerten lassen sich durch sinkende und steigende Wahlbeteiligung erklären.

In Mecklenburg-Vorpommern wiederholte sich ein Trend, der bereits bei den Märzahlen sichtbar wurde. Die jeweiligen Regierungschefs Malu Dreyer (SPD), Winfried Kretschmann (Bündnis 90/Die Grünen) und Reiner Haseloff (CDU) konnten wenn auch zum Teil in anderen Koalitionen weiter regieren. Der Ministerpräsident Sellering wirkte im polarisierten Wahlkampf als wichtiger Integrationspunkt, der in Mecklenburg-Vorpommern mit einem taktischen Wahlkampf unterstrichen wurde. In wesentlichen Punkten lässt sich das Ergebnis auf die Personalisierung und Fokussierung auf den populären Amtsinhaber zurückführen. Sein Image als „Landesvater“, die positive Regierungsbilanz und seine Abgrenzung von Angela Merkel waren wichtige Bausteine für das Wahlergebnis.

5. Perspektive der Partei nach der Wahl

Die Ausgangslage nach der Wahl war für die Sozialdemokraten ähnlich komfortabel wie 2011. Sie konnte hinsichtlich des Koalitionspartners zwischen Christdemokraten und der Partei Die LINKE wählen. Damit bleibt die SPD in Mecklenburg-Vorpommern strukturelle Mehrheitspar-

⁵³ Vgl. Koschkar/Nestler in diesem Band.

⁵⁴ Infratest dimap (Hrsg.), WahlREPORT Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2016, Berlin 2016, S. 39.

⁵⁵ Zur Wählerwanderung siehe Koschkar/Nestler in diesem Band.

tei. Mit der Entscheidung, die Rot-Schwarze Regierung fortzuführen, setzten die Spitzen der Partei auf eine bewährte Lösung und Kontinuität.

Wie schon 2011 bestätigt sich die Beobachtung, dass die SPD über eine fragile Wählerstruktur verfügt,⁵⁶ diese konnte 2016 zwar mobilisiert werden, doch ob der Erfolg von langfristiger Natur ist, bleibt fraglich. Ruft man sich ergänzend die Altersstruktur der sozialdemokratischen Wählerinnen und Wähler ins Gedächtnis, scheint der Erfolg langfristig auf Sand gebaut. Insbesondere die Älteren beschenken der SPD regelmäßig gute Ergebnisse, sind aber aus demographischen Gründen kein langfristiges Standbein des Erfolgs. Neue Wählerschichten müssen grundsätzlich und aus Sicht der Sozialdemokraten auch abseits von Landtagswahlen gewonnen werden.

Insbesondere die starke Abhängigkeit von der Popularität des Ministerpräsidenten könnte sich als zweischneidiges Schwert erweisen. Einerseits führt die Personalisierung regelmäßig zu beachtlichen Wahlerfolgen, andererseits steht wahrscheinlich spätestens mit der Landtagswahl 2021 die Nachfolgerin oder der Nachfolger des Ministerpräsidenten in den Startlöchern. Sellering betonte beim TV-Duell die gesamte Legislatur regieren zu wollen. Ein möglicher Fingerzeig könnte im Engagement von Manuela Schwesig während des Wahlkampfes und in den Koalitionsverhandlungen gesehen werden. Doch auch andere junge Minister bieten sich als Nachfolger an.

⁵⁶ Vgl. Flügge/Hein 2013, S. 53.

Die AfD – Protest oder Etablierung rechts der Mitte?

Jan Müller/Jan Rohgalf

1. Einleitung

Der Aufstieg der Alternative für Deutschland (AfD) im politischen System der Bundesrepublik stellt eine bis dato noch nicht gesehene Veränderung dar: Bislang hatten rechtspopulistische Parteien keine Chance zur Etablierung im deutschen Parteiensystem.¹ Die AfD befindet sich seit September 2015 in einem Umfragehoch. Im Zuge der Polarisierung der öffentlichen und politischen Debatte um Flucht und Asyl punktet sie mit der klaren Ablehnung der Politik der Bundesregierung unter Angela Merkel.

Bereits im März 2016 brachten die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt Wahlerfolge für die AfD. Mit der Verabschiedung des Grundsatzprogramms auf dem Stuttgarter Parteitag am 30. April und 1. Mai 2016 wurden wichtige Weichen für die Bundestagswahl 2017 gestellt. Auf dem Weg dahin sollte in Mecklenburg-Vorpommern ein weiterer Wahlerfolg eingefahren werden. Für die AfD war der Fakt, im „Land der Bundeskanzlerin“ erfolgreich zu sein, mit besonderem Prestige ausgestattet. Spitzenkandidat Leif-Erik Holm sprach nach der Wahl auf der AfD-Presskonferenz sogar von einer „kleinen Bundestagswahl“.²

Aus dem Stand erzielt die AfD 20,8 Prozent und zog als größte Oppositionsfraktion in den Landtag ein. Der Beitrag blickt zunächst auf die Entstehungsgeschichte der AfD im Bundesland zurück (2.), bevor der Wahlkampf (3.) und das Ergebnis (4.) analysiert werden. Im Ausblick (5.) werden Herausforderungen für die AfD in ihrer neuen Rolle und im Umgang mit ihr im Parlamentsalltag diskutiert.

2. Die AfD von der Gründung 2013 bis zur Landtagswahl

Der Landesverband der AfD in Mecklenburg-Vorpommern konstituierte sich am 21. April 2013 und damit nur etwa zwei Monate nach der Parteigründung auf Bundesebene durch das damalige Führungstrio Konrad Adam, Frauke Petry und Bernd Lucke. Sprecher des Landesverbandes wurde Leif-Erik Holm. Der studierte Volkswirt erlangte landesweite Bekanntheit als Moderator für den privaten Radiosender Antenne Mecklenburg-Vorpommern. Zur Bundestagswahl 2013 trat die AfD-MV mit sechs Kandidaten auf ihrer Landesliste an.³ Auf Wahlkreiskandidaten verzichtete sie.⁴ Bundesweit scheiterte die Partei knapp mit 4,7 Prozent an der Fünfprozenthürde.⁵ In Mecklenburg-Vorpommern erlangte sie 5,6 Prozent der Wählerstimmen.⁶

¹ Vgl. Frank Decker/Florian Hartleb, Populismus auf schwierigem Terrain: Die rechten und linken Herausfordererparteien in der Bundesrepublik, in: Frank Decker (Hrsg.), Populismus in Europa: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden 2006, S. 191–215.

² Zitiert nach: Peter Burghardt/Jens Schneider, Bescheidenheit ist für die AfD keine Tugend, in: SZ, 06.09.2016, abrufbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/nach-der-wahl-in-mecklenburg-vorpommern-bescheidenheit-ist-fuer-die-afd-keine-tugend-1.3149098> (Stand: 01.10.2016).

³ O. A., Zurück zum Europa der Vaterländer, Die Alternative für Deutschland (AfD) tritt mit sechs Kandidaten zur Bundestagswahl an, in: SVZ, 20.07.2013.

⁴ Die Landeswahlleiterin (Hrsg.), Bundestagswahl 2013, In Mecklenburg-Vorpommern treten 12 Parteien mit 99 Kandidaten sowie 4 Einzelbewerber an, abrufbar unter: http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/

Schon im folgenden Jahr standen Europa- und Kommunalwahlen an. Für diese rechnete sich die AfD viel aus und versuchte mit einer Anti-Eurokampagne auch in die kommunalen Vertretungen einzuziehen. Im Landesdurchschnitt erlangte sie 4,2 Prozent und zog damit in alle Kreistage sowie in die Bürgerschaft in Rostock und die Stadtvertretung in Schwerin ein. Bei den gleichzeitig stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament konnte die Partei sogar sieben Prozent der Stimmen holen.⁷ Eigene Fraktionen konnte die AfD zu diesem Zeitpunkt noch nicht bilden, dafür fehlten die notwendige Anzahl von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern. In einigen Kreisen wurden Fraktionsgemeinschaften mit anderen fraktionslosen Abgeordneten gebildet. Erst im Januar 2016 etablierte sich, mit dem Wechsel eines ehemaligen Mitglieds der CDU-Fraktion, in der Schweriner Stadtvertreterversammlung eine eigenständige Fraktion der AfD.⁸

Bundesweite Aufmerksamkeit erregte der Landesverband kurz nach den Wahlen 2014. Im Kreistag von Vorpommern-Greifswald stimmten drei Mitglieder der AfD einem NPD-Antrag zum Kirchenasyl zu. Damit brach die AfD den Konsens, den so genannten „Schweriner Weg“ wie im Landesparlament auch in den kommunalen Vertretungen durchzuführen. Ebenso widersetzten sich die Abgeordneten hiermit der Vorgabe des AfD-Bundesverbandes, in keiner Weise mit der NPD zusammenzuarbeiten.⁹ Unter anderem stimmte auch der zweite Sprecher des Landesverbandes, Matthias Manthei für den NPD-Antrag. Der Familienrichter aus Greifswald trat die Nachfolge des Rostockers Holger Arppe an, nachdem dieser wegen Volksverhetzung angeklagt worden war.¹⁰

Die erste Jahreshälfte 2015 war vor allem von Personal- und Richtungsdiskussionen innerhalb der Bundes-AfD geprägt. Hier standen sich neoliberale (Bernd Lucke, Hans-Olaf Henkel) und nationalkonservative (Frauke Petry, Alexander Gauland) Positionen gegenüber. In dieser Auseinandersetzung formierte sich „der Flügel“ unter Federführung von Björn Höcke (AfD Thüringen) und André Poggenburg (AfD Sachsen-Anhalt), deren Positionspapier „Erfurter Resolution“ sich gegen Bernd Lucke und seinen Führungskurs richtete. Diese Gruppierung vertritt dezidiert nationalkonservative Positionen. Unter den Erstunterzeichnern fand sich Ulrike Schielke-Ziesing, Landesschatzmeisterin aus Mecklenburg-Vorpommern.¹¹ Die Landes-AfD positionierte sich fast ausschließlich auf der Seite Frauke Petrys. Der Essener Parteitag im Juli 2015, auf dem Petry als Sprecherin gewählt wurde und der Austritt Bernd Luckes folgte, hatte dementsprechend nur geringe Auswirkungen auf den Landesverband. Zwar gab es einige Austritte, die aber nach Angaben

STAM/de/start/_Landeswahlleiter/Landeswahlleiter/_Dienste/Presse/Presseinformationen/index.jsp?&pid=54748 (Stand: 01.06.2016).

⁵ Bundeswahlleiter (Hrsg.), Endgültiges Ergebnis der Bundestagswahl 2013, abrufbar unter: https://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/ergebnisse/bundesergebnisse/ (Stand: 01.06.2016).

⁶ Bundeswahlleiter (Hrsg.), Endgültiges Ergebnis der Bundestagswahl 2013, abrufbar unter: https://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/ergebnisse/landesergebnisse/l13/ (Stand: 01.06.2016).

⁷ Vgl. Christian Nestler/Christopher Scheele, Einleitung – Die Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, S. 9–16, hier: S. 11 und Christian Nestler/Sarah Schütt, Die Europawahl 2014, in: Christian Nestler/Christopher Scheele (Hrsg.), Die Kommunalwahlen 2014 in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2014, S. 17–32, hier: S. 28.

⁸ Vgl. O. A., Hagen Brauer wechselt zur neuen AfD-Fraktion, in: SVZ, 26.01.2016.

⁹ Vgl. Sabine am Orde, Gemeinsame Sache mit den Nazis, in: taz, abrufbar unter: <http://www.taz.de/!5032522/> (Stand: 01.06.2016). Zum „Schweriner Weg“ vgl. Gudrun Heinrich, Kernwählerschaft mobilisiert – Die NPD, in: Martin Koschkar/Christopher Scheele, Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – Die Parteien und ihre Wähler, Rostock 2011, S. 77–89, hier: S. 78f.

¹⁰ Vgl. o. A., AfD-Parteitag: „Warum haben Sie keine Kinder?“, in: NDR, abrufbar unter: <http://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/AfD-Parteitag-Warum-haben-Sie-keine-Kinder,afd210.html> (Stand: 28.09.2016). Arppe ist inzwischen erstinstanzlich verurteilt.

¹¹ Der Flügel (Hrsg.), Erfurter Resolution, abrufbar unter: <http://www.derflugel.de/erfurter-resolution/> (Stand: 01.06.2016).

der Partei schnell kompensiert wurden. Die Neugründung der Lucke-Anhänger Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA) ist im Land, gemessen an bisherigen Wahlteilnahmen, wie im gesamten Bundesgebiet unbedeutend.

Am 20. Februar 2016 fand sich die AfD in Demmin zusammen, um die Liste für die anstehende Landtagswahl zu wählen. Insgesamt 27 Kandidierende wurden aufgestellt. Die Parteisprecher Holm und Manthei wurden auf Platz eins und zwei gewählt. Auf Platz drei kam Petra Federau und Platz vier belegte Holger Arppe.

Für Aufsehen sorgte die Schweriner Stadtvertreterin Federau, die im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise von einer geplanten „Umvolkung“ sprach. Die Parteisprecher ließen diesen vom Nationalsozialismus geprägten Begriff unkommentiert. Federau sorgte schon in der Vergangenheit für Skandale.¹² Im März machte die SVZ dann pikante Details ihrer Vergangenheit publik. Federau wurde vorgeworfen, einen Escort-Service betrieben zu haben, der unter anderem auch im arabischen Raum tätig war.¹³ Diese Enthüllungen beschädigten das selbstinszenierte Image der „Patriotin“ deutlich. Der Landesvorstand sah sich dadurch gezwungen, am 28. Mai einen Landesparteitag in Binz auf Rügen stattfinden zu lassen, auf dem Federau von der Liste gewählt werden sollte. Im Vorfeld gab es Stimmen aus dem Landesverband, die eine Abwahl Mantheis aus dem Vorstand oder gar eine vollständige Neuwahl der Liste forderten.¹⁴ Der „Federau-Parteitag“ verlief letztlich im Sinne des Landesvorstandes. Inhaltliche Tagesordnungspunkte waren nur die Abwahl und die erneute Bestätigung der Demminer Liste. Federau inszenierte sich als Opfer der Medien und des Landesvorstandes. Sie sah in ihrer Abwahl auch einen Angriff auf ihre politischen Positionen. Holm und Manthei reduzierten die Auseinandersetzung auf das Verhältnis Federaus zur Partei, kritisierten an ihr die Verweigerung von Gesprächen und richteten den Blick auf die zukünftige Landtagsfraktion, deren Funktionsfähigkeit an erster Stelle stehen sollte. Federaus Tätigkeiten und ihre inhaltlichen Positionen standen nicht zur Diskussion. Das Ergebnis der Abwahl war mit 84 zu 47 Stimmen bei sechs Enthaltungen deutlich. Die nun auf 26 Kandidierende verkürzte Liste wurde mit 107 zu 17 Stimmen bestätigt.¹⁵

In den Wortbeiträgen zeigte sich, dass der Landesverband, der mit über 400 Mitgliedern in das Wahljahr startete, auch im bundesweiten Vergleich, weit rechts steht und klar die Positionen des nationalkonservativen Flügels der AfD vertritt. Hinzu kommen zum Teil völkische Argumentationen, unter anderem von Federau oder dem Greifswalder Jura-Professor Ralph Weber.¹⁶

¹² Vgl. Christian Nestler, Die AfD im Wahljahr 2016, abrufbar unter: <https://gutvertreten.boell.de/2016/05/06/die-afd-im-wahljahr-2016> (Stand: 01.06.2016), S. 18.

¹³ Vgl. Karin Koslik, AfD-Frau Federau soll Frauen für Escort-Service angeworben haben, in: SVZ, 16.03.2016.

¹⁴ Vgl. Stefan Ludmann, Teile der AfD-Basis wollen Parteichef stürzen, in: NDR, abrufbar unter: <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Teile-der-AfD-Basis-wollen-Parteichef-stuerzen,afd678.html> Stand: (01.06.2016).

¹⁵ Federau blieb aber Direktkandidatin im Wahlkreis Schwerin II. Teilnehmende Beobachtung auf dem AfD-Landesparteitag am 28.05. in Binz.

¹⁶ Weber, der Direktkandidat im Wahlkreis 30 Ostvorpommern ist, war durch die Promotion eines ehemaligen Sängers einer rechtsradikalen Band in die Schlagzeilen geraten. Vgl. Jochen Zenthöfer, Wenn der Professor das rechte Auge zudrückt, in: FAZ, 10.04.2016, Weber nutzt auch den Terminus „Umvolkung“; vgl. Djamila Benkelouf/Robert Bongen/Johannes Jolmes, NPD und AfD: Original und Kopie?, in: Panorama, abrufbar unter: <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2016/NPD-und-AfD-Original-und-Kopie-,afdnpd100.html> (Stand: 28.09.2016).

3. Wahlkampfstrategie – Facetten der Stimmenmaximierung

Wahlprogramme dienen zur Themensetzung und zur Stärkung der Geschlossenheit einer Partei, sie geben eine Richtung für den Wahlkampf und die künftige Oppositions- oder Regierungsarbeit vor. Bereits ein Jahr vor der Wahl, im September 2015, hatte die Partei ihr 21seitiges „Landeswahlprogramm“ beschlossen.¹⁷ Diese frühe Festlegung hatte zur Folge, dass einige Punkte bereits vor dem eigentlichen Wahlkampf veraltet waren. Dies gilt besonders für das Thema Flucht und Zuwanderung: Die Asylpakete der Bundesregierung haben zum Teil Maßnahmen wie die Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten enthalten, die auch von der AfD gefordert wurden.

Das Programm, das sich in eine Präambel und neun programmatische Unterpunkte gliedert, hinterlässt den Eindruck eines „Patchworks“ politischer Forderungen. So präsentiert die AfD etwa kein zusammenhängendes Konzept von Wirtschaft und Arbeit für Mecklenburg-Vorpommern. Stattdessen werden verschiedene Branchen wie Land- und Forstwirtschaft oder der Tourismus zwar erwähnt, jedoch liegt das Hauptaugenmerk auf dem Mittelstand, der vor allem von Bürokratie entlastet werden soll. Ungeachtet dieser Schwerpunktsetzung werden zugleich vielfältige staatliche Eingriffe und Regulierungen gefordert.

Zudem fällt auf, dass eine Reihe zentraler Forderungen gar nicht auf der Ebene der Landespolitik verhandelt werden können. Dies trifft insbesondere zu auf das Aussetzen des Schengen-Abkommens, die Vereinheitlichung des Bildungssystems in Deutschland, die Reform des Familiensplittings oder das Ende der Sanktionen gegenüber Russland.

Wie der Bundesverband vertritt die AfD in Mecklenburg-Vorpommern ein deutlich konservatives Familienbild, in dem die Familie exklusiv aus „Vater, Mutter, Kindern“ besteht und Quelle von „Werten, kultureller Identität, Heimatliebe, Gemeinschaftssinn und Solidarität“ ist.¹⁸ Hauptaufgabe der Politik ist es deshalb, die rückläufige Geburtenrate zu bekämpfen. Dazu wird ein eklektischer Maßnahmenmix vorgeschlagen, der alles andere als eindeutig konservativ ist: etwa Reaktivierung des aus der DDR bekannten Familiendarlehens, Verlängerung des Elterngeldes, kostenlose Kindergartenplätze, Finanzierung der Kindertagesstätten über eine einheitliche Gebührenpauschale, Erleichterungen für Eltern bei Steuern, Rente und Sozialversicherungen.¹⁹

Die Pläne zum Politikfeld Bildung könnte man zusammenfassen mit: Schluss mit der 68er-Pädagogik! Der Fokus liegt auf mehr Disziplin (Kopfnoten, Schuluniformen) und mehr Leistung (vor allem naturwissenschaftlich-technischer Schwerpunkt) in einem mehrgliedrigen Schulsystem, weniger Inklusion, weniger Gleichstellung („Umerziehungsmaßnahmen wie Gender Mainstreaming“) und restriktivere Thematisierung von Sexualität im Unterricht (Stichwort „Frühsexualisierung“).²⁰

Der Staat schaffe es nicht mehr, die Bürgerinnen und Bürger hinreichend vor Kriminalität zu schützen und wo das Sicherheitsgefühl fehle, schwinde das Vertrauen in den Rechtsstaat. So lautet die Einschätzung der AfD zur Inneren Sicherheit. Die Hauptursachen seien Unterfinanzierung der Polizei, zu laxer Strafverfolgung, ungesicherte Grenzen und illegal einreisende Asylsuchende.²¹

¹⁷ Vgl. AfD Mecklenburg-Vorpommern, Landeswahlprogramm 2016, Schwerin 2015.

¹⁸ Ebd., S. 3.

¹⁹ Ebd., S. 3f.

²⁰ Ebd., S. 5–7.

²¹ Ebd., S. 8f.

Überhaupt war die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung – Merkels „Wir schaffen das!“ – das maßgebliche Thema des Wahlkampfes, eng verbunden mit den langfristigen Fragen von Einwanderung, der Rolle des Islams in Deutschland und der deutschen Identität. Das Bekenntnis zum Asylrecht wird umso viele „aber“ ergänzt, dass nicht viel davon übrig bleibt.²² Neben der „gefühlten Sicherheit“ der Bürgerinnen und Bürger wurden bei diesem Themenkomplex zudem Ängste vor möglichen ökonomischen, politischen und kulturellen Folgen von Zuwanderung ins Spiel gebracht. Steuergelder würden an Migrantinnen und Migranten verschenkt, die vor allem aus wirtschaftlichen Gründen kämen. Der Islam sei prinzipiell mit Demokratie und Rechtsstaat inkompatibel, weshalb Muslime per se eine Gefahr darstellten. Schließlich wurde auch auf die Ängste vor Identitätsverlust rekurriert: Die gegenwärtige Einwanderung laufe demnach auf einen „Bevölkerungsaustausch“ hinaus, auf den Verlust des Vertrauten und der Heimat. Dementsprechend ziehen sich die Bewahrung und Festigung der eigenen Identität (auch: Erbe, Tradition, Geschichte) wie ein roter Faden durch den Wahlkampf.

Ein Thema schließlich überwölbt die Programmatik der AfD auch im Nordosten. Der Kampf gegen die vorgebliche Diktatur der „Altparteien“, die sich mit „den Medien“ gegen das Volk verschworen hätten, gehört zum Standardrepertoire jedweden Populismus und ist anschlussfähig an fast beliebige andere Themen. Nicht nur im Wahlprogramm wird dabei etwas beschworen, was man den Mythos von 1989 nennen könnte:²³ In der heutigen Lage einer heraufziehenden Diktatur müsse man sich daran erinnern, wie das Volk sich damals erhoben und seine Freiheit erkämpft habe. Auch wenn diese Parallelen zwischen der Bundesrepublik von 2016 und der DDR von 1989 die Realität offenkundig mehr verzerren als erhellen, als „practical argument“²⁴, das Menschen mobilisiert, funktionieren sie augenscheinlich.

Tatsächlich hatte die AfD im Wahlkampf mit Gegenwind zu kämpfen, der politisch fragwürdig ist. Hier ist etwa der Versuch des Anklamer Bürgermeisters zu nennen, eine AfD-Veranstaltung mit Frauke Petry durch Auflösung eines Mietvertrags zu verhindern.²⁵ Auch war die AfD die Partei, die am meisten unter Vandalismus an Wahlkampfmaterial zu leiden hatte.²⁶

Zugleich schlachtet die AfD diese Vorkommnisse im Sinne des „Mythos 1989“ aus. So wurde die inakzeptable Demolierung von Wahlplakaten als Beispiel für die undemokratischen Machenschaften der etablierten Parteien angeführt, so als würden diese gezielt versuchen, einen unliebsamen Konkurrenten zu behindern und einzuschüchtern.²⁷ Darüber hinaus wurde mit vollkom-

²² Dokumentiert im Wahlprogramm, ebd., S. 12f.

²³ Vgl. die Präambel des Wahlprogramms ebd., S. 2; vgl. Astrid Geisler/Lenz Jacobsen, Sehnsucht nach der zweiten Wende, in: Die ZEIT, 09.08.2016, abrufbar unter: <http://www.zeit.de/politik/2016-08/afd-mecklenburg-vorpommern-landtagswahlkampf-leif-erik-holm-matthias-manthei> (Stand 01.10.2016); Tagesthemenbeitrag „Die AfD vereinnahmt die Wende“ vom 18.08.2016, abrufbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/mv-wahl-105.html> (Stand 01.10.2016) oder auch die Einschätzung von Marianne Birthler (Interview in Die Welt vom 25.08.2016).

²⁴ Vgl. Henry Tudor, Political Myth, London 1972.

²⁵ Carsten Schönebeck, Bürgermeisterin will AfD-Veranstaltung mit Frauke Petry verhindern, in: Nordkurier, abrufbar unter: <http://www.nordkurier.de/anklam/buergermeister-will-afd-veranstaltung-mit-frauke-petry-verhindern-1523900907.html> (Stand: 08.09.2016).

²⁶ Siehe SVZ vom 10.08.2016 (O. A., Mehr als 1500 Wahlplakate zerstört, abrufbar unter: <http://www.svz.de/regionales/mecklenburg-vorpommern/mehr-als-1500-wahlplakate-zerstoert-id14515636.html> (Stand: 01.10.2016)) oder NNN vom 03.08.2016 (O. A., Unbekannte stehlen tausende AfD-Flyer und vernichten sie, abrufbar unter: <http://www.nnn.de/regionales/polizeiticker/rostock-unbekannte-stehlen-tausende-afd-flyer-und-vernichten-sie-id14448506.html> (Stand: 01.10.2016)).

²⁷ So etwa der Kreisvorsitzende Mecklenburg-Schwerin, Thomas de Jesus Fernandez, der angesichts der Zerstörung von Plakaten das „fehlende Demokratieverständnis“ der Konkurrenten kritisiert (vgl. <http://www.afd-mecklenburg-schwerin.de/> (Stand: 01.10.2016)).

men haltlosen Verdächtigungen Stimmung gemacht. So etwa, wenn die eigenen Anhängerinnen und Anhängern aufgerufen wurden, als unabhängige Wahlbeobachter zu erwartende Unregelmäßigkeiten zu melden und für diese Meldungen Belohnungen ausgesetzt wurden.²⁸

Wahlkampf wird freilich nicht allein mit Inhalten, sondern ebenso mit Gesichtern geführt. Medial präsent war im Wahlkampf Leif-Erik Holm. Der landesweit durch seine Tätigkeit als Radiomoderator verhältnismäßig bekannte Spitzenkandidat kultivierte auch in den überregionalen Medien das Image des Amateurs, den allein die Umstände in die Politik gezwungen hätten, des sympathisch-grundsoliden Familienvaters, heimatverbunden, aber alles andere als radikal.²⁹ Sein Ko-Vorsitzender, der Listenzweite Matthias Manthei, erhielt hingegen weitaus weniger Aufmerksamkeit.

Wie es in Landtagswahlkämpfen üblich ist, erhielt der AfD-Landesverband Schützenhilfe von prominenten Parteimitgliedern aus dem Bundesverband und anderen Landesverbänden. Die Bundesvorsitzende Petry fand sich ebenso ein wie ihre parteiinternen Widersacher.³⁰ Als Kontrast zum Bild des „netten Herrn Holm“ (FAZ) unterstützten dezidierte Rechtsausleger der Partei den Wahlkampf, etwa der thüringische Landeschef Höcke, Poggenburg aus Sachsen-Anhalt oder der Islamwissenschaftler Hans-Thomas Tillschneider, der auch schon bei PEGIDA aufgetreten ist. Ebenso sind die Europa-Abgeordnete Beatrix von Storch oder Alexander Gauland nicht für versöhnliche Töne bekannt. Aus dieser Reihe sticht das Bundesvorstandsmitglied Alice Weidel heraus, die gegenüber dem nationalkonservativen bis völkischen Profil ein liberales Antlitz der Partei bewirbt.³¹

Weitere Unterstützung erhielt die AfD schließlich durch den früheren tschechischen Präsidenten Václav Klaus. Er ist ein scharfer Kritiker der deutschen Flüchtlingspolitik unter Angela Merkel, der schon früher Sympathien für die AfD bekundet hat. Im Rahmen des Wahlkampfes stellte er am 22. August 2016 in Schwerin sein Buch „Völkerwanderung“ vor.

Während des Wahlkampfes machte zudem eine Gruppe auf sich aufmerksam, die für die AfD warb, deren Verhältnis zu der Partei aber ebenso unklar blieb wie die dahinterstehenden Personen.³² Der „Vereinigung zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten“ war bereits im Vorfeld der letzten Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz der AfD zur Seite gesprungen. Damals wie heute stand ob der Intransparenz der Vereinigung der Vorwurf der illegalen Parteispende im Raum. In Mecklenburg-Vorpommern unterstützte sie

²⁸ Vgl. AfD Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Die AfD in Mecklenburg-Vorpommern lobt eine Belohnung in Höhe von je 100 Euro für nachprüfbar Hinweise auf Unregelmäßigkeiten bei der bevorstehenden Landtagswahl aus, abrufbar unter: <http://www.afd-mv.de/afd-in-mv-traegt-zu-demokratischem-wahlablauf-bei> (Stand: 09.09.2016).

²⁹ Zur Analyse dieser Strategie vgl. Daniel Erk, Der nette Leif-Erik von der AfD, in: Die ZEIT, abrufbar unter: <http://www.zeit.de/2016/37/mecklenburg-vorpommern-afd-kandidat-leif-erik-holm-berlin> (Stand: 09.09.2016); Frank Pergande, Vom netten Herrn Holm zum gnadenlosen Populisten, in: FAZ, abrufbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-mecklenburg-vorpommern/afd-in-mecklenburg-vorpommern-wahl-sieger-ist-leif-erik-holm-14420032.html> (Stand: 09.09.2016).

³⁰ Seitdem Frauke Petry den Parteigründer Bernd Lucke entmachtet hatte, gerät sie selbst immer wieder unter Druck von den Vertretern des nationalkonservativen bis völkischen Flügels der Partei wie Gauland, Höcke oder Poggenburg.

³¹ Weidel als beruflich international erfolgreiche, homosexuelle Mutter scheint so gar nicht in das Familien- und Gesellschaftsbild zu passen, das die AfD in ihrem „Landeswahlprogramm“ vertritt. Vgl. Dagmar Pepping, Alice Weidel – Hoffnungsträgerin der AfD, in: NDR, abrufbar unter: <http://www.ndr.de/nachrichten/Alice-Weidel-Hoffnungstraegerin-der-AfD,aufsteiger110.html> (Stand: 09.09.2016).

³² Friederike Haupt, Die geheimen Helfer der AfD, in: FAZ, abrufbar unter: http://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-mecklenburg-vorpommern/afd-erhaelt-wahlunterstuetzung-von-verein-in-mecklenburg-vorpommern-14398142-p3.html?printPagedArticle=true#pageIndex_3 (Stand: 09.09.2016); Frank Pubantz, Du-biose Geheime Hilfe für die AfD zur Landtagswahl, in: OZ, 24.08.2016.

die Partei mit einem zehnsseitigen „Extra Blatt für die Landtagswahl“, einer Plakatkampagne – „Damit Deutschland nicht zerstört wird! Jetzt AfD wählen!“ – und mit Inhalten in den Sozialen Medien. Zudem wurde im Internet eine Wahllentscheidungshilfe verbreitet, die sich allein auf das Programm der AfD fokussierte. Mit dieser Aktion wurde Profit daraus geschlagen, dass CDU und SPD die Bereitstellung eines „offiziellen“ Wahl-O-Mat verhindert hatten.³³

Die AfD moniert, ihre politischen Gegner würden sie „in die rechte Ecke stellen“, um die Partei zu desavouieren. Auch die AfD in Mecklenburg-Vorpommern bemüht sich um das Image der konservativen Patrioten, die in der gesellschaftlichen Mitte, nicht am rechten Rand zu Hause seien. Dieses Ansinnen wird in der Praxis jedoch immer wieder konterkariert, sei es durch die Übernahme einschlägigen Vokabulars, durch Verharmlosung respektive Hofieren von Akteuren wie der NPD oder der Identitären Bewegung oder sei es durch personelle Verflechtungen mit der Rechten Szene.³⁴

4. Wahlergebnis

Das amtliche Endergebnis lautet für die AfD 20,8 Prozent der Zweitstimmen. Damit liegt die Partei knapp unter den letzten Umfragewerten.³⁵ Ihr selbstformuliertes Ziel, stärkste Kraft zu werden, verpasste sie damit. Die Partei hat dabei zwar nicht das beste Ergebnis bei einer Landtagswahl (Sachsen-Anhalt 2016: 24,3 Prozent) eingefahren, allerdings landete sie aus dem Stand vor der CDU. Hieran zeigt sich nicht nur, dass in den gegenwärtigen Rahmenbedingungen mit einem Anti-Merkel-Wahlkampf Wählerinnen und Wähler gewonnen werden können. Zudem untermauert das Abschneiden der AfD ihren Anspruch, nunmehr jene konservativen Wählerschichten zu vertreten, die die Christdemokraten vernachlässigt hätten, was für die Etablierung im Parteiensystem auf der Bundesebene ein wichtiges Indiz sein könnte.

In der Tat konnte die AfD vor allem der CDU 22.000 Wählerinnen und Wähler streitig machen.³⁶ Knapp 40 Prozent der Stimmen, die für die AfD abgegeben wurden, stammten jedoch aus der Gruppe der bisherigen Nichtwählerinnen und Nichtwähler. Hieran zeigt sich ebenfalls, dass die AfD mit ihrem Wahlkampf, der vorrangig mit der Wut gegenüber den „Altparteien“ mobilisierte, erfolgreich war. Die Nachwahlumfrage ergab, dass 67 Prozent die Partei aus Enttäuschung gegenüber anderen Parteien wählten.³⁷ Inwiefern sich aus dieser Wählergruppe eine Stammwählerschaft formiert und wie groß diese sein wird, lässt sich 2016 noch nicht sagen. Unabhängig davon hat die AfD offenkundig der Partei Die LINKE und der NPD den Rang als „Denkzettel“-Option abgelaufen.

³³ Carsten Korfmacher, CDU und SPD verhindern Wahl-O-Mat in MV, in: Nordkurier, abrufbar unter: <http://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/angst-vor-dem-buerger-wieder-kein-wahl-o-mat-in-mv-2622827505.html> (Stand: 09.09.2016).

³⁴ Zur AfD in MV und der Rechten vgl. Kai Biermann et al., Rechts bis extrem, in: Die ZEIT, abrufbar unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-09/afd-mecklenburg-vorpommern-landtagswahl-abgeordnete-parlament> (Stand: 09.09.2016); Antonious Kempmann/Reiko Pinkert/Andrea Röpcke, Landtagswahl in MV: Das rechte Netz der AfD, in: NDR.de, abrufbar unter: <https://www.ndr.de/nachrichten/Landtagswahl-in-MV-Das-rechte-Netz-der-AfD,afd766.html> (Stand: 09.09.2016); Andreas Speit, AfD-Mann nach rechts offen, in: taz, abrufbar unter: <http://www.taz.de/!5330938/> (Stand: 09.09.2016).

³⁵ Vgl. Koschkar/Nestler in diesem Band.

³⁶ Gegenüber 16.000 von der Linken, 15.000 von der SPD, 3.000 von den Grünen und ebenfalls 22.000 von den anderen Parteien zusammen; vgl. Koschkar/Nestler in diesem Band.

³⁷ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), WahlREPORT Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2016, Berlin 2016, S. 50.

Als zweitstärkste Kraft stellt die AfD 18 Abgeordnete im neuen Schweriner Landtag. Christel Weißig aus Rostock ist dabei die einzige Frau. Die AfD ist damit Hauptgrund für den geringen Frauenanteil im Parlament.³⁸ In Vorpommern errang die Partei drei Direktmandate. Landesprecher Manthei holte den Wahlkreis 29 Vorpommern-Greifswald II, Wahlkreis 30 Vorpommern-Greifswald III ging an Ralph Weber und Jürgen Strohschein gewann Vorpommern-Greifswald V. In allen drei Wahlkreisen stellte 2011 die CDU den Direktkandidaten. Es zogen 15 Listenkandidaten der AfD in das Schweriner Schloss ein. Die Fraktion ist im Durchschnitt knapp 50 Jahre alt. Mit elf gegenüber sieben Abgeordneten ist der östliche Landesteil etwas überrepräsentiert und folgt damit dem Wahlergebnis.

Die Wählerschaft der AfD in Mecklenburg-Vorpommern ähnelt der in Sachsen-Anhalt.³⁹ Es sind eher Männer (25 Prozent) als Frauen (16 Prozent), die die AfD wählen. Die mittleren Alterskohorten sind stärker vertreten in der Wählerschaft als die 18- bis 24-Jährigen und die über 70-Jährigen. Dass junge Wählerinnen und Wähler der AfD nicht so stark zusprechen ist einer der wichtigsten Unterschiede im Vergleich zu Sachsen-Anhalt. Bei den Erstwählern liegt die AfD hinter der CDU und der Linkspartei. Im Bereich der Bildung überwiegen die Wählergruppen mit formal einfacher Bildung (29 Prozent). Dieser Umstand spiegelt sich in der sozialen Herkunft der Wählerinnen und Wähler wider. Besonderen Zuspruch erhält die AfD bei Arbeitern (33 Prozent) und Arbeitslosen (29 Prozent). Eine Ausnahme in Mecklenburg-Vorpommern ist der starke Zuspruch von Selbstständigen (27 Prozent). Es zeigt sich insgesamt, dass die von der Partei formulierten Ängste gerade bei den ökonomisch Schwächeren auf fruchtbaren Boden fielen.⁴⁰

Besonders im Osten des Bundeslandes konnte die AfD die Wählerinnen und Wähler für sich gewinnen. In Vorpommern wählte jeder Vierte die AfD, während in Mecklenburg 19,4 Prozent ihr Kreuz bei der Partei machten. Eine besondere Hochburg der AfD war die Insel Usedom, dort konnte sie in allen Gemeinden Ergebnisse über 30 Prozent erzielen. Geringer fiel der Zuspruch im studentisch geprägten Wahlkreis Rostock III aus, nur rund 12 Prozent gaben der AfD ihre Stimme.⁴¹ Im Blick auf das gesamte Land bestätigt sich dies. In den Städten über 25.000 Wahlberechtigte kam die AfD auf 18,2 Prozent der Stimmen. In den kleineren Städten und Gemeinden war die Partei stärker und holte 22 oder mehr Prozent der Stimmen.⁴²

Die AfD trumpfte besonders durch die emotionale Ansprache des Bundesthemas Flucht und Migration, mit der Zuspitzung auf eine „Anti-Merkel-Wahl“ auf. Für die AfD-Wählerinnen und -Wähler war offenkundig die Bundespolitik entscheidender als die Landespolitik. Während nur 36 Prozent der gesamten Wählerinnen und Wähler die Bundespolitik als wahlentscheidend betrachteten, waren es bei der AfD-Wählerschaft 60 Prozent. Beim Blick auf einzelne Themen wird deutlich, dass mehr als die Hälfte der AfD-Wähler durch das Thema „Flüchtlinge“ motiviert wurden. An zweiter Stelle stand „Soziale Gerechtigkeit“ mit 48 Prozent, gefolgt von „Wirtschaft und Arbeit“ sowie „Innere Sicherheit“ gleichauf mit 26 Prozent.⁴³

Der Partei gelang es, die sozial Schwächeren mit der Themenverbindung von Flucht und sozialer Gerechtigkeit zum Urnengang zu bewegen. Die AfD zeichnete Angstbilder des sozialen Abstiegs bei „unkontrollierter Zuwanderung“. Daher überraschen die starken AfD-Ergebnisse im östli-

³⁸ Vgl. Hübner-Oberndörfer/Nestler in diesem Band.

³⁹ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), WahlREPORT Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2016, Berlin 2016, S. 47.

⁴⁰ Vgl. Koschkar/Nestler in diesem Band.

⁴¹ Amtliche Endergebnisse der Landeswahlleiterin MV.

⁴² Vgl. Koschkar/Nestler in diesem Band.

⁴³ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), WahlREPORT Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2016, Berlin 2016, S. 50.

chen Vorpommern kaum. Nichtsdestotrotz ist das Argument des für Populismus empfänglichen „Modernisierungsverlierers“ nicht allein erklärend. Die Partei erzielte in keiner Altersklasse und keiner abgefragten sozialen Herkunft weniger als 14 Prozent. Die formulierten Abstiegsängste und Ressentiments gegenüber dem Islam, Geflüchteten sowie Politik- und Elitenverdrossenheit sind in der ganzen Gesellschaft verbreitet. Damit ist die Wählerschaft deutlich heterogener und die Gründe für die Wahlentscheidung komplexer als angenommen werden konnte. Nicht zu vernachlässigen ist die von der AfD aufgegriffene Frage der Identität und die Rolle des Nationalen. Diese Potentiale konnte die AfD nutzen, um Protestwähler zu mobilisieren.

5. Perspektive nach den Wahlen

Der Einzug in ein weiteres Landesparlament, zumal mit einem überaus starken Ergebnis, ist ein weiterer Schritt zur Etablierung der AfD im Parteiensystem. Die Partei kann sich nunmehr über die Redezeit im Plenum, Anfragen und die Mitarbeit in parlamentarischen Ausschüssen profilieren. Der Status als größte Oppositionspartei verschafft ihr eine neue Stufe von Öffentlichkeit und Medienaufmerksamkeit. Schließlich hat die Partei die Möglichkeit der strukturellen Konsolidierung und Professionalisierung, da sie über die Mittel verfügt, flächendeckend Büros zu unterhalten und Mitarbeiterstäbe aufzubauen. Hinzu kommt die Notwendigkeit jetzt ein landespolitisches Profil auszuprägen und sich von der bundespolitischen Fundamentalopposition zu entfernen.⁴⁴

In die bekannte Koalitionsarithmetik ist in den Bundesländern durch das Auftauchen der AfD Bewegung gekommen. Bereits erprobte und von den Parteien gewollte Allianzen erringen keine klaren Mehrheiten mehr. Vor wenigen Jahren noch undenkbar Koalitionen wie grün-schwarz stehen auf einmal auf der Agenda. In Mecklenburg-Vorpommern hingegen steht seit Ende Oktober die Fortsetzung der großen Koalition aus SPD und CDU, trotz empfindlicher Verluste, fest. Dies könnte der AfD in die Hände spielen, konnte sie doch vor allem mit der Empörung über die „Blockparteien“,⁴⁵ die mutmaßlich die Macht gepachtet hätten, punkten.

Mit der AfD als Oppositionsführerin im Schweriner Landtag stehen alle im Parlament vertretenen Parteien vor der Aufgabe, Lernprozesse anzustoßen. SPD, CDU und Linkspartei werden einen neuen Umgang mit der Konkurrenz von rechts finden müssen. Einen *cordon sanitaire* um die AfD zu ziehen, wie seinerzeit der Schweriner Weg die NPD isolieren sollte, wäre politisch fatal.⁴⁶ Gut einem Fünftel der Wählerinnen und Wähler würde so signalisiert werden, dass ihre Stimme politisch wirkungslos bleiben solle. So wird man Stimmen aus dieser Gruppe sicherlich nicht zurückgewinnen. Zudem würden SPD, CDU und Die LINKE auf diese Weise genau als jene „Blockparteien“ erscheinen, als die die AfD sie gerne darstellen möchte. Schließlich gerät diese Strategie an ihre Grenzen ob der signifikanten Präsenz des neuen Konkurrenten in Gremien und Ausschüssen.

⁴⁴ Martin Koschkar/Christian Nestler, Das Ende der Leichtigkeit, in: SVZ, 05.09.2016.

⁴⁵ Holm am Wahlabend, zitiert nach: Armin Lehman, Die AfD hat den Mehrblick, in: Tagesspiegel, 04.09.2016, abrufbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/mecklenburg-vorpommern-die-afd-hat-den-mehrblick/14498962.html> (Stand: 01.10.2016).

⁴⁶ Das hat neben dem Ministerpräsidenten Erwin Sellering auch sein Parteikollege und neuer Fraktionschef und späterer Finanzminister Matthias Brodkorb erkannt, vgl. Stefan Ludmann, Brodkorb zum SPD-Fraktionsvorsitzenden gewählt, in: NDR, abrufbar unter: <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Brodkorb-zum-SPD-Fraktionsvorsitzenden-gewaeHLT,spd764.html> (Stand:04.10.2016).

Die AfD in MV wiederum steht – wie anderswo – vor der Entscheidung zwischen Fundamentalopposition und konstruktiver Parlamentsarbeit. Welche Richtung die AfD-Fraktion in Schwerin gehen wird, muss sich zeigen. Die Arbeit der Landtagsfraktionen in anderen Bundesländern gibt keinen eindeutigen Trend vor.⁴⁷ Auch in der Bundespartei wird über den künftigen Kurs gestritten. In erster Linie mit anti-institutionellen Ressentiments konnte die Partei ihre Wählerinnen und Wähler im Land überzeugen. Zugleich trägt sie als größte Oppositionsfraktion auch eine politische Verantwortung. Mit dem sukzessiven Ankommen der noch jungen Partei im Establishment könnte das Image der authentischen Outsider mit Bodenhaftung in der Bevölkerung Risse bekommen. Allerdings zeigen die Erfahrungen mit anderen Populistinnen und Populisten auch, dass dieses Image durch die Empirie nicht gedeckt sein muss, um mittelfristig bei den Wählerinnen und Wählern zu verfangen.⁴⁸ In die vielbeschworene Selbstentzauberung sollten die anderen Parteien nicht allzu große Hoffnungen setzen.

⁴⁷ Vgl. Patrick Gensing, Zwischen Fundamentalopposition und Sachpolitik, in: Tagesschau, abrufbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/zwischenbilanz-afd-101.html> (Stand: 10.09.2016).

⁴⁸ Vgl. Jan-Werner Müller, Was ist Populismus?, Berlin 2016.

Die CDU – Gefangen im „Kanzlerinnendilemma“

*Philipp Huchel*¹

1. Einleitung

Die CDU ist erneut der eindeutige Wahlverlierer bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und wird erstmalig nur drittstärkste Kraft im Land hinter der SPD und der AfD.² Nachdem die Union seit 2002 kontinuierlich an Stimmen verloren hat und 2011 ihr historisch schlechtestes Wahlergebnis zu verzeichnen hatte, hat sie 2016 mit 19,0 Prozent ihr Ergebnis der vergangenen Wahl nochmals deutlich unterschritten. Das angestrebte Wahlziel, die stärkste Fraktion im Schweriner Landtag zu werden sowie den künftigen Ministerpräsidenten zu stellen, hat sie klar verfehlt. Problematisch an dieser Zielsetzung war indes die Unvereinbarkeit beider Ziele, da die SPD im Falle eines Wahlsieges der CDU wohl eher eine rot-rote bzw. eine rot-rot-grüne Regierungskoalition angestrebt hätte, um weiterhin den Ministerpräsidenten zu stellen.³ Letztlich wird die CDU jedoch trotz der Niederlage weiterhin als kleinerer Koalitionspartner mitregieren und kann damit zumindest die untergeordneten strategischen Wahlziele, Verhinderung von „Rot-Rot“ und Regierungsbeteiligung, erreichen.⁴

Neben dem Fehlen von weiteren Koalitionsoptionen stand die CDU beim Landtagswahlkampf vor weiteren Herausforderungen. Zum einen überlagerte der bundespolitisch geprägte Themenkomplex Flüchtlinge, Asyl und Zuwanderung klar landespolitische Themen, zum anderen profitierte die SPD deutlich vom Amtsbonus des Ministerpräsidenten Sellering.⁵ Des Weiteren hat die Union in den vergangenen zwei Legislaturperioden zwei weitreichende, im Land äußerst unpopuläre Reformen federführend durchgesetzt. Sowohl die Kreisgebietsreform als auch das Gerichtsstrukturneuordnungsgesetz sind vor allem in Vorpommern und bei kommunalen Vertretern auf Ablehnung gestoßen, die traditionell eher der CDU zuneigen.

Im Folgenden wird zunächst ein Rückblick auf die Entwicklung der CDU in der Legislaturperiode 2011 bis 2016 geworfen (2.), um den Kontext für die Wahl 2016 darzustellen. Anschließend wird der Wahlkampf (3.) sowie das Wahlergebnis (4.) analysiert und abschließend ein Ausblick (5.) auf die kommende Legislaturperiode gegeben.

2. Die CDU in der sechsten Legislaturperiode 2011-2016

Das bisher schlechteste Ergebnis bei der Landtagswahl 2011 führte zu keinen tiefergehenden Diskussionen innerhalb der CDU und hatte ebenso keine personellen Veränderungen in der Füh-

¹ Der Autor dankt Tom Seiler für die Mithilfe bei der Recherche zu diesem Artikel.

² Deutschlandweit betrachtet ist die Drittplatzierung der Union derzeit einzigartig. Zuvor war dies lediglich nach den Landtagswahlen 2009 in Brandenburg sowie infolge der Wahl zur Bremer Bürgerschaft 2011 der Fall.

³ Diese Problematik wird im Folgenden auch als „Verlieren, um zu bleiben“-Dilemma bezeichnet werden. Hierzu vgl. Philipp Huchel/Stefan Rausch, Die CDU – Verlieren um zu bleiben, in: Martin Koschkar/Christopher Scheele (Hrsg.), Die Landtagswahl 2011 in Mecklenburg-Vorpommern – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2011, S. 43–54, hier: S. 43.

⁴ Vgl. Uwe Reißweber, Lorenz Caffier tritt nicht wieder als Parteichef an, in: Nordkurier, 22.10.2016.

⁵ Dies wurde nicht zuletzt bereits bei der Landtagswahl 2011 deutlich. Ein Popularitätsvorsprung durch den Amtsbonus ist auch empirisch häufig belegbar: Vgl. Karl-Rudolf Korte/Martin Florack/Timo Grunden, Regieren in Nordrhein-Westfalen: Strukturen, Stile und Entscheidungen 1990 bis 2006, Wiesbaden 2006, S. 91.

rung des Landesverbandes zur Folge. Bei den Landesparteitagen wurde der Landesvorsitzende und Spitzenkandidat der Landtagswahl 2011 Lorenz Caffier jedoch abgestraft. Nachdem er 2009 mit einem Ergebnis von 78,7 Prozent als Nachfolger von Jürgen Seidel zum neuen Landesvorsitzenden der CDU in Mecklenburg-Vorpommern gewählt wurde, verzeichnete er bei den folgenden, alle zwei Jahre stattfindenden Vorstandswahlen deutlich schlechtere Ergebnisse.⁶ Er wurde 2011 und 2013 mit lediglich 68,8 sowie 59,6 Prozent zum Landesvorsitzenden gewählt.⁷ Dies kann auf eine anhaltende Verärgerung aufgrund des schlechten Landtagswahlergebnisses, der von Caffier in der vergangenen Legislaturperiode verantworteten Kreisgebietsreform sowie einer ihm angelasteten fehlenden Profilierung innerhalb der Großen Koalition zurückgeführt werden.⁸ Dagegen konnte der Generalsekretär Vincent Kokert im Oktober 2011 zusätzlich auch noch das Amt des Fraktionsvorsitzenden auf seine Person vereinigen.⁹ Nachdem er 2009 mit 86,7 Prozent zum Generalsekretär gewählt worden war, wurde er 2013 mit 89 Prozent in seinem Amt bestätigt.¹⁰ Neben Wirtschaftsminister Harry Glawe gilt der 38-Jährige als wahrscheinlicher Nachfolger von Caffier. Bereits im Vorfeld der Landtagswahl hatte Caffier angedeutet, dass er bereit wäre, seine Position einem Jüngeren zu überlassen.¹¹ Glawe war jedoch nach eigener Aussage nur bereit zu kandidieren, falls Caffier freiwillig zuvor verzichten würde. Auch Kokert zeigte sich nicht bereit, gegen SELLERING anzutreten und sich zu „verschleiben“, wodurch sich Caffier bereits 2015 als wahrscheinlicher Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2016 herauskristallisierte.¹² Beim Landesparteitag im November 2015 wurde er dann mit vergleichsweise starken 89,2 Prozent als Vorsitzender der Union wiedergewählt.¹³

Im Gegensatz zu 2011 schien die CDU mit diesem bisher besten Abschneiden Caffiers bei einer Vorsitzendenwahl ein Zeichen der Geschlossenheit für das Wahljahr 2016 aussenden zu wollen. Im Vorfeld hatte es jedoch innerhalb des Landesverbandes Auseinandersetzungen über die Flüchtlingspolitik Angela Merkels gegeben. So hatte der Vorsitzende des Innenausschusses und des Kreisverbandes Mecklenburgische Seenplatte, Marc Reinhardt, einen Brief mehrerer Unionsabgeordneter gegen die Flüchtlingspolitik Merkels mitunterzeichnet.¹⁴ Auf dem Landesparteitag Anfang 2016 wurde die vorhandene Ablehnung des politischen Kurses der Bundeskanzlerin ebenfalls bei einem Teil der Delegierten deutlich.¹⁵

⁶ Vgl. Huchel/Rausch 2011, S. 43.

⁷ Vgl. Frank Wilhelm, Tue Gutes und rede auch drüber, in: Nordkurier, 21.11.2011; vgl. Torsten Roth, CDU schiebt Chefdebatte auf 2015, in: NNN, 05.11.2013.

⁸ Vgl. Huchel/Rausch 2011, S. 44. Vgl. Torsten Roth, Parteichef ohne Gefolgschaft, in: NNN, 04.11.2011.

⁹ Zunächst hatte Kokert Wolf-Dieter Ringguth als Parlamentarischen Geschäftsführer im September 2011 abgelöst. Nachdem der vorherige Fraktionsvorsitzende Harry Glawe das Wirtschaftsministerium übernommen hatte, wurde Kokert Fraktionsvorsitzender und Ringguth erlangte sein Amt als Parlamentarischer Geschäftsführer zurück. Vgl. Thomas Volgmann, Das Personal-Karussell rotiert, in: Nordkurier, 25.10.2011.

¹⁰ Vgl. Torsten Roth, Parteichef ohne Gefolgschaft, in: NNN, 04.11.2011. Die Wahlen zum Amt des Generalsekretärs finden im Gegensatz zu den Vorstandswahlen nur alle vier Jahre statt.

¹¹ Vgl. Frank Pfaff, Caffier fordert in der CDU einen Generationenwechsel, in: Nordkurier, 11.08.2011.

¹² Vgl. Stefan Ludmann, Landes-CDU: Caffier soll's machen, NDR, abrufbar unter: <http://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Landes-CDU-Caffier-solls-machen-,cdu534.html> (Stand 12.08.2016).

¹³ Vgl. Uwe Reißweber, Landes-CDU will wieder den Käpt' n in Schwerin stellen, in: Nordkurier, 16.11.2015.

¹⁴ Vgl. Frank Pfaff/Uwe Reißweber, An der CDU-Basis rumort es heftig – die Kanzlerin erhält einen Brandbrief, in: Nordkurier, 08.10.2015.

¹⁵ Vgl. Marcel Laggai/Uwe Reißweber, Demonstranten vor der Tür und „Sitzenbleiber“ im Saal, in: Nordkurier, 01.02.2016.

Zwar ist die CDU weiterhin mitgliederstärkste Partei in Mecklenburg-Vorpommern, dennoch hat sie in der vergangenen Legislaturperiode jährlich zwischen 40 und 170 Mitglieder verloren.¹⁶ In der Zeit zwischen 2011 und 2016 hat die CDU insgesamt rund 450 Mitglieder eingebüßt. Lediglich in Wahljahren wurden die Mitgliederverluste leicht abgefedert. Die geringen Mitgliedereinbußen 2013 und 2014 könnten sich auf einen Mobilisierungseffekt durch die Bundestagswahl 2013 sowie die Kommunal- und Europawahlen 2014 zurückführen lassen.¹⁷

Tab. 1: Mitgliederentwicklung des CDU-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern

Jahr	2011	2012	2013	2014	2015
Mitgliederzahl	5.848	5.678	5.596	5.557	5.396
Veränderung zum Vorjahr absolut	-165	-170	-82	-39	-161
Veränderung zum Vorjahr prozentual	-2,7	-2,9	-1,4	-0,7	-2,9

Quelle: Oskar Niedermayer, Parteimitglieder in Deutschland: Version 2016, Berlin 2016 (Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 26), S. 5.

Bei der Bundestagswahl 2013 konnte die CDU in Mecklenburg-Vorpommern mit einem Stimmenanteil von 42,5 Prozent ihr bisher bestes Wahlergebnis erreichen.¹⁸ Von den sechs zu vergebenen Direktmandaten¹⁹ gewann sie alle.²⁰ Dieses CDU-Ergebnis in Mecklenburg-Vorpommern war jedoch vor allem dem insgesamt guten Abschneiden der Union bei den Bundestagswahlen zuzuschreiben und war weitestgehend von landespolitischen Trends entkoppelt.²¹

Dies spiegelt sich auch im Ergebnis der Kommunal- und Europawahlen von 2014 wider.²² Bei beiden Wahlen wurde die CDU stärkste Kraft und konnte im Vergleich zu den vorherigen Wahlen ihr Ergebnis um vier bzw. über zwei Prozentpunkte steigern.²³ Diese Ergebnisse stellen eine Normalisierung dar, nachdem die hohen Ergebnisse der SPD 2011 der gleichzeitig stattfindenden Landtagswahl geschuldet waren. 2014 zeigte die CDU wieder ihre Stärke als kommunale Partei.²⁴ Die CDU blieb mit deutlichem Abstand kommunalpolitisch die stärkste Partei und verfügt über einen Vorsprung von rund 13 Prozentpunkten zur zweitstärksten Partei Die LINKE.

Die Auswirkungen der fortgesetzten Regierungsbeteiligung ab 2011 waren im Hinblick auf die Landtagswahl 2016 eher negativ. Während 2006 die zwischen SPD und CDU gebildete Regie-

¹⁶ Zur Mitgliederentwicklung seit 1990: Vgl. Oskar Niedermayer, Parteimitglieder in Deutschland: Version 2016, Berlin 2016 (Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 26), S. 4–5.

¹⁷ Vgl. Annika Laux, Was motiviert Parteimitglieder zum Beitritt?, in: Tim Spier/u.a. (Hrsg.), Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden 2011, hier: S. 61–87, hier: S. 74.

¹⁸ Zum Abschneiden der CDU in Mecklenburg-Vorpommern bei Bundestagswahlen siehe die Tabelle im Anhang von Martin Koschkar/Christian Nestler/Christoph Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Wiesbaden 2013, S. 328.

¹⁹ Mecklenburg-Vorpommern hatte aufgrund seiner sinkenden Einwohnerzahlen einen Bundestagswahlkreis an Hessen verloren.

²⁰ Zum Einfluss des Landesverbandes auf die Bundesebene: Vgl. Huchel, Philipp/Stefan Rausch, Die CDU in Mecklenburg-Vorpommern, in: Martin Koschkar/Christian Nestler/Christoph Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Wiesbaden 2013, S. 55–85, hier: S. 61–62.

²¹ Zum Abschneiden anderer Landesverbände: Vgl. Reichhart-Dreyer, Ingrid, Passt die CDU zu ihrer beliebten Vorsitzenden? Personal – Organisation – Programmatik – Koalitionsstrategie – Wahlergebnis, in: Jesse, Eckhard/Sturm, Roland (Hrsg.), Bilanz der Bundestagswahl: Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Baden-Baden 2014, S. 167–184, hier: S. 181–182.

²² Zu den Wahlergebnissen der CDU in Mecklenburg-Vorpommern bei Kommunalwahlen siehe die Tabelle im Anhang von Martin Koschkar/Christian Nestler/Christoph Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Wiesbaden 2013, S. 328.

²³ Vgl. Christian Nestler/Christopher Scheele, Einleitung – Die Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern 2014, in: Dies. (Hrsg.): Die Kommunalwahlen 2014 in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2014, S. 9–16, hier: S. 10–11.

²⁴ Vgl. Ebd.

nung noch als Koalition auf Augenhöhe galt, war mit der Abgabe des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur an die SPD sowie der Ausgliederung des Bereichs Arbeit aus dem Wirtschaftsministerium die CDU bei der Neuaufgabe der großen Koalition 2011 zum Juniorpartner geworden.²⁵ In der neuen Regierung leitete Lorenz Caffier das Innen- und Sportressort, Uta-Maria Kuder das Justizministerium und Harry Glawe das Wirtschafts- und Bauministerium.²⁶ Nachdem unter der Federführung Caffiers in der fünften Legislaturperiode die politisch umstrittene Kreisgebietsreform durchgesetzt wurde, hatte dieser mit den Auswirkungen der Reform auch in der sechsten Wahlperiode zu kämpfen.²⁷ Während das Innenministerium die Reform als Erfolg sah, kritisierten kommunale Vertreter, unter anderem auch Mitglieder der CDU, die Reform deutlich und stellten unter anderem die finanziellen Einsparungen in Frage.²⁸ Caffier verfügte ebenfalls den zwangsweisen Abbau der Altschulden der ehemaligen Kreise Ostvorpommern und Uecker-Randow durch den neu gebildeten Landkreis Vorpommern-Greifswald, was zu einer juristischen Auseinandersetzung mit dem Kreis führte und gleichfalls in der dortigen CDU-Kreistagsfraktion auf Widerstand stieß.²⁹ Nicht zuletzt aufgrund der anhaltenden Unzufriedenheit mit der Kreisgebietsreform forcierte Caffier die Durchführung einer Gemeindereform nicht und setzte stattdessen auf freiwillige Gemeindefusionen.³⁰ Dahingegen wurde Caffiers Management bei der Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten gelobt.³¹ Bundespolitisch setzte Caffier Akzente durch das von ihm vorangetriebene NPD-Verbotsverfahren.³² Außerdem konnte er sich als Sprecher der Unions-Innenminister und -senatoren immer wieder über landespolitische Themen hinaus zu aktuellen bundespolitischen Themen äußern und dementsprechend seinen Bekanntheitsgrad steigern.³³ Nachdem die Union in der fünften Legislaturperiode mit der Kreisgebietsreform bereits das unpopulärste politische Vorhaben zu verantworten hatte, oblag es Justizministerin Kuder auch in der sechsten Legislaturperiode, eine umstrittene politische Reform durchzuführen.³⁴ Im Oktober 2013 wurde durch den Landtag eine Gerichtsstrukturreform verabschiedet, welche eine Reduzierung der Amtsgerichte von 21 auf 10 Standorte vorsah.³⁵ Dagegen initiierten der Richterbund und der Verein „Pro Justiz“ ein Volksbegehren, welches die zur Durchführung benötigten 120.000 Unterschriften im Dezember 2014 erbringen konnte.³⁶ Damit war das Volksbegehren gegen die Gerichtsstrukturreform das erste erfolgreich initiierte in Mecklenburg-Vorpommern. Der Landtag lehnte jedoch am 3. Juni 2015 den Gesetzesentwurf des Begehrens endgültig ab, woraufhin ein Volksentscheid

²⁵ Vgl. Mechthild Küpper/Stephan Löwenstein/Majid Sattar, Die wenigsten Stimmen und die längsten Gesichter, in: FAZ, 04.09.2016.

²⁶ Vgl. Huchel/Rausch 2013, S. 83.

²⁷ Vgl. Max-Stefan Koslik, Probleme sind erkannt, doch lange nicht gelöst, in: Nordkurier, 05.09.2012. Zusätzlich ist hier als umstrittene Reform auch noch die Polizeireform zu nennen.

²⁸ Vgl. Frank Wilhelm, Was brachte die Kreisreform dem Bürger?, in: Nordkurier, 16.01.2015.

²⁹ Vgl. Jörg Foetzke, Der Schuldenaufstand gegen Caffier geht weiter!, in: Nordkurier, 11.02.2016.

³⁰ Vgl. Frank Paff, Regierungsparteien legen Köder für Gemeindefusionen aus, in: Nordkurier, 15.12.2015.

³¹ Vgl. Julia Anton, Das ist CDU-Spitzenkandidat Lorenz Caffier, in: Merkur, abrufbar unter: <http://www.merkur.de/politik/landtagswahl-2016-mecklenburg-vorpommern-cdu-spitzenkandidat-lorenz-caffier-zr-6685698.html> (Stand: 30.08.2016). So auch Sellering in der Sendung „Wahlarena: Sellering und Caffier stellen sich Wählern“ im NDR Fernsehen, ausgestrahlt am 23.08.2016. Das weitgehend problemlose Management dürfte jedoch auch der geringen Anzahl der von Mecklenburg-Vorpommern unterzubringenden Geflüchteten geschuldet sein.

³² Vgl. Uwe Reißweber, Caffier: Chance vertan bei NPD-Verbot, in: Nordkurier, 25.04.2013.

³³ So u.a. zu den Themen Snowden, Sicherheit im Fußball und Flüchtlingskrise. Caffier übt diese Funktion seit 2013 aus.

³⁴ Vgl. Carsten Korfmacher, Kuder ist schon jetzt die Verliererin, in: Nordkurier, 28.08.2015.

³⁵ Vgl. Thomas Volgmann, Gerichtsreform: Viel Feind, viel Ehr?, in: SVZ, 31.12.2012.

³⁶ Vgl. Thomas Volgmann, Reformgegner jubeln - Sieg gegen Kuder, in: SVZ, 25.02.2015.

über das Gesetz abgehalten wurde.³⁷ Aufgrund des Nichterreichens des Quorums scheiterte dieser jedoch, obwohl die Abstimmenden die Reform mit 83,2 Prozent deutlich ablehnten.³⁸

Harry Glawes Amtszeit war weitgehend frei von Kontroversen. Mit Blick auf die ökonomische Entwicklung konnte er eine wachsende Wirtschaft und eine damit einhergehende Steigerung des Bruttoinlandsprodukts als Erfolge für sich verbuchen.³⁹ Die Zahl der Arbeitslosen war 2015 so niedrig wie noch nie seit Bestehen des Landes, was jedoch auch der demografischen Entwicklung geschuldet ist. Trotzdem verfügen die Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns nach wie vor über das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen aller Bundesländer und der Abstand zum Bundesdurchschnitt konnte nur minimal verringert werden.⁴⁰

Mit Blick auf die Umfragen wird im Folgenden die Ausgangslage im Wahljahr analysiert. Die Union hatte laut Erhebungen in den Jahren 2013 bis 2015 ihre Werte wieder um die 30 Prozent stabilisieren können. Anfang bis Mitte 2016 konnte sie sogar die SPD überholen und wäre demnach stärkste Kraft in Mecklenburg-Vorpommern geworden. Im August verlor sie in Umfragen deutlich an Zustimmung und fiel wieder zwischen ein bis acht Prozentpunkte hinter die Umfragewerte der SPD zurück. Ende August musste sie dann bereits damit rechnen, nur als drittstärkste Fraktion in den Landtag einzuziehen, nachdem die AfD mit ihr gleichgezogen bzw. laut einer Umfrage sie sogar überholt hatte.⁴¹

Ähnlich wie bereits 2011 zeigten sich deutlich mehr als die Hälfte der Befragten mit der Arbeit der Landesregierung sehr zufrieden bzw. zufrieden.⁴² Bei der Frage nach der Führung der nächsten Landesregierung sprachen sich aber mehr als die Hälfte für eine Führung der SPD aus, während lediglich knapp ein Viertel der Befragten eine CDU-geführte Regierung befürwortete.⁴³ Wie bereits im Vorfeld der Landtagswahl 2011 zeigte sich auch in den Umfragen 2016, dass die Mehrheit der Befragten eine Fortführung der Großen Koalition unter Führung der SPD befürwortete. Im Gegensatz zu 2011 sprach sich die CDU jedoch nicht direkt für eine Koalition mit der SPD aus. Caffier schloss lediglich eine Koalition mit NPD, AfD und der Partei Die LINKE aus.⁴⁴

3. Wahlkampf

3.1. Themenwahlkampf

Die Union hatte bereits früh das ihrer Meinung nach wahlentscheidende Thema ausgemacht.⁴⁵ Bereits beim Landesparteitag im November 2015 hatten sich der Umgang mit den Geflüchteten

³⁷ Vgl. Thomas Volgmann, Landtag lehnt Volksbegehren ab, in: SVZ, 04.06.2015.

³⁸ Vgl. Uwe Reißerweber/Joachim Mangler, Gegner der Gerichtsreform sind endgültig gescheitert, in: Nordkurier, 07.09.2015.

³⁹ Zur wirtschaftlichen Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns: Vgl. Kathrin Johansen, Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern im Wandel, in: Martin Koschkar/Christian Nestler/Christoph Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Wiesbaden 2013, S. 251–268.

⁴⁰ Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Wirtschaftsbericht Mecklenburg-Vorpommern 2016, Schwerin 2016, S. 6–10.

⁴¹ Zu den Umfragen siehe den Beitrag von Koschkar/Nestler in diesem Band.

⁴² Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTREND August II, Berlin 2016, abrufbar unter: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/mecklenburg-vorpommern/laendertrend/2016/august-ii/> (Stand: 12.09.2016).

⁴³ Vgl. ebd.

⁴⁴ So Lorenz Caffier im Interview mit dem Tagesspiegel. Vgl. Hans Monath, Lorenz Caffier: „Mit den Flüchtlingen kommen nicht nur Heilige“, in: Tagesspiegel, 31.07.2016.

⁴⁵ Vgl. Carsten Germis, Die Wähler bewegt nur das Flüchtlingsthema, in: FAZ, 03.09.2016.

sowie die innere Sicherheit als die dominierenden Themen der CDU für den Wahlkampf 2016 herauskristallisiert.⁴⁶ Caffier forderte, „Herausforderungen dürften nicht auf dem Rücken der eigenen Bevölkerung ausgetragen werden, die Flüchtlingskrise dürfe nicht zu einem Leistungsabbau für die Einheimischen führen.“⁴⁷ Beim Nominierungsparteitag Anfang 2016 distanzierte sich Caffier dann in der Flüchtlingspolitik von Angela Merkel. Caffier sprach sich für deutlich schnellere Asylverfahren und für eine konsequente Bestrafung von kriminellen Ausländern aus.⁴⁸ Diese Haltung spiegelte sich auch in dem im Juni verabschiedeten Wahlprogramm „Heimat im Mittelpunkt“ wider. In diesem wurden ein klares Bekenntnis zur deutschen Leitkultur, ohne diese jedoch klar zu definieren, sowie eine konsequente Anwendung des Asylrechts gefordert.⁴⁹ Im Bereich der inneren Sicherheit forderte die CDU in ihrem Programm die Einstellung von 555 neuen Polizisten, 30 neue Stellen beim Verfassungsschutz sowie 100 zusätzliche Richter und Staatsanwälte.⁵⁰ Im Laufe des Wahlkampfs verschärfte Caffier den Ton weiter und warb unter anderem damit, dass Mecklenburg-Vorpommern das Land mit der höchsten Rückführungsquote von Asylbewerbern ohne Bleiberecht sei.⁵¹ Um diese Position zu unterstreichen, nahm er auch persönlich vor laufender Kamera an einer Abschiebung teil.⁵² Zusätzlich sprach er sich für ein Burka-Verbot und die Abschaffung der Doppelpass-Regelung aus.⁵³ Den gemeinsam mit den anderen Innenministern und -senatoren der Union sowie dem Bundesinnenminister verkündeten Kompromiss, die „Berliner Erklärung“⁵⁴, die unter anderem kein direktes Verbot der Burka vorsah, stellte Caffier bereits kurz nach der Verkündung in Frage.⁵⁵

Neben dem Thema innere Sicherheit und Geflüchtete setzten sich die Christdemokraten verstärkt in ihrem Programm für die Entwicklung strukturschwacher Regionen ein. Um diese besser zu fördern, wollte die Union einen eigenen Staatssekretär, der auch als „Vorpommern“-Staatssekretär bezeichnet wurde, mit dieser Aufgabe betrauen.⁵⁶ Auf ihren Wahlplakaten setzten die Christdemokraten auf die Themen Sicherheit, Gesundheitsvorsorge, Bildung, Familien, Kinder und Wirtschaft.⁵⁷ Daneben warb die CDU mit ihrer Regierungsbilanz. Sie beanspruchte als Erfolge für sich, dass, seit sie mitregiere, die Arbeitslosigkeit gesunken, die Wirtschaft gewachsen und keine neuen Schulden gemacht worden waren.⁵⁸ Anders als noch 2011 standen im Landtagswahlkampf 2016 die Themen deutlich mehr im Vordergrund als der Spitzenkandidat.

⁴⁶ Vgl. Uwe Reißweber, Landes-CDU will wieder den Käpt' n in Schwerin stellen, in: Nordkurier, 16.11.2015.

⁴⁷ O. A., Nordost-CDU: Caffier als Chef bestätigt, in: NDR.de <http://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Nordost-CDU-Caffier-als-Chef-bestaetigt-,cdu536.html> (Stand: 20.08.2016).

⁴⁸ Vgl. Frank Pubantz, CDU-Chef Caffier: „Ich will Ministerpräsident werden“, in: OZ, 30.01.2016.

⁴⁹ Vgl. CDU Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), „Heimat im Mittelpunkt“, Wahlprogramm der CDU, beschlossen auf dem 31. Landesparteitag am 3. Juni 2016 in Güstrow, S. 14.

⁵⁰ Vgl. ebd., S. 12–13.

⁵¹ Vgl. Kay Steinke, Flüchtlinge: Caffier brüstet sich mit Abschiebung, in: OZ, 04.06.2016.

⁵² Zu sehen in der Reportage „Protokoll einer Abschiebung“ von Hauke Wendler, ausgestrahlt am 01.08.2016 im NDR.

⁵³ Vgl. Katharina Hamberger, Unions-Innenminister beraten über Burka-Verbot, in: Deutschlandfunk, abrufbar unter: http://www.deutschlandfunk.de/treffen-in-berlin-unions-innenminister-beraten-ueber-burka.1766.de.html?dram:article_id=363410 (Stand: 30.08.2016).

⁵⁴ Vgl. CDU (Hrsg.), Berliner Erklärung der Innenminister und -senatoren von CDU und CSU zu Sicherheit und Zusammenhalt in Deutschland, 19. August 2016, abrufbar unter: https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/160819_bimk_berlinererklaerung.pdf?file=1 (Stand 31.08.2016).

⁵⁵ Frank Schneider, Innenminister Caffier fordert totales Burka-Verbot, in: BILD, abrufbar unter: <http://www.bild.de/politik/inland/lorenz-caffier/innenminister-caffier-fordert-totales-burka-verbot-47465634.bild.html> (Stand: 31.08.2016).

⁵⁶ Vgl. CDU Mecklenburg-Vorpommern 2016, S. 4–5.

⁵⁷ Vgl. hierzu die Wahlplakate im Anhang.

⁵⁸ So Caffier in der Sendung „Wahlarena: Seling und Caffier stellen sich Wählern“ im NDR Fernsehen, ausgestrahlt am 23.08.2016.

Das wichtigste Thema bei der Wahlentscheidung stellte laut einer Umfrage mit 34 Prozent die „Zuwanderung/ Integration/ Umgang mit Flüchtlingen“ dar.⁵⁹ Für 27 Prozent der Befragten war die soziale Gerechtigkeit/ Sozialpolitik das wichtigste Thema, gefolgt vom Thema Arbeitsmarkt/Arbeitslosigkeit mit 20 Prozent und der Wirtschaft mit 15 Prozent. Der Union wird bei der Wirtschaftspolitik mit 34 Prozent, ebenso in der Verbrechens- und Kriminalitätsbekämpfung mit 36 Prozent die größte, in der Arbeitsmarktpolitik mit 30 Prozent die zweitgrößte sowie beim Umgang mit der Flüchtlingssituation mit 22 Prozent die im Vergleich mit anderen Parteien größte Kompetenz zugewiesen.⁶⁰

3.2. Personenwahlkampf

Beim Parteitag des CDU-Landesverbandes in Neubrandenburg im Januar 2016 wurde Caffier mit 89,9 Prozent zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2016 gewählt.⁶¹ Nach 2011 trat er zum zweiten Mal gegen den amtierenden Ministerpräsidenten Erwin Sellering von der SPD an.⁶²

Im Gegensatz zu 2011 konnte Caffier seine Bekanntheit in den vergangenen Jahren deutlich steigern.⁶³ In einer Umfrage im April 2016 erklärten 92 Prozent ihn zu kennen und 53 Prozent zeigten sich mit seiner Arbeit zufrieden bzw. sehr zufrieden. Im Vergleich dazu erreichte Sellering leicht bessere Werte. Er wies einen Bekanntheitsgrad von 98 Prozent auf und 67 Prozent zeigten sich mit seiner Arbeit zufrieden bzw. sehr zufrieden.⁶⁴ Bei der Frage der Direktwahl des Ministerpräsidenten ergab sich ein deutlicheres Bild. Demnach hätten sich bei einer hypothetischen Direktwahl des Ministerpräsidenten 60 Prozent für Sellering und 13 Prozent für Caffier entschieden.⁶⁵ Selbst bei den Unionsanhängern präferierten bei einer Direktwahl lediglich 47 Prozent Caffier, während sich 42 Prozent für Sellering aussprachen.⁶⁶ Dies dürfte auf Sellerings „Ministerpräsidenten-Bonus“ zurückzuführen sein.⁶⁷

Ausgehend von der politikwissenschaftlichen Forschung beurteilen Wähler Kandidaten nach den vier Gesichtspunkten Führungsqualitäten, Integrität, Sachkompetenz und Sympathie.⁶⁸ Im Direktvergleich der beiden Kandidaten wird deutlich, dass Sellering bei allen Aspekten deutlich besser bewertet wurde als Caffier (Tab. 2).

⁵⁹ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTREND August I.

⁶⁰ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), WahlREPORT Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2016, Berlin 2016, S. 25; vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTREND April, Berlin 2016, abrufbar unter: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/mecklenburg-vorpommern/laendertrend/2016/april/> (Stand: 12.09.2016).

⁶¹ Vgl. Max-Stefan Koslik, Merkel macht Mitstreitern Mut, in: NNN, 01.02.2016.

⁶² Vgl. Huchel/Rausch 2011, S. 49–51.

⁶³ Vgl. ebd., S. 50.

⁶⁴ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTREND April, Berlin 2016.

⁶⁵ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTREND August II, Berlin 2016.

⁶⁶ Vgl. ebd.

⁶⁷ Vgl. Martin Koschkar/Steffen Schoon, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 4. September 2011: Bestätigung der Großen Koalition mit sozialdemokratischem Zugewinn, in: ZParl, Jg. 43, Nr.1 2012, S. 3–18, hier: S. 5.

⁶⁸ Vgl. Oskar Niedermayer, Wahlsystem und Wählerverhalten, in: Manfred G. Schmidt/Frieder Wolf/Stefan Wurstler (Hrsg.), Studienbuch Politikwissenschaft, Wiesbaden 2013, S. 265–288, hier: S. 275–276.

Tab. 2: Direktkandidaten im Vergleich (Werte in Prozent)

	Erwin Sellering	Lorenz Caffier
ist sympathischer	57	15
passt eher zu Mecklenburg-Vorpommern	55	19
ist die stärkere Führungspersönlichkeit	54	21
setzt sich stärker für soziale Gerechtigkeit ein	48	12
ist glaubwürdiger	44	17
ist besser mit den Problemen der Bürger vertraut	43	15
verstehet mehr von der Wirtschaft	37	21
hat die besseren Konzepte, um die Flüchtlingskrise in den Griff zu bekommen	21	16

Quelle: Infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTRENDE Juni, Berlin 2016, abrufbar unter: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/mecklenburg-vorpommern/laendertrend/2016/juni/> (Stand: 13.09.2016).

Deutlich besser als noch 2011, als Caffier mit der „C wie Zukunft“-Kampagne in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gestellt wurde, wurde der Wahlkampf 2016 auf das Profil des eher zurückhaltend auftretenden Spitzenkandidaten zugeschnitten. Die im Wahlkampf 2011 vor allem im Vergleich zu Angela Merkel schwache Rednerkompetenz wurde jedoch ebenso 2016 bei Wahlkampfveranstaltungen deutlich.⁶⁹ Selbst der Spitzenkandidat machte im Interview klar, dass er kein großer Redner sei, sondern eher ein Praktiker.⁷⁰ Die Union verzichtete dementsprechend bis auf den Wahlkampfauftakt und den -abschluss auf größere Veranstaltungen und setzte den Akzent auf Zielgruppenveranstaltungen mit 100 bis 200 Teilnehmern. Es fanden Diskussionsrunden mit Handwerkern, Unternehmern und Landwirten unter Teilnahme von bundes- und landespolitischer Prominenz statt.⁷¹ Auch der Spitzenkandidat setzte bei weiteren Wahlkampfterminen stärker auf den direkten Kontakt als auf große Auftritte.⁷² Der Generalsekretär Vincent Kokert beschrieb die Wahlkampfstrategie folgendermaßen: „Sie müssen dahin gehen, wo es wehtut, nämlich wo die Menschen sind: Dorffeste, Goldene Hochzeiten, jede Geburtstagsfeier muss genutzt werden. Der klassische Stand irgendwo vorm Einkaufsmarkt, der spielt derzeit eine untergeordnete Rolle.“⁷³ Diese Strategie spiegelte sich auch auf den Wahlplakaten wider. Neben reinen Kandidatenplakaten setzte die CDU auf thematische Großplakate, auf denen Caffier entweder nicht abgebildet oder mit jeweils zum Thema passenden Personen im Gespräch war.⁷⁴ Hier konnten drei Phasen beobachtet werden. Zunächst erfolgte die Plakatierung eines Themas, nach zwei Wochen wurde das Thema zusammen mit Caffier dargestellt und abschließend wurde nur noch der Spitzenkandidat abgebildet.

Im Gegensatz zu 2011 betonte Caffier in diesem Wahlkampf deutlicher einen Führungsanspruch in einer kommenden Koalition. Er bekannte sich klar dazu, Ministerpräsident werden zu wollen und vermied es, Koalitionsaussagen zu treffen.⁷⁵ Caffier zeigte sich außerdem gegenüber einer Dreier-Koalition skeptisch und nannte einen diesbezüglich möglichen Koalitionsvertrag einen

⁶⁹ Vgl. Huchel/Rausch 2011, S. 51. So auch bei Wahlkampfveranstaltungen 2016 in Rostock und Zingst.

⁷⁰ So Caffier in der Sendung „DAS! Rote Sofa“ im NDR Fernsehen, ausgestrahlt am 21.08.2016.

⁷¹ Neben Angela Merkel waren zahlreiche Bundesminister sowie Ministerpräsidenten zur Wahlkampfunterstützung in Mecklenburg-Vorpommern.

⁷² Vgl. „DAS! Rote Sofa“ im NDR Fernsehen, ausgestrahlt am 21.08.2016.

⁷³ Zitiert nach Bernhard Honnigfort, „Dahin gehen, wo es wehtut“, in: Frankfurter Rundschau, 11.08.2016.

⁷⁴ Siehe dazu die Plakate im Anhang.

⁷⁵ So u.a. im Interview mit der Ostseezeitung: Vgl. Mehr Polizei – aber keinen Polizeistaat, in: OZ, 20.08.2016.

„Kompromiss zum Kompromiss.“⁷⁶ Die Kritik gegenüber Sellering hielt sich in deutlichen Grenzen und Caffier beschrieb seine Haltung folgendermaßen: „Ich bin nicht der Typ, der früh am Kabinettstisch sitzt und nachmittags allen erzählt, dass der andere ein Vollidiot ist.“⁷⁷ Er warf Sellering im Wahlkampf lediglich vor, entscheidungsunwillig zu sein.⁷⁸ Selbst in der Wahlarena verzichtete Caffier weitgehend auf eine kritische Auseinandersetzung mit dem Ministerpräsidenten. Lediglich Sellerings Missbilligung von Angela Merkels Flüchtlingspolitik kritisierte Caffier als unangemessen und opportunistisch.⁷⁹

3.3. Angriffswahlkampf

Aufgrund der schwierigen strategischen Ausgangslage verzichteten die CDU und Caffier im Wahlkampf weitgehend auf Angriffe gegen andere Parteien. Während Caffier in seiner Rede zur Nominierung des Spitzenkandidaten noch versprach, er werde einen „harten Kampf gegen die linke Front“ führen, wurde im Wahlkampf davon wenig deutlich.⁸⁰ Während eine ausbleibende Kritik an der SPD noch mit dem „Verlieren, um zu bleiben“-Dilemma erklärt werden kann, ist die fehlende Auseinandersetzung mit den Bündnisgrünen und der LINKEN nach den Ankündigungen nicht nachvollziehbar. Caffier beschränkte sich auf thematische Seitenhiebe wie „Wir werden kein Geld ausgeben für Krötentunnel und Transgender-Toiletten in der Uckermark.“⁸¹

Gegenüber der AfD verzichtete die CDU ebenfalls auf einen Angriffswahlkampf. Zwar kritisierte Caffier das ungeklärte Verhältnis der AfD zum Rechtsextremismus und warf ihr vor, populistische Forderungen ohne wirkliche Lösungsmöglichkeiten zu vertreten. Zugleich warnte er jedoch vor einer Stigmatisierung und plädierte für eine sachliche Auseinandersetzung mit der Partei.⁸² Diese Auseinandersetzung fand jedoch nicht statt und es fiel deutlich auf, dass bei Wahlkampfauftritten und Interviews versucht wurde, die AfD möglichst nicht zu erwähnen.

4. Wahlergebnis

Die CDU hat mit 19,0 Prozent einen neuen Negativrekord bei Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern aufgestellt und verlor im Vergleich zur Wahl 2011 rund vier Prozentpunkte. Durch diese Verluste wurde sie hinter der SPD mit 30,6 Prozent und der AfD mit 20,8 Prozent nur noch drittstärkste Kraft. Absolut gesehen sind die Verluste jedoch geringer ausgefallen, als diese auf den ersten Blick suggerierten. Die Union kam auf insgesamt 153.115 Zweitstimmen und büßte damit im Vergleich zu 2011 lediglich etwas weniger als 4.000 Stimmen ein. Die anteiligen Einbußen sind demnach vor allem der gestiegenen Wahlbeteiligung geschuldet.

⁷⁶ Zitiert nach: Wahlen in zwei Bundesländern: AfD könnte rot-schwarze Mehrheiten sprengen, in: Focus abrufbar unter: http://www.focus.de/politik/deutschland/landtagswahlen-in-berlin-und-mecklenburg-vorpommern-afd-koennte-schwarz-rote-mehrheiten-sprengen_id_5797279.html (Stand: 28.10.2016).

⁷⁷ Zitiert nach: Thomas Hahn, Die Schweriner Koalition funktioniert gut – zu gut, in: SZ, 02.09.2016.

⁷⁸ So Caffier in der Sendung „Nordmagazin“ im NDR Fernsehen, ausgestrahlt am 27.08.2016.

⁷⁹ Vgl. Sendung „Wahlarena: Sellering und Caffier stellen sich Wählern“ im NDR Fernsehen, ausgestrahlt am 23.08.2016.

⁸⁰ Rede von Lorenz Caffier auf dem CDU Parteitag am 30.01.2016 in Neubrandenburg.

⁸¹ Rede von Lorenz Caffier bei einer Wahlkampfveranstaltung am 11.07.2016 in Boltenhagen.

⁸² Vgl. o. A., Caffier für sachliche Debatte mit der AfD, in: NDR, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/landtagswahl_mv_2016/Caffier-fuer-sachliche-Debatte-mit-der-AfD,caffier356.html (Stand: 03.09.2016).

Mit Blick auf die Erststimmen wird das eigentliche Ausmaß der Niederlage der Union deutlich. Hatte sie 2011 noch 12 Direktmandate gewonnen, wobei diese mehrheitlich in Vorpommern lagen, konnte sie dieses Mal nur sieben Direktmandate gewinnen. Vor allem im Landkreis Vorpommern-Greifswald, traditionell eine CDU-Hochburg, musste sie deutliche Verluste hinnehmen und verlor drei Direktmandate an die AfD und eines an die SPD. Insgesamt verfügt die Union in der kommenden Legislaturperiode über 16 Sitze im Landtag.

Anhand der Wählerwanderung wird deutlich, dass die Union ähnlich wie die anderen Parteien aufgrund der gestiegenen Wahlbeteiligung 21.000 Nichtwähler für sich mobilisieren konnte. Die Verluste und Zugewinne von Wählern anderer Parteien hielten sich mit Ausnahme der AfD in Grenzen. Die CDU verliert an diese knapp 22.000 Wählerinnen und Wähler.⁸³

Mit Blick auf die Wählerstruktur zeigt sich, dass die Union vor allem bei den zwischen 25- und 34-Jährigen überdurchschnittlich stark mit einem Malus von sieben Prozentpunkten verloren hat. Bei den über 35-jährigen Wählerinnen und Wählern liegt die Union nahe an ihrem Gesamtergebnis, während bei den unter 35-Jährigen die Ergebnisse leicht unterdurchschnittlich sind. Insgesamt war bei den Wahlen 2016 die Altersstruktur der Wähler weitgehend ähnlich ausgeprägt wie bei früheren Wahlen.⁸⁴ Bei den Berufsgruppen musste die Union überdurchschnittliche Verluste bei Arbeitern mit minus sieben und Selbstständigen mit minus neun Prozentpunkten verzeichnen. Die Selbstständigen sind dennoch mit 24 Prozent überdurchschnittlich stark vertreten, während vor allem Arbeitslose mit 13 Prozent deutlich unterrepräsentiert sind. Insgesamt gesehen ist die Wählerstruktur der Union auch bei den Wahlen 2016 weitestgehend stabil geblieben.⁸⁵

Anhand der regionalen Verteilung der Zweitstimmen werden mehrere Besonderheiten deutlich. Die Einbußen im westlichen Landesteil sind gering, während in Vorpommern die Verluste deutlich über dem Durchschnitt liegen. Das sich normalerweise deutlich abzeichnende Ost-West-Gefälle beim Wahlergebnis der CDU ist bei dieser Wahl geringer aufgetreten. Die Union, die sich selbst als „Vorpommern-Partei“ bezeichnet, ist mit Blick auf den Zweitstimmenanteil auch im östlichen Landesteil nur noch drittstärkste Kraft geworden.

Tab. 3: Wahlergebnisse CDU in den Landkreisen und kreisfreien Städten 2011 und 2016

	SN	HRO	LRO	LUP	NWM	MSE	VG	VR
2016	17,6	15,4	20,7	18,4	17,0	19,9	18,7	22,5
2011	18,6	16,3	23,7	22,5	19,7	25,1	25,8	28,4
Saldo	-1,0	-0,9	-3,0	-4,1	-2,7	-5,2	-7,1	-5,9

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Landeswahlleiterin; SN: Schwerin, HRO: Hansestadt Rostock; LRO: Landkreis Rostock; LUP: Ludwigslust-Parchim, NWM: Nordwestmecklenburg; MSE: Mecklenburgische Seenplatte, VG: Vorpommern-Greifswald, VR: Vorpommern-Rügen.

Angesichts des Ergebnisses lassen sich mehrere Faktoren identifizieren, die für die Wahlniederlage verantwortlich sind. Dabei kann zum einen zwischen nicht beeinflussbaren Rahmenbedingungen und zum anderen der selbst verantworteten Wahlkampfstrategie unterschieden werden. Bei den Rahmenbedingungen lassen sich ein allgemein negativer Bundestrend der CDU sowie der eher bundespolitisch geprägte Themenkomplex Flüchtlinge, Asyl und Zuwanderung, welcher im Land eigentlich aufgrund der marginalen Zahl an aufgenommenen Flüchtlingen eine untergeord-

⁸³ Details zur Wählerwanderung siehe den Beitrag von Koschkar/Nestler in diesem Band.

⁸⁴ Vgl. Huchel/Rausch 2013 S. 76–78.

⁸⁵ Alle Angaben: Infratest dimap, abrufbar unter: <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-04-LT-DE-MV/umfrage-job.shtml> (Stand: 17.09.2016). Vergleichswerte zu 2011: Vgl. Huchel/Rausch 2013, S. 77.

nete Rolle spielen könnte, nennen. Mit zahlreichen Auftritten der Bundeskanzlerin trat dieses Thema jedoch immer wieder in den Vordergrund und dürfte der CDU möglicherweise auch aufgrund der starken Polarisierung gegenüber der Bundeskanzlerin, die sich in den „Merkel muss weg“-Forderungen manifestierte, geschadet haben. Da Merkel zum einen als „Zugpferd“ der Union gilt, zum anderen aber gerade in der Flüchtlingspolitik stark polarisiert hat, war die CDU in diesem Wahlkampf in einem „Kanzlerinnendilemma“ gefangen. Das kam dabei vor allem der AfD zugute, die gegen die Bundeskanzlerin mobilisierte. Dazu kam eine „Politik mit wenig Sympathiepunkten“⁸⁶ in der Legislaturperiode, hervorgerufen durch die Auswirkungen der Kreisgebietsreform sowie der Gerichtsstruktureform. Außerdem bestand eine prinzipielle Schwierigkeit darin, als Juniorpartner wahrgenommen zu werden und aus dieser Position Wahlkampf gegen einen beliebten Ministerpräsidenten zu führen. Zusätzlich hatte die Union eine grundsätzlich fehlende Machtperspektive, die aufgrund des „Verlieren, um zu bleiben“-Dilemmas besteht.⁸⁷ Bei der Wahlkampfstrategie kann zunächst die Auswahl des Spitzenkandidaten als problematisch erachtet werden. Nach der Wahlniederlage 2011 wären eine konsequentere Aufarbeitung des Wahlergebnisses sowie ein personeller Neuanfang, spätestens bei der Aufstellung des Spitzenkandidaten für 2016, glaubwürdiger gewesen. Caffier wurde hingegen sowohl mit der Wahlniederlage 2011 als auch mit der weitgehend unbeliebten Kreisgebietsreform in Verbindung gebracht. Mit Harry Glawe hätte dabei ein möglicher alternativer Kandidat sogar bereitgestanden. Konsequenter setzte die Union dann im Gegensatz zu 2011 auch nicht gänzlich auf die Person Caffier, sondern versuchte diesen mit Sachthemen, einer konsequenten Haltung in der Flüchtlingspolitik sowie der inneren Sicherheit zu verknüpfen. Prinzipiell hätte diese Strategie erfolgreich sein können, hätte sich die Union auf die Darstellung ihrer Erfolge, unter anderem dem guten Management bei der Flüchtlingsunterbringung oder der konsequenten Durchsetzung des Rechts bei Abschiebungen, beschränkt und nicht vor allem zum Ende des Wahlkampfes auf populistische Forderungen, wie dem Burka-Verbot und der Abschaffung des Doppelpasses, konzentriert. Letztere haben zum einen keinerlei Relevanz in Mecklenburg-Vorpommern, zum anderen war dieser Anti-Islam-Kurs thematisch bereits durch die AfD besetzt, wodurch diese Forderungen fadenscheinig wirkten und als Wahlkampfgeplänkel eingeschätzt wurden. Diese Forderungen wirkten zusätzlich unglaubwürdig, wenn die Union im Wahlkampf auf Angela Merkel setzte, die für einen gegensätzlichen Kurs in der Flüchtlingspolitik steht.⁸⁸ Auch hier zeichnete sich wiederum das „Kanzlerinnendilemma“ ab. Eine Beanspruchung der Regierungserfolge und eine thematische Vielfalt wurden in der Außenwahrnehmung verpasst. Das Wahlversprechen, strukturschwache Räume sowie die Kommunen zu stärken, hätte die Union deutlich mehr betonen können, da dies vor allem im Osten des Landes ein wichtiges Thema und die CDU traditionell auf kommunaler Ebene stark ist.⁸⁹ Zusätzlich war der weitgehend ausgebelebende Angriffswahlkampf problematisch. Zum einen hätte eine kritische Auseinandersetzung mit eher unbeliebten SPD-Ministern, analog zu Sellerings Kritik am CDU-Bildungsminister im Vorfeld des Wahlkampfes 2011, zu einer deutlicheren Abgrenzung und Profilierung der Partei gegenüber dem Koa-

⁸⁶ So Caffier bereits im Vorfeld der Wahl 2011. Vgl. Rede von Lorenz Caffier auf der Landesvertreterversammlung der CDU in Güstrow am 22. Januar 2011.

⁸⁷ Vgl. Huchel/Rausch 2011.

⁸⁸ Angela Merkel nahm neben dem Wahlkampfauftakt in Zingst und Boltenhagen und dem Abschluss in Bad Doberan an mehreren Veranstaltungen im Land teil.

⁸⁹ Zu den Forderungen der Union für den ländlichen Raum siehe den Artikel von Düwel/Meiselbach zum ländlichen Raum in diesem Band.

litionspartner beigetragen.⁹⁰ Zum anderen hätte die Union sich deutlich stärker und kritischer mit der AfD an sich sowie ihrem Personal und Positionen im Speziellen auseinandersetzen können. Eine von Caffier eingeforderte sachliche Auseinandersetzung fand nicht statt, wäre aber notwendig gewesen, um sich gegenüber der AfD zu profilieren und den immensen Stimmenabfluss in Richtung dieser Partei einzuschränken.

5. Bilanz und Perspektiven der CDU nach der Wahl

Die Union steht nach den zwei aufeinanderfolgenden Niederlagen bei Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern vor mehreren Herausforderungen. Die Regierungsverantwortung hat sich deutlich mehr als Fluch denn als Segen erwiesen, da die Unzufriedenheit mit den durchgeführten Reformen nicht die gesamte Landesregierung, sondern verstärkt die CDU traf. Die Union kann zwar auch in der künftigen Legislaturperiode durch eine Regierungsbeteiligung das Land gestalten, jedoch muss sie sich deutlich mehr gegenüber dem Koalitionspartner profilieren und vermeiden, weitere Reformen auf Kosten der Kommunen durchzuführen. Gleichzeitig muss sie Konsequenzen aus den beiden Wahlniederlagen ziehen, um ein gewisses Maß an Glaubwürdigkeit und Entschlossenheit zu bewahren. Dazu wären eine Neuaufstellung, vor allem in personeller Hinsicht, sowie eine konsequente und auch transparente Aufarbeitung des Wahlkampfes, anders als nach der Wahlniederlage 2011, zielführend. Dadurch könnte sie zum einen die stärker werdende Unzufriedenheit an der Basis eindämmen sowie den Wählerinnen und Wählern deutlich machen, dass Konsequenzen aus dem schlechten Abschneiden gezogen werden.⁹¹ Caffiers Ankündigung, im Frühjahr 2017 als Vorsitzender der Union nicht mehr anzutreten, ist dabei ein erster Schritt.⁹² Als wahrscheinlicher Nachfolger gilt der bisherige Generalsekretär und Fraktionsvorsitzende Vincent Kokert.⁹³ Gleichzeitig sind Forderungen nach weitergehenden Veränderungen, unter anderem dem Verzicht Caffiers auf den Posten des Innenministers, bereits im Anschluss an diese Ankündigung laut geworden.⁹⁴

In der kommenden Legislaturperiode könnte sich die CDU wieder auf ihre Stärken, vor allem im kommunalen Bereich, besinnen. Auch im Hinblick auf die Kommunalwahlen muss sie ihr Profil als Kommunalpartei schärfen, indem sie die im Wahlprogramm angekündigte Stärkung strukturschwacher Räume durchsetzt. Dass sie sich jedoch nicht mit ihren Forderungen im Bereich innere Sicherheit durchsetzen konnte und der Staatssekretärsposten für die strukturschwachen Räume von der SPD besetzt wird, können als erste Niederlagen in der beginnenden Legislaturperiode gedeutet werden.⁹⁵ Zusätzlich dazu muss sie einen künftigen Spitzenkandidaten aufbauen, der 2021 gegen einen designierten SPD-Kandidaten und SELLERING-Nachfolger antreten kann. Gleichzeitig hat die CDU 2016 die Chance verpasst, bereits bei diesen Wahlen mit einem jungen Kandidaten anzutreten und einen Altersvorteil gegenüber SELLERING geltend zu machen.

⁹⁰ Vgl. Huchel/Rausch 2011, S. 46.

⁹¹ Vgl. Stefan Ludmann, Nach Wahldebakel: Unmut in der CDU-Basis, in: NDR, abrufbar unter: <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Nach-Wahldebakel-Unmut-in-der-CDU-Basis,cdu638.html> (Stand: 18.09.2016).

⁹² Vgl. Thomas Volgmann, Ende der Ära Caffier, in: SVZ, 23.10.2016.

⁹³ Vgl. Uwe Reißweber, Neuer Stern am düsteren CDU Himmel?, in: Nordkurier, 24.10.2016.

⁹⁴ Vgl. Uwe Reißweber, „Bei der CDU brennt die Hütte“, in: Nordkurier, 24.10.2016.

⁹⁵ Die CDU hatte 555 neue Stellen bei der Polizei gefordert, konnte im Koalitionsvertrag aber nur 150 neue Stellen durchsetzen. Vgl. Michael Seidel, Koalition geht auf Bürger zu, in: SVZ, 17.10.2016; vgl. Max-Stefan Koslik, Konstituierende Sitzung im Theater: Wie sieht das neue Kabinett aus?, in: SVZ, 04.10.2016.

Die LINKE – „Aus Liebe zu M-V“

Michael Maser/Christopher Scheele

1. Einleitung

Die Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern war für Die LINKE eine große Herausforderung. Hatte man 2009 noch sensationelle 29,0 Prozent bei der Bundestagswahl erzielen können, war das Ergebnis der Landtagswahl 2011 nachweislich stark durch die schlechte Außendarstellung belastet. Jener Urnengang war auf dem Höhepunkt des innerparteilichen Richtungsstreits und damit zur Unzeit gekommen. Am Wahlabend 2011 war der Landesverband tief gespalten in Antikapitalistische Linke (AKL) unter Führung der Ex-Ministerin Marianne Linke und dem Kreisverband Stralsund und Realos unter der Führung des Landesvorsitzenden Steffen Bockhahn, des damaligen Bundesgeschäftsführers Dietmar Bartsch und des Spitzenkandidaten Helmut Holter.¹ Theoretisch wäre eine Regierungsbeteiligung möglich gewesen, praktisch blieb Wahlgewinner Erwin Sellering seinem Innenminister und Koalitionspartner Lorenz Caffier und der CDU treu.

Zum innerparteilichen Streit kamen die Überalterung der Wähler- und Mitgliederbasis sowie der anstehende Generationenwechsel im Kreise der aktiven Parteipolitiker. Die LINKE musste sich also binnen fünf Jahren konsolidieren, um mit Blick auf die strukturellen Herausforderungen der Partei weiterhin konkurrenzfähig sein zu können.

Waren die Wahlkämpfe 1998 bis 2011 von PDS/Die LINKE stets von Streit und/oder Skandalen überschattet gewesen, bemühte sich die Partei 2016 redlich um eine einheitliche und streitfreie Außendarstellung. Diese Leistung wurde innerparteilich beinahe schon mit Verwunderung aufgenommen.² Das erklärte Ziel war, endlich wieder auf der Regierungsbank in Schwerin Platz nehmen zu können. Dennoch fürchteten nicht wenige Mitglieder, dass das schlechte Abschneiden der Partei bei der Wahl im März 2016 in Sachsen-Anhalt, wo viele Wähler der LINKEN zur AfD abgewandert waren, ein Signal für Mecklenburg-Vorpommern sein und Die LINKE damit zur großen Wahlverliererin werden könnte.

2. Die Chance zur Modernisierung – Die LINKE in der Opposition

Die Bilanz der Fraktion in der Opposition fällt rückblickend gemischt aus. Mit der Pleite der P+S-Werften und dem sich anschließenden parlamentarischen Untersuchungsausschuss bot sich zwar ein Paradethema für die Oppositionsarbeit, aber es gelang nicht, langfristig Vorteile für die eigene Partei daraus zu schlagen. Ebenso wenig gelang es, sich an die Spitze des Bürgerbegehrens zur Verhinderung der Gerichtsstrukturreform zu setzen. Gerade mit Blick auf die rot-rote Koalitionsoption wäre dies von Vorteil gewesen, da die federführenden Ministerien des Innern und der Justiz von der CDU geleitet wurden. Selbst in der Kultur- und Theaterdebatte konnte Die

¹ Vgl. Michael Maser/Christopher Scheele, Letzte Chance: Modernisierung – Die LINKE, in: Martin Koschkar/Christopher Scheele, Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2011, S. 55–66, hier: S. 64–66.

² Hintergrundgespräche mit Listenkandidaten der Partei Die LINKE.

LINKE Kultusminister Brodkorb nicht entscheidend stellen. Besser gelang dies in der ÖPNV-Infrastrukturdebatte rund um die Stilllegung der Südbahntrasse, dennoch war das Thema letztlich zu stark regional begrenzt, als dass es landesweite Aufmerksamkeit erregt hätte.³

Das Nichtzustandekommen der Regierungsbeteiligung im Jahr 2011 war für Die LINKE zunächst eine große Enttäuschung. Die Realos hatten im Wahlkampf alles auf eine Karte gesetzt und den offenen Streit mit der AKL nicht gescheut, um die Regierungsbeteiligung wieder zu erreichen. Dieses Ziel, was den Konflikt wohl entschieden hätte, wurde jedoch verfehlt. Die Entscheidung der SPD wurde dabei sicherlich auch vom innerparteilichen Zustand der PDS-Nachfolgepartei mit beeinflusst.⁴

Nach der Wahl erwarteten nicht wenige eine „Nacht der langen Messer“, zu der es jedoch nicht kam. Stattdessen entwickelte sich ein Stellvertreter-Konflikt. Mit der Landtagswahl 2011 war auch die Kreisgebietsreform in Kraft getreten, an deren neue Struktur sich auch Die LINKE mit ihren Kreisverbänden anpassen wollte. Demzufolge sollten auch die Kreisverbände Nordvorpommern, Rügen und Stralsund zum Kreisverband Vorpommern-Rügen fusionieren. Die AKL hatte jedoch ihre Hochburg in Stralsund, während Nordvorpommern und Rügen eher dem realpolitischen Flügel zuzuordnen waren. Da Stralsund den Widerstand nicht aufgab, versuchte die Parteiführung dies auf einem Parteitag vom Plenum per Satzungsänderung anordnen zu lassen. Die notwendige Zweidrittelmehrheit wurde jedoch verfehlt und Stralsund bestand als eigenständiger Kreisverband weiter. In Folge dessen verzichtete Steffen Bockhahn vor der Bundestagswahl 2013 überraschend auf den Parteivorsitz im Land und übergab den Staffelstab an Heidrun Bluhm.⁵ Diese war bereits sieben Jahre Mitglied des Bundestages und hatte bis dahin nicht entscheidend in die Geschicke des Landesverbandes eingegriffen. Diese Personallösung „von außen“ hatte einen beruhigenden Effekt. Gleichzeitig war die Landtagsfraktion von Auseinandersetzungen entkoppelt, da über die Landesliste fast nur Mitglieder des realpolitischen Flügels (mit Ausnahme von Torsten Koplín) in den Landtag eingezogen waren.

Die Causa AKL hätte den Landesverband vermutlich noch länger beschäftigt, wäre es im Vorfeld der Kommunalwahl 2014 nicht zu einem kuriosen Zwischenfall gekommen. Der Nominierungsparteitag des Kreisverbandes Stralsund wurde innerparteilich aufgrund von formalen Fehlern in Frage gestellt und die Ergebnisse letztlich von der Kreiswahlleitung nicht akzeptiert.⁶ Das führte dazu, dass Die LINKE Stralsund in der Hansestadt nicht zur Wahl antreten konnte und sich Mitglieder der Partei stattdessen auf einer offenen Liste zusammenfanden. Der Kreisverband versank nach der Wahl in Streit und Unordnung, in dessen Folge sich Marianne Linke letztlich aus der aktiven Politik zurückzog. Nach ihrem Rückzug kehrten der Kreisverband Stralsund und Vorpommern-Rügen recht schnell an den Verhandlungstisch zurück und beschlossen alsbald im

³ Dennoch wurde ein kritisches Aufgreifen der Themen im Wahlkampf unternommen, vgl. o.A., „Zehn Jahre Große Koalition sind genug“ – Linke kritisiert Umgang der Regierung mit Bürgerwillen und will Volksinitiativen stärken, in: NNN, 06.07.2016.

⁴ Vgl. Michael Maser/Christopher Scheele, Letzte Chance: Modernisierung – Die LINKE In: Martin Koschkar/Christopher Scheele, Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2011, S. 58f.

⁵ Vgl. Uwe Reißerweber, Bockhahn macht „ne kleine Pause“, in: NNN, abrufbar unter: <http://www.nnn.de/regionales/mecklenburg-vorpommern/bockhahn-macht-ne-kleine-pause-id4161001.html> (Stand: 02.10.2016).

⁶ Vgl. o. A., Kommunalwahl am Sund ohne Die Linke, in: OZ, abrufbar unter: <http://www.ostsee-zeitung.de/Vorpommern/Stralsund/Politik/Kommunalwahl-am-Sund-ohne-Die-Linke> (Stand: 02.10.2016).

Sommer 2015 den lange geplanten Zusammenschluss.⁷ Mit dem Ende der politischen Karriere von Marianne Linke und der Auflösung des Kreisverbandes Stralsund ist es auf Landesebene um die AKL relativ ruhig geworden.

Die LINKE hatte in Mecklenburg-Vorpommern mit den Kommunal- und Europawahlen 2014 und der Bundestagswahl 2013 zwei Stimmungstests. Bei der Bundestagswahl konnte sie von der Schwäche der SPD profitieren und ein besseres Ergebnis als bei der Landtagswahl 2011 erzielen. Bei den Kommunal- und Europawahlen 2014 zeigte dann die personelle Verankerung in den Kommunen für die LINKE nur noch ganz leichte Vorteile. Aufgrund der Ausgangslage konnte im Vorfeld der Landtagswahl kein Ergebnis erwartet werden, das von jenem aus dem Jahr 2011 wesentlich nach oben abwich.⁸

Tab. 1: Wahlergebnisse der Partei Die LINKE 2013/2014

Jahr	2013	2014	2014
Wahlart	Bundestag	Europa	Kommunal
Zweitstimmen in %	21,5	19,6	19,7

Quelle: Daten der Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern, eigene Darstellung.

Aufgrund der wenigen Umfragen in Mecklenburg-Vorpommern gibt es wenige Daten zwischen denen zudem große zeitliche Abstände liegen. Erst im direkten Vorfeld der Landtagswahlen verdichtete sich die Datenbasis wieder.⁹ Die Meinungsforscher sahen Die LINKE dabei lange auf dem Level der bis dahin erreichten Zweitstimmenergebnisse. Noch im Juni 2016 hatte Infratest dimap Die LINKE bei 20 Prozent gemessen. Nachdem INSA Mitte August 19 Prozent prognostiziert hatte, sank Die LINKE binnen zwei Monaten auf lediglich 13 Prozent. Das Absinken ab August 2016 ging dabei mit dem Ansteigen der Umfragewerte für SPD und AfD einher.¹⁰

Die Ausgangslage mit Blick auf die Landtagswahl schien für Die LINKE bis zum Frühjahr 2016 indes relativ klar und einfach. Mit dem Rückzug der Spitzen der AKL war der innerparteiliche Richtungsstreit des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern befriedet worden und von Seiten der Fraktion, die einst den Spitznamen „Selling-Liste“ erhielt, waren keinerlei Skandale oder Alleingänge zu erwarten.¹¹ Strukturell hatte sich die Partei mit der Auflösung des Kreisverbandes Stralsund als ewigem Unruheherd konsolidiert und mit der Kommunalwahl 2014 den personellen Generationenwechsel weiter erfolgreich voranbringen können. Letzteren spiegelte schließlich auch die Landesliste für die Landtagswahl 2016 wieder.

Die Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt versetzten Die LINKE dann jedoch in Unruhe. Die Partei konnte sich ihrer Wählerschaft in den östlichen Landesverbänden nach zwei Jahrzehnten plötzlich nicht mehr sicher sein. Die Erwartungen an das Wahlergebnis waren nun eher zurückhaltend. Zunächst setzte die Partei abermals darauf, dass die Alt-Kader und Stammwähler in je-

⁷ Die LINKE, Fusion der Kreisverbände Vorpommern-Rügen und Stralsund beschlossen, abrufbar unter: <https://www.originalsozial.de/politik/aktuelles-27/artikel/fusion-der-kreisverbaende-vorpommern-ruegen-und-stralsund-beschlossen/> (Stand: 02.10.2016).

⁸ Christian Nestler/Christopher Scheele, Einleitung – Die Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern 2014, in: dies., Die Kommunalwahl 2014 in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2014, S. 9–17, hier: S. 11.

⁹ Wilko Zicht/Matthias Cantow, Umfragen Mecklenburg-Vorpommern, abrufbar unter: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/mecklenburg-vorpommern.htm> (Stand: 02.10.2016).

¹⁰ Vgl. den Beitrag von Koschkar/Nestler in diesem Band.

¹¹ Die LINKE, Unsere Landesliste zur Landtagswahl am 4. September 2016, https://www.originalsozial.de/wahl_2016/landtagswahl/landesliste/ (Stand: 02.10.2016).

dem Fall wieder zu aktivieren sein würden. Dies war seit 1994 schließlich bei jeder Landtagswahl gelungen. Zu diesem Prozentsatz, der von den Parteistrategen stets fest eingeplant werden konnte, hoffte man mit neuen Themen und jungen Kandidierenden, wieder die Wählergruppen der Jahre 1994 und 1998 erreichen zu können, die einstmals den Aufstieg des Landesverbandes befördert hatten.¹² Auf Seiten von Die LINKE verband sich diese Hoffnung mit der Vorstellung einer möglichen rot-roten oder rot-rot-grünen Koalition. Wohl wissend, dass die Regierungseteiligung sowohl für den Bund als auch für die Position des Landesverbandes im Parteienspektrum von großer Wichtigkeit war.¹³

Mit dem Aufkommen der AfD entstand jedoch eine (Protest-)Partei, die nicht nur öffentlich wahrgenommen wurde und so Wählerinnen und Wähler anziehen konnte, sondern der auch nicht der Malus einer offensichtlichen Rechtsradikalität anhaftete. Damit konnten auch volatile (Protest-)Wählergruppen der LINKEN angesprochen werden, was sich bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt als realistisches Szenario entpuppte.¹⁴ Zudem überlagerte die AfD-Debatte den Themenwahlkampf, wodurch Die LINKE große Mühe hatte, ihre eigenen Themen auf die Agenda zu setzen.

3. Wahlkampf

Der Wahlkampf der Partei Die LINKE wurde unter dem Motto „Aus Liebe zu M-V“ geführt. Dieser Spruch findet sich sowohl am Ende des Wahlprogramms¹⁵ als auch auf sämtlichen Wahlplakaten. Damit griff die Partei den Begriff „Heimat“, der von fast allen Parteien genutzt wurde, in einem eigenen Duktus auf. Im Besonderen kann dies auch als Positionierung sowohl gegenüber der CDU, die sich häufig als Partei des ländlichen Raumes stilisierte, als auch der NPD und AfD gesehen werden, die sich gerne in das Image der „Identitätsbewahrer“ kleiden. Gerade mit Blick auf das östliche Vorpommern kann dies als kluger Schachzug angesehen werden, da Die LINKE dort in früheren Jahren gegenüber der CDU konkurrenzfähig war.

Gleichzeitig benennt sie das Bundesland direkt und schafft über die Nutzung des Bindestrichs auch eine Verbindung zum Wahlprogramm, in dem es heißt: „Der Strich zwischen Mecklenburg und Vorpommern muss Bindestrich sein, kein Trennungsstrich.“¹⁶ Damit wurde auf das zentrale Thema des Wahlkampfes der Partei verwiesen: Die Überwindung der Spaltung des Landes bzw. die Herstellung der Chancengleichheit zwischen den Landesteilen.¹⁷ Dieses findet dementsprechend einen großen Raum im ersten Teil des Wahlprogramms und wurde auch für ein Themenplakat genutzt.

Gerade mit Blick auf das „fünffährige Jubiläum“ der Kreisgebietsreform hoffte die Partei auf jene Wählerinnen und Wähler, die mit den nicht immer einfachen Begleiterscheinungen der Umstruk-

¹² Christopher Scheele, Die PDS/LINKE in Mecklenburg-Vorpommern, in: Martin Koschkar/Christian Nestler/Christopher Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Wiesbaden 2013, S. 87–108, hier: S. 97–101.

¹³ Vgl. o. A., Linke wirbt für Rot-Rot in Mecklenburg-Vorpommern, in: Die Zeit, abrufbar unter: <http://www.zeit.de/news/2016-09/04/wahlen-linke-wirbt-fuer-rot-rot-in-mecklenburg-vorpommern-04234805> (Stand: 03.10.2016).

¹⁴ Infratest dimap, Landtagswahl Sachsen-Anhalt: Eine Analyse der Wahl vom 13. März 2016, Berlin 2016, S. 37.

¹⁵ Vgl. Die LINKE, Programm zur Landtagswahl 2016, Schwerin 2016, S. 38.

¹⁶ Ebd. S. 3.

¹⁷ Vgl. o. A., Wahlkampfauftakt: Linke will AfD stellen, in: NDR, abrufbar unter: <http://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Wahlkampfauftakt-Linke-will-AfD-stellen,linke512.html> (Stand: 02.10.2016).

turierungen in der öffentlichen Verwaltung haderten und sich durch Sparmaßnahmen vor allem im ländlichen Raum benachteiligt fühlten. Die LINKE versuchte sich so als Widerpart zur CDU zu positionieren, die mit ihrem Innenminister Caffier diese Reformen umsetzen musste. Allerdings setzte auch die AfD auf dieses Protestpotential, sodass die Bindung der Wählerklientel von besonderem Interesse sein musste. Zu diesem Themenkomplex zählte auch der Breitbandinternet-Ausbau sowie der Erhalt und Ausbau von ÖPNV-Strukturen im ländlichen Raum. Der ÖPNV sollte stark subventioniert werden, jedoch ohne Aussagen zum Finanzierungskonzept.¹⁸

Als weitere Kernthemen benannte Die LINKE Konzepte für die Erfüllung des steigenden Bedarfs an Wohnraum sowie damit verbunden auch die Stabilisierung der Mieten. Dabei machte die Partei nur in Teilen Angaben zur Finanzierung. Die Vorhaben zielten primär auf die Unterstützung niedriger Einkommenschichten.¹⁹

Im Bereich Gesundheit setzte Die LINKE ihren Schwerpunkt auf Zugang und Infrastruktur sowie Pflege und erstmals den Themenkomplex Sucht und Prävention.²⁰

Im Bereich Bildung und Familien lag der Schwerpunkt auf der frühkindlichen Betreuung, die für Familien kostenlos gestaltet werden soll, und deren Ausbau sowie den Erhalt und die gezielte Weiterentwicklung der Schulinfrastruktur. Dabei reichte das Themenfeld vom Recht „Mittag zu essen und Milch zu trinken“ bis hin zur Bezahlung der Lehrkräfte und ihrer Ausbildung. Neben der Bewahrung auch kleiner Berufsschulen im ländlichen Raum sollte der Hochschulsektor fiskalisch deutlich besser gestellt werden. Jedoch fanden sich auch hier keine Hinweise zur Finanzierung der aufgestellten Ziele und Forderungen.²¹

Erst im Anschluss wurden „klassisch“ linke Themen wie soziale Gerechtigkeit und Gute Arbeit behandelt. Der Schwerpunkt lag hierbei zunächst auf der Bekämpfung der Alters- und Kinder-/Jugendarmut. Es solle staatliche Programme geben, die im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge auch den kostenlosen Zugang zu Kultur- und Freizeiteinrichtungen für die sozial schwächeren Schichten ermöglichen. Darüber hinaus seien die Pauschalsätze nach dem Sozialgesetzbuch für Kinder und Jugendliche anzuheben. Das Arbeitslosengeld II (ALGII) wäre durch eine einheitliche Grundsicherung zu ersetzen und eine Mindestrente einzuführen, die steuerfinanziert sein sollte. Das Rentenniveau sollte auf West-Niveau angehoben werden.²²

Im Themenbereich Arbeit und Einkommen forderte Die LINKE die Anhebung des Mindestlohns sowie den stärkeren Einfluss von Tarifverträgen und betrieblicher Mitbestimmung. So sollen befristete und gering entlohnte Arbeitsplätze zugunsten von unbefristeten Vollzeit-Arbeitsplätzen zurückgedrängt werden. Die Arbeitslosigkeit solle über einen öffentlichen, im karitativen Bereich angesiedelten Beschäftigungssektor weiter gesenkt werden.²³

Im Bereich der Wirtschaft sah Die LINKE die Ernährungswirtschaft, die Gesundheitsbranche, maritime Industrie und Maschinenbau als die zukünftigen Wirtschaftsschwerpunkte des Landes. Eine Verbindung zum militärischen Sektor wurde dabei von der LINKEN deutlich abgelehnt. Zusätzlich sollen Existenzgründungen vereinfacht und staatlich gefördert werden.

Den Umweltschutz wollte Die LINKE innerhalb der bestehenden Agrar- und Fischereiwirtschaft durch Struktur Anpassungen verankern.

¹⁸ Die LINKE 2016, S. 7–9.

¹⁹ Vgl. ebd., S. 4–6.

²⁰ Vgl. ebd., S. 10.

²¹ Vgl. ebd., S. 12–15.

²² Vgl. ebd., S. 17–18.

²³ Vgl. ebd., S. 18–20.

Die kommunale Daseinsvorsorge solle durch eine Sanierung der öffentlichen Haushalte gestärkt und abgesichert werden. Dies sei über eine Reform des Steuerrechts und eine stärkere fiskalische Abschöpfung von Kapitalerträgen und höheren Einkommen zu erreichen.²⁴

Ein besonderer Schwerpunkt unter dem Motto „Für alle Sinne“ war der Ausbau der Kulturpolitik und der Erhalt von kulturellen Angeboten wie Museen, Theatern etc. Zu diesem Spektrum zählte hier erstmals auch die Medien- und Internetnutzung bzw. der Zugang zu diesen. So wollte Die LINKE Geringverdiener staatlich fördern. Der Staat selbst solle sich durch eine Stärkung der eigenen digitalen Angebote bürgernäher präsentieren und durch die Einführung von OpenSource-Software unabhängiger von einzelnen Konzernen werden und Geld sparen.²⁵

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Zielgruppen der LINKEN folgende Personengruppen umfasste: Erstens Wählergruppen im ländlichen Raum, die von der Kreisgebietsreform und ihren strukturellen Veränderungen enttäuscht waren. Zweitens Rentnerinnen und Rentner sowie Seniorinnen und Senioren und drittens sozial Schwache sowie (jüngere) Familien mit geringen bis sehr geringen Einkommen sowie niedrigen Bildungsabschlüssen.

Der Versuch der LINKEN, sich als Volkspartei im Bundesland zu positionieren, wird besonders in den letzten beiden Kapiteln des Wahlprogramms deutlich, wo die Partei auf sechs Seiten eine Vielzahl von Themen in einem teils ungeordneten, teils überraschend kleinteiligen Potpourri zusammenträgt.²⁶

Der Wahlkampf war voll und ganz auf den Spitzenkandidaten Helmut Holter zugeschnitten. Alle 36 Direktkandidatinnen und -kandidaten hatten eigene Wahlplakate sowie mindestens fünf unter ihnen Großplakate. Neben Themenplakaten, die sich für die Schaffung von 2.500 neuen Pflegekraftstellen im Land, gleiche Chancen sowie die kostenfreie Kita aussprachen, versuchte Die LINKE im Bereich der Kandidatenplakate einen neuen Weg zu gehen. Die sogenannte „Hinterkopfkampagne“ trat ohne inhaltliche Botschaft auf. Die Kandidatinnen und Kandidaten wurden lediglich von vorn und von hinten porträtiert. Die Plakate wurden dann zusammen an eine Laterne oder ein Schild gehängt, sodass sich die Betrachter im Zweifel zum genaueren Erkennen umdrehen mussten. Auf diese Weise sollte Aufmerksamkeit erzeugt werden.

Eher minimalistisch und wenig innovativ wirkte der Wahlwerbespot, in dem Helmut Holter lediglich an verschiedenen Orten des Landes zu sehen war. Der Online-Wahlkampf fand vornehmlich über den Facebook-Auftritt der Landespartei statt. Ab etwa Mitte Juli war eine Zunahme der Posts zum Wahlkampf festzustellen. Hierbei wechselten sich inhaltliche Stellungnahmen mit Bildern von Wahlkampfauftritten der verschiedenen Kandidierenden und Gästen sowie die Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten ab. Der Großteil der Direktkandidierenden hatte zudem einen eigenen Internetauftritt, welcher mal mehr, mal weniger regelmäßig bestückt wurde. Auf der Internet-Seite des Landesverbandes fanden sich zudem 15 „Zukunftsprojekte“,²⁷ die sich aus dem Wahlprogramm speisten sowie „Wahlprüfsteine“.²⁸ Hierbei wurden die Fragen von diversen Interessenvertretern und die entsprechenden Antworten der Partei veröffentlicht.

²⁴ Vgl. ebd., S. 25.

²⁵ Vgl. ebd., S. 26–27.

²⁶ Vgl. ebd., S. 33–37.

²⁷ Vgl. Die LINKE, Für eine bessere Zukunft - 15 Projekte für unser Land, abrufbar unter: https://www.originalsozial.de/wahl_2016/landtagswahl/zukunftsprojekte/ (Stand: 02.10.2016).

²⁸ Vgl. Die LINKE, Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016, abrufbar unter: https://www.originalsozial.de/wahl_2016/landtagswahl/wahlpruefsteine/ (Stand: 02.10.2016).

Bei den verschiedenen Wahlkampfveranstaltungen traten zahlreiche auf der Bundesebene der Partei agierende Personen auf, so etwa der Co-Vorsitzende der Bundestagsfraktion Dietmar Bartsch beim Wahlkampfauftakt in Warnemünde oder Bodo Ramelow, der LINKEN-Ministerpräsident von Thüringen.

Der Angriffswahlkampf richtete sich gegen die CDU, die SPD und die Bündnisgrünen standen weniger im Fokus. Während die SPD sich gegenüber der LINKEN als möglichen Koalitionspartner nicht konkret äußerte und die Grünen ein Szenario mit einer rot-rot-grünen Landesregierung eher als *raison d'être* verstanden denn als „Traumehe“, war die Zielsetzung von Helmut Holter Rot-Rot und je nach Ergebnis eine rot-rot-grüne Regierung.²⁹

Für den Start in den Plakatwahlkampf hatte Die LINKE zudem eine zusätzliche Aktion durchgeführt. Mit dem Großplakat „Erster“ war man an vielen Stellen tatsächlich die erste Partei vor Ort, gleichzeitig erinnerte der Inhalt an die Möglichkeit der Briefwahl. Da die Landtagswahl auf das letzte Wochenende in den Sommerferien 2016 fiel, war dies durchaus ein gelungener Start in die heiße Phase des Wahlkampfes.

4. Wahlergebniss

Der Wahlabend bescherte dem Landesverband das schlechteste Ergebnis seit den Wahlen 1990. Die niedrige Wahlbeteiligung war für die Nordost-Linken vor allem seit 2006 ein Vorteil gewesen. Die Stärke der LINKEN über die Jahre war, dass es stets gelang ihre Stammwählerklientel zu aktivieren. Während die Wählerinnen und Wähler anderer Parteien teils in das Lager der Nichtwähler abwanderten, konnte Die LINKE sich auf die Stimmabgabe der Mehrzahl ihrer Stammwähler verlassen. Dies wurde bei der Landtagswahl 2016 zu einer ihrer Schwächen. Es gelang nicht, neben der klassischen Klientel weitere Wählergruppen anzuziehen. Vielmehr gingen zusätzlich Wählerinnen und Wähler an andere Parteien verloren.

Die deutlich gestiegene Wahlbeteiligung führte dazu, dass selbst 589 zusätzlich gewonnene Stimmen wie beispielsweise im Wahlkreis Hansestadt Rostock III (HRO III) zu einem Verlust von 1,1 Prozentpunkten führten. Ein annähernd identisches Stimmergebnis zur Wahl von 2011 wie etwa im Wahlkreis Landkreis Rostock III verwandelte sich in einen Verlust von 4,8 Prozentpunkten.³⁰ Ohne neu hinzugewonnene Wählergruppen war Die LINKE somit in einer schwierigen Situation im Parteienwettbewerb.

Regional betrachtet lässt sich feststellen, dass Die LINKE nunmehr nur noch in Rostock, Schwerin und Neubrandenburg ihre Hochburgen hat. Aufgrund des Neuzuschnitts der Wahlkreise hat sich das Ergebnis in den Wahlkreisen auf Rügen ebenfalls egalisiert und in den Landesdurchschnitt eingereiht. Der Verlust der Hochburgen im ländlichen Raum bedeutet für Die LINKE gerade in Vorpommern einen empfindlichen Einschnitt. Lieferten sich ihre Kandidierenden 2011 dort einst Kopf-an-Kopf-Rennen mit den Direktkandidaten der CDU und eroberten in einigen Kreisen die Landratsämter, so scheint Die LINKE davon nun weit entfernt zu sein.

Aufgrund der noch nicht einzuordnenden Rolle der AfD ist das Ergebnis für Die LINKE derzeit „nur“ besorgniserregend. Sollte sich die Situation über die Jahre jedoch manifestieren, ergeben sich für Die LINKE ernstzunehmende Herausforderungen. Wenn es dem Landesverband nicht

²⁹ Vgl. Stefan Ludmann, Linke: Holter stiehlt Bluhm die Schau, in: NDR, abgerufen unter: <http://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Linke-Holter-stiehlt-Bluhm-die-Schau,linke478.html> (Stand: 02.10.2016).

³⁰ Vgl. den Beitrag von Koschkar/Nestler in diesem Band.

gelingt, nach dem Generationenwechsel bei den Kandidaten thematisch neue Wählergruppen zu binden, so wird die negative Entwicklung, die sich bei dieser Landtagswahl gezeigt hat, nur schwer zu stoppen sein.

Tab. 2: Die LINKE – Ehemalige Hochburgen und Anomalien durch die gestiegene Wahlbeteiligung

Wahlkreis	WBT 2011	WBT 2016	ZS abs. 2011	ZS % 2011	ZS abs. 2016	ZS % 2016	ZS Diff.	ZS % Diff.
NB I	50,7	59,1	3.127	22,8	2.881	18,8	-246	-4,0
NB II	51,0	61,5	2.768	20,3	2.649	16,5	-119	-3,8
HRO I	47,1	58,2	4.165	24,5	3.419	16,3	-746	-8,2
HRO II	49,6	59,2	5.108	26,8	4.055	18,3	-1.053	-8,5
HRO III	58,7	70,7	4.777	18,0	5.366	16,9	+589	-1,1
HRO IV	49,8	63,2	4.489	19,3	4.594	15,2	+105	-4,1
SN I	58,6	68,4	4.846	17,6	4.389	13,7	-457	-3,9
SN II	51,6	60,1	3.258	21,5	2.687	15,3	-571	-6,2
LRO III	48,8	60,2	2.640	15,9	2.618	11,1	-22	-4,8
VR I	51,2	62,5	3.206	17,8	2.515	11,6	-691	-6,2
VR II – HST III	49,8	58,4	2.267	18,8	1.804	11,4	-463	-7,4
VR III – HST I	48,7	57,9	4.043	19,4	2.863	11,9	-1.180	-7,5
VR IV	40,6	57,7	1.958	18,9	2.037	13,8	+79	-5,1
VR V	46,1	58,8	3.251	24,4	2.131	13,3	-1.120	-11,1
VG IV	53,2	60,7	3.191	20,7	2.186	12,9	-1.005	-7,8
VG V	51,7	59,3	2.931	20,8	2.030	13,2	-901	-7,6
Gesamt	51,5	61,9	125.528	18,4	106.256	13,2	-19.272	-5,2

Quelle: Daten der Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern, eigene Berechnungen und Darstellung; ZS: Zweitstimmen.

Der Blick auf die sozio-strukturellen Daten offenbart für Die LINKE einige Punkte, die für das schwächere Abschneiden bei der Landtagswahl 2016 mitverantwortlich sein dürften.

Es zeigt sich eine Angleichung der unterschiedlichen Berufsgruppen. Früher war Die LINKE bei den Arbeiterinnen und Arbeitern eher schwächer, dafür waren es gerade Angestellte, die Die LINKE wählten. Bei dieser Landtagswahl 2016 gab es kaum noch Unterschiede zwischen beiden Gruppen. Dafür erscheinen zwei Ursachen möglich: Entweder hat Die LINKE innerhalb der Gruppe der Angestellten Wählerinnen und Wähler verloren oder aber die Stammwähler dieser Berufsgruppe sind gealtert und in die Gruppe der Rentnerinnen und Rentner übergegangen. Mit Blick auf die Altersverteilung ist davon auszugehen, dass beide Varianten eingetreten sind. Eine Angleichung der Berufsgruppen ist zunächst nicht grundsätzlich negativ zu bewerten, zumal unter dem Credo der „ostdeutschen Volkspartei“ der Repräsentationsanspruch erfüllt wäre. Wenn jedoch der Zuspruch über die Gruppen hinweg abnimmt, ist dies ein Hinweis auf Probleme bei der Zielgruppenansprache.³¹

Die Altersstruktur der Wählerschaft zeigt insgesamt eine größere Herausforderung. Während die Partei in den Alterskohorten 18-29 und 45-59 Wahlergebnisse im Schnitt des Landesergebnisses erreichen kann, zeigt sich in der Altersgruppe 30-44 ein Rückstand von rund 4 Prozentpunkten.

³¹ Vgl. Scheele 2013, S. 100.

Diese Lücke, die erstmals in dieser Form zu beobachten war, könnte eine Erklärung für das schwächere Abschneiden der LINKEN sein. Diese Altersgruppe war in den Jahren 1994 und 1998 der Schlüssel zum Wahlerfolg, hatte die Partei in dieser Gruppe doch besonders gut abgeschnitten.³²

Die Tatsache, dass die Altersgruppe der über 60-jährigen rund 4 Prozentpunkte über dem Landesschnitt liegt, zeigt nochmals das strukturelle Problem der LINKEN in der Verteilung ihrer Wählerschaft. Es gibt jedoch auch positive Zeichen. Dass die Gruppe der 18- bis 29-jährigen innerhalb des Landesschnitts blieb, deutet darauf hin, dass es gelungen ist, innerhalb der Wählerschaft den Generationenwechsel, wenn auch auf niedrigerem Niveau, erfolgreich einzuleiten.

Einer der Gründe, warum die Altersgruppe der 30- bis 44-jährigen neben einer möglichen „Protestwahl-Abwanderung“ so schlecht erreicht werden konnte, liegt möglicherweise im wirtschaftspolitischen Profil der Partei. Nachdem bereits das Wahlprogramm an vielen Stellen die Frage der Finanzierung der genannten Vorhaben offengelassen hatte, schrieben auch nur vier Prozent der Wählerschaft der LINKEN im Bereich Wirtschaft Problemlösungskompetenz zu. Im Bereich Schaffung von Arbeitsplätzen waren dies ebenfalls nur fünf Prozent.³³

5. Fazit

Die LINKE hatte in ihrem Wahlkampf sehr früh erkannt, dass die AfD eine ernsthafte Konkurrenz werden könnte. Mit ihrem „Heimat“-Slogan setzte Die LINKE für den gesamten Wahlkampf 2016 in Mecklenburg-Vorpommern einen Trend, der sich quer durch die Parteien zog. Dieser enge Heimatbezug war strategisch sicherlich ein guter Versuch, dennoch verkürzte er die gefühlte Unzufriedenheit vieler Wählerinnen und Wähler zu stark auf ein Thema. Nicht das medial forcierte Thema der Flüchtlingspolitik war deren Kern, sondern vielmehr die diversen Ursachen, die bis dahin lapidar unter dem Begriff der Politikverdrossenheit subsumiert wurden. Die AfD hatte es geschafft, genau diesen Personenkreis mit ihrer Thematik anzusprechen und deren Unzufriedenheit in eigene Wählerstimmen umzuwandeln. Der Wahlkampf der LINKEN hätte daher stärker auf die Gruppe der kleinen und mittleren Einkommen ausgerichtet werden müssen. Zudem wäre ein lauterer und diskursiverer Vortrag dieser Themen nötig gewesen. Während zumindest Sarah Wagenknecht versuchte, mit kritischen Stimmen Die LINKE als Alternative zur AfD zu positionieren, versäumten es die Bundestagsabgeordneten der LINKEN aus Mecklenburg-Vorpommern eine für die Partei gewinnbringende Debatte auf dem Sektor des Arbeitsmarktes, der Wirtschaft, der Bildung oder des Sozialen zu entfachen. Mit Kerstin Kassner und Dietmar Bartsch hätte die Partei dazu geeignete Kandidaten mit entsprechender medialer Bekanntheit und lokaler Bindung besessen. Zudem wären Sarah Wagenknecht und Gregor Gysi ebenfalls mögliche Kandidaten für weitere Debatteneröffnungen gewesen. Mit Blick auf die Auseinandersetzung mit der AfD hätte sicherlich auch der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow etwas zur Diskussion beitragen können. Einen streitbareren Wahlkampf von Seiten der LINKEN verhinderte mit großer Sicherheit die Hoffnung auf eine Koalition mit der SPD. Helmut Holter hatte schon in seiner Bewerbungsrede die CDU als politischen Gegner ausgemacht, die SPD aber nahezu unerwähnt gelassen.

³² Vgl. ebd.

³³ Vgl. den Beitrag von Koschkar/Nestler in diesem Band.

Schon häufig wurde von den letzten Chancen für Die LINKE in Mecklenburg-Vorpommern geschrieben, doch schlechter war die Ausgangslage noch nie. Die LINKE verfügt nur noch über eine Landrätin, die Fraktion ist deutlich geschrumpft und abermals ohne Regierungsbeteiligung im Land. Damit wird die Außendarstellung auch mit Blick auf die AfD als Konkurrenz im Protestwähler-Milieu zunehmend schwieriger. Erschwerend kommt hinzu, dass mit Heidrun Bluhm, Kerstin Kassner, Dietmar Bartsch und Peter Ritter langjährige Aushängeschilder der Partei im Land der älteren Generation angehören. Heidrun Bluhm hat bereits bekannt gegeben, dass sie 2017 den Landesvorsitz abgeben wird, sodass sich die Partei im Land neu aufstellen muss.³⁴

Zudem verlor mit Angelika Gramkow, eine weitere Galionsfigur der LINKEN im Nordosten, ihren Posten als Schweriner Oberbürgermeisterin³⁵, sodass die Partei hier neben einer wichtigen Person der Landesöffentlichkeit ebenfalls eine politische Bühne verloren hat. Hinzu kam der ungünstig arrangierte „Sturz“ von Helmut Holter als Fraktionsvorsitzendem im Schweriner Landtag.³⁶ Damit wurde die Personifikation der rot-roten Koalition und der Architekt einer regierungsfähigen Linkspartei nicht nur politisch beschädigt, sondern vermutlich auch endgültig aus den Führungskreisen der Partei verdrängt. Für die neue Generation der LINKEN wird es damit in der laufenden Legislaturperiode vor allem darum gehen müssen, mediale Präsenz zu erreichen und Profil zu gewinnen, um bei den nächsten Wahlen einen Wiedererkennungseffekt zu erzielen. Dabei ist gerade auch die politische Arbeit vor Ort wichtig.

Eine thematische Neuausrichtung ohne eine stabile Stammwählerbasis ist zudem risikoreich, da eine Neubesetzung von Themen stets in Konkurrenz zu den übrigen Parteien geschieht. Misslingt dieser Versuch, kann die Sperrklausel eines Tages gefährlich nahe rücken.

Eine Stärke der LINKEN war stets eine gut organisierte Mitgliederbasis und gut ausgebaute Strukturen vor Ort. Dabei waren gerade die älteren Mitglieder gut vernetzt und pflegten das Parteileben auch im Alltag. So wurden Parteifreunde, die etwa in einer Seniorenresidenz wohnten, mit Informationen versorgt und deren Teilnahme an den Wahlen sichergestellt. Eine solche Parteidisziplin, die in einem starken Zusammenhang mit der SED/DDR-Sozialisation steht, wird sich in den jüngeren Parteikreisen wohl eher selten finden lassen.

Der stetige Verlust von Mitgliedern, meist durch natürliche „Austritte“, führt aber auch zu deutlich geringeren Beitragseinnahmen. Mit dem Rückgang der Zahl der Mandatsträger sinken zudem die Einnahmen aus der Mandatsträgerabgabe und somit bedeutet jeder verlorene Abgeordneter für die Finanzierung der Partei verlorenes Geld. Der Landesverband wird in Konsequenz über die nächsten Jahre deutlich sparen müssen und das wird unter anderem zu Lasten der Strukturen und des Personals gehen müssen. Solche Einsparungen erschweren erfahrungsgemäß die politische Arbeit im Alltag sowie die Wahlkämpfe. Es ist zu befürchten, dass sich dies wiederum in den Wahlergebnissen ablesen lassen wird. Ein Ausbruch aus diesem scheinbaren „Teufelskreis“ könnte ohne Anknüpfungspunkte auf kommunaler Ebene oder Hilfe aus anderen Landesverbänden kaum möglich sein.

³⁴ Vgl. Jana Frielinghaus, Wende ohne Personalwechsel?, in: junge Welt, 26.09.2016.

³⁵ Vgl. o. A., OB-Stichwahl in Schwerin: Badenschier gewinnt, in: NDR, abrufbar unter: <http://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/OB-Stichwahl-in-Schwerin-Badenschier-gewinnt,obwahl160.html> (Stand: 02.10.2016).

³⁶ Vgl. Stefan Ludmann, MV-Linksfraktion: „Palastrevolte“ gegen Holter, in: NDR, abrufbar unter: <http://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/MV-Linksfraktion-Palastrevolte-gegen-Holter,linke538.html> (Stand: 02.10.2016).

Für Die LINKE gilt es daher in den nächsten fünf Jahren, die Schlüsse aus der Wahlniederlage zu ziehen. Dabei macht vor allem das vergleichsweise gute Abschneiden in der Altersgruppe der 18- bis 29-jährigen Mut. Das Führungspersonal hat sich in Persona der weiblichen Fraktionsführung verjüngt, sodass hier die neue Generation bereits in Verantwortung ist. Nachdem im Land nunmehr auch der Dauerkonflikt zwischen Fundis und Realos zugunsten der Realos beendet werden konnte, gilt es diesen Vorteil zu nutzen. Die Wähler haben der LINKEN fehlende Wirtschaftskompetenz attestiert. Der Abbau eines solchen Kompetenzmangels ist durch konsequente Themenarbeiten möglich, die jedoch auch strategisches und geschlossenes Vorgehen erfordern. Das fehlende Wirtschaftsprofil ist mit hoher Wahrscheinlichkeit auch für das deutlich schlechtere Abschneiden in der Altersgruppe der 30- bis 45-jährigen mitverantwortlich, sodass eine Neuausrichtung auf die mittlere bis junge Mittelschicht die Partei langfristig zukunftsfähig machen kann. Der Erfolg der AfD hat einmal mehr gezeigt, dass eine intensiv geführte Debatte Mobilisierungseffekte hat. Dies gilt es für Die LINKE im Land Mecklenburg-Vorpommern zu verstehen und zu nutzen.

Bündnis 90/Die Grünen – „Zukunft im Kopf. MV im Herzen.“

*Kalin Sebastian Kostadinov/Florian Lemke*¹

1. Einleitung

Der große Zuspruch von 30,3 Prozent der Zweitstimmen für Bündnis 90/Die Grünen bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg mit ihrem Spitzenkandidaten und amtierenden Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann im März 2016 diente als Anshub für den Landtagswahlkampf der Partei in Mecklenburg-Vorpommern. Spitzenkandidatin Silke Gajek – beflügelt von den Ergebnissen aus dem Südwesten der Republik und mit einer Prise Humor – sah auf der Landesdelegiertenkonferenz in Rostock im April 2016 ein Potenzial von 30 Prozent für die Partei im Land.² Für den Fraktionsvorsitzenden der Partei im Landtag, Jürgen Suhr, waren 8,7 Prozent der Landtagswahl von 2011 ein eher realistisches Ziel.³ Mit der Bilanz der geleisteten Oppositionsarbeit in der sechsten Legislaturperiode des Schweriner Landtags setzten die Bündnisgrünen auf aktuelle Themen, die expliziten Bezug zum Land hatten und gleichzeitig als Abgrenzung zur politischen Arbeit der regierenden Parteien SPD und CDU gelten konnten.⁴

Mit dem im Wahlprogramm verankerten Slogan – „Zukunft im Kopf. MV im Herzen.“ – hob die Partei ihre Zukunftsorientierung und ihre gezielt generationsübergreifende und nachhaltige Politik auf verschiedensten landesspezifischen Themenfeldern hervor.

Entgegen der zunächst durch Umfragen zu Beginn des Wahljahres gestützten Annahme eines nur geringen Stimmenabfalls angesichts des „Fukushima-Effekts“ von 2011⁵ konnte der Wiedereinzug in den Landtag nicht als sicher gelten. Die Partei konnte mit ihren eigenen Themen jedoch nur schwer durchdringen, wurde der Wahlkampf doch von einem zentralen – bundespolitisch zu entscheidenden Thema – überlagert. So war es ihr auch am Ende des Wahlkampfes nicht mehr möglich, durch eine gezielte Anti-AfD Kampagne zu profitieren.

2. Die Partei in der sechsten Legislaturperiode 2011-2016

Das Ergebnis der Landtagswahlen 2011 war für Bündnis 90/Die Grünen überaus positiv. Erstmals seit ihrem Bestehen schaffte die Partei den Einzug in den Schweriner Landtag; mit 8,7 Prozent konnte sie ihr Ergebnis im Vergleich zur Landtagswahl 2006 mehr als verdoppeln.⁶

¹ Die Autoren danken Stephan Bensch für die Unterstützung bei der Ausarbeitung des genutzten Datenmaterials des vorliegenden Beitrags.

² Vgl. Lisa Kleinpeter, Potential für 30 Prozent, in: NNN, 18.04.2016.

³ Vgl. Stefan Koslik/Michael Seidel, Jede Pauschalregelung inakzeptabel, in: SVZ, abrufbar unter: <http://www.svz.de/regionales/mecklenburg-vorpommern/politik/jede-pauschalregelung-inakzeptabel-id10479461.html> (Stand: 07.05.2016).

⁴ Vgl. Thorsten Roth, Grüne Machtansprüche, in: NNN, 12.10.2015; Pressemitteilung Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern, Suhr: Landesregierung ohne Visionen und ohne Mut, am 04.03.2014, abrufbar unter: http://gruene-fraktion-mv.de/startseite/volltext-startseite/article/762014_suhr_landesregierung_ohne_visionen_und_ohne_mut/?cHash=b81018e30cf749d5d1102fd5c29bd7b8 (Stand: 07.05.2016).

⁵ Michael Koch/André Olbrich, Jetzt oder nie! – Bündnis 90/Die Grünen, in: Martin Koschkar/Christopher Scheele, Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2011, S. 67–76.

⁶ Ebd.

Zwar war der grüne Landesverband im bundesweiten Vergleich der kleinste, er konnte jedoch eine überwiegend positive Entwicklung der Mitgliederzahlen vorweisen: von 548 (2011) zu einem neuen Höchststand von 584 (2015), nachdem 2014 erstmals wieder ein geringfügiger Rücklauf zu verzeichnen war.⁷ Der Mobilisierungsschwerpunkt der Partei liegt sowohl hinsichtlich der Mitglieder als auch hinsichtlich der Wählerstimmen eindeutig in den urbanen Räumen des Landes. Hier zeigt sich eine strukturelle Schwäche der Bündnisgrünen.

Nach dem Erfolg bei der vergangenen Landtagswahl konnte die Partei erneut Dr. Harald Terpe als Abgeordneten aus Mecklenburg-Vorpommern in den 18. Deutschen Bundestag entsenden.⁸

Im Verlauf der sechsten Legislaturperiode waren die Bündnisgrünen besonders im Bereich der Energiepolitik aktiv. Mit dem von der SPD im Wahlkampfsjahr 2011 angekündigten Gesetz zur Bürger- und Gemeindebeteiligung beim Bau von Windenergieanlagen an Land, welches aus dem neustrukturierten Energieministerium stammt, konnte die Partei vor allem mit ihrer Expertise im Sektor der erneuerbaren Energien punkten und somit Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess nehmen. Stellungnahmen, Empfehlungen und Anhörungen in entsprechenden Fachausschüssen zeugen dabei von einer aktiven Arbeit im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns. Für das Kernthema der Partei wurde im April 2016 in Vorbereitung der Landtagswahl ein grünes Energiekonzept für Mecklenburg-Vorpommern herausgegeben.⁹ Es offerierte den potentiellen Wählerinnen und Wählern eine ganzheitliche und allgemeinverständliche Übersicht der Standpunkte der Bündnisgrünen zum Themenfeld erneuerbare Energiegewinnung, was im Vergleich mit anderen Parteien ein thematisches Alleinstellungsmerkmal darstellte.

Die Bilanz der parlamentarischen Arbeit der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen zeigt eine hohe Aktivität. In absoluten Zahlen der Antragstellung steht die Partei zwar im Vergleich zur Oppositionsarbeit von Die LINKE zurück (253 zu 335), mit Blick auf die Zahl der gestellten Anträge pro Abgeordneter liegen die bündnisgrünen Parlamentarier jedoch klar vorn. Auch wenn eigene Gesetzesentwürfe entsprechend der Landtagsmehrheiten keine Zustimmung fanden, zeigte die Partei ebenfalls über dieses parlamentarische Instrument den eigenen Gestaltungsanspruch.¹⁰

In Fragen der Bildungspolitik suchten die Bündnisgrünen eine Stärkung des eigenen Profils, um der Verankerung im studentisch urbanen Milieu gerecht zu werden. Während der sechsten Legislaturperiode beherrschten ebenso die Themen „Südbahn“¹¹, die Gerichtsstrukturreform¹²

⁷ Vgl. Oskar Niedermayer, *Parteimitglieder in Deutschland*, Version 2016, Berlin, 2016. S. 11.

⁸ Vgl. Christan Nestler/Sarah Schütt, *Die Europawahl 2014*, in: Christian Nestler/Christopher Scheele, *Die Kommunalwahlen 2014 in Mecklenburg-Vorpommern*, Rostock 2014, S. 17–32, hier: S. 22.

⁹ Vgl. Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Hrsg.), *Ein grünes Energiekonzept für Mecklenburg-Vorpommern*, Schwerin 2016.

¹⁰ Bereitstellung von parlamentarischen Vorgängen (Stand: Mai 2016) über den parlamentarischen Informationsdienst des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, eigene Auswertung der Auflistungen durch das Autorenteam.

¹¹ O. A., Südbahn muss wieder ans Netz!, abrufbar unter: http://gruene-fraktion-mv.de/startseite/volltext-startseite/article/2242016_jaeger_suedbahn_muss_wieder_ans_netz/ (Stand: 19.09.2016).

¹² O. A., Opposition scheidert mit Vorstoß zur Aufschiebung der Gerichtsreform, Focus, abrufbar unter: http://www.focus.de/regional/rostock/landtag-opposition-scheidert-mit-vorstoss-zur-aufschiebung-der-gerichtsreform_id_4436601.html (Stand: 13.09.2016); o. A., Möglicher Volksentscheid zur Gerichtsstrukturreform muss Anfang September durchgeführt werden, abrufbar unter https://gruene-fraktion-mv.de/themen/rechtspolitik-verfassung-staat/volltext-rechtspolitik-verfassung-und-staat/article/982015_suhr_moeglicher_volksentscheid_zur_gerichtsstrukturreform_muss_anfang_september_durchgefueh/ (Stand: 19.09.2016); vgl. o.A., Opposition scheidert mit Vorstoß zur Aufschiebung der Gerichtsreform, Focus, abrufbar unter: http://www.focus.de/regional/rostock/landtag-opposition-scheidert-mit-vorstoss-zur-aufschiebung-der-gerichtsreform_id_4436601.html (Stand: 19.09.2016); vgl. Zirm, Manuel, Ein schlechter Tag für das flache Land – ein guter Tag für die Demokratie, abrufbar unter:

und die Theaterreform¹³ den politischen Alltag im Schweriner Landtag. Die Bündnisgrünen zeigten sowohl in der parlamentarischen Debatte als auch im Engagement vor Ort, insbesondere durch die Teilnahme an Protesten und der Unterstützung der Zivilgesellschaft, ihre Haltung in diesen Fragen.

Zur Landtagswahl 2016 prägten hingegen die Themen Sicherheits- und Migrationspolitik die Debatten. Diese Politikfelder gelten jedoch in der Wahrnehmung der Bevölkerung keineswegs als Kernthemen der Partei auf Landesebene und machten ein *Agenda Surfing* komplexer und für die Wählerinnen und Wähler weniger überzeugend als 2011.

3. Wahlkampfstrategien

3.1. Themenwahlkampf

Mit dem am 17. April 2016 auf der Landesdelegiertenkonferenz in Rostock verabschiedeten Wahlprogramm mit dem Titel „Zukunft im Kopf. MV im Herzen“ stellte sich die Partei inhaltlich auf. Klare Positionen und Haltungen sollten für einen guten Wahlkampf, der als Gegenstück zur rechtspopulistischen Politik der AfD gesehen werden kann, stehen, so Jürgen Suhr bei seiner Rede im April in Rostock.

Neben wenigen personalisierten warb die Partei vor allem mit Themenplakaten um Stimmen. Eine Besonderheit war dabei die sprachliche Trennung zusammengesetzter Substantive. So wurde aus Begrifflichkeiten wie Kindergarten „Für Kinder und Gärten“ oder aus Landwirtschaft „Für Land und Wirtschaft“, was die Ablehnung oder Befürwortung der durch die Kompositionsbestandteile dargestellten Inhalte besonders betonte und heraushob.

In der inhaltlichen Dimension des Wahlkampfes wurde deutlich, dass die Bündnisgrünen durch die Arbeit im Parlament eine Professionalisierung durchlaufen haben. Forderungen mit stark fundamentalem Charakter waren weniger zu finden, stattdessen zeigte sich die Partei zu Kompromissen bereit. Im Sinne der Entwicklung der Partei ist das folgerichtig, führte aber dazu, dass etwa die Tierschutzpartei als konkrete „ökologische Alternative“ in einem spezifischen Themenfeld erscheinen konnte.

Mit dem Leitgedanken der Gestaltung einer ökologischen, nachhaltigen sowie vielfältigen Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns beschäftigte sich das Wahlprogramm in 16 Kapiteln vor allem mit typisch grünen Themen, die mit Konzepten und Zielsetzungen für das Bundesland unterlegt wurden. Die gewichtigsten Themenkapitel waren Ernährung und Landwirtschaft sowie Bildung. Im Themenfeld der Bildungspolitik setzten sich die Grünen für ein flexibles Kurssystem nach G8/G9 ein und forderten eine Sicherstellung der personellen Ausstattung für eine erfolgreiche Inklusion und Integration. Die Erhaltung von Schulstandorten im ländlichen Raum wurde mit der Erreichbarkeit und der Sicherstellung des ÖPNV begründet. Bei der Sicherheitspolitik forderten die Grünen eine Transparenzoffensive in der Polizei – auch bei Demonstrationen – sowie

mv.de/start/news-detail/article/ein_schlechter_tag_fuer_das_flache_land_ein_guter_tag_fuer_die_demokratie/archive/2015/september/ (Stand: 19.09.2016).

¹³ Vgl. Hasselmann, Silke, Wer spricht denn da von Untergang?, Deutschlandradio – Kultur, abrufbar unter: http://www.deutschlandradiokultur.de/theaterreform-in-mecklenburg-vorpommern-wer-spricht-denn-da.1001.de.html?dram:article_id=349195 (Stand: 19.09.2016); vgl. o. A., Kultusminister greift in Tarifrecht ein, abrufbar unter: http://gruene-fraktion-mv.de/startseite/volltext-startseite/article/332015_berger_kultusminister_greift_in_tarifrecht_ein/ (Stand: 19.09.2016).

eine Reformierung des Verfassungsschutzes im Land. Eine Sicherstellung der ärztlichen Versorgung durch eine gezielte Standortförderung mit Psychosozialer- und Hebammenbetreuung sind im Bereich der Gesundheitspolitik besonders hervorzuheben.¹⁴

Um dem demographischen Wandel im Land entgegenzuwirken, bedarf es für die Grünen speziell zugeschnittener Konzepte für Kinderbetreuung und Jugendarbeit sowohl in ländlichen als auch in urbanen Gegenden. Mithilfe der Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre soll eine aktive Mitbestimmung der jungen Generationen gefördert werden und frühzeitig ein Gefühl für das Recht auf Mitbestimmung entwickelt werden.¹⁵

In der Finanz- und Wirtschaftspolitik im Land ist für die Partei vor allem eine Ausrichtung auf mittelständische Unternehmen zu erkennen. So sehen die Grünen das Handwerk als „Ausrüster der Energiewende“ und als einen zentralen Partner „bei der ökologischen Modernisierung unseres Landes.“¹⁶

In der Agrarpolitik wird ein Wandel von auf Massenware ausgerichteter Bewirtschaftung hin zu einer „konsequenten Förderung des Bio-Landbaus und eine[r] Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe“¹⁷ angestrebt. „Eine nachhaltige und solide Haushaltspolitik“ ohne Investitionsverzicht angesichts einer „blinden Sparpolitik“¹⁸ ist für Bündnis 90/Die Grünen essentiell. Im Sektor der Energie- und Umweltpolitik entwickelte die Partei ein Programm, das für eine konsequente Umsetzung der Energiewende bei gleichzeitiger Krisenprävention in Bezug auf Umweltkatastrophen steht. „Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien“¹⁹ – Akzeptanzsteigerung soll durch technische Neuerungen und eine frühzeitige sowie umfassende Öffentlichkeitsarbeit garantiert werden. Zur „Bewahrung der Lebensgrundlage“ fordert die Partei eine Reform des Jagdrechts sowie den Tierschutz neben einem naturverträglichen Tourismus und einen expliziten Gewässer- und Trinkwasserschutz konsequent umzusetzen.

Im Kulturbereich forderte die Partei ein Umdenken in der Politik – Kultur dürfe nicht nur als Kostenfaktor betrachtet werden. Eine Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft im Land müsse neu strukturiert werden.

Die Themenfelder zur Gleichberechtigung und zu Fragen der Digitalisierung waren im Verhältnis zu anderen Punkten kürzer gehalten. Neben dem Wahlprogramm der FDP (ca. 183.000 Zeichen) und dem der Partei Die LINKE (ca. 173.000 Zeichen) war das Programm der Grünen trotzdem eines der ausführlichsten mit rund 162.000 Zeichen.

3.2. Personenwahlkampf

Die Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern erfolgte im Rahmen der Landesdelegiertenkonferenz im Oktober 2015 in Stralsund. Bei der Aufstellung der Spitzenkandidaten wurde erneut auf die traditionelle „Doppelspitze“ innerhalb der Partei zurückgegriffen, indem der erste Listenplatz an eine Frau und der zweite Listenplatz an einen Mann vergeben wurde.

¹⁴ Vgl. Bündnis 90/Die Grünen, Zukunft im Kopf. MV im Herzen: Programm von Bündnis 90/Die Grünen zur Landtagswahl 2016, Rostock 2016.

¹⁵ Ebd., S. 30.

¹⁶ Ebd., S. 94.

¹⁷ Ebd., S. 4.

¹⁸ Ebd., S. 51.

¹⁹ Ebd., S. 18.

Wie bereits im Jahr 2010 konnten sich die Schwerinerin Silke Gajek und der Stralsunder Jürgen Suhr diese Plätze sichern. Auf die Diplomsozialökonomin Gajek entfielen dabei 82,6 Prozent der Stimmen, während Suhr seine Zustimmung unter den Delegierten auf 93,3 Prozent steigern konnte. Innerparteilich verzeichnete der studierte Wirtschaftswissenschaftler seit 2010 somit einen Stimmenzuwachs von fast 25 Prozentpunkten. Silke Gajek konnte ihren Zustimmungswert im gleichen Zeitraum leicht verbessern.²⁰ Bei den Listenplätzen drei und vier fiel die Wahl auf die Landtagsabgeordneten Ulrike Berger und Johannes Saalfeld.

Wie 2011 litt in diesem Landtagswahlkampf das Spitzenduo unter einem geringen Bekanntheitsgrad.²¹ So ergab eine Umfrage im Juni 2016, dass nur bei 23 Prozent der Befragten Silke Gajek bekannt war. Die mangelnde Bekanntheit des Spitzenpersonals ist traditionell ein Handicap für kleine Parteien. Für ihre Wählerinnen und Wähler spielt das Personal eine untergeordnete Rolle, für nur zehn Prozent war dies wahlentscheidend. Der deutlich größere Anteil wählte die Partei auf Grund von Sachfragen (66 Prozent).²² Es ist zu erkennen, dass ein Personenwahlkampf von vornherein nicht beabsichtigt war, da dieser aufgrund der schlechten Bekanntheitswerte nicht erfolgversprechend gewesen wäre. Trat das Duo der Spitzenkandidaten im Zuge des Wahlkampfes zur Landtagswahl 2011 auf einem Plakat noch gemeinsam auf, so wurde in diesem Wahlkampf darauf verzichtet und jeweils einzeln porträtiert. Mit dem gesundheitsbedingten Ausfall Jürgen Suhrs im Wahlkampf konnte die Partei zusätzlich nur bedingt auf ihre Doppelspitze setzen beziehungsweise über diese wahrgenommen werden.²³

Im Wahlkampf wurde intensiv auf die Unterstützung von Bundespolitikern gesetzt und so warben unter anderem der Bundesvorsitzende Cem Özdemir und die Bundestagsabgeordnete Claudia Roth, neben anderen, um die Stimmen der Wählerinnen und Wähler.

3.3. Angriffswahlkampf

Nachdem Umfragen die Bündnisgrünen in Mecklenburg-Vorpommern kurz vor der Landtagswahl bei sechs Prozent gesehen hatten, läutete die Partei mit einem Treffen im August den finalen Wahlkampf ein. Am Ende des kleinen Parteitags bekräftigten die Delegierten erneut die grünen Kernforderungen – unter anderem die Unterlassung industrieller Massentierhaltung, eine verbesserte Bildungspolitik sowie eine gezielte Vernetzung des ÖPNV im ländlichen Raum. Des Weiteren äußerten sich Vertreterinnen und Vertreter der Landespartei kritisch zur Vereinnahmung der politischen Wende von 1989 durch die AfD im laufenden Wahlkampf. Insbesondere die Spitzenkandidatin Silke Gajek, die bereits zur Wendezeit der Bürgerbewegung Bündnis 90 angehörte, berief sich auf die Ursprünge der eigenen Partei in der friedlichen Revolution und stellte sich gegen diese Vereinnahmung durch die AfD.²⁴ Parallel verwies sie auf die neu initiierte Internetseite „alternative-fuer.de“, die dazu diene, populistische „Hetzer und Schwätzer in MV [zu] stoppen.“²⁵ In der Folge ging die AfD jedoch juristisch gegen die erstellte Internetpräsenz

²⁰ Vgl. Protokoll der Landesdelegiertenkonferenz Stralsund von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern am 10.10.2015, abrufbar unter: <http://www.gruene-mv.de/partei/landesdelegiertenkonferenz/dateien-im-volltext/article/protokoll-10/> (Stand: 07.05.2016).

²¹ Vgl. Vgl. Koch/Olbrich 2011, S. 71.

²² Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Wahlreport Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern, Berlin 2016, S. 63.

²³ Vgl. o. A., Spitzenkandidatin der Grünen: Silke Gajek, in: NDR, abrufbar unter: http://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/landtagswahl_mv_2016/Spitzenkandidatin-der-Gruenen-Silke-Gajek,gruene736.html (Stand: 25.10.2016).

²⁴ Vgl. Frank Pfaff, Grüne: Wende – Ideale nicht AfD überlassen, in: NNN, 28.08.2016.

²⁵ Ebd.

vor und ein Gericht erließ eine einstweilige Verfügung zur Unterlassung – ein Rückschlag für die Bündnisgrünen.²⁶ Der Angriffswahlkampf, der vor allem als Kampagne gegen die rechten und rechtspopulistischen Parteien gesehen werden kann, erreichte damit zwar Aufmerksamkeit, aber ein letztlich ambivalentes Ergebnis. Dem Vorbild aus Sachsen-Anhalt 2016, wo eben diese Strategie für den Wiedereinzug verantwortlich war, lagen andere Rahmenbedingungen zu Grunde. Konkret konnten dort von der Gegenmobilisierung alle Parteien des linken Lagers profitieren, weil die CDU den Ministerpräsidenten stellte.

3.4. Besonderheiten im Wahlkampf

Im Zuge des Wahlkampfes konnte sich die Partei über eine besondere finanzielle Zuwendung freuen. Der „Impact-Investor“ Jochen Ralf Wermuth spendete kurz vor der Wahl ca. 30.000 Euro an die Partei Bündnis 90/Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern und ca. 270.000 Euro an die Partei in Berlin, nachdem Wermuth bereits im März die Bündnisgrünen in Baden-Württemberg finanziell unterstützt hatte.²⁷

Dennoch birgt die Spende einigen Anlass zur Debatte, da Großspenden grundsätzlich die Unabhängigkeit von Parteien in Frage stellen. Für die Partei Bündnis 90/Die Grünen ist diese Spende insofern bedenklich, da sich die Partei vor allem auf Bundesebene seit längerem für Obergrenzen bei Parteispenden einsetzt. Das Beispiel Jochen Wermuths muss dabei nicht überbewertet werden, weil dieser inzwischen die Mitgliedschaft im Kreisverband Berlin-Mitte beantragt hat.²⁸

Neben dem Engagement der ortsansässigen Wahlkampfhelferinnen und -helfer setzte die Partei im Gegensatz zu anderen Parteien auf den Sommerwahlkampf an der Ostsee. Dies sollte grüne Helferinnen und Helfer motivieren, während ihres Urlaubs den Wahlkampf im Land zu unterstützen. Mit der 2013 ins Leben gerufenen Kampagne „Politik im Strandkorb“, bei der grüne Politikerinnen und Politiker die Küsten Mecklenburg-Vorpommerns und Schleswig-Holsteins für Wahlkampfveranstaltungen besuchten, wurde jedoch nicht weiter fortgefahren.

Die FAZ bezeichnete beispielsweise den Wahlkampf von Silke Gajek als „halb Wahlkampf, halb Urlaub“, da jene mit einem Hausboot durch die Mecklenburgische Seenplatte tourte.²⁹ Neben einzelnen negativen Wahrnehmungen³⁰ entwickelte der Wahlkampf der Bündnisgrünen insgesamt eine geringe Dynamik.

²⁶ Vgl. o. A., AfD bekommt mit Klage gegen Grünen-Internet-Seite recht, in: Focus, abrufbar unter: http://www.focus.de/regional/mecklenburg-vorpommern/wahlen-afd-bekommt-mit-klage-gegen-gruenen-internet-seite-recht_id_5883123.html (Stand: 31.10.2016); o. A., AfD verklagt Grüne wegen Website, in: SVZ, abrufbar unter <http://www.svz.de/regionales/mecklenburg-vorpommern/afd-verklagt-gruene-wegen-website-id14611321.html> (Stand: 31.10.2016).

²⁷ Vgl. o. A., Spende für Grüne in Schwerin und Berlin, in: NNN, 02.09.2016.

²⁸ Vgl. o. A., 300.000-Euro-Spender holt sich Grünen-Parteibuch, Spiegel online, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/die-gruenen-grossspender-jochen-wermuth-holt-sich-partreibuch-a-1088734.html> (Stand: 06.09.2016).

²⁹ Vgl. Frank Pergande, Halb Wahlkampf, halb Urlaub, in: FAZ, 11.08.2016.

³⁰ So im Fall von Plakatbeschädigungen durch eine Wahlkreiskandidatin in Rostock, vgl. Stefan Ludmann, Polizei ermittelt gegen Kandidatin der Grünen, NDR-online, abrufbar unter: <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Polizei-ermittelt-gegen-Kandidatin-der-Gruenen,pejic102.html> (Stand: 19.09.2016); vgl. o. A., Wahlplakate zerstört? Ermittlungen gegen Grünen-Kandidatin, OZ-online, abrufbar unter: <http://www.ostsee-zeitung.de/Extra/Polizei-Report/Aktuelle-Beitraege/Wahlplakate-zerstoert-Ermittlungen-gegen-Gruenen-Kandidatin> (Stand: 19.09.2016); o. A., 2016, Wahlplakate zerstört? Ermittlungen gegen Grünen-Kandidatin, abrufbar unter: <http://www.ostsee-zeitung.de/Extra/Polizei-Report/Aktuelle-Beitraege/Wahlplakate-zerstoert-Ermittlungen-gegen-Gruenen-Kandidatin> (Stand: 19.09.2016).

4. Wahlergebnis

Bündnis 90/Die Grünen sind bei der Landtagswahl 2016 an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert und können sich somit nicht erneut an der parlamentarischen Arbeit in Schwerin beteiligen. Sie erreichten eine Zustimmung von 4,8 Prozent und verloren damit 3,9 Prozentpunkte im Vergleich zu ihrem Zweistimmenergebnis der letzten Wahl.³¹ Der Landtag Mecklenburg-Vorpommerns ist somit das einzige Länderparlament in Deutschland, in dem die Partei gegenwärtig nicht vertreten ist. Die Mobilisierung des urbanen Klientels, welches „postmaterialistischen Themen“ gegenüber aufgeschlossen ist, ging zurück und hat in Verbindung mit dem weiterhin schwachen Abschneiden in den ländlichen Regionen für das unzureichende Landesergebnis gesorgt.

Das politische Spektrum hat sich mit der Gründung neuer Parteien sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene verändert. Eigentlich grüne Themen, wie Ernährung, Energie und Gerechtigkeit werden von anderen etablierten Parteien adaptiert und andere Themen wie innere Sicherheit, Bildungspolitik sowie die gegenwärtige Flüchtlingspolitik bekamen aufgrund der medialen Aufmerksamkeit eine höhere Priorität. Die grünen Wählerinnen und Wähler sind zwar weniger geworden, haben sich aber trotz der veränderten Rahmenbedingungen in ihrer Grundstruktur – eher jünger und eher höher gebildet – kaum verändert. Vor allem Angestellte und Selbstständige wählten laut Nachwahlumfragen die Partei. Dennoch sind verschiedene Rückgänge bei der Zustimmung der Partei nach Alter zu beobachten. So bleibt die Kohorte der 18- bis 24-jährigen mit zehn Prozent die stärkste Gruppe und verliert nur zwei Prozentpunkte. Deutliche Verluste sind jedoch in den Kohorten der 35- bis 44-jährigen (-6 Prozent auf 6 Prozent), der 25- bis 34-jährigen (-5 Prozent auf 7 Prozent) und der 45- bis 59-jährigen (-4 Prozent auf 5 Prozent) zu verzeichnen.³²

Die bei der Landtagswahl 2011 mobilisierten Wählerinnen und Wähler konnten bei dieser Wahl nicht mehr in gleichem Umfang von grünen Themen überzeugt werden und so war mit einer gestiegenen Wahlbeteiligung im Land (61,9 %) auch eine deutliche Wählerwanderung weg von den Bündnisgrünen zu verzeichnen.³³ Viele Wählerinnen und Wähler entschieden sich für andere Parteien und somit musste ein Verlust von etwa 20.000 Stimmen verzeichnet werden. Die bei der vergangenen Wahl hinzugewonnenen 22.000 Wählerinnen und Wähler konnten somit nicht als Stammwählerklientel erhalten werden.³⁴ Neben der allgemeinen Wanderung fällt besonders die Abwanderung innerhalb des linken Lagers auf: SPD (10.000) und Die LINKE (1.000).³⁵ Hier zeigt sich, dass die Angst vor der AfD als stärkste Kraft wie schon bei den Märzahlen zu einer Sammlung hinter dem Ministerpräsidenten, in diesem Fall Erwin Sellering, geführt hat.

³¹ Vgl. Die Landeswahlleiterin, Ergebnisse, Landtagswahl am 4. September 2016, abrufbar unter: <http://www.mv-laiv.de/Wahlen/Landtagswahlen/2016/Ergebnisseite/> (Stand:14.09.2016).

³² Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Wahlreport Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2016, Berlin, S. 47. Siehe auch den Beitrag von Koschkar/Nestler in diesem Band.

³³ Vgl. Die Landeswahlleiterin, Ergebnisse, Landtagswahl am 4. September 2016, abrufbar unter: <http://www.mv-laiv.de/Wahlen/Landtagswahlen/2016/Ergebnisseite/> (Stand: 14.09.2016).

³⁴ Vgl. Koch/Olbrich 2011, S. 75.

³⁵ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), ARD Wahlmonitor Mecklenburg-Vorpommern – Wählerwanderungen, abrufbar unter: https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-04-LT-DE-MV/analyse-wanderung.shtml#15_Wanderung_GRÜNE (Stand: 14.09.2016).

Wie auch bei der Wahl 2011 kann eine Stammwählerschaft in urbanen Räumen festgestellt werden, hier sind die Rückgänge der Stimmen für die Partei geringer ausgefallen als im ländlichen Raum. Grüne Hochburgen sind erneut vor allem in Städten wie Rostock, Schwerin und Greifswald zu verzeichnen. Im Vergleich zur Landtagswahl 2011 ist ein Einbruch der Zweitstimmen in den einzelnen Landkreisen von 45 bis 50 Prozent zu attestieren, was jedoch nicht dazu führte, dass das erreichte Ergebnis in den Landkreisen unter die Einzelergebnisse von 2006 fiel.

Die meisten Stimmen konnten die Bündnisgrünen in den Wahlkreisen Rostock III mit 12 Prozent (3803 Stimmen) Rostock IV mit 9,5 Prozent (2766 Stimmen), Greifswald mit 10,3 Prozent (2835 Stimmen) und Schwerin I mit 7,8 Prozent (2496 Stimmen) erreichen. Das geringste Ergebnis musste die Partei im Wahlkreis Vorpommern-Greifswald IV mit 1,9 Prozent (322 Stimmen) hinnehmen. In nur acht von 36 Wahlkreisen ist es der Partei gelungen, ein Zweitstimmenergebnis über der Fünf-Prozent-Marke zu erreichen. Bei der Landtagswahl 2011 waren es noch 33 von 36 Wahlkreisen.

Bei Umfragen zur Partei im Land sagten 66 Prozent der Befragten, dass sie es gut fänden, wenn die Partei weiterhin im Landtag vertreten wäre. Gleichwohl wird mit derselben Prozentzahl kritisiert, dass sie sich zu sehr für die Umwelt anstatt für die Belange der Bürger einsetzen würde. So „kümmern [sie] sich zu wenig um Wirtschaft und Arbeitsplätze“³⁶ (67 %). Bei einer genaueren Betrachtung der Kompetenzzuschreibung der Partei verlor sie im Energiebereich 8 Prozentpunkte und fiel auf 23 Prozent herab; hier lag nun die SPD vorne. Ebenso ist ein Rückgang von 2 Prozent bei der Familienpolitik zu verzeichnen, bei der ihr 4 Prozent der Bürgerinnen und Bürger das Vertrauen aussprachen. Die Politikbereiche Bildungspolitik und soziale Gerechtigkeit stagnieren und bleiben dabei auf den bisherigen niedrigen Umfrageergebnissen von 2011.³⁷

5. Perspektiven nach der Wahl – Das kommunale Ehrenamt als Chance

Nachdem die Bündnisgrünen mit 0,18 Prozentpunkten und rund 1.500 Stimmen an der Fünfprozenthürde scheiterten, beginnt nun parteiintern die Analyse der eigenen Politik, des Wahlkampfes und dessen Defiziten im Agrar- und Flächenland Mecklenburg-Vorpommern. Zwar konnte die Partei mittlerweile auf eine etablierte und stabile Wählerschicht von etwa fünf Prozent in den Städten des Landes zurückgreifen, doch sie verlor gleichzeitig überall Stimmen, besonders im ländlichen Raum – wo die Kernthemen der Partei nur bedingt verfangen. Eine intensive Auseinandersetzung mit dem Überraschungsergebnis der Tierschutzpartei, die insgesamt 1,2 Prozent der Stimmen bekam, ist für Bündnis 90/Die Grünen wohl unumgänglich, denn etablierte Parteien leben von ihrer Responsivität gegenüber neuen und alten Themen sowie Parteien.

Des Weiteren wurden der aktive Wahlkampf und das Duo der Spitzenkandidaten im Land kaum positiv wahrgenommen. Prominente Unterstützung für die Partei von der Bundesebene sorgte ebenso nicht für die erforderliche Aufmerksamkeit, da Besonderheiten im Wahlkampfablauf fehlten.

³⁶ Infratest dimap (Hrsg.), ARD Wahlmonitor Mecklenburg-Vorpommern – Umfragen zu den Grünen, abrufbar unter: <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-04-LT-DE-MV/umfrage-gruene.shtml> (Stand:14.09.2016).

³⁷ Vgl. Infratest dimap 2016, S. 25.

In den kommenden fünf Jahren wird für die Partei die politische Arbeit außerhalb des parlamentarischen Raumes entscheidend sein und eine gezielte Ausrichtung auf die Kommunalpolitik ist unabdingbar. Dies kann gleichwohl als ein „Durchatmen“ sowie ein „Luftholen“ gesehen werden, da die Kommunalpolitik für die Menschen im Land greifbarer ist und somit eine Sicherung der Wählerbasis möglich erscheint.

Mit dem Verlust der Landtagsmitgliedschaft und damit der Wahlkreisbüros steht die Partei vor der Herausforderung, die eigenen Strukturen insbesondere im ländlichen Raum, nicht gänzlich aufzugeben. Nur mit einer Strategie der Konzentration auf ihre Klientel in den urbanen Räumen bei gleichzeitiger Präsenz in ländlichen Strukturen können die Bündnisgrünen eine weiterhin aktive und öffentlichkeitswirksame politische Arbeit leisten und als ökologisches Sprachrohr vor Ort fungieren.

Die NPD – Eine Bewegungspartei verlässt die parlamentarische Bühne

*Gudrun Heinrich*¹

1. Einleitung

Die Rahmenbedingungen der um den Wiedereinzug kämpfenden NPD waren im Sommer 2016 denkbar schlecht. Vor allem der im November 2012 vom Bundesrat beim Bundesverfassungsgericht eingereichte Antrag auf ein Verbot der NPD schwächte die Partei. Sie muss seit diesem Zeitpunkt unter dem Damoklesschwert eines Verbotes mit der Folge des Verlustes ihrer Mandate sowie finanziellen Ressourcen leben. Sowohl in der Außenwahrnehmung als auch intern geriet die Partei damit unter Druck. Bundesweit verlor sie nach Angaben des Verfassungsschutzes von 2012 bis 2014 etwa 1.200 Mitglieder.² In Mecklenburg-Vorpommern schmolz die Partei von 400 im Jahr 2012³ auf 340 Mitglieder für 2014 und 2015.⁴ So ist im Land immer noch von einer kleinen aber radikalen Gemeinschaft auszugehen. Der Landesverband nimmt im Konzert der bundesweiten NPD-Strukturen als kameradschaftsverbundener und bewegungsorientierter Verband eine Sonderstellung ein.⁵ Der Bundesspitze war es nicht – wie es in Mecklenburg-Vorpommern den Anschein hat – gelungen, die Partei angesichts der Angriffe von außen in sich geschlossen zu halten. Im November 2013 war Holger Apfel als Bundesvorsitzender der NPD zurückgetreten, um später ganz aus der Partei auszutreten. Als Interimsvorsitzender fungierte der Fraktionsvorsitzende aus Mecklenburg-Vorpommern Udo Pastörs, bis im November 2014 Frank Franz zum Bundesvorsitzenden gewählt wurde. Mit Stefan Köster ist der Landesverband über seinen Vorsitzenden im Bundesvorstand (Stelly.) vertreten. Im Nordosten hatte sich nach dem Verlust von 1,3 Prozentpunkten bei der Landtagswahl 2011 der Abstieg der NPD in der Wählergunst schleichend fortgesetzt. 2006 war die Partei – auch dank der Strategie der Kooperation mit Kameradschaften im Land – mit 7,3 Prozent wie mit einem Paukenschlag in den Landtag eingezogen. Hatte sie 2011 bei den Kommunalwahlen mit 5,4 Prozent noch 23 Mandate in Kreistagen errungen, so verlor sie bei der kommunalen Wahl 2014 über 30.000 Stimmen. Mit 3,2 Prozent der Stimmen blieben ihr 17 Sitze.⁶ Das schlechte Abschneiden war für die NPD-Strukturen besonders von Nachteil, da ihr nicht nur Mandate und damit politischer Einfluss, sondern auch nicht unerhebliche Ressourcen aus zwei Fraktionen⁷ verloren gegangen waren. Bei der Bundestagswahl 2013 sowie der Europawahl 2014 blieb die

¹ Die Autorin dankt Janek Kuberzig für die Unterstützung bei den Recherchen zum Beitrag.

² Die Mitgliederzahlen sanken von 6.300 (2012) auf 5.500 (2013) und 5.200 (2014 und 2015), siehe: Ministerium für Inneres und Sport Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2013. 2014, S. 18; Endstation Rechts (Hrsg.), Pöbeln, hetzen, ausruhen: Die Bilanz der NPD-Landtagsfraktion, abrufbar unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/npd/artikel/poebeln-hetzen-ausruhen-die-bilanz-der-npd-landtagsfraktion.html> (Stand: 29.09.2016).

³ Ebd.

⁴ Ebd.

⁵ Zur Geschichte der NPD in MV, Gudrun Heinrich/Steffen Schoon, Die NPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Martin Koschkar/Christian Nestler/Christopher Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Wiesbaden 2013, S. 145–167.

⁶ Zu den Zahlen siehe: Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Wahl der Kreistage der Landkreise sowie Gemeindevertretungen der kreisfreien Städte in Mecklenburg-Vorpommern am 25. Mai 2014.

⁷ Vgl. Christian Nestler/Christopher Scheele, Einleitung – Die Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, in: dies. (Hrsg.), Die Kommunalwahlen 2014 in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2014, S. 9–16.

NPD mit 3,4 Prozent (29.218 Stimmen) und 3,0 Prozent (18.031 Stimmen)⁸ ebenfalls deutlich unter fünf Prozent. Dies ist ebenso wie das Abschneiden bei den vorangegangenen Landtagswahlen in den neuen Ländern⁹ als Zeichen einer Schwäche zu deuten.

Die Aufmerksamkeit und der parteiinterne Erfolgsdruck auf die Akteure im Nordosten stiegen, nachdem es der NPD bei der Landtagswahl in Sachsen 2014 mit 4,9 Prozent nicht gelungen war, den Wiedereinzug zu erreichen. Das bundesweite Interesse richtete sich auf die einzig verbliebene Landtagsfraktion der NPD als Andreas Voßkuhle, Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, im März des Wahljahres den Prozess des NPD-Verbotsverfahrens in Karlsruhe eröffnete. Über drei Tage standen vor allem die Nationaldemokraten Mecklenburg-Vorpommerns im Scheinwerferlicht, beruft sich die Klageschrift des Bundesrates doch in großen Teilen auf Aussagen und Aktivitäten der NPD-Akteure im Nordosten.¹⁰

Das laufende Verfahren wirkt sich auch indirekt auf die finanzielle Lage der Partei aus. Die Partei finanziert sich in wesentlichen Teilen aus Steuergeldern in Form der aus Wahlergebnissen auf Landes- und Bundesebene errechneten Wahlkampfkostenrückerstattung. Für die in 2016 erwarteten Mittel verlangt der Bund eine Sicherheit der Partei, sollte eine Rückzahlung bei einem ausgesprochenen Verbot notwendig werden.¹¹ Nichtsdestotrotz konnte die Partei in Mecklenburg-Vorpommern immer noch über die umfangreichen Fraktionsmittel von etwa 1,3 Millionen im Jahr ihre Strukturen indirekt finanziell absichern.¹²

Die Debatte über Gefahren und Bedrohungen aus dem rechtsextremen Potential in der Bundesrepublik erhielten mit dem Aufdecken der Taten des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) im November 2011 eine neue Dimension. Die erschreckenden Erkenntnisse beförderten die Motivation des Bundesrates, den Verbandsantrag gegen die NPD zu stellen, das zivilgesellschaftliche Interesse stieg erneut an, Untersuchungsausschüsse in Landtagen und im Bundestag widmeten sich der Frage nach dem Versagen staatlicher Akteure. In München tagt seit Mai 2013 das Gericht, um die Schuld von Beate Zschäpe im Zusammenhang mit den Mordtaten des NSU zu klären. Mecklenburg-Vorpommern spielt im Rahmen der Taten des NSU keine untergeordnete Rolle, wie der Verzicht auf einen eigenen parlamentarischen Untersuchungsausschuss nahelegen könnte. Mitten im Wahlkampf 2016 war David Peterreit, Mitglied der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag, als Zeuge zum Prozess gegen Zschäpe nach München geladen. Er war 2002 für die Publikation „Der Weiße Wolf“ verantwortlich, die mit dem Abdruck: „Vielen Dank an

⁸ Ergebnisse der Europawahl in Mecklenburg-Vorpommern 2014 im Überblick, siehe Informationen der Landeswahlleiterin unter: <http://www.mv-laiv.de/static/LAIV/Wahlen/Dateien/Dokumente/Europawahlen/Ergebnisse/EW%202014%20Analyse.pdf> (Stand 29.09.2016).

⁹ Bei den Landtagswahlen in Thüringen 2014 3,6 Prozent; in Sachsen 2014 4,95 Prozent und in Sachsen-Anhalt 2016 1,9 Prozent; Wiko Zicht/Matthias Cantow, Wahlergebnisse, abrufbar unter: <http://www.wahlrecht.de/ergebnisse/index.htm> (Stand: 28.09.2016).

¹⁰ Vgl. Christoph Möllers/Christian Waldhoff, Antrag nach Art 21 Abs 2 GG i.V.m. §§ 13. Nr. 2, 43ff. BVerfGG, abrufbar unter: https://www.bundesrat.de/SharedDocs/downloads/DE/themen/20140124-npd-antragsschrift.pdf;jsessionid=FD33374A8488A58A77A0E1DDE36CFAEC.2_cid349?__blob=publicationFile&v=5 (Stand: 29.09.2016).

¹¹ Vgl. Frank Jansen, NPD bekommt verpfändete Parteizentrale nicht zurück, in: Tagesspiegel, abrufbar unter <http://www.tagesspiegel.de/politik/bundesverfassungsgericht-npd-bekommt-verpfandete-partiezentrale-nicht-zurueck/13932596.html> (Stand: 28.07.2016); Endstation Rechts (Hrsg.), Pleitegeier statt Reichsadler, abrufbar unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/npd/artikel/pleitegeier-statt-reichsadler.html> (Stand: 19.09.2016).

¹² Vgl. Christoph Titz, NPD in Mecklenburg-Vorpommern Wähler verloren, Geld futsch, in: Spiegel Online, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/npd-nach-pleite-in-mecklenburg-vorpommern-noch-klammer-a-1111182.html> (Stand: 23.09.2016).

den NSU, es hat Früchte getragen;-) Der Kampf geht weiter...“ eine Verbindung vom NSU zu rechtsextremen Kreisen in Mecklenburg-Vorpommern nahelegt.¹³

Eine schwache Bundespartei mit finanziellen Nöten, das anlaufende Verbotsverfahren sowie eine mögliche Verwicklung in die Taten des NSU prägten die schlechten Ausgangsbedingungen für den Kampf um den erneuten Wiedereinzug in den Schweriner Landtag. Entscheidend war darüber hinaus, dass mit der Alternative für Deutschland (AfD) eine Konkurrentin auf dem Wählermarkt direkt neben der NPD entstanden war.

2. Die Partei in der sechsten Legislaturperiode 2011 bis 2016

Die Landtagsfraktion der NPD war von sieben Abgeordneten 2006 auf fünf Abgeordnete nach den Wahlen im Jahr 2011 geschrumpft. Mit Udo Pastörs, Stefan Köster, Michael Andrejewski, Tino Müller und David Petereit erschien sie insgesamt professioneller und gleichzeitig radikaler im Auftreten. In der 5. Legislaturperiode (2006-2011) brachte die Fraktion über 1.430 Initiativen ein, 2011-2016 waren es etwas über 1.750.¹⁴ Dass in ihrer parlamentarischen Strategie das Mittel der Provokation und nicht das der konstruktiven Opposition in Mittelpunkt stand, belegte sie unter anderem mit dem Einbringen von 59 Anträgen für die letzte Sitzungswoche des Landtages am Ende der Legislaturperiode. Ein Teil der Anträge war in gleicher oder ähnlicher Form bereits eingereicht worden. So versuchte die kleinste Fraktion des Landtages, das Plenum möglichst lange zu beschäftigen und Aufmerksamkeit zu erhalten.¹⁵ Der Wunsch nach Öffentlichkeit und Provokation belegt auch die Namensgebung der Fraktionszeitung: der „Ordnungsruf“. „Zwischen 2011 und 2016 erhielten die fünf NPD-Abgeordneten nach Angaben des Landtagspräsidiums mehr als 300 Ordnungsrufe.“¹⁶

Als Bewegungspartei nutzt die NPD die parlamentarische Ebene lediglich dazu, Ressourcen und Informationen für die Akteure vor Ort abzuziehen¹⁷ und Aufmerksamkeit zu erhalten. Ein Blick auf die Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion legt nahe, dass ihr Interesse an dieser Arbeit im Laufe der letzten Legislaturperiode zurückgegangen ist. Das Informationsportal „MUP Info“, für das sich der Abgeordnete David Petereit verantwortlich zeichnete, war im Laufe der letzten Legislaturperiode nicht mehr online. Waren in der 5. Legislaturperiode noch 13 Ausgaben der Fraktionszeitung „Ordnungsruf“ erschienen, waren es in der 6. Legislaturperiode nur noch neun.¹⁸ Vor allem in den letzten Jahren waren die auf der Homepage der Fraktion sichtbaren Aktivitäten zu-

¹³ Vgl. Oliver Cruzcampo, NPD-Politiker David Petereit im NSU-Prozess: „Meine Erinnerung ist echt schlecht heute“, abrufbar unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/nsu/artikel/npd-politiker-david-petereit-im-nsu-prozess-meine-erinnerung-ist-echt-schlecht-heute.html> (Stand: 21.09.2016).

¹⁴ Vgl. Endstation Rechts (Hrsg.), Pöbeln, hetzen, ausruhen: Die Bilanz der NPD-Landtagsfraktion, abrufbar unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/npd/artikel/poebeln-hetzen-ausruhen-die-bilanz-der-npd-landtagsfraktion.html> (Stand: 29.09.2016) und Landtag Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Parlamentsdokumentation, abrufbar unter: <http://www.dokumentation.landtag-mv.de/Parldok/freiesuche> (Stand: 10.10.2016).

¹⁵ Vgl. Oliver Cruzcampo, Letzte Landtagsprovokation? NPD reicht fünf Duzend Anträge ein, abrufbar unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/npd/artikel/letzte-landtagsprovokation-npd-reicht-fuenf-dutzend-antraege-ein.html> (Stand: 21.09.2016).

¹⁶ Vgl. Endstation Rechts (Hrsg.), Pöbeln, hetzen, ausruhen: Die Bilanz der NPD-Landtagsfraktion, abrufbar unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/npd/artikel/poebeln-hetzen-ausruhen-die-bilanz-der-npd-landtagsfraktion.html> (Stand: 29.09.2016).

¹⁷ Zur Rolle als „Bewegungspartei“ siehe: Heinrich/Schoon 2013 S. 145–167.

¹⁸ In der 5. Legislaturperiode ist das Erscheinen von 13 Ausgaben nachweisbar, siehe: NPD Fraktion (Hrsg.), Ordnungsruf, abrufbar unter: <http://www.npd-fraktion-mv.de/index.php?com=pdf&view=category&id=4&b=20&mid=17> (Stand: 29.09.2016).

rückgegangen. Die letzten Beiträge auf der eigenen Homepage in der Kategorie „Medien“ datieren im Sommer 2016 auf den 22.06.2015.¹⁹

Wie schon in der 5. Legislaturperiode hatten sich die demokratischen Fraktionen 2011 auf eine gemeinsame Strategie im Umgang mit der NPD im Landtag geeinigt, um ihr durch eine klare Ablehnung aller Anträge sowie nur eine Gegenrede im Plenum so wenig Aufmerksamkeit wie möglich zu schenken. Diese als „Schweriner Weg“ bekannte Strategie war nicht unumstritten, wurde aber von allen Fraktionen während der Präsenz der NPD im Landtag eingehalten.²⁰

3. Wahlkampfstrategie

Die NPD begann ihren Wahlkampf mit der Aufstellung der Landesliste im März 2016. Bereits vorher hatte die Fraktion ein Video von etwa 15 Minuten Dauer produziert, in dem sie ihre Arbeit vorstellte und alle Landtagsabgeordneten zu Wort kommen ließ. Ziel schien dabei zu sein, die eigene knapp zehn Jahre währende Fraktionsarbeit zu „zelebrieren“ und den Wahlkampf einzuleiten.²¹

Die Wahlwerbekampagne fand unter erschwerten Bedingungen statt. Einerseits hatte die Konkurrenz im rechten Parteienspektrum mit einer medial äußerst gut vertretenen AfD zugenommen, die zudem in Mecklenburg-Vorpommern die Themen der NPD aufnahm. Zum anderen fehlten der Landespartei eine schlagkräftige Bundespartei oder zumindest starke Landesverbände. Als einzig verbliebenem Landesverband der Partei mit parlamentarischer Vertretung war die NPD Mecklenburg-Vorpommern auf sich gestellt. Auch wenn die Präsenz von Plakaten in der Fläche des Landes es nicht nahelegt, so schien die NPD doch unter finanziellen Engpässen zu leiden. Nach eigenen Angaben standen ihr 250.000 Euro für die Kampagne zur Verfügung.²² Dennoch rief sie im Juni des Jahres auf ihrer Homepage wie auch auf der Seite der NPD in Niedersachsen²³ zu Spenden für den Wahlkampf auf: „Jeder Spender, der unserem Landesverband mindestens“ 123,- Euro als Spende zukommen läßt [sic] bekommt als Dankeschön eine exklusive Medaille. Sie hat eine Prägung mit dem Leitspruch unseres Wahlkampfes ‚Ein Herz für Volk und Heimat‘. Diese Medaille ist exklusiv und soll als Auszeichnung für unsere Unterstützer verstanden werden!“²⁴ Der auf der Rückseite der Medaille gedruckte Text „Dein Opfer hilft die Zukunft bauen“ wurde von der NSDAP für das Winterhilfswerk 1935 genutzt.²⁵

¹⁹ NPD Fraktion (Hrsg.), Homepage, abrufbar unter: <http://www.npd-fraktion-mv.de/index.php?com=movie&mid=3> (Stand 19.09.2016) waren Beiträge aufgelistet: ein Beitrag im Jahr 2015 zwei Beiträge im Jahr 2014, vier im Jahr 2013 und drei im Jahr 2012.

²⁰ Vgl. Johannes Senf, Extreme Parteien in Redeparlamenten: Strategien des Umgangs am Beispiel des Schweriner Weges, in: Gudrun Heinrich (Hrsg.), Studien zum Umgang mit der Extremen Rechten in MV, im Erscheinen.

²¹ weiterdenkenTV, NPD - Die tun was: Für Volk und Heimat!, abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=oVfYGH108wM> (Stand 29.09.2016).

²² Vgl. Frank Jansen, NPD bekommt verpfändete Parteizentrale nicht zurück, in: Tagesspiegel, abrufbar unter <http://www.tagesspiegel.de/politik/bundesverfassungsgericht-mpd-bekommt-verpfandete-partiezentrale-nicht-zurueck/13932596.html> (Stand: 28.07.2016).

²³ NPD Niedersachsen (Hrsg.), Helfen Sie mit – Unterstützen Sie unseren Landtagswahlkampf für Volk und Heimat, abrufbar unter: <http://www.npd-niedersachsen.de/index.php/menue/67/thema/1245/id/899/Videos.html> (Stand: 19.09.2016); NPD (Hrsg.), Helfen Sie mit – Unterstützen Sie unseren Landtagswahlkampf für Volk und Heimat, abrufbar unter: <https://npd.de/helfen-sie-mit-unterstuetzen-sie-unseren-landtagswahlkampf-fuer-volk-und-heimat/> (Stand: 19.09.2016).

²⁴ Ebd.

²⁵ Vgl. Deutsches Historisches Museum, Winterhilfswerk-Abzeichen, abrufbar unter: http://www.dhm.de/datenbank/dhm.php?seite=5&fld_0=XX003455 (Stand: 24.09.2016).

Neben Plakaten setzte die Partei auf Werbung über Videos. So waren bis zum Wahltermin über 30 kurze Videos auf der Internetseite der Partei erschienen.²⁶

Personenwahlkampf

Bereits im März 2016 fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit die Listenaufstellung der Partei in Anklam statt.²⁷ Wenig überraschend war die Entscheidung, den Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs erneut als Spitzenkandidat zu nominieren. Die NPD plakatierte unter anderem Slogans wie: „Der beste Mann für unser Land!“ oder verzichtete gänzlich auf Aussage und Namen und druckte nur das Bild von Pastörs.²⁸ Vor dem Hintergrund einer relativen Bekanntheit Pastörs erscheint diese Strategie nachvollziehbar. So hatten nur 31 Prozent der Befragten bei der Infratest Umfrage im Juni 2016 angegeben, Pastörs nicht zu kennen und sieben Prozent äußerten sich mit dessen politischer Arbeit „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“.²⁹

Tab. 1: Listen-Kandidaten der NPD 2016 und 2011

Name	Vorname	Geb.	Beruf	Wohnort	Listenplatz LTW 2006	Listenplatz LTW 2011	Listenplatz LTW 2016
Pastörs	Udo	1952	Uhrmachermeister	Lübtheen	1	1	1
Müller	Tino	1978	Maurer	Eggesin	2	2	2
Andrejewski	Michael	1959	Rechtsanwalt	Anklam	3	3	3
Köster	Stefan	1973	Landtagsabgeordneter	Pätow-Steegen	4	4	4
Petereit	David	1981	Landtagsabgeordneter	Satow	13	5	5
Theißen	Andreas	1972	Forstwirt	Lübtheen	-	7	6
Runge	Norman	1983	Angestellter	Burg Stargard	-	-	7
Hamisch	Nico	1974	Wahlkreismitarbeiter	Ostseebad Heringsdorf	10	15	8
Suhr	Stefan	1979	Angestellter	Dabel	-	16	9
Grewe	Michael	1968	Angestellter	Teldau	-	8	10

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben der Landeswahlleiterin MV.

Die Liste macht deutlich, dass sich die NPD in Mecklenburg-Vorpommern als geschlossene Gruppe versteht. Die auf die ersten fünf folgenden Plätze werden – mit Ausnahme von Norman Runge – an Kandidaten vergeben, die bereits 2006 oder 2011 kandidiert hatten. Die Kandidatinnen finden sich auf den Plätzen 11, 18 und 20.

²⁶ Mecklenburg-Vorpommern NPD (Hrsg.), Archiv für Landtagswahl 2016, abrufbar unter: <http://www.npd-mv.de/?cat=203> (Stand 29.09.2016); NPD Landesverband M-V (Hrsg.), Filmbeiträge, abrufbar unter: http://www.npd-mv.de/?page_id=17342 (Stand: 29.09.2016).

²⁷ Der Verlauf des Parteitages wurde durch Kurzvideos dokumentiert und auf die Homepage gestellt: NPD Landesverband M-V (Hrsg.), Für Volk und Heimat – Landesparteitag in Anklam, abrufbar unter: <http://www.npd-mv.de/?p=16585> (Stand: 19.09.2016).

²⁸ Mecklenburg-Vorpommern NPD, Ein Herz für Volk und Heimat – NPD startet in die heiße Wahlkampfphase!, abrufbar unter: <http://www.npd-mv.de/?p=17240> (Stand: 28.07.2016).

²⁹ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTREND Juni 2016.

Die ersten fünf Listenplätze sind im Vergleich zur Liste 2011 unverändert, womit die Fraktionsarbeit wieder in Händen eines bewährten Quintetts liegen sollte. Auf den weiteren Plätzen finden sich vor allem Partei-Kader. Mit Marianne Pastörs, Ehefrau von Udo Pastörs, Antje Mentzel, Landesvorsitzende des Ring Nationaler Frauen (RNF)³⁰ und Doris Zutt wurden nur drei Frauen bei insgesamt 20 Plätzen aufgestellt.

Die Entscheidung, Udo Pastörs trotz – oder gerade wegen seiner Verurteilung wegen Volksverhetzung – als Spitzenkandidaten in den Mittelpunkt der Kampagne zu stellen, ist angesichts des geringen Charismas der weiteren Kandidaten nachvollziehbar. Allerdings sind gerade in den digital zugänglichen Videos alle fünf Fraktionsmitglieder zu sehen.

Bemerkenswert ist der Verzicht der Partei auf die Aufstellung von Direktkandidaten in den Wahlkreisen. 2011 war sie noch in allen Wahlkreisen mit Direktkandidaten angetreten aber schon bei der Kommunalwahl 2014 gelang ihr eine flächendeckende Präsenz nicht mehr und sie musste auf eine Kandidatur in Schwerin verzichten.³¹ Beobachter werteten diese Entscheidung als Schwäche.³² Parteivertreter sahen darin die Möglichkeit, die AfD zu unterstützen³³ und deuteten dies als „Zweitstimmenkampagne“ um: „Die Konzentration unserer Partei auf die Zweitstimme ist der Tatsache geschuldet, daß [sic] in der Vergangenheit oftmals bei Landtagswahlen viele Wählerinnen und Wähler ihre Erststimme als die gewichtigere ansahen und diese einem unserer Direktkandidaten gaben. Die wirklich entscheidende Zweitstimme wurde oftmals einer anderen Partei gegeben.“³⁴

Die personelle Schwäche der Partei zeigte sich jedoch nicht nur bei der Kandidatenaufstellung, laut Endstation Rechts fehlten auch Wahlkampfhelfer, sodass Aufrufe in rechtsextremen Kreisen kursierten, die NPD im Nordosten im Wahlkampf zu unterstützen.³⁵ Im Wahlkampf sichtbar war vor allem Udo Pastörs. Die weiteren Fraktionsmitglieder unterstützen ihn und waren in Werbevideos wie auf Kundgebungen im Rahmen der Wahlkampftouren eingebunden. Der Bundesvorsitzende Frank Franz trat ebenfalls auf.³⁶

³⁰ Vgl. Endstation Rechts (Hrsg.), NPD-Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern: Ratlose Flickschusterei, abrufbar unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/npd/artikel/npd-wahlkampf-in-mecklenburg-vorpommern-ratlose-flickschusterei.html> (Stand: 30.08.2016).

³¹ Vgl. Nestler/Scheele 2014 S. 9–16.

³² Vgl. Thomas Volgmann, Duell der Rechtsausleger: NPD gegen AfD, in: SVZ, abrufbar unter: <http://www.svz.de/regionales/mecklenburg-vorpommern/duell-der-rechtsausleger-npd-gegen-afd-id14505696.html> (Stand: 19.06.2016).

³³ Udo Voigt: „So können wir der AfD zu mehr Direktmandaten verhelfen“, Ebd.; „Da gibt es ja einige ordentliche Leute“ (David Petereit), Stefan Ludmann, NPD pustet AfD Wind in die Segel, in: NDR, abrufbar unter: <http://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/NPD-pustet-AfD-Wind-in-die-Segel,npdkandidat-en100.html> (Stand: 28.06.2016).

³⁴ Mecklenburg-Vorpommern NPD (Hrsg.), Zweitstimme entscheidet!, abrufbar unter: <http://www.npd-mv.de/?p=16998> (Stand: 28.06.2016).

³⁵ „Bereits seit Monaten buhlt sie im „Weltnetz“ oder mit Anzeigen in der DS mit der Überschrift „Sommer. Sonne. Wahlkampf“ um die Hilfe der Parteibasis. [...] Wer Teil dieser „Einsatzgruppe“ [sic!] sein wolle, um „Kreativaktionen, Straßentheater oder Werberundfahrten“ durchzuführen, könne sich beim Bundesvorstand des NPD-Nachwuchses in Lübtheen melden.“ Marc Brandstetter, NPD-Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern: „Einsatzgruppen“ für die Schicksalswahl, abrufbar unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/npd/artikel/npd-wahlkampf-in-mecklenburg-vorpommern-einsatzgruppe-fuer-die-schicksalswahl.html> (Stand: 28.7.2016).

³⁶ Vgl. Endstation Rechts (Hrsg.), NPD-Wahlkampf vor leeren Rängen, abrufbar unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/npd/artikel/npd-wahlkampf-vor-leeren-raengen.html> (Stand: 08.09.2016).

Themenwahlkampf

Nachdem bis zur heißen Wahlkampfphase auf der Homepage der Partei lediglich das 25-Punkte-Programm zu finden war, das mit Ausnahme weniger Sätze dem Wahlprogramm der Landtagswahl 2011 entsprochen hatte,³⁷ veröffentlichte die Partei mit Datum des 28. Juli 2016 ein neues Aktionsprogramm zur Landtagswahl.³⁸ Unter 28 Überschriften wurden zahlreiche Einzelorderungen aufgestellt. Im Zentrum des Programms stand – wie auch in der Kampagne deutlich wurde – die Verbindung von sozialpolitischen Forderungen mit fremdenfeindlichen Ressentiments. Damit bedienten die Rechtsextremen wohlstandschauvinistische Vorurteilsstrukturen. Konkret ging es ihnen im Programm um die Stärkung der traditionellen Familie, die Bekämpfung von Armut und Altersarmut, die Stärkung der regionalen Wirtschaft und die Förderung der Landwirtschaft. Im Programm enthalten sind aber auch zahlreiche Forderungen, die auf Landesebene nicht zu entscheiden sind, so der Ruf nach einem anderen Steuersystem, die Einführung von Volksabstimmungen auf Bundesebene, der Austritt aus EU und NATO sowie das Ende sogenannter „Wiedergutmachungszahlungen“.

Der Fokus der Themenkampagne lag – wie auch die Jahre zuvor – auf einer Verbindung von Innerer Sicherheit, Sozialpolitik und Fremdenfeindlichkeit. Mit Slogans wie „Volk braucht Zukunft. Keine Einwanderung!“, „Heimat braucht Kinder. Keine Homo-Ehel!“, „Rentner brauchen Anerkennung. Keine Altersarmut!“, „Meck-Pomm braucht anständige Löhne. Keine Ausbeutung!“³⁹ versuchte die Partei, Abstiegsängste mit Angst vor Modernisierung und Zuwanderung zu verbinden. In diese Strategie ist auch die Verschickung von Briefen durch die NPD einzuordnen. Im August 2016 verschickte die Partei – nach eigenen Angaben – 100.000 Briefe⁴⁰ an Wählerinnen und Wähler ab dem 55. Lebensjahr. In diesem Schreiben schürten sie die Angst vor Altersarmut und gaben sich dabei als Kümmerer für die ältere Generation.⁴¹

Schon frühzeitig war der Kampagnenslogan: „Für Volk und Heimat“ festgelegt worden. Im Laufe des Wahlkampfes wurde deutlich, dass der Heimatbegriff von unterschiedlichen Seiten umworben wurde. Sowohl Die LINKE als auch die CDU plakatierten Slogans, die den Heimatbegriff ebenfalls nutzten. Die Interpretation von Heimat durch die NPD war dabei völkisch geprägt, so stand die Wortverbindung von „Heimat“ und „Volk“ für die NPD. Die Partei sah sich gezwungen, die Urheberschaft des Heimatbegriffes für sich zu beanspruchen. Sie grenzte sich mit dem Hinweis ab, „die einzige Partei [zu sein], die sich konsequent für Volk und Heimat einsetzt.“⁴²

Besondere Aufmerksamkeit erhielten die Nationaldemokraten mit ihrem Slogan: „Familien brauchen Sicherheit – keine ‚Rapefugees‘“,⁴³ den sie auch in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfspots

³⁷ Mecklenburg-Vorpommern NPD (Hrsg.), „Unsere Heimat – unser Auftrag! 25 Standpunkte“, abrufbar unter: http://www.npd-mv.de/?page_id=15005 (Stand: 17.05.2016).

³⁸ Mecklenburg-Vorpommern NPD (Hrsg.), Das Aktionsprogramm für Mecklenburg und Pommern, abrufbar unter: http://www.npd-mv.de/?page_id=17288 (Stand: 08.09.2016).

³⁹ Mecklenburg-Vorpommern NPD (Hrsg.), Ein Herz für Volk und Heimat – NPD startet in die heiße Wahlkampfphase!, abrufbar unter: <http://www.npd-mv.de/?p=17240> (Stand: 28.07.2016).

⁴⁰ Vgl. Endstation Rechts (Hrsg.), NPD-Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern: Ratlose Flickschusterei, abrufbar unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/npd/artikel/npd-wahlkampf-in-mecklenburg-vorpommern-ratlose-flickschusterei.html> (Stand: 30.08.2016).

⁴¹ Sie hatten die Adressen rechtmäßig vom Meldeamt für diese Verschickungsaktion erworben. Siehe: Gerald Kleine Wördemann, NPD verschickt persönliche Briefe, in: OZ, 25.08.2016.

⁴² So im Radiospot zur Landtagswahl: Mecklenburg-Vorpommern NPD (Hrsg.), Unser Radio-Werbespot zur Landtagswahl, abrufbar unter: <http://www.npd-mv.de/?p=17419> (Stand: 28.09.2016).

⁴³ Mecklenburg-Vorpommern NPD (Hrsg.), Ein Herz für Volk und Heimat – NPD startet in die heiße Wahlkampfphase!, abrufbar unter: <http://www.npd-mv.de/?p=17240> (Stand: 28.07.2016).

stellten. In diesem wird suggeriert, dass eine blonde junge Frau von Menschen in Sweat-Shirts mit dem Aufdruck „Rapefugees“ angegriffen wird. Die zentrale Frage lautet: „wer kümmert sich eigentlich...?“⁴⁴ Die Partei griff damit ein Wortspiel auf und deutete den Begriff der Refugees (Flüchtlinge) um und unterstellten den Flüchtlingen, Vergewaltiger zu sein (to rape = vergewaltigen, schänden). Dass die NPD dem Thema Zuwanderung und Asyl auch im Wahlkampf eine besondere Aufmerksamkeit schenkte, war erwartbar, hatte sie doch schon über die vergangenen Jahre sowohl in ihrer parlamentarischen Arbeit als auch in ihrer Öffentlichkeitsarbeit einen Schwerpunkt auf eine „Anti-Asyl-Kampagne“ gelegt.

Angriffswahlkampf

Im Wahlkampf stand die NPD angesichts der Erweiterung des Konkurrenten-Spektrums um die auch am rechten Rand „fischende“ AfD vor einem Dilemma: Einerseits musste sie sich durch Radikalität von der AfD abgrenzen. Andererseits durften sie sich damit nicht auf ihr radikales Stammwählerpotential zurückstufen lassen, um ihre Chance zu wahren, die Fünf-Prozent-Hürde zu überschreiten.

Hierzu nutzte die NPD zunächst eine aus früheren Wahlkämpfen bereits bekannte Angriffsstrategie gegen die etablierten Parteien. Deutlich verstärkt wurde die Verbindung von Angriff mit der Positionierung gegen Asyl und Flucht, wenn von „Blockparteien“, „Schweriner Bonzen“ und „Wahlbetrüger[n]“ oder von Angela Merkel als „Königin der Schlepper“⁴⁵ die Rede war. Eine völkische Argumentation wird deutlich, wenn die Partei schreibt: „Darüber hinaus haben wir für die ‚Abschaffer‘ unseres Volkes noch die eine oder andere Überraschung vorbereitet.“⁴⁶

Ende August wurde unübersehbar, wie dünn die Luft für die Nationaldemokraten angesichts der medialen Präsenz und des zum Teil auch völkisch agierenden Wahlkampfes der AfD im Nordosten wurde. So suchte man in der letzten Phase des Wahlkampfes verstärkt die Abgrenzung von der AfD und ließ die Jugendorganisation plakatieren: „Spießler wählen AfD, echte Kerle NPD!“ [sic].⁴⁷

Fazit zum Wahlkampf

Die Rückschau auf den Wahlkampf zeigt nicht das Bild einer einheitlichen Wahlkampagne. So ist es angemessen, von „Flickschusterei“ zu sprechen.⁴⁸ Die Städtetour der NPD verhallte auf leeren Marktplätzen, die Themen waren nicht klar gesetzt und die Konkurrenz gegenüber der AfD wurde lange Zeit verschlafen. Zwischen dem Versuch der Radikalisierung („Rapefugees-Kampagne“) und dem Ziel, als rechte Biedermeier Akzeptanz zu finden (Seniorenkampagne),⁴⁹ blieb zu wenig Substanz, um erfolgreich zu mobilisieren.

⁴⁴ Mecklenburg-Vorpommern NPD (Hrsg.), Wahlfilm MV 2016 – Für Volk und Heimat, abrufbar unter: <http://www.npd-mv.de/?p=17393> (Stand: 07.09.2016).

⁴⁵ Mecklenburg-Vorpommern NPD, C wie Volksverarschung, abrufbar unter: <http://www.npd-mv.de/?p=17223> (Stand: 28.07.2016).

⁴⁶ Mecklenburg-Vorpommern NPD (Hrsg.), Ein Herz für Volk und Heimat – NPD startet in die heiße Wahlkampfphase!, abrufbar unter: <http://www.npd-mv.de/?p=17240> (Stand: 28.07.2016).

⁴⁷ Marc Brandstetter, Die Angst der NPD vor der AfD, abrufbar unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/npd/artikel/die-angst-der-npd-vor-der-afd.html> (Stand: 30.08.2016).

⁴⁸ Endstation Rechts (Hrsg.), NPD-Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern: Ratlose Flickschusterei, abrufbar unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/npd/artikel/npd-wahlkampf-in-mecklenburg-vorpommern-ratlose-flickschusterei.html> (Stand: 30.08.2016).

⁴⁹ In die Biedermeier-Strategie gehört auch die Verteilung einer als „Entscheidungshilfe“ getarnten Broschüre der NPD, die unter dem Titel „Welche Partei vertritt ihre Interessen“ einen Ersatz-Wahl-O-Maten simulierte und an

4. Wahlergebnis

Die NPD scheiterte mit drei Prozent der Wählerstimmen deutlich an der Sperrklausel und beendete damit ihr „Gastspiel“ auf der parlamentarischen Bühne. Insgesamt verlor sie die Hälfte ihrer Wählerinnen und Wähler und damit knapp drei Prozentpunkte gegenüber 2011. Da sie auf Direktkandidaten komplett verzichtet hatte, waren Erststimmen für die NPD nicht zu vergeben. Ihr regionaler Schwerpunkt lag – wie auch schon 2006 und 2011 – klar in Vorpommern mit 4,0 Prozent gegenüber 2,6 Prozent in Mecklenburg.

Ein differenzierter Blick auf die politischen Kontexte zeigt, dass die Rechtsextremen in ihren Hochburgen (7,6 Prozent; ein Verlust von 5,6 Prozentpunkten) deutlich stärker verloren hatten als in ihrer Diaspora (1,6 Prozent; ein Verlust von 2,4 Prozentpunkten). Insgesamt waren die Verluste der NPD flächendeckend. So hatte sie nur in fünf Wahlkreisen die 5-Prozent-Hürde überschreiten können (Vorpommern Greifswald IV, Vorpommern Greifswald V, Vorpommern-Greifswald II, Ludwigslust-Parchim I und Vorpommern-Greifswald III.). Die geringsten Verluste hatte sie mit 1,8 Prozentpunkten im Landkreis Rostock zu verzeichnen, die höchsten mit 6,7 Prozentpunkten im Wahlkreis Vorpommern-Greifswald. Dies unterstreicht, dass sie auch in ihren Hochburgen deutlich Federn lassen musste.

Tab. 2: Gemeinden mit den höchsten NPD-Zweitstimmenanteilen der Landtagswahl 2016 im Vergleich zu vorhergehenden Wahlen

Gemeinde	LTW 2016 in % (Vgl. 2011)	LTW 2016 abs. (Vgl. 2011)	LTW 2011 in % (Vgl. 2006)	LTW 2011 abs. (Vgl. 2006)	BTW 2013 in %	KW 2014 In %
Neuenkirchen	24,1 (-0,2)	26 (+6)	23,8 (-6,3)	20 (-26)	2,2	1,8
Lassan Stadt	23,0 (-0,8)	154 (+14)	23,8 (+2,7)	140 (+11)	14,9	14,6
Klein Bünzow	19,9 (-1)	57	20,9 (+4,2)	57 (-10)	13,3	16,8
Postlow	19,5 (-9,4)	26 (-7)	28,9 (-9,3)	33 (-22)	12,8	22,2
Blesewitz	17,3 (-16,6)	19 (-9)	28,9 (+3,3)	28 (-11)	22,2	27,2
Groß Luckow	16,7 (+0,8)	12 (-1)	15,9 (-7,2)	11 (-10)	11,2	12
Koblentz	15,9 (-17,1)	17 (-15)	33 (+8,4)	32 (+2)	23,3	16,1
Wilhelmsburg	15,4 (-11,4)	55 (-43)	26,8 (-1,1)	98 (-24)	15	18,9
Wrangelsburg	13,8 (+6,1)	11 (+5)	7,7 (-12,9)	6 (-16)	3,4	6,9
Groß Krams	13,7 (-2,9)	13 (+1)	16,6 (-9,7)	12 (-13)	18,1	17,6

Quelle: Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern; eigene Berechnungen.

Die Partei blieb auch 2016 eine Partei der ländlichen Räume Vorpommerns. Es liegen vier der fünf stärksten NPD-Wahlkreise nach Zweitstimmen in Vorpommern und nur einer der fünf schwächsten.⁵⁰

In ihren Hochburgen lagen die Verluste mit 5,6 Prozentpunkten deutlich über den Verlusten der Diaspora-Gemeinden.⁵¹

Das Profil der auf einen Kern zusammengeschrumpften NPD-Wählerschaft ist wie auch 2011 und 2006 als ländlich verortet, männlich, jung, geringer gebildet, häufig arbeitslos und konfessionslos zu beschreiben.⁵² Selbst wenn sie in ihrer Stammklientel der jungen Männer mit minus

zahlreiche Haushalte verteilt wurde. Vgl. Gabriel Kords, NPD-Postille mit dreister Wahlkampf-Masche, Nordkurier-online, abrufbar unter: <http://www.nordkurier.de/anklam/npd-postille-macht-mit-dreister-wahlkampf-masche-auf-offiziell-0124251708.html> (Stand: 29.09.2016).

⁵⁰ Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2016 WahlREPORT, Berlin 2016, S. 102.

⁵¹ Siehe Tabelle in Koschkar/Nestler in diesem Band.

⁵² Siehe hierzu Koschkar/Nestler in diesem Band.

sieben Prozentpunkten deutlicher verlor als im Durchschnitt, bleiben 64 Prozent der NPD Wählerschaft männlich. Die stärkste Gruppe sind mit 27 Prozent die Männer im Alter von 30-33 Jahren.⁵³ Die Wählerschaft ist weiterhin durch einen hohen Anteil der Arbeitslosen (hier kann sie 10 Prozent der Wählerinnen und Wähler mobilisieren) sowie der Arbeiterinnen und Arbeiter (fünf Prozent) geprägt.⁵⁴ Im Bildungsprofil zeigt sich ein hoher Anteil der Wählerinnen und Wähler mit Hauptschulabschluss (7 Prozent). Die Verluste konzentrieren sich hier vor allem auf Wählerinnen und Wähler mit Mittlerer Reife (minus 6 Prozentpunkte).⁵⁵

Die von der NPD selbst im Wahlkampf erkannte Konkurrenzsituation gegenüber der AfD⁵⁶ hat den Rechtsextremen letztlich den Wiedereinzug gekostet. Die Wählerwanderungsbilanzen zeigen die Abwanderung von 20.000 Wählerstimmen zur AfD. Gleichzeitig war es der NPD trotz schlechter Ausgangsbedingungen gelungen, 6.000 Wählerstimmen aus dem Nichtwählerlager zu mobilisieren.⁵⁷

5. Perspektiven der Partei nach der Wahl

Der verpasste Wiedereinzug in das Schweriner Schloss trifft die Partei hart. Vor allem verliert sie umfangreiche Ressourcen, mit denen sie die rechtsextreme Bewegung im Land versorgen konnte. Neben den Informationen durch kleine Anfragen und der „Bühnenpräsenz“ in Schwerin sind dies vor allem finanzielle Mittel, mit denen die fünf Abgeordneten und ihre Mitarbeiter in der Fraktion wie in den Abgeordnetenbüros Kapazitäten hatten, um für die gemeinsamen Ziele zu arbeiten.⁵⁸

Gut eine Woche nach der Wahl wandte sich Udo Pastörs via Facebook an die verbliebenen Wählerinnen und Wähler:

„Was bedeutet der Wahlausgang für die NPD im Allgemeinen und für unseren Landesverband im Besonderen? An unserer Zielsetzung ändert sich gar nichts, ganz im Gegenteil! ... Es gilt nunmehr, jetzt erst recht jenen volkszersetzenden Kräften erneut den Kampf anzusagen, die in Politik, Wirtschaft, Bildungs- und Kulturbetrieb dabei sind, das Gesicht unserer Nation faktisch zu verändern. [...] Es wird besonders darauf ankommen, in nächster Zeit nicht nur der deutschen, sondern der europäischen Jugend dabei zu helfen, die Unterscheidung von Freund und Feind vornehmen zu können (Carl Schmitt).“⁵⁹

⁵³ Vgl. Forschungsgruppe Wahlen (Hrsg.), Wahl in Mecklenburg-Vorpommern: Eine Analyse der Landtagswahl vom 4. September 2016, Mannheim 2016, S. 37.

⁵⁴ Vgl. Koschkar/Nestler in diesem Band.

⁵⁵ Ebd.

⁵⁶ „Pastörs hat den Hauptschuldigen für das Debakel schon ausgemacht, bevor die Wahllokale überhaupt geschlossen haben. Am Telefon ist seiner Stimme der Ärger anzuhören: ‚Das Plagiat‘, sagt Pastörs, sei schuld. Gemeint ist die Alternative für Deutschland. ‚Da kann das Produkt noch so faul sein, die Leute kaufen die Aktie‘, sagt Pastörs.“ Frank Jansen, Eine politische Randerscheinung namens NPD, in: Tagesspiegel, abrufbar unter <http://www.tagesspiegel.de/politik/wahl-in-mecklenburg-vorpommern-eine-politische-randerscheinung-namens-mpd/14498744.html> (Stand: 08.09.2016).

⁵⁷ Vgl. Infratest dimap 2016, S. 72.

⁵⁸ „Für ihre dürftige Bilanz strichen die Rechtsextremisten pro Jahr rund 1,3 Millionen Euro ein. Die fünf Abgeordneten fallen im Vergleich zu den zahlreichen Angestellten der Fraktion und den Wahlkreismitarbeitern vergleichsweise weich. Ihnen steht bis zu drei Jahren ein Übergangsgeld zu, das in den letzten zwei Jahren noch die Hälfte der bisherigen Diäten beträgt – also ca. 2.600 Euro.“ Marc Brandstetter, NPD stürzt in die politische Bedeutungslosigkeit, abrufbar unter: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/npd/artikel/npd-stuerzt-in-die-politische-bedeutungslosigkeit.html> (Stand: 08.09.2016).

⁵⁹ Udo Pastörs, ZIEL, AUFTRAG UND VERPFLICHTUNG, abrufbar unter: <https://www.facebook.com/notes/udo-past%C3%B6rs/ziel-auftrag-und-verpflichtung/1061401567261785> (Stand: 21.09.2016).

Die weitere strategische Orientierung der Partei wird wesentlich vom Ausgang des Verbotverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht abhängen. Die finanziellen Ressourcen, die in den vergangenen zehn Jahren durch die Fraktion in die Szene geflossen sind, haben diese etabliert und gefestigt. So kann auch ein eventuelles Verbot den Rechtsextremismus unter Umständen nur unwesentlich schwächen.

Dass die NPD weiterhin radikal bleibt, zeigt unter anderem der Schluss-Satz des „Facebook-Briefes“ von Pastörs: „Ich bin mir sicher, daß [sic] wir alle gemeinsam daraus die Kraft schöpfen, um weiterhin mit Stolz sagen zu können, unsere Ehre ist die Treue zu unserer Heimat und zu unserem Volk. Udo Pastörs“.⁶⁰ „Meine Ehre heißt Treue“ war der Wahlspruch der SS und ist in Deutschland verboten.

⁶⁰ Ebd.

FDP – Den Einzug in den Landtag erneut verpasst

Michèle Fischer/ Daniel Möck

1. Einleitung

Es hatte etwas von „Wir haben keine Chance, also versuchen wir sie zu nutzen“. Der FDP, die im deutschen Nordosten mit einem traditionell schweren Stand umzugehen hat¹, war im Vorfeld der Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern nicht unbedingt viel zuzutrauen. Die Fünf-Prozent-Hürde zu erklimmen schien ein schwieriges Unterfangen. Denn die Partei ist in Mecklenburg-Vorpommern nur in Form einer kleinen festen Wählerschaft verankert, zu welcher in der Vergangenheit vorwiegend Unternehmer, Selbstständige und Beamte zählten.² Doch ein engagierter Wahlkampf, neue Gesichter und die Neuausrichtung der Bundespartei verleiteten die Liberalen in Mecklenburg-Vorpommern dazu, optimistisch auf die Landtagswahl zu blicken und mit einem Ergebnis zwischen vier und acht Prozent zu rechnen.³

Im nun folgenden Beitrag soll die Entwicklung der FDP im Bundesland bis 2016 analysiert werden. Zunächst wird die Historie der Partei in Mecklenburg-Vorpommern seit der Wiedervereinigung erläutert (2.). Daraufhin werden die vergangenen fünf Jahre in der außerparlamentarischen Arbeit und die veränderte Wahlkampfstrategie betrachtet (3.). Schlussendlich wird das Wahlergebnis der Freien Demokraten bei der Landtagswahl 2016 untersucht (4.) und auf die Perspektive der Partei in naher Zukunft geblickt (5.).

2. Die FDP in der sechsten Legislaturperiode

2.1. Innerparteiliche Entwicklungen seit 1990

Nachdem die Liberalen nach der Wiedervereinigung 1990 mit 5,5 Prozent der Stimmen in den Landtag eingezogen waren, bildete die FDP eine Koalition mit der CDU unter Ministerpräsident Alfred Gomolka. Nach zwei Jahren trat Gomolka als Landesvater zurück, der bisherige CDU-Generalsekretär Berndt Seite übernahm den Posten des Ministerpräsidenten. Nachdem die FDP bei der Landtagswahl 1994 nur noch 3,8 Prozent der Stimmen erhielt, koalierte Seite fortan mit der SPD, die Freien Demokraten mussten ihre Arbeit als außerparlamentarische Opposition fortsetzen.⁴ Die sozialliberale Ausrichtung der Nordost-FDP hatte zuvor im Gegensatz zum wirtschaftsliberalen Profil der Bundespartei gestanden, insofern passte sich der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern bis 1998 unter der Führung des Parteivorsitzenden Detlef Thomaneck an

¹ Vgl. Othmara Glas, Nicht mehr im Landtag vertreten – Die FDP, in: Martin Koschkar/Christopher Scheele (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2011, S. 90–99, hier S. 90.

² Da diese Berufsgruppen im strukturell schwächeren Mecklenburg-Vorpommern vergleichsweise selten zu finden sind, erreicht die „Partei für Unternehmer und Selbstständige“, die FDP, für gewöhnlich nur geringe Wahlerfolge, wenn nicht weitere Wählergruppen gewonnen werden können.

³ Aussagen des Landesvorsitzenden René Domke auf dem Neujahrsempfang der FDP Mecklenburg-Vorpommern am 24.02.2016 in Schwerin.

⁴ Vgl. Othmara Glas/Anika Hirte, Die FDP in Mecklenburg-Vorpommern, in: Martin Koschkar/Christian Nestler/Christopher Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Wiesbaden 2013, S. 127–144, hier: S. 136.

den Kurs der Bundespartei an.⁵ Jedoch erlangten die Liberalen 1998 mit nur 1,6 Prozent der Stimmen das bislang schlechteste Resultat ihrer Geschichte. In der Folge erholte sich die Partei langsam und konnte ihre Ergebnisse schrittweise steigern. Dies mündete in den Wiedereinzug in das Schweriner Schloss bei den Landtagswahlen 2006. Aufgrund des positiven Bundestrends unter dem Parteivorsitzenden Guido Westerwelle konnte die FDP ihr Ergebnis mit 9,6 Prozent der Zweitstimmen im Vergleich zur Wahl von 2002 fast verdoppeln und ein Rekordergebnis erzielen. Somit stellte sie mit sieben Abgeordneten erstmals seit zwölf Jahren wieder eine Landtagsfraktion.⁶ Während die Liberalen ihre Umfragewerte zunächst auf einem konstant hohen Niveau halten konnten, sorgte ein Skandal um die Vergabe der Listenplätze im Vorfeld der Landtagswahl 2011 für einen Eklat.⁷ Daraufhin brachen die Umfragewerte binnen weniger Wochen ein, sodass die Partei, zudem beschleunigt durch den negativen Bundestrend, bei der Wahl 2011 nur noch 2,8 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte.

2.2. Die FDP nach der Landtagswahl 2011

Nachdem die FDP nach der Landtagswahl 2011 aus dem Schweriner Schloss ausziehen musste, begann eine Phase der Neubesinnung und Umstrukturierung. Zu sehr hatte der Verlust von 6,8 Prozent der Stimmen die Partei mitgenommen. Mit dem Fall unter die Fünf-Prozent-Hürde löste sich die Landtagsfraktion der FDP auf. Der Landesvorsitzende Christian Ahrendt trat noch am Wahlabend von seinem Amt zurück,⁸ wurde beim Landesparteitag im November 2011 jedoch wiedergewählt. Mit seiner Berufung zum Vizepräsidenten des Bundesrechnungshofs gab Ahrendt den Posten des Landesvorsitzenden im Dezember 2012 endgültig ab. Neuer Vorsitzender der FDP Mecklenburg-Vorpommern wurde René Domke, der sich zuvor als Fraktionsvorsitzender in der Wismarer Bürgerschaft für die Liberalen engagierte. Ebenso wurden weite Teile des Führungspersonals nach der verlorenen Wahl 2011 ausgetauscht. Der bisherige Fraktionsvorsitzende Michael Roolf hatte bereits vor dem Wahltag seinen Rückzug aus der Landespolitik angekündigt.⁹ Auch der Spitzenkandidat der Landtagswahl 2011, Gino Leonhard, zog sich nach der Wahlniederlage aus der Politik zurück und arbeitete fortan im Management eines Hotels auf Rügen. Ralf Grabow, Vorsitzender des Ausschusses für Soziales und Gesundheit verstarb im Mai 2013 in Rostock. Der negative Bundestrend, der im September 2013 im Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag gipfelte, erwies sich zudem nicht als Unterstützung für den schwächelnden Landesverband. So wurde es vergleichsweise ruhig um die Liberalen in Mecklenburg-Vorpommern. Infolge des schlechten Ergebnisses zur Bundestagswahl 2013 trat die komplette Spitze der Bundespartei um Philipp Rösler und Rainer Brüderle zurück. Christian Lindner, bisheriger Fraktionsvorsitzender der FDP Nordrhein-Westfalen, wurde zum neuen Parteivorsitzenden der Liberalen gewählt.¹⁰ In seiner Bewerbungsrede hatte Lindner für die Erneuerung der FDP von der Basis

⁵ Vgl. ebd. S. 136.

⁶ Vgl. ebd. S. 137.

⁷ Auf dem Parteitag der FDP Mecklenburg-Vorpommern sollte der Fraktionsvorsitzende Michael Roolf zum Spitzenkandidaten gewählt werden, jedoch stimmte die Mehrheit der Delegierten gegen Roolf. In der Folge wurde Gino Leonhard als Spitzenkandidat für die Landtagswahl sowie auf Platz eins der Landesliste gewählt.

⁸ Vgl. o. A., FDP-Landeschef Ahrendt zurückgetreten, in: Altmark Zeitung, abrufbar unter: <https://www.az-online.de/politik/fdp-landeschef-ahrendt-zurueckgetreten-zr-1390788.html> (Stand: 20.09.2016).

⁹ Vgl. Glas 2011 S. 92.

¹⁰ Vgl. o. A., FDP wählt Christian Lindner zum neuen Parteichef, in: Spiegel-online, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fdp-sonderparteitag-christian-lindner-ist-neuer-parteeichef-a-937799.html> (Stand: 16.09.2016).

an aufgerufen. Während im Jahr 2014 weitere Wahlniederlagen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg folgten, gelang es der Partei im Frühjahr 2015, in die Bürgerschaften von Hamburg und Bremen einzuziehen und ihr Ergebnis teils stark zu verbessern. Zuvor hatte Christian Lindner der Partei beim traditionellen Dreikönigstreffen in Stuttgart im Januar 2015 einen Imagewechsel verordnet und die Farbe Magenta als neue, zusätzliche Farbe der Liberalen präsentiert. Der Namenszusatz wurde des Weiteren in „Freie Demokraten“ geändert.¹¹ Die positiven Wahlergebnisse verliehen der FDP neue Kraft und so verbesserte die Partei bei den Landtagswahlen im März 2016 sowohl in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz als auch in Sachsen-Anhalt ihr vorheriges Resultat.¹² Trotzdem überstrahlte 2016 die Trauer in der liberalen Familie, da gleich drei prominente Parteimitglieder innerhalb von kurzer Zeit verstarben: Der ehemalige Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der frühere Parteivorsitzende Guido Westerwelle und Walter Scheel, der von 1974 bis 1979 der vierte Bundespräsident der Bundesrepublik war. Bei sämtlichen Veranstaltungen der FDP in Mecklenburg-Vorpommern konnte man den Eindruck gewinnen, dass die Tode ihrer einstigen Führungsfiguren, wie auch das Ausscheiden aus dem Bundestag, die Partei demütig und leiser gemacht hatten.

Sowohl bei der Bundestagswahl 2013 als auch bei der Europawahl im Mai 2014, konnten die Freien Demokraten in Mecklenburg-Vorpommern keine Erfolge feiern. So erreichte die Partei bei der Bundestagswahl lediglich 2,25 Prozent der Zweitstimmen im Nordosten der Republik, bei der Europawahl sogar nur 1,9 Prozent. Somit lag das Resultat der FDP in Mecklenburg-Vorpommern bei beiden Wahlen deutlich unter dem Bundesschnitt.¹³ Erst mit dem aufkommenden Landtagswahlkampf 2016 konnte die FDP sich im Land wieder etwas mehr in die Öffentlichkeit drängen. Jeden Freitag vor der Sitzungswoche des Landtages lud die Partei zu einer Pressekonzferenz, um sich zu aktuellen Themen zu äußern.¹⁴ Auch wenn diese nur teilweise von den Medien rezipiert wurden, konnte die Partei dadurch erstmals wieder seit dem missglückten Wiedereinzug in den Landtag 2011 von Teilen der Bevölkerung wahrgenommen werden.

In Mecklenburg-Vorpommern traten die Freien Demokraten mit dem Profil einer jungen Spitzenkandidatin an. Dieses Prinzip hatte sich in Person von Katja Suding in Hamburg und Lencke Steiner in Bremen bereits bewährt. Im Nordosten wurde Cécile Bonnet-Weidhofer zur Spitzenkandidatin gewählt, die gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden René Domke das Spitzenduo der Partei für die Landtagswahl 2016 bildete.¹⁵ Unter dem Leitspruch „Das junge MV“ konnten die Freien Demokraten eine Aufbruchstimmung innerhalb der Partei erzeugen, sodass viele Mitglieder optimistisch auf die Landtagswahl blickten.

¹¹ Vgl. o. A., FDP versucht Neustart, in: Spiegel-online, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fdp-mit-neuem-logo-magenta-ergaenzt-blau-und-gelb-a-1011412.html> (Stand: 16.09.2016).

¹² In Baden-Württemberg steigerten die Liberalen ihr Ergebnis um 3 Prozentpunkte auf 8,3 Prozent, in Rheinland-Pfalz um 2 Prozent auf 6,2 Prozent. In Sachsen-Anhalt wurde der Einzug in den Landtag mit 4,9 Prozent zwar knapp verpasst, jedoch konnte auch hier die FDP um 1,1 Prozent zulegen.

¹³ Dieser lag bei 4,8 Prozent bei der Bundestagswahl und 3,4 Prozent bei der Wahl zum Europäischen Parlament.

¹⁴ Vgl. FDP-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Vorwort des Geschäftsberichtes 2015/2016, Schwerin 2016.

¹⁵ Vgl. FDP, FDP wählt Bonnet und Domke zum Spitzenduo, abrufbar unter: <https://www.liberales.de/content/fdp-waehlt-bonnet-und-domke-zum-spitzenduo> (Stand: 20.09.2016).

3. Die Wahlkampfstrategie der FDP

3.1. Themenwahlkampf

„Chancen – Freiheit – Optimismus – Selbstbestimmung – Engagement – Mut“. Unter diesen sechs Schlagworten, in elf Kapiteln und rund 25.000 Wörtern versuchten die Liberalen vor allem eines in ihrem Wahlprogramm zu verdeutlichen: Der Bildungsbereich muss gestärkt werden, um die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern langfristig auszubauen. Dabei wird das Hauptthema Bildung direkt nach den einleitenden Worten aufgegriffen und der Wirtschaftsbereich bildet den Höhepunkt der Formulierungen. Nach den Erläuterungen zu „beste vorschulische und schulische Bildung, für die Berufsausbildung und für das Hochschulstudium“¹⁶ folgen in den nächsten Kapiteln die Standpunkte in den Bereichen Sicherheit und Rechtsstaat, Soziales, Gesundheit und Pflege und allgemein zur Familie. Abgerundet werden die Ansichten der Liberalen durch die Finanzierungsaspekte vor dem Hauptkapitel Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Markiert werden die Erläuterungen der FDP durch ein Zitat von Ludwig Erhard: „Wirtschaft ist nicht Alles, aber ohne Wirtschaft ist Alles nichts“¹⁷. Die FDP fordert, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern nicht mehr bei schwierigen ökonomischen Zuständen eingreifen soll, sondern die Unternehmen frei agieren lassen soll. Subventionen werden abgelehnt.¹⁸ Zudem möchte die FDP ein umfassendes Wirtschaftsministerium für die Bereiche Wirtschaft, Arbeit, Energie, Verkehr sowie Bau und Infrastruktur einrichten¹⁹ und somit Kompetenzen in einem Ministerium bündeln. Nach den wirtschaftlichen Aspekten folgen die Kapitel zu Energie und Umwelt, Kultur, Partizipation vor allem im Sinne der direkten Demokratie und dem Ehrenamt, Europapolitik und Außenbeziehungen sowie Verkehr und Infrastruktur. Trotzdem bleibt auffällig, dass jeder Gedankengang zwischen den Themen Bildung und Wirtschaft auf ein selbstbestimmtes, liberales und freies Leben zurückgeführt wird.

Sowohl auf den Plakaten als auch online wurden sämtliche Kampagnen-Inhalte mit dem Hashtag „#DasJungeMV“ versehen, um deutlich zu machen, dass die ehemalige „Alt-Herren-Partei“ nicht nur mit veränderten Parteifarben, sondern auch mit einem deutlich jüngeren Mitgliederklientel im Wahlkampf agierte. Damit versuchte die FDP neue Wählergruppen für sich zu erschließen, um jenseits der Stammwählerklientel²⁰ neue potenzielle Wählerinnen und Wähler zu generieren.

3.2. Personenwahlkampf

Für gewöhnlich verfügen kleinere Parteien, wie die FDP oder beispielsweise Bündnis 90/Die Grünen nicht über sehr bekannte Politikerinnen und Politiker, weshalb im Wahlkampf mehr auf Themen und nicht auf Personen gesetzt wird. Im Gegensatz zu sonstigen Wahlkämpfen setzte die Landes-FDP im aktuellen Fall auf Cécile Bonnet-Weidhofer als Spitzenkandidatin und Kopf der Landtagswahlkampagne 2016 in Mecklenburg-Vorpommern. Sie wurde 1982 im südfranzösischen Aix-en-Provence geboren, wo sie aufwuchs und ebenfalls ihr Abitur ablegte. 2010 zog Bonnet-Weidhofer nach dem erfolgreichen Studienabschluss nach Schwerin, wo sie eine Stelle als

¹⁶ FDP Mecklenburg-Vorpommern, Wahlprogramm zur Landtagswahl 2016, Schwerin 2016, S. 6.

¹⁷ Vgl. ebd. S. 16.

¹⁸ Vgl. ebd. S. 17.

¹⁹ Vgl. ebd. S. 16.

²⁰ Vgl. Kapitel 1.

Bildungsreferentin in einer Kinder- und Jugendkunstschule antrat. Dort setzte sich die gebürtige Französin speziell für die Förderung von (inter-)kultureller Bildung und internationaler Mobilität ein. Nach dem Auszug der Liberalen 2011 aus dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern entschied sie sich, aktiv zu werden und an der Modernisierung der Partei mitzuwirken. 2012 wurde sie von der FDP Schwerin in den städtischen Ausschuss für Kultur, Sport und Schule entsandt.²¹ Bereits 2014 trat sie als Spitzenkandidatin für die FDP bei den Europawahlen in Mecklenburg-Vorpommern an und tourte während des Wahlkampfes durch das Bundesland, um anhand ihrer eigenen Biographie den europäischen Gedanken greifbarer zu machen. Am 28. November 2015 wurde sie als Spitzenkandidatin der FDP für die Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern nominiert.

Während der heißen Wahlkampfphase fiel auf, dass die Partei sich trotz der Unbekanntheit von Cécile Bonnet-Weidhofer dafür entschieden hatte, vor allem großflächig mit ihrer Person zu werben. Dabei wurde sie zum Gesicht des „jungen MV“, welches vor allem durch die Geburt ihres ersten Sohnes Theo während des Wahljahres unterstrichen wurde.²² Sie symbolisierte während des ganzen Wahlkampfes die junge Mutter, die für ein wirtschaftlich starkes Mecklenburg-Vorpommern kämpft, das ihrem Sohn und seinen Freunden die bestmögliche Bildung bieten kann. Die Wahlkampagne wurde dadurch stark personalisiert.²³

3.3. Angriffswahlkampf

Ähnlich wie Bündnis 90/Die Grünen wandte sich auch die FDP während des Wahlkampfes gegen den aktuellen „Rechtsruck“ in Mecklenburg-Vorpommern. Beispielweise nutzte man die Facebook-Präsenz von Cécile Bonnet-Weidhofer mit dem Slogan „Kann diese Ausländerin mehr Fans haben als die AfD?“²⁴, um eindeutig Stellung gegen die Alternative für Deutschland (AfD) zu beziehen. Dies wurde durch diverse Wahlplakate ergänzt, die sich gegen die AfD positionierten. Das auffälligste Beispiel aus dieser Reihe war ein Plakat mit der Aufschrift: „Jede Stimme für Cécile ist eine gegen die AfD“²⁵.

Ebenso setzte die FDP darauf, die bisherige Regierungsarbeit trotz positiver Entwicklungen im Land auf den Prüfstand zu stellen. Durch die Liberalen wurde dabei immer wieder betont, dass noch großer Handlungsbedarf bestehe, um das Bundesland zukunftsfähiger zu gestalten.²⁶

²¹ Vgl. Frank Pubantz, Bonnet-Weidhofer: Bildung ist der Schlüssel für alles, in: OZ, 16.07.2016, abrufbar unter: <http://www.ostsee-zeitung.de/Themen/L/Landtagswahl-2016/Bonnet-Weidhofer-Bildung-ist-der-Schluessel-fuer-alles> (Stand: 20.09.2016).

²² So veröffentlichte Cécile Bonnet-Weidhofer beispielsweise auf Instagram ein Foto, das sie beim Stillen ihres Sohnes zeigte. (vgl. https://www.instagram.com/cecile_bonnet/, Stand: 14.09.2016).

²³ Vgl. Kapitel 3.3.

²⁴ Vgl. FDP, Kann diese Ausländerin mehr Fans haben als die AfD?, abrufbar unter: <https://www.liberales.de/content/kann-diese-auslaenderin-mehr-fans-haben-als-die-afd> (Stand: 25.09.2016).

²⁵ Vgl. Facebook-Seite der FDP Mecklenburg-Vorpommern, abrufbar unter: <https://www.facebook.com/fdp.mv/photos/a.428657540500559.103934.202215676478081/1228924233807215/?type=3&theater> (Stand: 21.09.2016).

²⁶ Vgl. Tobias Heimbach, Diese Französin soll die FDP wiederbeleben, in: Die Welt, abrufbar unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article157904553/Diese-Franzoesin-soll-die-FDP-wiederbeleben.html> (Stand: 27.10.2016).

4. Wahlergebnis

Bei der Landtagswahl am 4. September 2016 konnten die Freien Demokraten ihr Ergebnis von 2,8 Prozent bei der Wahl 2011 leicht steigern. Trotzdem wurde der Einzug in das Schweriner Schloss mit nur 3,0 Prozent der Zweitstimmen klar verpasst. Mit 24.521 Wählerinnen und Wähler, die für die Liberalen votierten, konnte die absolute Zahl gegenüber 2011 jedoch klar gesteigert werden, damals waren es lediglich 18.943 Stimmen gewesen.²⁷ Dieses Resultat ist neben den Zugewinnen um 0,2 Prozent auf die deutlich gestiegene Wahlbeteiligung von 61,9 Prozent zurückzuführen. Überhaupt ist die FDP eine der wenigen Parteien, die im Vergleich zu 2011 in sowohl absoluten Zahlen als auch in Prozenten Gewinne verzeichnen konnte. Aufgrund des starken Abschneidens der AfD hatten sämtliche etablierten Parteien hohe Verluste zu verkraften. Für die FDP kann diesbezüglich eine leichte Gegenbewegung zu anderen Parteien festgestellt werden.²⁸

Gerade von jüngeren Wählerinnen und Wählern hat die FDP vergleichsweise viele Stimmen erhalten: So stimmten 5 Prozent der Männer zwischen 18 und 24 für die Liberalen und 4 Prozent der Frauen in derselben Altersgruppe.²⁹ Dahingehend scheint das Konzept eines verjüngten Wahlteams gewirkt zu haben. Gleichzeitig aber hat die FDP zwei Prozent der Selbstständigen, die 2011 noch die Liberalen gewählt hatten, an andere Parteien verloren.³⁰ Trotzdem generierte die Partei noch die meisten Stimmen aus den Berufsgruppen der Angestellten, Beamten und Selbstständigen. Damit ist festzuhalten, dass bei der Landtagswahl 2016 Teile der idealtypischen Klientel für die Freien Demokraten votierten. Zudem fällt auf, dass die FDP ihre Stimmen vorwiegend von Berufstätigen erhalten hat. Nur 2 Prozent der Arbeitslosen und der Rentner wählten 2016 die FDP.³¹

Da die FDP nun die zweite Legislaturperiode in Folge als außerparlamentarische Oppositionspartei verbringen muss, wurden die Wanderungsbewegungen der Wählerinnen und Wähler von den renommierten Wahlforschungsinstituten Infratest dimap und Forschungsgruppe Wahlen nicht in dem Maße erfasst wie für andere Parteien, die in den Landtag einziehen konnten. Allerdings gaben drei Prozent der Wählerinnen und Wähler, die 2011 noch die FDP gewählt hatten, bei der Wahl 2016 an, die AfD unterstützt zu haben.³² Darüber hinaus ist aufgrund der gestiegenen Wahlbeteiligung davon auszugehen, dass die Freien Demokraten Stimmen von vormaligen Nichtwählern generieren konnten.

Auffällig ist die Verteilung der Stimmen für die Liberalen: So kann zunächst ein höherer Erststimmenanteil beobachtet werden. Dieser liegt bei 3,4 Prozent und damit über dem Zweitstimmenergebnis von 3,0 Prozent. Überdurchschnittlich viele Erststimmen erhielt die Partei im Wahlkreis 17 (Ludwigslust-Parchim I), wo 8,4 Prozent der Bürgerinnen und Bürger für den Direktkandidaten der FDP, Burkhard Thees, votierten. Christian Bartelt, Spitzenkandidat im Wahlkreis 29 (Vorpommern-Greifswald II), erlangte immerhin noch 6,6 Prozent der Erststimmen.

²⁷ Vgl. Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern, abrufbar unter: <http://www.mv-laiv.de/Wahlen/Landtagswahlen/> (Stand: 20.09.2016).

²⁸ Vgl. dazu auch den Beitrag von Martin Koschkar/Christian Nestler in diesem Band.

²⁹ Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2016, Mannheim 2016, S. 35.

³⁰ Infratest dimap: WahlREPORT Mecklenburg-Vorpommern 2016, Berlin 2016, S. 62. Vgl. dazu auch Koschkar/Nestler in diesem Band.

³¹ Ebd.

³² Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Woher kommen die Wähler der AfD?, abrufbar unter: <http://wahltool.zdf.de/slideshow/2016-09-04-LT-DE-MV.html> (Stand: 21.09.2016).

Auch Sven Heise erreichte als Direktkandidat der Freien Demokraten mit 5,4 Prozent der Erststimmen mehr als fünf Prozent im Wahlkreis 34 (Vorpommern-Rügen V). In allen weiteren Wahlkreisen im Land lag die FDP zwischen 2,6 und 4,4 Prozent der Erststimmen.³³

Die meisten Zweitstimmen erlangte die Partei ebenso in den bereits aufgeführten Wahlkreisen 17 (4,4 Prozent) und 34 (4,2 Prozent). Damit konnten die Freien Demokraten in keinem der 36 Wahlkreise die Fünf-Prozent-Hürde überwinden. Das schlechteste Resultat erzielte die Partei im Wahlkreis 13 (Mecklenburgische Seenplatte I, Vorpommern-Greifswald I), wo sie nur 2,1 Prozent der Stimmen erlangte.³⁴ Zudem war dieser Wahlkreis einer von nur insgesamt dreien, in denen die FDP keinen Direktkandidaten aufgestellt hatte. In allen weiteren Wahlkreisen variierte das Resultat der FDP zwischen 2,5 und 4 Prozent. Auf Gemeindeebene erreichte sie, wie schon 2011, in der Gemeinde Neu-Kaliß im Kreis Ludwigslust-Parchim den Spitzenwert: Mit 28,5 Prozent der Zweitstimmen landete die Partei nur 0,2 Prozentpunkte hinter der führenden SPD.³⁵ Das Ergebnis konnte gegenüber 2011 nochmal um 5,7 Prozent gesteigert werden, was für eine große Zufriedenheit mit dem dortigen FDP-Bürgermeister, eben jenem Burkhard Thees, der auch als Direktkandidat im Wahlkreis 17 angetreten war, spricht.

Damit kann festgehalten werden, dass die Freien Demokraten ihre regionalen Hochburgen in Mecklenburg-Vorpommern im äußersten Südwesten, zwischen Neustadt-Glewe und Dömitz, sowie auf der Insel Rügen haben. Dies war bei den vorangegangenen Wahlen 2011 ähnlich. FDP-Spitzenkandidatin Cécile Bonnet-Weidhofer betonte in einer ersten Reaktion nach der Wahl: „Wir sind unseren Überzeugungen treu geblieben und das macht uns stolz. Wir danken unseren Wählern, Mitgliedern und ehrenamtlichen Helfern. Unsere Überzeugung treibt uns weiter an. Mecklenburg-Vorpommern kann mit den Freien Demokraten rechnen. Wir glauben, das ist nötiger denn je.“³⁶

5. Perspektive der Partei in Mecklenburg-Vorpommern

Das Wahlergebnis vom 4. September 2016 hat wieder einmal den schweren Stand der Liberalen in Mecklenburg-Vorpommern offenbart. Die FDP besitzt ein zu gering ausgeprägtes Wählerklientel, das die Partei verlässlich über die Fünf-Prozent-Hürde tragen kann. Trotzdem ist das Engagement der Freien Demokraten im Vorfeld der Wahl bemerkenswert gewesen: Die Partei hat sich aufgrund schlechter Ergebnisse in der Vergangenheit personell neu aufgestellt und sich infolge ihres Neustarts als „wählbare Alternative“ für Mecklenburg-Vorpommern präsentiert. Wäre der Landtagswahlkampf nicht durch bundespolitische Metathemen und das aufkommende Erstarken der AfD beeinflusst gewesen, hätte der Wahlkampf der FDP im deutschen Nordosten womöglich eine deutlich stärkere Aufmerksamkeit generiert. Auch ein besseres Ergebnis wäre

³³ Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern, Ergebnisse Erststimmen Wahl 2016, abrufbar unter: http://service.mvnet.de/wahlen/2016_land/showHtmlContent.php?folder=2016_land&datei=L_Proz_Erst.htm (Stand: 21.09.2016).

³⁴ Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern, Ergebnisse Zweitstimmen Wahl 2016, abrufbar unter: http://service.mvnet.de/wahlen/2016_land/showHtmlContent.php?folder=2016_land&datei=L_Proz_Zweit.htm (Stand: 21.09.2016).

³⁵ Amt Dömitz, Gesamtergebnisse der Landtagswahl 2016 im Amtsbereich, abrufbar unter: <http://amtdoemitz-malliss.ks-mecklenburg.de/export/sites/amtdoemitz-malliss/galleries/Allgemein/Erst-und-Zweitstimme-Neu-Kaliss-gesamt.jpg> (Stand: 26.09.2016).

³⁶ FDP, Wir sind unseren Überzeugungen treu geblieben, abrufbar unter: <https://www.liberaled.de/content/wir-sind-unseren-ueberzeugungen-treu-geblieben> (Stand: 19.09.2016).

dann möglich gewesen. So aber gehört die FDP trotz ihrer leichten Zugewinne zu den Wahlverlierern der Landtagswahl. Trotzdem bleibt das Ergebnis respektabel.

Eine weitere Legislatur außerhalb des Landtages wird für die Partei keine leichte werden. Sie wird auch zukünftig Mitglieder verlieren³⁷ und muss sich auf ihre Kernwählerschaft besinnen, gleichzeitig aber noch interessanter für Wechselwähler werden. Ob diese Balance gelingt ist fraglich. Denn die weitere Perspektive der Partei dürfte in erster Linie von drei Faktoren abhängig sein: Der innerparteilichen Geschlossenheit im Landesverband, der Motivation, in Mecklenburg-Vorpommern auch weiter für die Ziele der Liberalen zu kämpfen, und drittens die Stellung der Freien Demokraten im Bund. Sollte der Wiedereinzug in den Bundestag 2017 gelingen, dürfte die Wahrnehmung der Partei auch zukünftig gesichert sein. Wenn die FDP jedoch auch im Bund eine weitere Legislaturperiode in der außerparlamentarischen Opposition verbringen muss, ist nicht nur die Mission Christian Lindners gescheitert. Die Partei müsste zudem in Mecklenburg-Vorpommern fürchten, in der Bedeutungslosigkeit und, schlimmer noch, in der Vergessenheit zu versinken. Denn die nächste planmäßige Landtagswahl ist mit 2021 noch weit entfernt. Bedeutsam ist und bleibt daher zunächst die kommunale Verankerung der Partei in Mecklenburg-Vorpommern. Schaffen es die Freien Demokraten, ihre Sitze in den Kommunalparlamenten zu behaupten – oder bei zukünftigen Wahlen noch mehr dazu zu gewinnen – wird die FDP auf regionaler und kommunaler Ebene ein wichtiger Puzzlestein im politischen System bleiben. Dass sich diese regionale Bekanntheit auszahlen kann, hat der FDP-Bürgermeister Burkhard Thees im Wahlkreis Ludwigslust-Parchim I eindrucksvoll bewiesen.

Die Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern hat einmal mehr gezeigt: In Zeiten eines sich wandelnden Parteiensystems sind Tradition und historische Erfolge längst nicht mehr alles. Die etablierten Parteien haben mit teils hohen Verlusten zu kämpfen. So werden sich die Freien Demokraten nun zunächst vorrangig um die wichtigen Landtagswahlen 2017 in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen sowie, natürlich, die Bundestagswahl kümmern. Der Landesverband in Mecklenburg-Vorpommern wird spätestens zur Kommunalwahl 2019 wieder stärker in den Fokus geraten.

³⁷ Mehr als die Hälfte der aktuell 730 Mitglieder der FDP Mecklenburg-Vorpommern ist älter als 50 Jahre. Im Jahr 2000 stellte sie noch 1.354, 2010 noch 1.044 Mitglieder. Vgl. dazu: FDP Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Geschäftsbericht 2015 – 2016, Anlage 9.

Die Kleinstparteien und Einzelbewerber

Daniel Möck/Christian Nestler

1. Einleitung: Die „Sonstigen“ als Rest oder Reservoir des Parteienwettbewerbs

Wenn am Wahlabend um 18 Uhr die ersten Prognosen zum Wahlergebnis vorgestellt werden, kommt ganz am Schluss, kaum ein eigener Satz, eher eine Randnotiz, die Kategorie „Andere“ oder „Sonstige“. Schon das Deutsche Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm sagt über den Begriff und seine Primärbedeutung, er meine „ander, ferner, übrig“.¹ Es ist in gewisser Weise der „Rest“ des Parteienwettbewerbs, der über den Wahlabend en passant, wenn überhaupt noch, erwähnt wird. Doch selbst wenn diese Gruppe im Ergebnis sehr schwach ist – manchmal erreicht die grau eingefärbte Säule nicht einmal die Höhe der 5-Prozent-Hürde – so ist sie gleichzeitig ausgesprochen zahlreich. Bei den Landtagswahlen in MV zwischen 1990 und 2011 schwankte die Anzahl der Kleinstparteien² zwischen sieben (1990, 1994, 1998) und zehn (2006, 2011).³ Nach dem Wahltag werden letztlich alle Parteien, die nicht über die Sperrklausel kommen, in diese Gruppe inkludiert. Bei der Bundestagswahl 2013 waren es 29 Parteien mit insgesamt 15,8 Prozent der Zweitstimmen. Unter anderem, wenn auch eigenständig dargestellt, die FDP mit 4,8 Prozent und die AfD mit 4,7 Prozent.

Eine gesteigerte Aufmerksamkeit erfährt dieses Kollektiv, weil seit 2009 mit der Piratenpartei und der AfD zumindest zwei Parteien aus ihm hervorgegangen sind, die bundesweit wahrgenommen wurden und außerdem auf Europa-, Landes- und kommunaler Ebene zum Teil Mandate erringen konnten.⁴ Durch veränderte Rahmenbedingungen, sowohl global als auch national, scheint die Stabilität des deutschen Parteiensystems und damit die Reduktion auf fünf zentrale Akteure⁵ in Auflösung begriffen. In diesem Sinn kann von einer wachsenden Dynamik innerhalb der Gruppe der „Sonstigen“ gesprochen werden. Dabei ist indes unklar, inwieweit es sich um eine Moment-

¹ Deutsches Wörterbuch, Sonstig, abrufbar unter: <http://www.woerterbuchnetz.de/DWB?lemma=sonstig> (Stand: 07.04.2016).

² In der Politikwissenschaft findet sich die Bezeichnung Kleinstparteien als nicht normative Beschreibung, die von Klein-, Groß- und Volksparteien abgegrenzt werden kann. Kleinstparteien lassen sich wie folgt definieren. „Eine Klein[st]partei ist eine politische Partei, die sich aufgrund der rechtlichen, finanziellen, personellen, organisatorischen und programmatischen Rahmenbedingungen ihrer Arbeit nicht derart im politischen System durchsetzt, daß sie in signifikantem Maße aktiv gestaltend am Entscheidungsprozeß und der Auswahl politischen Führungspersonals teilhat. Trotzdem ist sie durch die außerparlamentarische Aggregation von Interessen in der Lage, einen Beitrag zur politischen Willensbildung beizusteuern.“ Hierzu: Christian Nestler, Die Kleinstparteien in Mecklenburg-Vorpommern, in: Martin Koschkar/Christian Nestler/Christopher Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Wiesbaden 2013, S. 169–185, hier: S. 172.

³ Vgl. ebd., S. 183.

⁴ Neben Wahlteilnahme ist selbstverständlich das Erringen von Mandaten Kernaufgabe von Parteien. In der Forschung werden Lebenszyklen und Etablierungshürden von Parteien beschrieben. In der Reihenfolge einer zunehmenden Bedeutung sind das: 1) Wahlteilnahme, 2) Wettbewerbsbeeinflussung, 3) Parlamentarische Repräsentation, 4) Koalitionsstrategische Inklusion, 5) Regierungsbeteiligung und 6) Regierungsübernahme. Vgl. Oskar Niedermayer, Die Analyse einzelner Parteien, in: ders. (Hrsg.), Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013, S. 61–82, hier: S. 65–68.

⁵ Das sind seit der ersten Bundestagswahl die CDU/CSU, die SPD und die FDP. In den 1980ern konnten sich die Grünen, heute Bündnis 90/Die Grünen, etablieren. Mit der Wiedervereinigung hat sich die ehemalige Staatspartei SED zur PDS transformiert und mit der guten strukturellen Verankerung sowie sukzessiven Veränderungen – unter anderem im Parteinamen ablesbar – als Die LINKE den Status als ostdeutsche „Volkspartei“ gesichert.

aufnahme oder eine bleibende Entwicklung handelt, die diese Akteure mit ihren Inhalten vom Rest zum Reservoir des deutschen Parteienwettbewerbs transformiert.

Bedeutung erlangen Kleinstparteien im politischen System dadurch, dass sie häufig neue Themen in den Parteienwettbewerb einbringen. In der Folge entscheidet sich, ob das Thema durch eine der etablierten Parteien glaubwürdig aufgegriffen werden kann oder nicht. Im bisher seltenen zweiten Fall gibt es einen zunächst temporär erfolgreichen neuen Akteur.⁶ Dieser kann sich, wenn seine Kommunikationsstrategie funktioniert und sein Thema relevant bleibt, möglicherweise langfristig etablieren.

Eine weitere Komponente der Rubrik „Sonstige“ sind die Einzelbewerber. Es handelt sich um Personen, die ohne Parteiunterstützung und -bindung in einem Wahlkreis antreten. Sie hoffen über die Mehrheit der Erststimmen ein Direktmandat zu gewinnen. Die Gemengelage ihrer Motivationen und Interessen ist ausgesprochen heterogen. Es eint sie einzig, dass sie nicht gewillt sind als Teil einer Partei zur Wahl anzutreten. Wegen fehlender Ressourcen und Bekanntheit sind ihre Chancen im Regelfall ausgesprochen klein.⁷

Der folgende Beitrag trägt dem oben skizzierten Sachverhalt insofern Rechnung, als dass er die Ergebnisse der „Sonstigen“ im Detail betrachtet und analysiert. Erkenntnisleitend ist hierbei das Aufkommen neuer Parteien im Bundesland sowie das Abschneiden der „Dauerbrenner“⁸ in dieser Kategorie. Mit den Methoden der Wahlforschung⁹ steht dabei die Frage im Raum, inwieweit neue respektive kleinste¹⁰ Bewerber ihre strukturellen Defizite durch Bekanntheit vor Ort, Engagement beziehungsweise eine möglicherweise vorhandene Gelegenheitsstruktur¹¹ ausgleichen können.

Die Ausführungen knüpfen dabei an die vorhandenen Publikationen der Arbeitsgruppe Politik und Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern im Themenfeld an.¹² Sie betrachten nach dieser Einleitung zunächst die zur Wahl zugelassenen Parteien, ihren Wahlkampf (2.) und ihr Abschneiden am 4. September 2016 (3.). Daran schließt sich eine detaillierte Ergebnisanalyse mit einem Schwerpunkt auf den erfolgreichsten Kleinstparteien (4.1) sowie ein Blick auf die Einzelbewerber (4.2) an. Abschließend geht es um die Frage, ob Kleinstparteien in Mecklenburg-Vorpommern zur motivierten Chancenlosigkeit verdammt sind (5.).

⁶ Vgl. Christian Nestler, Protest als Selbstzweck? Eine empirische Studie zu Protestzusammenhängen und Parteienwettbewerb in Deutschland, in: Marianne Kneuer (Hrsg.), Standortbestimmung Deutschlands: Innere Verfasstheit und internationale Verantwortung, Baden-Baden 2015, S. 253–277.

⁷ Vgl. Nestler 2013, S. 180; siehe auch: Christian Nestler, Einzelbewerber bei den Bundestagswahlen von 1949 bis 2013: zahlreich, aber chancenlos, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 4 (2014), S. 796–811.

⁸ Hierbei handelt es sich um Kleinstparteien die zu keinem Zeitpunkt in ihrer Wahlgeschichte eine Chance hatten die Sperrklausel zu überwinden aber aus spezifischen Gründen weiterhin antreten. Vgl. Nestler 2013, S. 181.

⁹ Im Besonderen stehen hier die Medien sowie die Persönlichkeit im Mittelpunkt. Hierzu: Frank Brettschneider, Massenmedien und Wahlforschung sowie Siegfried Schumann, Persönlichkeit und Wahlverhalten, in: Jürgen Falter/Harald Schoen (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2014, S. 625–657 und S. 591–624.

¹⁰ Instrukтив als allgemeiner Überblick sind die folgenden Titel: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden 2013; Uwe Kranenpohl/Oskar Niedermayer, Kleinstparteien, in: Niedermayer 2013, S. 663–681.

¹¹ Nestler 2015, S. 262. Als exemplarische Beschreibung für das Vorhandensein einer Gelegenheitsstruktur lohnt der Blick in: Christian Nestler, Die Alternative für Deutschland (AfD) im Wahljahr 2016, abrufbar unter: <https://www.boell.de/de/2016/05/06/die-afd-im-wahljahr-2016> (Stand: 15.04.2016).

¹² Maria Bischoff/Christian Nestler, Die Kleinstparteien und Einzelbewerber, in: Martin Koschkar/Christopher Scheele (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2011, S. 100–110; Sven Klüßner, Die Kleinstparteien und Einzelbewerber, in: Steffen Schoon/Nikolaus Werz (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2006, S. 78–81.

2. Wahlzulassung, Standpunkte und Wahlkampf zur Landtagswahl 2016

Am 19. Mai 2016 hatten bis 18.00 Uhr – Ausschlussfrist – insgesamt zehn¹³ Kleinstparteien ihre Beteiligungsanzeige bei der Landeswahlleiterin eingereicht:¹⁴

1. Alternative für Deutschland (AfD)¹⁵
2. FREIE WÄHLER (FREIE WÄHLER)
3. Deutsche Kommunistische Partei (DKP)
4. Achtsame Demokraten (Die Achtsamen)
5. Freie Demokratische Partei (FDP)¹⁶
6. FREIER HORIZONT
7. Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA)
8. Piratenpartei Deutschland (PIRATEN)
9. Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (Die PARTEI)
10. PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ (Tierschutzpartei)
11. Familien-Partei Deutschlands (FAMILIE)
12. Bündnis C - Christen für Deutschland - AUF&PBC (Bündnis C)¹⁷

Auf Ebene der Kreiswahlleitungen hatten sieben Einzelbewerberinnen und -bewerber, die sich in einzelnen Wahlkreisen um das Direktmandat bemühten, ihre Kandidatur zur Landtagswahl angemeldet:

- | | |
|---|-------------------|
| 1. Wahlkreis 8 (Schwerin I) | Guido Bonn |
| 2. Wahlkreis 11 (Landkreis Rostock I): | Horst Hagemeister |
| 3. Wahlkreis 20 (Mecklenburgische Seenplatte III) | Ingo Handorf |
| 4. Wahlkreis 26 (Stralsund II) | Detlef Lindner |
| 5. Wahlkreis 27 (Nordwestmecklenburg I) | Uwe Landt |
| 6. Wahlkreis 33 (Vorpommern-Rügen IV) | Kathrin Stein |
| 7. Wahlkreis 33 (Vorpommern-Rügen IV) | Uwe Ahlers |

Von ihnen war bisher niemand zu einer Landtagswahl angetreten. Ihre Anzahl liegt über den durchschnittlichen fünf parteilosen Kandidierenden seit 1990. Allerdings sind zur Wahl 1998 bereits einmal zehn Bewerber angetreten, in absoluten Zahlen handelt es sich daher um das

¹³ Entsprechend dem gültigen Wahlrecht, speziell dem Gesetz über Wahlen im Land Mecklenburg-Vorpommern (Landes- und Kommunalwahlgesetz – LKWG M-V) vom 16. Dezember 2010, müssen diese Vereinigungen der Landeswahlleitung bis zum 108. Tag vor der Wahl ihre Beteiligung bei der Wahl schriftlich anzeigen. Dieses Gremium stellt dann fest, ob sie formal die Parteieigenschaft erfüllen. Die in der Liste aufgeführte AfD und FDP werden gleichwohl nicht als Kleinstparteien gezählt, weil sie in mehreren Bundesländern Mandate in Landtagen sowie auf kommunaler Ebene in MV haben.

¹⁴ Amtsblatt für Mecklenburg-Vorpommern 2016, Nr. 25 vom 7. Juni, S. 664.

¹⁵ Entsprechend der Stellung, die die AfD im bundesdeutschen Parteienwettbewerb einnimmt, wird sie in einem eigenen Artikel bearbeitet, siehe den Beitrag von Müller/Rohgalf. In diesem Artikel wird die Partei daher nicht weiter in den Tabellen aufgeführt.

¹⁶ Gemäß der Stellung, die die FDP traditionell im bundesdeutschen Parteienwettbewerb einnimmt, wird sie durch Fischer/Möck in diesem Band selbstständig bearbeitet. In diesem Artikel wird die Partei daher nicht weiter in den Tabellen aufgeführt.

¹⁷ Die AUF – Partei für Arbeit, Umwelt und Familie wurde 2008 als eine christlich-konservative Partei gegründet und fusionierte 2015 mit der Partei Bibeltreuer Christen (PBC) zur neuen Partei Bündnis C.

zweithöchste Aufkommen. Mit Kathrin Stein tritt seit der ersten Landtagswahl erst die zweite Frau, nach Angelika Kraft 2002, als Einzelbewerberin an.

In ihrer inhaltlichen Ausrichtung sind Einzelbewerber sehr divers. Eine Gemeinsamkeit ergibt sich aus dem Dasein der Parteilosigkeit. Grundsätzlich sind die Chancen, einen Wahlkreis gegen Kandidierende von etablierten Parteien zu gewinnen sehr klein, darum ist dies bisher nie der Fall gewesen. Gleichwohl ist eine neue Qualität der Kandidatinnen und Kandidaten zu beobachten, denn sie sind in ihren Gemeinden als ehemals parteigebundene Bürgermeister mit streitbaren Meinungen, aktive Bürger oder bereits zu anderen Gelegenheiten an einem Mandatserwerb Interessierte bekannt. Sie alle dürfen erwarten, dass sie in ihren lokalen Gemeinden eine gewisse Stimmenzahl auch ohne größere mediale Aufmerksamkeit sammeln können. Die Herausforderung ist, sich in den Wahlkreisen gegen etablierte und relativ bekannte Kandidierende der Parteien durchzusetzen. Eine besondere Stellung nimmt in diesem Sinne der gegenwärtige Landtagsabgeordnete Detlef Lindner, ehemals CDU, ein. Er hatte 2011 in eben jenem Wahlkreis, in dem er nun als Einzelbewerber aufgestellt war, das Direktmandat für die Christdemokraten gewonnen.¹⁸ Sein Beispiel zeigt wie schwierig es ist, selbst mit einer soliden regionalen Bekanntheit und finanziellen Ressourcen, aber eben ohne die Bühne und die Rückendeckung, die eine Partei mit sich bringt, ein Direktmandat zu gewinnen (siehe Tab. 2).

Eine andere Seite des Landtagswahlkampfes erleben die Kleinstparteien, die im Sinne einer Maximierung des Zweitstimmenergebnisses ungleich stärker auf landesweite, daher im Regelfall medial vermittelte Aufmerksamkeit angewiesen sind, welche sie aber praktisch kaum bekommen. Im Hinblick auf ihre programmatischen Kernpunkte und das Abschneiden bei vergangenen Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern zeigt sich eine Kombination aus gewöhnlich monothematischer Ausrichtung und niedrigen Wahlergebnissen (siehe Tab. 1). Allerdings fällt hier der Trend auf, dass relativ viele Kleinstparteien trotz der Tatsache, dass sie das erste Mal antreten, verhältnismäßig elaborierte Programme anbieten. Diese gruppieren sich im Regelfall aber um ein Kernthema, welches in ein breiteres Angebot hineinprojiziert wird.¹⁹

Tab. 1: Ergebnisse der zugelassenen Kleinstparteien bei Landtagswahlen seit 1990 (in %)

Partei	1990	1994	1998	2002	2006	2011
ALFA	-	-	-	-	-	-
Bündnis C*	-	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1
Die Achtsamen	-	-	-	-	-	-
Die PARTEI	-	-	-	-	-	0,2
DKP	-	-	-	-	-	-
FAMILIE	-	-	-	-	1,2	1,5
FREIE WÄHLER	-	-	-	-	-	1,1
FREIER HORIZONT	-	-	-	-	-	-
PIRATEN	-	-	-	-	-	1,9
Tierschutzpartei	-	-	-	-	-	-

Quelle: Eigene Darstellung nach Nestler 2013, S. 179.

* Das Bündnis C wurde aus der AUF und der PBC gebildet, daher wurden die Ergebnisse der beiden Parteien von 2011 addiert. Zuvor waren beide getrennt angetreten.

¹⁸ Vgl. o. A., CDU-Landtagsabgeordneter verlässt eigene Partei, in: OZ, abrufbar unter: <http://www.ostseezeitung.de/Vorpommern/Stralsund/CDU-Landtagsabgeordneter-verlaesst-eigene-Partei> (Stand: 15.08.2016).

¹⁹ Für einen Überblick über alle Programme bietet sich ein Blick auf die Informationsseite der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern zur Wahl an. In einer Serie wurden alle Programme zunächst als Wordcloud dargestellt und dann die entsprechenden Parteiinternetseiten verlinkt. Instrukтив für die kleineren Parteien sind Teil 1 (<http://wahlen-mv.de/2016/08/wahlprogramme-auf-einen-klick/>) und Teil 2 (<http://wahlen-mv.de/2016/08/wahlprogramme-auf-einen-klick-teil-2/>) des Dreiteilers (Beide Stand: 15.08.2016).

Anders als die etablierten Parteien setzten 2016 kleine und kleinste Parteien primär auf Themen, was durch die fehlende Bekanntheit der Personen nur folgerichtig ist.²⁰ In der Presseberichterstattung kamen sie allerdings nur sehr bedingt vor. Etwa in der obligatorischen Vorstellung aller Parteien oder im Rahmen von kleinen Interviews.²¹

Eine Ausnahme im Bezug zur begrenzten Wahrnehmung war in mancher Hinsicht die Partei FREIER HORIZONT. Diese war, neben einer verhältnismäßig umfangreichen Presseberichterstattung, beim Kandidatenforum der Ostsee-Zeitung am 10. August in Rostock zusammen mit den relevanten Parteien auf dem Podium vertreten.

Ein Mittel, welches Kleinstparteien je nach Ressourcen in jedem Fall zur Verfügung steht, ist das Hängen von Plakaten und das Schalten von Wahlkampfvideos. Die Dichte der Plakate war je nach Partei sehr unterschiedlich. Hier scheint der FREIE HORIZONT mit rund 25.000 Euro, laut Recherchen der Ostsee-Zeitung, ebenfalls eine herausgehobene Stellung einzunehmen. Die Tierschutzpartei dagegen konzentrierte sich auf spezifische Regionen. Andere Akteure versuchten überall wenigstens etwas Präsenz zu zeigen. Im digitalen Zeitalter ist es je nach der eigenen Reichweite möglicherweise sogar hinreichend Youtube, Facebook und Twitter – verhältnismäßig kostengünstig – zu bespielen und damit in die Fläche des Landes zu wirken. Wie in der Vergangenheit kann gelten, dass die Qualität von Videos und Plakaten sehr unterschiedlich ist. Angesichts der begrenzten Ressourcen ergibt sich häufig eine amateurhafte Kampagnengestaltung, gerade bei Plakaten und Wahlwerbesspots.

3. Das Wahlergebnis

Von den 10 Kleinstparteien und sieben Einzelbewerbern traten zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2016 ALFA, Die Achtsamen, DKP, FREIER HORIZONT und die Tierschutzpartei sowie alle Parteilosen zum ersten Mal im Bundesland an. Außer ALFA, DKP, FAMILIE und der Tierschutzpartei haben alle Kleinstparteien in mindestens einem Wahlkreis Direktkandidierende aufgestellt. Wie der folgenden Darstellung (siehe Tab. 2) zu entnehmen ist, haben die FREIEN WÄHLER als kommunal orientierte Partei die meisten Erststimmen und die Tierschutzpartei die meisten Zweitstimmen auf sich vereinen können. Der Anteil der „Sonstigen“ ist zur Wahl 2011 leicht angestiegen, lag aber noch knapp unter dem Niveau von 1998 (5,7 %). Das lässt sich damit erklären, dass zwar Familienpartei, PIRATEN und die FREIEN WÄHLER ihren Zustimmungszenit im Land überschritten haben und die AfD nicht als Teil der „Sonstigen“ gezählt wird, aber dafür unter den anderen Organisationen ein relativ große Breite in der Zustimmung – auf einem niedrigen Level – erreicht wurde.

Durch die Tatsache, dass deutlich mehr Einzelbewerber zur Wahl angetreten waren, konnten sie ihren summierten Erststimmenanteil signifikant steigern. Horst Hagemeyer war im Wahlkreis 11 (Landkreis Rostock I) relativ gesehen der erfolgreichste Einzelbewerber. Dem ehemaligen CDU-

²⁰ Vgl. Nestler 2013, S. 171–174.

²¹ In dieser Hinsicht hatte die SVZ auf ihrer Internetseite „Fragen an ...“ alle Parteien veröffentlicht und etwa MV1 respektive der NDR bemühten sich auch diese Facette des Parteienwettbewerbs abzubilden. Typisch und in dieser Hinsicht schon als recht umfangreich anzusehen ist die „Wahl-Magazin“ der NNN/SVZ von Anfang September 2016. Hier gelang den FREIEN WÄHLERN der Coup auf jeder Seite eine eigene Anzeige zu schalten. Der Erfolg lässt sich zwar nicht im Stimmenergebnis nachweisen aber im Sinne der begrenzten Aufmerksamkeit für Kleinstparteien war dies eine Min-Max-Strategie.

Landtagsabgeordneten Detlef Lindner gelang es mit seinen rund 1.000 Stimmen, sich vor dem FDP-Bewerber, aber doch deutlich hinter der Wahlkreissiegerin zu positionieren.

Tab. 2: Ergebnis der Kleinstparteien und Einzelbewerber bei der Landtagswahlen 2016

Partei	Erststimmen		Zweitstimmen	
	absolut	prozentual	absolut	prozentual
ALFA	-	-	2.423	0,3
Bündnis C	354	0,0	829	0,1
Die Achtsamen	7.890	1,0	3.753	0,5
Die PARTEI	2.456	0,3	5.051	0,6
DKP	-	-	1.315	0,2
FAMILIE	-	-	6.799	0,8
FREIE WÄHLER	8.515	1,1	4.740	0,6
FREIER HORIZONT	5.793	0,7	6.603	0,8
PIRATEN	369	0,0	3.935	0,5
Tierschutzpartei	-	-	9.674	1,2
Uwe Ahlers	156	0,0	-	-
Guido Bonn	72	0,0	-	-
Horst Hagemeister	2.979	0,4	-	-
Ingo Handorf	454	0,1	-	-
Uwe Landt	144	0,0	-	-
Detlef Lindner	1.042	0,1	-	-
Kathrin Stein	801	0,1	-	-

Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten der Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern.

Im Zusammenhang mit dem Rückblick auf vergangene Landtagswahlen (siehe Tab. 1) sind, im Angesicht der wechselnden Kleinstparteien, Entwicklungstendenzen schwer abzulesen. Es zeigt sich, dass Kontinuität sich in manchen Fällen (Familienpartei) lohnen kann, aber nicht muss (Bündnis C).

4. Ausgewählte „Sonstige“ in der Einzelanalyse

Allgemein kann festgehalten werden, dass auch bei der Landtagswahl 2016 einige Wählerinnen und Wähler mit ihrer Stimme für eine Partei aus dem Spektrum der „Sonstigen“ votiert haben. Dabei sind jedoch starke Unterschiede zwischen den Parteien nachweisbar, die im Folgenden, teils detaillierter, betrachtet werden sollen. Die Familienpartei etwa hat im Bundesland gut 40 Prozent ihres Stimmenergebnisses von 2011 eingebüßt. Das ist auf dem für die kleinsten Akteure schwierigen Wählermarkt nicht an sich überraschend, allerdings ist gerade Mecklenburg-Vorpommern in der Vergangenheit eine sukzessiv wachsende „Hochburg“ der Partei gewesen. Der Bundesvorsitzende Arne Gericke kommt aus dem Land und ist nach guten Ergebnissen, in relativ gut sicht- und hörbaren Wahlkämpfen²² 2006 und 2011, bei der Europawahl 2014 in das Europäische Parlament eingezogen.²³ Dort ist er als Teil der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen (EKR) eine der treibenden Kräfte hinter dem Ausschluss der AfD-Abgeordneten Beatrix von Storch und Marcus Pretzell gewesen.²⁴ Hinzu kommt, dass der Wahl-

²² Vgl. Bischoff/Nestler 2011, S. 107–109.

²³ Vgl. Christian Nestler/Sarah Schütt, Die Europawahl 2014, in: Christian Nestler/Christopher Scheele (Hrsg.), Die Kommunalwahlen 2014 in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2014, S. 17–32.

²⁴ Vgl. Thomas Volkmann, Bringt er die AfD in Brüssel zu Fall?, in: NNN, 11.03.2016.

werbespot der Partei ihre klassische Botschaft – Familie – auf einem vergleichsweise hohen qualitativen Niveau präsentiert hat. Gleichwohl gab es im Bundesland kaum oder keine Wahlplakate und auf die Aufstellung von Direktkandidaten wurde gleichfalls verzichtet.

4.1. Die Tierschutzpartei

Mit 1,2 Prozent der Zweitstimmen hat die Tierschutzpartei im Bundesland einen Achtungserfolg errungen. Grundsätzlich kann gelten, dass die Partei in den urbanen Zentren stärker abgeschnitten hat als in den kleinen Gemeinden (< 2.000 Wahlberechtigte). Dabei war sie in Vorpommern stärker als in Mecklenburg. Ihre besten drei Gemeindeergebnisse erzielte die Tierschutzpartei im Treptower Tollensewinkel (5,3 %), Torgelow-Ferdinandshof (4,8 %) und in der Seenlandschaft Waren (4,1 %).

Mit Blick auf die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im März 2016, bei der sie 1,5 Prozent neben der Tierschutzallianz (1,0 %) erringen konnte, kommt das Ergebnis nicht völlig überraschend. Allerdings ist es in Ermangelung von Umfragen, die die kleinsten Parteien einbeziehen – was statistisch auch so gut wie unmöglich wäre –, immer schwierig, definitive Potentiale zu benennen. In ihrer politischen Ausrichtung verfolgt die Partei grundsätzlich die Themen Tierschutz, Tierrechte sowie Umweltpolitik.²⁵ Eine landesspezifische Ausrichtung gab es über diese Monothematik hinaus nicht, es sei denn, diese wurde durch die Kandidierenden in ihrer Umsetzung des Wahlkampfes eingebracht.²⁶

Im Fall von Mecklenburg-Vorpommern errang die Partei am Wahltag eine kritische Bedeutung, weil sie mit einem durch Infratest dimap ermittelten Wählerabzug von rund 4.000 Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen ein Grund für den verfehlten Wiedereinzug in den Landtag dieser Partei war.²⁷ Bezüglich des Kriteriums der Wählbarkeit gilt normalerweise, dass eher die wahrscheinlich im Parlament sitzenden und thematisch breiter aufgestellten Organisationen bevorzugt werden. In der ökologischen Nische scheint dagegen die singuläre Beschäftigung mit einem Thema eine größere Relevanz zu haben. Konkret entscheidet man sich mit einer Stimme für die Tierschutzpartei für Tierschutz, bei den Bündnisgrünen kommen zahlreiche andere Positionen hinzu.

4.2. FREIER HORIZONT

Die Partei FREIER HORIZONT wurde im Februar 2016 in Altentreptow, nördlich von Neubrandenburg, gegründet. Sie entstand aus insgesamt 40 Bürgerinitiativen, die sich in einem Aktionsbündnis gegen den, aus ihrer Sicht, „unkontrollierten Ausbau von Windkraftanlagen“ zusammengeschlossen hatten. Die Partei wendet sich gegen die in ihren Augen „völlig aus dem Ruder gelaufene Umsetzung der Energiewende“²⁸ und fordert, die „Verspargelung der Land-

²⁵ Für eine Darstellung der Parteigeschichte seit ihrer Gründung 1993 siehe: Paul Lucardie, Die Tierschutzpartei (Mensch Umwelt Tierschutz) in: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden 2013, S. 422–425.

²⁶ Vgl. o. A., Landtagswahl 2016 – Drei Fragen an Robert Gabel (Tierschutzpartei), abrufbar unter: www.svz.de/deutschland-welt/landtagswahl-mv-2016-drei-fragen-an-robert-gabel-tierschutzpartei-id14643936.html (Stand: 21.09.2016).

²⁷ Entsprechend der Daten zur Wählerwanderung, welche von Infratest dimap erhoben wurden.

²⁸ Parteiprogramm des FREIER HORIZONTs, abrufbar unter: <http://partei.freier-horizont.de/partei-programm/> (Stand: 19.09.2016).

schaft²⁹ einzudämmen. Zum Parteivorsitzenden wurde der 56-jährige Tierarzt Norbert Schumacher gewählt, der zuvor als Sprecher dem Aktionsbündnis vorstand. Der FREiE HORIZONT sieht sich selbst nicht als Ein-Themen-Partei, sondern möchte sich unter dem Motto „Politik aus Notwehr“ gezielt für andere Belange der Bürger einsetzen. Schumacher begründet dies in erster Linie mit dem Rückzug des Staates aus der Fläche und einer damit einhergehenden Entfremdung der Politik vom einzelnen Bürger.³⁰ Direktdemokratische Elemente sind für die Partei von ebenso großer Bedeutung, wie die gleiche Entwicklung der Landesteile Mecklenburg und Vorpommern, Natur- und Umweltschutz sowie Bildungs- und Kulturpolitik.

Im Vorfeld der Landtagswahl 2016 erhielt der FREiE HORIZONT eine vergleichsweise große Aufmerksamkeit von den Medien. So war Spitzenkandidat Schumacher zu einem Kandidatenforum der Ostseezeitung am 10. August ebenso eingeladen wie Vertreter aller bisher im Land etablierten Parteien und der AfD. Zudem war die mediale Berichterstattung über den FREiEN HORIZONT deutlich größer als die über andere Parteien, die im Vorfeld der Wahl neu gegründet wurden, wie etwa bei der Partei „Die Achtsamen“³¹. Das lag nicht zuletzt daran, dass sich die Partei mit kuriosen Forderungen selbst in die Medienöffentlichkeit drängte: So sollten alle 1,3 Millionen Wahlzettel neu gedruckt werden, weil darauf kein eigenes Parteikürzel angegeben war. Zwar schaffte der FREiE HORIZONT es damit in die Satiresendung extra3, die der Partei einen eigenen Beitrag widmete, doch da der FREiE HORIZONT selbst in seiner Satzung festlegt, über keine Kurzbezeichnung zu verfügen, lehnte die Landeswahlleiterin die Forderung als unbegründet ab.³² Zudem initiierte die Partei im Vorfeld der Landtagswahl einen eigenen Wahlkampfsong auf Plattdeutsch, der bei sämtlichen Wahlveranstaltungen sowie im Wahlwerbespot wiedergegeben wurde. Neben dem üblichen Plakatwahlkampf setzte der FREiE HORIZONT zudem auf ein Wahlkampfmobil, welches mit einem Segelboot auf dem Anhänger durch das Land fuhr, den Anti-Windkraft-Song präsentierte und zur Wahl der Partei aufrief. Hieraus leitet sich eine vergleichsweise hohe Bekanntheit im Bundesland ab.

Da die Demoskopien im Vorfeld der Landtagswahl keine Werte für die Partei abgefragt hatten, war das Ergebnis am Wahlabend mit Spannung erwartet worden. Jedoch fiel das Resultat von 0,8 Prozent der Zweitstimmen ernüchternd aus, da der Einzug in den Landtag klar verfehlt wurde. Ihr bestes Resultat erreichte die Partei im Wahlkreis 14 (Mecklenburgische Seenplatte II), in welchem sie 4,6 Prozent der Zweitstimmen erreichte.³³ Zu diesem Wahlkreis gehörten neben dem Gründungsort des FREiEN HORIZONTS, Altentreptow, viele weitere Gemeinden, auf deren Gemarkung zahlreiche Windkraftanlagen stehen, sodass sich der deutlich erhöhte Wahlerfolg in jenem Kreis erklären lässt. In allen weiteren Wahlkreisen pendelte das Resultat um die 0,8 Prozent, teils etwas darüber, teils darunter. Auch wenn die Ergebnisse dabei nur um Nuancen variierten, kann eine leichte Tendenz dazu festgestellt werden, dass die Partei höhere Resultate in

²⁹ Silke Hasselmann, Weiden, Windkraft, Windkrafträder, in: Deutschlandfunk, abrufbar unter: http://www.deutschlandfunk.de/mecklenburg-vorpommern-vor-der-wahl-weiden-werften.724.de.html?dram:article_id=364626 (Stand: 17.09.2016).

³⁰ Birgit Sander, Windkraftkritiker gründen Partei „Freier Horizont“, in: SVZ, abrufbar unter: <http://www.svz.de/regionales/mecklenburg-vorpommern/windkraftkritiker-gruenden-partei-freier-horizont-id12860311.html> (Stand 19.09.2016).

³¹ Siehe Kapitel 4.3.

³² Vgl. o. A., Freier Horizont fordert neue Wahlzettel, in: NDR, abrufbar unter: http://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/landtagswahl_mv_2016/Freier-Horizont-fordert-neueStimmzettel,stimmmzettel154.html (Stand: 19.09.2016).

³³ Siehe Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern, abrufbar unter: http://wahlen.mvnet.de/showHtmlContent.php?datei=L_WK14.htm&wahl=L&folder=2016_land (Stand 19.09.2016).

ländlichen, stark von Windkraft geprägten Regionen verzeichnen kann, während das Ergebnis im urbanen Milieu eher marginal ist. Obwohl die Partei aufgrund des Wahlergebnisses nicht in den Genuss der Parteienfinanzierung kommt und somit ein großes Defizit angehäuft hat³⁴, kündigte der Parteivorsitzende Schumacher nach der Wahl an, dass der FREiE HORIZONT auch zukünftig seine Arbeit fortsetzen wolle.³⁵

4.3. Die Achtsamen

Streng genommen gehören Die Achtsamen nicht zu den stärksten Kleinstparteien. Abseits der bereits besprochenen wäre die Partei Die PARTEI an dieser Stelle zu betrachten. Nichtsdestotrotz ist es dieser Zusammenschluss von parteilosen Bürgermeistern, der im Besonderen ein Thema platziert hat, welches im agrarisch geprägten Flächenbundesland Mecklenburg-Vorpommern von gegenwärtiger und zukünftiger Relevanz ist. In einem zunehmend von der Europäischen Union geprägten Handlungsrahmen, der zusätzlich durch finanzielle Zwänge und die großen Strukturen nach der Kreisgebietsreform von 2011 bestimmt wird, setzen Die Achtsamen auf die Bedeutung der Gemeinde, die Stärkung „der Arbeit vor Ort“.³⁶

Die Partei wurde 2013 als „Achtsame Demokraten – die Hiddenseepartei“ von dem langjährigen CDU-Mitglied und Hiddenseer Bürgermeister Thomas Gens gegründet. Gens war bereits zur Landtagswahl 2011 als Direktkandidat im Wahlkreis Rügen I für die CDU angetreten, hatte jedoch klar gegen Ingulf Doning (SPD) verloren.³⁷ Kurz vor der Wahl war publik geworden, dass Gens einst Mitglied der rechtsextremen DVU war, sodass sich die Landes-CDU folglich von ihm distanzierte. Zudem wurde Gens daraufhin aus der CDU ausgeschlossen, als Parteilooser blieb er jedoch Bürgermeister der Insel Hiddensee. Sein Ortsverband folgte ihm in die Parteilosigkeit und zur Landtagswahl 2016 gelang es, weitere parteilose Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für die eigene Sache, die „Achtsamen Demokraten“, zu gewinnen. Inhaltlich setzte die Partei auf die aus ihrer Sicht kommunal bewiesene Kompetenz, welche nun im Schweriner Schloss die Verzahnung zwischen lokaler und Landesebene verbessern sollte.³⁸

Im Gegensatz zum Landesergebnis liegen die besten zehn Gemeinden der Partei nach Zweitstimmenergebnis zwischen 6,6 (Ummanz) und 23,9 Prozent (Pasee), im Regelfall also dort, wo die Bewerberinnen und Bewerber auch in kommunaler Verantwortung sind.

³⁴ Alle Parteien, die mindestens ein Prozent der Stimmen bei Landtagswahlen gewinnen, erhalten infolge der Parteienfinanzierung bis zur nächsten Wahl jährlich 0,70 Euro pro für sie abgegebener, gültiger Stimme.

³⁵ Joachim Mangler, Freier Horizont macht weiter, in SVZ, abrufbar unter: <http://www.svz.de/regionales/mecklenburg-vorpommern/politik/freier-horizont-macht-weiter-id14805341.html> (Stand: 20.09.2016).

³⁶ Vgl. o. A., Achtsame Demokraten: „Arbeit vor Ort stärken“, abrufbar unter: www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/landtagswahl_mv_2016/Achtsame-Demokraten-Arbeit-vor-Ort-staerken,achtsame100.html (Stand: 17.09.2016).

³⁷ Die Situation im Wahlkreis Rügen I erwies sich 2011 als besonders skurril: Aufgrund des plötzlichen Todesfalls des CDU-Kandidaten Udo Timm wurde die Wahl in jenem Wahlkreis um zwei Wochen verschoben und Thomas Gens kurzfristig als CDU-Spitzenkandidat nachnominiert. Vgl. Steffen Schoon, Regionale und soziale Strukturmodelle des Wählerverhaltens, in: Martin Koschkar/Christopher Scheele (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2011, S. 18–33, hier: S. 23.

³⁸ Detaillierte Informationen finden sich auf der Facebookseite sowie den beiden bekannten Homepages: www.hiddenseepartei.de und www.achtsamkeit-2013.de (Stand: 17.09.2016).

4.4. Einzelbewerber Horst Hagemeister

Der Einzelbewerber Horst Hagemeister trat zur Landtagswahl 2016 im Wahlkreis 11 (Landkreis Rostock I) an und konnte dort 10,5 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Damit war er relativ gesehen der erfolgreichste Einzelbewerber der Landtagswahl 2016. Hagemeister, Jahrgang 1961, ist einem Großteil der Bevölkerung in seinem Wahlkreis als ehrenamtlicher Bürgermeister der Ostseegemeinde Börgerende-Rethwisch bekannt. Als solcher äußerte das CDU-Mitglied im Oktober 2015, dass er „keine Flüchtlinge in seiner Gemeinde haben wolle, da diese die Urlauber in dem Küstenort vergraulen könnten“. Weiter führte er fort, dass Ferienhäuser und -wohnungen (...) keine Alternative zur Unterbringung von Geflüchteten seien. „Erstens wisse er, Hagemeister, nicht, ob (die Flüchtlinge, Anm. d. A.) zur Urlaubssaison die Wohnungen wieder verlassen hätten und zweitens sei auch ungewiss, in welchem Zustand die Wohnungen sich dann befänden.“³⁹ Diese Aussagen brachten dem hauptberuflichen Heizungsbauer ein gewaltiges Medien-echo und harsche Kritik von anderen Parteien und auch aus der CDU ein, sodass er sich entschied auszutreten und als Parteiloser seine Arbeit als Bürgermeister weiterzuführen.⁴⁰ Bis zum Fristende am 19. Mai 2016 reichte Hagemeister seine Bewerbung als Einzelkandidat für die Landtagswahl 2016 im Wahlkreis 11 ein, zu dem auch seine Heimatgemeinde Börgerende-Rethwisch zählt. Dabei erlangte der parteilose Mittfünfziger am 4. September dann ein beachtliches Ergebnis und konnte sich knapp hinter der Kandidatin der Linkspartei positionieren.⁴¹ Stefanie Drese (SPD), die das Direktmandat in diesem Wahlkreis gewinnen konnte, lag mit 29,3 Prozent jedoch deutlich vor ihm.

5. Fazit und Ausblick: Die „Kleinen“ – motiviert aber chancenlos

Das Wahlergebnis vom 4. September hat es ein weiteres Mal bestätigt: kleine strukturschwache Akteure haben keine nennenswerte Chance, Sitze im Schweriner Schloss zu gewinnen. Sie sind nicht bekannt genug, ihnen fehlen die Mittel um eine anderweitig kaum vorhandene mediale Präsenz zu erreichen und sie schaffen es letztlich nicht, die Wählerinnen und Wähler von der Relevanz der durch sie gesetzten Themen zu überzeugen. Das Bundesland ist in dieser Hinsicht eine Bastion gegen elektorale Neulinge.⁴²

Allerdings gibt es offensichtlich Parteien die den Sprung kurz- und mittelfristig schaffen. In diesem Sinn hat die rechtsextreme NPD durch eine sehr spezifische Strategie eine Basis geschaffen, um 2006 und 2011 in den Landtag einziehen zu können.⁴³ Ebenfalls konnte die AfD trotz weitestgehend fehlender Strukturen und Bekanntheit des politischen Personals eine für Mecklenburg-Vorpommern ausgesprochen hohe Stimmenzahl von 20,8 Prozent erringen.⁴⁴ In beiden

³⁹ Vgl. o. A., Bürgermeister will keine Flüchtlinge im schmucken Küstenort, in: Nordkurier, abrufbar unter: <http://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/buergermeister-will-keine-fluechtlinge-im-schmuckenkuestenort-1418082410> (Stand: 17.09.2016).

⁴⁰ Vgl. OZ, Umstrittener Bürgermeister verlässt die CDU, in: OZ, abrufbar unter: <http://www.ostsee-zeitung.de/Region-Rostock/Bad-Doberan/Umstrittener-Buergermeister-verlaesst-die-CDU> (Stand: 17.09.2016).

⁴¹ Siehe Tabelle 2.

⁴² Neue Parteien tun sich zwar auch in anderen Bundesländern schwer damit, Fuß zu fassen, jedoch sind die Voraussetzungen in strukturschwachen Flächenländern weniger günstig, als beispielsweise in dicht bevölkerten Stadtstaaten.

⁴³ Siehe den Beitrag von Heinrich/Kuberzig in diesem Band; sowie: Gudrun Heinrich/Steffen Schoon, Die NPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Koschkar/Nestler/Scheele 2013, S. 145–168.

⁴⁴ Siehe den Beitrag von Müller/Rohgalf in diesem Band.

Fällen kann von einer individuellen Gelegenheitsstruktur gesprochen werden, die die Erfolge befördert hat.

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass, wenn Struktur und Gelegenheit fehlen, ein Mandatserwerb sehr unwahrscheinlich, um nicht zu sagen unmöglich ist. Das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass jene Akteure, die am Wahltag nur „Sonstige“ heißen, ein wichtiger Bestandteil des Parteienwettbewerbs im Bundesland und der gesamten Bundesrepublik sind. Durch die Kampagne von FREIER HORIZONT etwa wurde ein Thema in den Wahlkampf eingebracht, welches ohne diese Partei anders behandelt worden wäre. Die Piratenpartei mag keine auffällige Rolle gespielt haben, doch ihre Position in Fragen von Breitbandinternet – die sich als Selbstverständlichkeit bereits seit ihrer Gründung in ihren Programmen findet – hat Eingang in die Agenden der etablierten Parteien gefunden. Mit der Vereinigung parteiloser Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zu den „Achtsamen Demokraten“ ist abseits der Einzelbewerber ein zugegebenermaßen parteiförmiges Vehikel als Gegenangebot zu „normalen“ Parteien angetreten. Die Platzierung von kommunalen Themen auf der Landesebene, gerade der Widerstreit von Amtsverwaltung und durch die Bevölkerung gewählten ehrenamtlichen Gemeindevertreterinnen und -vertretern, kann als Zeichen verstanden werden, dass hier neue Dialogformen gefunden werden sollten. Das Kollektiv lässt sich am besten mit den „Dauerbrennern“ abrunden. Egal ob es die Familienpartei oder die bei dieser Wahl gemeinsam angetretenen AUF und PBC als Bündnis C sind, sie alle sind mit den engagierten Einzelbewerbern das Salz in der Suppe des politischen Wettbewerbs.

TEIL III: THEMATISCHE ASPEKTE UND ANHANG

Frauen in der Politik – Die Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern

*Conchita Hübner-Oberndörfer/Christian Nestler*¹

1. Einleitung: Frauenförderung zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Die Gleichberechtigung und Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein Ziel der deutschen Gesellschaft, welches mit Artikel 3 des Grundgesetzes sogar Verfassungsrang hat. Es zeigt sich dennoch, dass in den inzwischen 67 Jahren des Bestehens der Bundesrepublik damit eine Zielbeschreibung, kein faktisches Ergebnis verknüpft ist. Tatsächlich sind Frauen je nach Lebensbereich weiterhin gegenüber Männern benachteiligt, nicht zuletzt in Fragen des Einkommens. Diese negative Umstandsbeschreibung sollte indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass auf dem Weg zur Gleichstellung seit den 1950er Jahren große Schritte gemacht wurden.

Schaut man exemplarisch auf den politischen Raum, waren etwa nach der Bundestagswahl 1972 nur fünf Prozent der Abgeordneten weiblich. Auf Länderebene sind es zu diesem Zeitpunkt gut doppelt so viele. Seit den 1980er und 1990er Jahren bis in die frühen 2000er stieg der Frauenanteil in den Parlamenten, vor allem wegen der Einführung innerparteilicher Quoten, auf rund 30 Prozent an. Seitdem stagniert die Entwicklung und die Zahl der Frauen ist je nach Bundesland und Ebene grundsätzlich niedriger als der Männeranteil und z.T. sogar rückläufig. Mecklenburg-Vorpommern bildete in dieser Frage keine Ausnahme, sondern lag auf leicht überdurchschnittlichem Niveau im generellen Trend (siehe Abbildung 1).

Der vorliegende Beitrag wird in der gebotenen Kürze die Entwicklung seit 1990 nachzeichnen (2.), um dann explizit die Landtagswahl 2016, von der Listenaufstellung bis zum Wahlergebnis, in den Blick zu nehmen (3.). In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass, wenn Parteien, die auf eine Quote bzw. ein Quorum verzichten, ins Schweriner Schloss einziehen, der Frauenanteil fällt. Das starke Abschneiden der AfD², die auf ihrer Liste bei 26 Kandidierenden nur zwei Frauen hatte (7,69 %), nimmt hier die negative Entwicklung bereits vorweg. Zum Abschluss werden die Auswirkungen der neuen Zusammensetzung des Parlaments für die Frauen und die Frage der Gleichstellung diskutiert (4.).

2. Frauen in der Politik in Mecklenburg-Vorpommern

Betrachtet man lediglich die gut dokumentierte³ Landesebene, ist zunächst festzustellen, dass in den sechs Landtagswahlen seit der deutschen Wiedervereinigung bis 2011 insgesamt 228 Abgeordnete ein Mandat erringen konnten. Davon waren 63, also 27,63 Prozent Frauen. Gemein ist ihnen, dass

¹ Die folgenden Ausführungen schließen an die Studie „Engagiert vor Ort – Aktiv für die Gesellschaft“, die im Zeitraum 2014 bis 2016 im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern erarbeitet wurde. Gerade die Abschnitte 1. und 2. verstehen sich als Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse. Die gesamte Studie ist abrufbar unter: <http://www.regierung-mv.de/Landesregierung/sm/Frauen-und-Gleichstellung/Frauen-und-Gleichstellung/Frauen-und-Politik/> (Stand: 12.09.2016).

² Bis zum Sonderparteitag in Binz auf Rügen Ende Mai hatte die Schweriner AfD-Kandidatin Petra Federau noch auf Listenplatz drei gestanden. Siehe hierzu den Beitrag von Müller/Rohgalf. Der Anteil von Frauen auf der Landesliste war allerdings ebenfalls nur 11,11 Prozent.

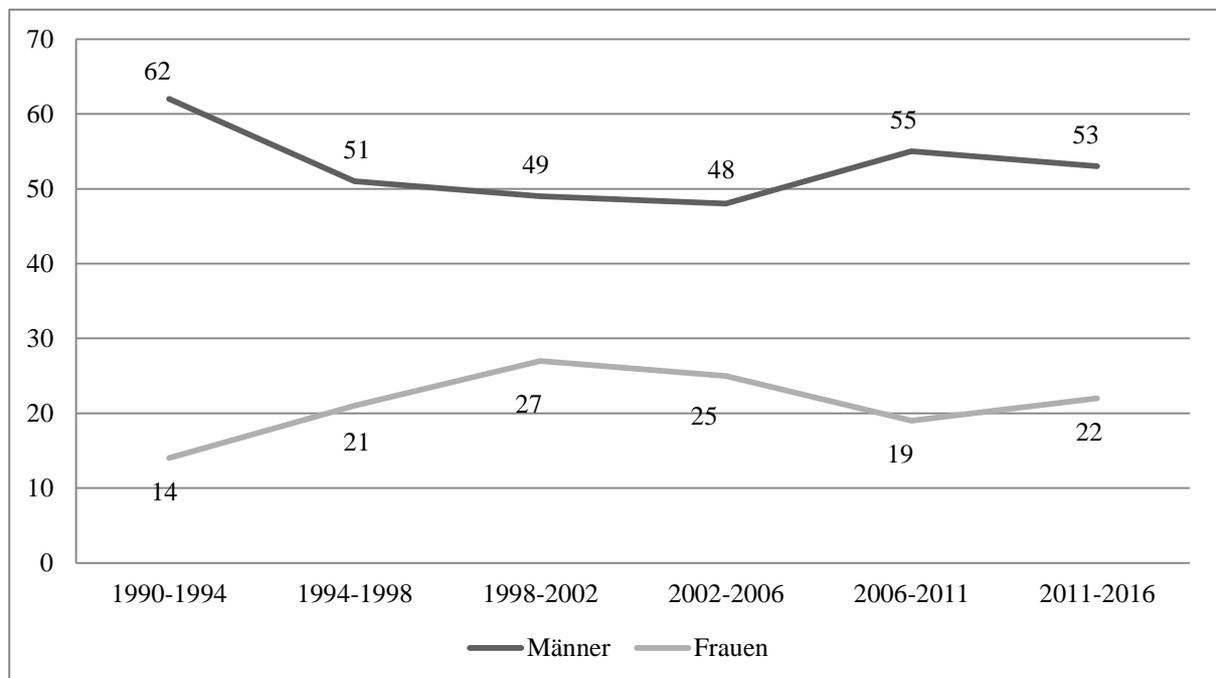
³ Für den Landtag gibt es in jeder Legislaturperiode mehrere Ausgaben eines Datenhandbuches, welches alle Abgeordneten mit Kurzbiographien und Funktionen auflistet.

sie, wie es typisch für die östlichen Flächenbundesländer ist, alle eine formal hohe Bildung haben. Hierin liegt eine Distinktion in der Breite seit 1990 zu den westlichen Bundesländern.

Im Detail zeigt sich (siehe Abb. 1), dass unter Einbeziehungen aller Mandatsträgerinnen und -träger, nicht nur jener die am jeweiligen Wahltag eingezogen sind, die für das Bundesgebiet beschriebene Entwicklung eines Anstieges bis in die frühen 2000er von einer Regression respektive Stagnation abgelöst wird. Nach den ersten freien Wahlen betrug der Frauenanteil im Landtag 18,42 Prozent. Er stieg bis 2002 auf 35,53 Prozent, fiel 2006 auf 25,68 Prozent und lag nach der Wahl von 2011 bei knapp unter 30 Prozent.

Dabei spielte die parteipolitische Zusammensetzung des Parlaments eine große Rolle. Das Ergebnis von 2006 wird beispielsweise nachvollziehbar, wenn man den Einzug der NPD mit sechs Männern und der FDP mit sieben Abgeordneten, unter diesen nur eine Frau, in Rechnung stellt. Der Anstieg 2011 ist eine direkte Folge des Ausscheidens der FDP und des Einzug von Bündnis 90/Die Grünen mit vier weiblichen und drei männlichen Abgeordneten.

Abbildung 1: Geschlechterverteilung in den Legislaturperioden von 1990 bis 2011



Quelle: Eigene Darstellung nach Hübner-Oberndörfer/Nestler 2016, S. 17.⁴

In der Spitze, d.h. bei der Besetzung von Ministerien und Staatssekretärsposten, setzt sich dieses Bild fort. Es waren in den bisher sechs Legislaturperioden nie mehr als drei Ministerien weiblich besetzt. Gleichwohl ist zu beobachten, dass etwa der Bereich Finanzen seit 1990 und Soziales mit einer zweijährigen Unterbrechung (2006-2008) durchgängig von Frauen geführt wurde.

Die hier geschilderte Beschreibung der Entwicklung seit 1990 war nach der Landtagswahl 2011 Anlass, das Ziel mehr Frauen für die Politik zu gewinnen in den Koalitionsvertrag aufzunehmen. Es ging darum, Frauen zu ermutigen „sich in der Politik zu engagieren“. Es wird im Folgenden zu prüfen sein, inwieweit das Ziel erreicht wurde und wie das Thema in den Koalitionsverhandlungen 2016 präsent war respektive, welche Rolle es spielte.

⁴ Zahlen entsprechend des Verhältnisses über die gesamte Legislaturperiode. Durch die Berücksichtigung von Nachrückenden, sind es zum Teil mehr als 71 in der Addition der männlichen und weiblichen Abgeordneten.

3. Wahlprogramme, Listenaufstellung und Wahlergebnis

In den Wahlprogrammen der zukünftig im Schweriner Schloss vertretenen Parteien wurde den Themen Frauen in der Politik, Gleichstellung/Gender Mainstreaming, Gleichberechtigung, Frauenförderung etc. unterschiedlich viel Raum eingeräumt.

Die SPD bezeichnet die Gleichstellung von Frauen und Männern als eine wichtige Aufgabe. Sie schließt sich der Forderung der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nach Entgeltgleichheit in Ost und West, zwischen Mann und Frau an.⁵ Diese Forderung wird auch von der Linkspartei erhoben.⁶ Darüber hinaus wird geplant, gemeinsam mit der Wirtschaft eine landesweite Kampagne „Frauen in Führungspositionen“ ins Leben zu rufen. Auch in der Landesverwaltung soll durch Netzbildung und ein Mentoringprogramm der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden. Diese Bemühungen sollen auf die Universitäten und Hochschulen ausgedehnt werden, mit dem Ziel „gleiche Chancen für Frauen und Männer zu schaffen, in wissenschaftliche Spitzenpositionen aufzurücken.“⁷

Für das Thema Gleichstellung gibt es im SPD-Wahlprogramm ein eigenes Kapitel. Darin wird festgestellt, dass „Gender Mainstreaming [sich] als Strategie zur Umsetzung dieser Querschnittsaufgabe [...] auf Landesebene bereits etabliert“ hat und an dessen gesamtgesellschaftlicher Umsetzung konsequent festgehalten werden soll. Dazu gehört auch eine geschlechtersensible Bildung.⁸

Im Wahlprogramm der CDU mit dem Titel „Heimat im Mittelpunkt“ gibt es relativ wenige Aussagen zu o.g. Thematik. Die CDU sieht sich den Artikeln im Grundgesetz verpflichtet und tritt für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ein. Darüber hinaus möchte sie erreichen, dass mehr Frauen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik, also MINT-Fächer, studieren und Berufe in diesem Bereich ergreifen.⁹

Die Linke fordert in ihrem Wahlprogramm „Aus Liebe zur Heimat“ Gleichstellung als gelebte Realität. Dazu gehört für sie, dass Gender Mainstreaming als durchgängiges Prinzip umgesetzt wird. Gezielte Förderung soll in den Bereichen wirksam werden, in denen Frauen benachteiligt sind.¹⁰ Außerdem tritt die Partei in ihrem Wahlprogramm dafür ein, „die Struktur der ehren- und hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten in den Landkreisen und kreisfreien Städten [zu] erhalten und weiter auszubauen.“¹¹ Dem Thema „Frauen gezielt fördern“ wird im Wahlprogramm ein eigener Abschnitt gewidmet. Die LINKE möchte den „Anteil von Frauen in Führungspositionen in den landeseigenen Unternehmen, der Wissenschaft, Politik und Verwaltung schrittweise auf 50 Prozent [...] erhöhen“.¹²

Die vierte im neuen Landtag vertretene Partei, die AfD, hat in ihrem Wahlprogramm lediglich Aussagen zum Thema Familie, die sie als Einheit von „Vater, Mutter, Kinder und ältere[r] Generation“¹³ beschreibt. Andere Lebensweisen und -entwürfe werden von ihr ebenso abgelehnt wie

⁵ Vgl. SPD MV, Gemeinsam auf Kurs. Regierungsprogramm für ein modernes und sozial gerechtes Mecklenburg-Vorpommern, Neubrandenburg 2016, S. 3.

⁶ Vgl. Die LINKE MV, Aus Liebe zu M-V. Programm zur Landtagswahl 2016, Schwerin 2016, S. 38.

⁷ Vgl. SPD MV 2016, S. 3.

⁸ Ebd. S. 37–39.

⁹ Vgl. CDU MV, Heimat im Mittelpunkt. Wahlprogramm der CDU Mecklenburg-Vorpommern, S. 8 und 14.

¹⁰ Vgl. Die LINKE MV 2016, S. 38.

¹¹ Vgl. ebd.

¹² Vgl. ebd.

¹³ Vgl. AfD MV, Landeswahlprogramm 2016, Schwerin 2015, S. 3.

die „Frühsexualisierung“ von Kindern, das Gender Mainstreaming und die als „unwissenschaftlich“ bezeichneten Gender Studies an Universitäten.¹⁴

Insgesamt gesehen kann eine große Übereinstimmung bei den programmatischen Aussagen zum Thema Frauen und Gleichstellung zwischen den Wahlprogrammen der SPD und der Partei Die LINKE festgestellt werden. Schnittmengen gibt es zwischen CDU und SPD vor allem in den Bereichen Gleichberechtigung und Orientierung von Frauen auf die zukunftsfähigen MINT-Berufe. Die AfD arbeitet sich aus einem sehr konservativen Familienbild heraus an dem Thema ab und lehnt die Auflösung traditioneller Rollenbilder, als Teil des insgesamt durch die Partei in der Gegenwart wahrgenommenen Identitätsverlustes, ab.

Zur Landtagswahl 2016 traten in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 389 Personen an. Darunter waren 99 Frauen (25,5 %) und 290 Männer.¹⁵ Zur Landtagswahl 2011 waren es noch 396 Personen, darunter 102 Frauen gewesen. Damals betrug der Frauenanteil unter den Kandidierenden 26 Prozent.

Schaut man sich die Listenzusammensetzung der relevanten Parteien im Einzelnen an, ist zu sehen (siehe Tab. 1), dass alle Parteien, außer Bündnis 90/Die Grünen, keine Parität in der Zusammensetzung erreichen. Angesichts der Tatsache, dass selten mehr als 25 Plätze der Liste es ins Parlament schaffen, ist das nicht an sich von Bedeutung, aber ein Ausdruck dafür, dass die Möglichkeiten für eine vollständige Gleichstellung nur bedingt vorhanden sind.

Tab. 1: Geschlechterverteilung bei den Kandidierenden und im Wahlumsatz 2011 und 2016

	2011			2016								
	Wahlumsatz			Liste			Wahlkreis			Wahlumsatz		
	t.	♀ (%)	♂ (%)	t.	♀ (%)	♂ (%)	t.	♀ (%)	♂ (%)	t.	♀ (%)	♂ (%)
SPD	27	7 (26)	20 (74)	34	14 (41)	20 (59)	36	12 (33)	24 (67)	26	7 (27)	19 (73)
CDU	18	2 (11)	16 (89)	47	11 (23)	36 (77)	36	5 (14)	31 (86)	16	4 (25)	12 (75)
Die LINKE	14	7 (50)	7 (50)	29	11 (38)	18 (62)	36	13 (36)	23 (64)	11	6 (55)	5 (45)
B90/Grüne	7	4 (57)	3 (43)	25	13 (52)	12 (48)	36	15 (42)	21 (58)	-	-	-
FDP	-	-	-	18	1 (6)	17 (94)	32	1 (3)	31 (97)	-	-	-
NPD	5	0 (0)	5 (100)	20	1 (5)	19 (95)	-	-	-	-	-	-
AfD	-	-	-	26	2 (8)	24 (92)	36	3 (8)	33 (92)	18	1 (6)	17 (94)
Σ	71	20 (28)	51 (72)	199	53 (27)	146 (73)	212	49 (23)	163 (77)	71	18 (25)	53 (75)

Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten der Landeswahlleiterin. Alle Angaben in Prozent sind gerundet.

Unter den am 4. September gewählten 71 Abgeordneten sind 18 weiblich. Damit sinkt der Frauenanteil im Landtag auf 25,3 Prozent und erreicht den niedrigsten Wert seit 1994. Dabei lassen sich zwischen den Landtagsparteien große Unterschiede nachweisen. Während Die LINKE erneut mehr weibliche als männliche Mandatsträger hat (54,5 %), gibt es in der AfD-Fraktion lediglich eine Frau (5,5 %).

Die SPD-Fraktion setzt sich nunmehr aus 19 Männern und sieben Frauen zusammen (26,9 %). Damit wird nach absoluten Zahlen der zweitniedrigste sozialdemokratische Frauenanteil seit 1994 erreicht; 2006 gab es sechs Frauen. Hier macht sich bemerkbar, dass alle Mandatsträgerinnen und -träger ihre Wahlkreise direkt gewonnen haben, d.h. die Listenkandidaturen unberücksichtigt geblieben sind. Die Chancen, dass Frauen Direktmandate gewinnen, sind gegenüber Lis-

¹⁴ Vgl. AfD MV 2015, S. 7f.

¹⁵ Daten der Landeswahlleiterin, Aufarbeitung abrufbar unter: <http://www.wahlumfrage.de/389-kandidatinnen-und-kandidaten-treten-zur-landtagswahl-2016-in-mecklenburg-vorpommern-an/> (Stand: 13.10.2016).

tenkandidaturen geringer. Oftmals treten sie in Wahlkreisen an, in denen die Aussichten auf einen Wahlerfolg aufgrund der Kandidatur einer aussichtsreicheren Person relativ gering sind. Um ihr Engagement zu würdigen, wird ihnen oft ein relativ guter Listenplatz eingeräumt. Wenn allerdings – wie im vorliegenden Fall – alle gewonnenen Mandate an Direktkandidierende gehen, nutzt auch eine paritätisch aufgestellte Liste nichts. Vergleicht man die Gesamtzahl der Fraktionsmitglieder mit der zurückliegenden Legislatur von 2011 bis 2016, so wird deutlich, dass sich die relativen Mandatsverluste der SPD (-4) mit je zwei Mandaten zu gleichen Teilen auf Frauen und Männer verteilen.¹⁶

Anders sieht es bei der CDU aus. Hier konnte die Zahl der weiblichen Abgeordneten von zwei auf vier verdoppelt werden. Hinzu kommt, dass der Anteil der männlichen Mandatsträger in der Fraktion durch den Verlust von zwei Sitzen noch weiter reduziert wurde: es sind nunmehr zwölf Männer; vier weniger als 2011-2016. Die Ursache für dieses Ergebnis ist auch darin begründet, dass nur sechs Mandate direkt gewonnen wurden (fünf Männer, eine Frau), bei den übrigen Mandaten zog die Landesliste. Da es in der CDU gelungen war, mehr Kandidatinnen auf aussichtsreichen Listenplätzen zu platzieren, zogen schließlich drei weitere Frauen in den Landtag ein. Das sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein Großteil der für die CDU kandidierenden Frauen eher auf wenig aussichtsreichen Listenplätzen zu finden war. Sechs von insgesamt zwölf antretenden Frauen auf der 47 Personen umfassenden Landesliste kandidierten auf den Plätzen 37, 40, 41, 43, 44 bzw. 46.¹⁷

Negativ auf den Frauenanteil im Landtag wirkte sich das Ausscheiden von Bündnis 90/Die Grünen aus. Für die Partei hatten 13 Frauen und 12 Männer kandidiert. Die Landesliste war strikt paritätisch besetzt worden. Noch in der Wahlperiode 2011 bis 2016 wurde der Frauenanteil im Landtag durch die Bündnisgrüne Fraktion signifikant erhöht. Ihre Fraktion bestand aus drei Männern und vier Frauen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der niedrige Frauenanteil im Landtag durch folgende Faktoren bedingt ist: Das Ausscheiden einer auf vollständige Gleichstellung setzenden Partei (Bündnis 90/Die Grünen) und der große Zuspruch von Wählerinnen und Wählern zu einer Partei (AfD), die ein sehr konservatives Gesellschaftsbild vertritt. Darüber hinaus ist der Erfolg der AfD gleichbedeutend mit großen Stimmen- und Sitzverlusten für bereits stärker in dem Thema Gleichstellung engagierte Parteien (CDU, Die LINKE und SPD). Nicht zuletzt potenziert sich dieser Umstand durch den geschilderten Erfolg der SPD bei den Direktkandidierenden.

4. Frauen im neuen Parlament – gleichstellungspolitische Konsequenzen

Was der Rückgang der Zahl der weiblichen Mandatsträger für Gleichstellungspolitik bedeutet, lässt sich im Moment noch schwer abschätzen. Deutlich wird jedoch, dass die SPD als führende Regierungspartei die in ihrem Wahlprogramm festgehaltenen Vorhaben mit ihrem Koalitionspartner umsetzen will und dazu die in der letzten Wahlperiode geschaffenen strukturellen Voraussetzungen nutzen wird. Klar nachzuvollziehen ist das in der Koalitionsvereinbarung der SPD und der CDU für die kommende Legislaturperiode. Viele Punkte, die bereits in der letzten Ver-

¹⁶ Tatsächlich verliert die Fraktion ein Mandat (27 zu 26) und hat genauso viele Frauen wie nach dem Wahltag 2011 in der Fraktion.

¹⁷ Vgl. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Statistische Hefte 2016 (Wahlheft 1). Bewerber zur Wahl der Abgeordneten des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2016, Schwerin 2016, S. 8.

einbarung (2011 bis 2016) festgehalten worden waren, finden sich so oder so ähnlich im neuen Koalitionsvertrag wieder, so z.B. das Festhalten am Prinzip des Gender Mainstreaming oder die Forderung nach Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen.¹⁸ Maßnahmen zur Gewinnung von Frauen für Führungspositionen in Wissenschaft, Wirtschaft und in der Landesverwaltung sind ebenfalls wieder enthalten. Neu ist die Festlegung, dass mehr Frauen für Führungspositionen in der Landespolizei gewonnen werden sollen.¹⁹ Eine solch konkrete Festlegung für ein Ressort unter CDU-Ägide gab es bisher nicht.

Eine extra Erwähnung findet die gewünschte weitere gute Zusammenarbeit mit dem Landesfrauenrat²⁰, der diesmal nicht als einer von mehreren Partnern bei der Förderung weiblicher Karrieren, sondern als eigenständige Institution erwähnt wird.

Während noch im Koalitionsvertrag von 2011 formuliert wurde, dass mehr Frauen ermutigt werden sollen, sich in der Politik zu engagieren²¹, wird dieser Passus im neuen Koalitionsvertrag durch die Formulierung ersetzt, dass mehr „Frauen für ehrenamtliches kommunalpolitisches Engagement gewonnen“ werden sollen und die „politischen Stiftungen und kommunalpolitischen Vereinigungen hierfür wichtige Partner und Impulsgeber“ seien.²² Geht man davon aus, dass politische Karrieren in der Regel in der Kommunalpolitik beginnen, dann ist das ein richtiger Ansatz. Wünschenswert bleibt es indes, dass die beiden Koalitionäre ihre Verantwortung für die Gewinnung von Frauen für politische Ämter im Blick behalten und nicht nur auf die politischen Stiftungen und kommunalpolitischen Vereinigungen in dieser Angelegenheit verweisen würden.

Im Angesicht dieser guten inhaltlichen Basis, die in der zukünftigen Arbeit der Landesregierung ihrer Ausgestaltung harrt, war die Vorstellung der Ministerriege am 18. Oktober 2016, samt der Korrektur nach der „Like-Affäre“²³ des designierten Justizministers Sascha Ott, lediglich eine Wahrung des Status quo im Sinne der Gleichstellungspolitik. Wie in der vergangenen Legislaturperiode gibt es drei Ministerinnen in der Landesregierung, zwei von der SPD und eine von der CDU. Unter weiblicher Führung befinden sich das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Birgit Hesse), das Ministerium für Soziales, Gleichstellung und Familie (Stefanie Drese) sowie das Ministerium für Justiz (Katy Hoffmeister). Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes ging das prestigeträchtige Finanzministerium an einen Mann. Hinzu kommt, dass das von einer Frau geführte Sozialministerium große Geschäftsbereiche (Arbeit und Gesundheit) an das CDU-Wirtschaftsministerium abtreten muss. Kein anderes Ministerium musste solche „Verluste“ hinnehmen.

Besonders überraschend erscheinen diese Personalentscheidungen, wenn man berücksichtigt, dass in beiden Regierungsfractionen im neuen Landtag mehr weibliche Mandatsträger als zuvor, 2016 sind es elf (+2), vertreten sind. Es war also keine Frage des vorhandenen „Reservoirs“, sondern ein politischer Wille, der andere Prioritäten gesetzt hat. In Hinblick auf diese Entscheidungen muss konstatiert werden, dass Politik und die Verteilung von Ämtern im politischen System mehr Aspekte als den der Gleichstellung besitzt.

¹⁸ Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU Mecklenburg-Vorpommern für die 7. Wahlperiode 2016 - 2021, S. 58.

¹⁹ Vgl. ebd. S.65.

²⁰ Koalitionsvereinbarung 2016 - 2021, S. 58.

²¹ Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU Mecklenburg-Vorpommern für die 6. Wahlperiode 2011 - 2016, S. 43.

²² Koalitionsvereinbarung 2016 - 2021, S. 58.

²³ Vgl. Stefan Ludmann, Sascha Ott wird nicht Justizminister, NDR 1 Radio MV, abrufbar unter: <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Sascha-Ott-wird-nicht-Justizminister,ott164.html> (Stand 31.10.2016).

Ein Gegenbild in doppelter Weise stellen die Oppositionsparteien dar. Während bei der Linkspartei Frauen in der Mehrzahl sind und damit nicht nur Einfluss auf die Inhalte der Debatten im Landtag nehmen können, ist dies im Falle der AfD mit nur einer weiblichen Mandatsträgerin eher weniger zu erwarten. Hier werden Männer (17) versuchen, die Auseinandersetzungen im Landtag dem Programm ihrer Partei entsprechend zu beeinflussen. Was das für die Debattenkultur und die Gegenstände der Auseinandersetzung, nicht nur in Fragen von Frauenförderung und Gleichstellung, im Landtag bedeutet, bleibt abzuwarten.

Der ländliche Raum als Thema im Landtagswahlkampf 2016

Johanna Düwel/Gunnar Meiselbach

1. Einleitung: Keine Zukunft für das Leben im ländlichen Raum?

Mecklenburg-Vorpommern ist nach Bayern das beliebteste Urlaubsziel innerhalb Deutschlands.¹ Tourismus und Agrarwirtschaft prägen Landschaft und Gesellschaft. Viel Natur, wenig Industrie und Ballungsräume, dieser besondere Reiz ist zugleich eine der größten Herausforderungen des Landes.

Mit 69 Einwohnerinnen und Einwohner je Quadratkilometer ist Mecklenburg-Vorpommern das am dünnsten besiedelte Bundesland,² dennoch ist die Siedlungsstruktur recht kleinteilig. Die Ober- und Mittelzentren, als Orte der Waren-, Dienstleistungs- und Infrastrukturversorgung, sind gleichmäßig über das Land verteilt, die Dichte kleiner Siedlungen hoch und kein Raum menschenleer. Die räumliche Struktur ist damit nicht ohne weiteres mit anderen Regionen um die Ostsee vergleichbar.

Die Konzentration von Infrastruktur, wie durch die Kreisgebietsreform 2011 oder die Gerichtsstrukturreform 2013 angestrebt, führt daher zu Problemen der Erreichbarkeit und damit verbundenen hohen Zeit- und Fahrtkosten. Ebenso verhält es sich mit Anschlüssen, beispielsweise an die zentrale Abwasserversorgung oder das Breitband-Internet. Der im Grundgesetz verankerte Auftrag, eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse herzustellen, ist damit perspektivisch gefährdet. Nicht nur, weil die Infrastruktur ausgedünnt wird, sondern weil sich die Ansprüche selbst ändern. Zwar ist der Wanderungssaldo des Landes seit 2013 wieder positiv, doch sind die demografischen Veränderungen enorm. Das Land wird immer älter und die Mortalität übersteigt die Fertilität deutlich.³ Gesundheits- und Nahversorgung, öffentlicher Nahverkehr, altersgerechtes Wohnen und Pflege sind daher Themen, die vor allem in ländlichen Regionen immer drängender werden. Besonders das südliche Mecklenburg, insbesondere der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, aber auch Vorpommern, hier in erster Linie der südliche Landesteil, gelten in vielen Belangen als abgehängt.⁴

Als ländlich werden gemeinhin Regionen mit weniger als 150 Einwohnerinnen und Einwohnern je Quadratkilometer charakterisiert.⁵ Somit leben in Mecklenburg-Vorpommern mehr als die Hälfte der Menschen im ländlichen Raum. Damit ist das Land Spitzenreiter. Zum Vergleich, in Nordrhein-Westfalen sind es weniger als fünf Prozent, in den ebenfalls agrarisch geprägten Bundesländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bayern sind es circa ein Drittel.⁶ Das Landesraumentwicklungsprogramm versucht daher zu differenzieren und gliedert in drei Raumkategorien. Es wird unterschied-

¹ Vgl. Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen e.V., Reiseanalyse 2016, Kiel 2016.

² Vgl. Statistische Ämter, Gebiet und Bevölkerung – Fläche und Bevölkerung, abrufbar unter: http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb01_jahrta1.asp (Stand: 1.11.2016).

³ Vgl. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern 2015, Schwerin 2015, S.60.

⁴ Vgl. Jörg Spreemann, Abgehängt! Vorpommern bei Wirtschaftskraft hinten, in: Nordkurier, 04.01.2014.

⁵ Vgl. OECD POLITIK UND GOVERNANCE, Das neue Paradigma für den ländlichen Raum: OECD-Berichte über die Politik für den ländlichen Raum, Paris 2006.

⁶ Vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Die Zukunft der Dörfer: Zwischen Stabilität und demografischen Niedergang, Berlin 2011, S. 12.

den in „Ländliche Räume“, „Ländliche Gestaltungsräume“ und „Stadt-Umland-Räume“.⁷ Entscheidende Einteilungskriterien sind: die Einwohnerdichte und Bevölkerungsentwicklung, das Frauendefizit, der Anteil der Senioren, die Zuwanderung, die Kaufkraft sowie die Anzahl an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Die Ländlichen Gestaltungsräume schneiden in all diesen Positionen besonders schlecht ab und sind daher als strukturschwach und besonders förderbedürftig definiert. Sie machen rund 26 Prozent der Landesfläche aus und befinden sich speziell in küstenfernen Gegenden, nicht nur in Vorpommern, sondern auch im östlichen und zentralen Mecklenburg. Circa 13 Prozent der Landesbevölkerung lebt in „Ländlichen Gestaltungsräumen“.

Durch strukturelle Veränderungen in der Landwirtschaft und den Produktionsweisen im verarbeitenden Gewerbe haben sich die Lebensbedingungen im ländlichen Raum grundlegend gewandelt. Die historische Doppelfunktion von Wohn- und Arbeitsstätte besteht in den meisten Fällen nicht mehr. Viele Dörfer sind zu reinen „Schlafdörfern“ geworden. Der Arbeitsalltag ist geprägt vom Pendelverkehr. Die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Folgen sind kaum zu unterschätzen. Es fehlt an Gewerbesteuern. Das Pendeln ist zeit- und kostenintensiv, sodass am Ende die Kaufkraft sinkt und zeitliche wie finanzielle Freiräume für politisches und zivilgesellschaftliches Engagement verloren gehen. Nimmt besonders die ältere Bevölkerung mit Wohneigentum diese Strapazen noch in Kauf, bleibt für die Jüngeren oft nur der Wegzug. Es entsteht eine Abwärtsspirale aus Sparzwang und sinkenden Einnahmen. Negative Vorausberechnungen werden so möglicherweise zu selbsterfüllenden Prophezeiungen.

2. Die Leistungsbilanz der Landesregierung aus der Perspektive des ländlichen Raumes

Die Leistungsbilanz der Landesregierung zur vergangenen 6. Wahlperiode fiel im Tenor positiv aus.⁸ Besonders betont wurden die Fortschritte im Bereich der erneuerbaren Energien, die als wichtige Zukunftsbranche des Landes bezeichnet werden. Die Erarbeitung eines Gesetzes über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an Windparks in Mecklenburg-Vorpommern, kurz Bürger- und Gemeindenbeteiligungsgesetz, wurde als Meilenstein, besonders für die ländliche Entwicklung, herausgestellt. Das Gesetz verpflichtet die Investoren und Projektträger, den Anwohnern und Gemeinden in fünf Kilometern Umkreis von Windenergieanlagen entweder eine Beteiligung von mindestens 20 Prozent oder andere Vorteile, wie kostengünstigere Stromtarife oder Ausgleichsabgaben, anzubieten.⁹ Den Bürgerinnen und Bürgern soll damit die Möglichkeit gegeben werden direkt von der Wertschöpfung zu profitieren. Zudem soll die Akzeptanz von Windkraftanlagen im Land insgesamt gestärkt werden, hatte sich in diesem Zusammenhang doch zunehmend Protest formiert.

Doch nicht nur die Windenergie steht in der Kritik, auch der Bau großer, industriell betriebener Tierzucht- und Mastanlagen wird von vielen Bürgerinnen und Bürgern mit Sorge beobachtet. Reagiert wurde von der Seite der Landesregierung unter anderem mit der Gründung der Perspektivkommission „Mensch und Land“ an deren Ende das „Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum 2014-2020“ stand. Zudem übernahm Mecklenburg-Vorpommern 2016 turnusgemäß

⁷ Vgl. Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern, Landesraumentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2016.

⁸ Vgl. Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern/Landesregierung, Bilanz der Landesregierung aus SPD und CDU für die 6. Wahlperiode, Pressemitteilung Nr. 119/2016, Schwerin 2016.

⁹ Vgl. Landtag Mecklenburg-Vorpommern 6. Wahlperiode, Gesetzesentwurf der Landesregierung, Drucksache 6/4568.

den Vorsitz der Agrarministerkonferenz. Themen waren die Agrarstruktur und die Situation der Nutztierhalter im Land.¹⁰ Denn auch in Mecklenburg-Vorpommern, mit seiner bereits jetzt als großflächig zu beschreibenden Agrarstruktur, vollzieht sich ein Wandel hin zu weniger, aber größeren Betrieben. Nahm seit 1990 die Anzahl der Betriebe zunächst zu, nimmt sie seit 2007 wieder kontinuierlich ab. Die durchschnittliche Fläche je Betrieb liegt mit 284 Hektar weit über dem deutschen Durchschnitt von 59 Hektar.¹¹ Die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten fiel von 71.396 im Jahr 1991 auf 18.800 in 2013.¹² In Folge der sogenannten Milchpreiskrise und der Exportkrise im Zusammenhang mit den Russland-Sanktionen hat diese Entwicklung jedoch noch einmal eine zusätzliche Dynamik bekommen. Zeitweilig fiel der von den Molkereien gezahlte Milchpreis auf unter 20 Cent je Liter.¹³ Für eine Kostendeckung wären nach Aussage der Milchbauern mindestens 35 Cent je Liter nötig. So gaben im Zuge der Milchpreiskrise allein in Mecklenburg-Vorpommern, bis September dieses Jahres, 68 Betriebe ihr Geschäft auf.¹⁴ Dramatisch ist die Entwicklung nicht nur für die bäuerlichen Familienbetriebe, beziehungsweise die Geschäftsführer und Angestellten, sondern auch für die betroffenen Gemeinden, denen regionale Arbeitsplätze, Ausbildungsbetriebe und Wirtschaftskraft verloren gehen.

Als weiteres Thema flossen im Zusammenhang mit dem Bundesprogramm „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus“ 247 von insgesamt 420 Millionen Euro des Bundes nach Mecklenburg-Vorpommern. 24 Projektanträge wurden im Rahmen der ersten Förderrunde bewilligt, sodass 211 Gemeinden profitieren.¹⁵ In den Landkreis Vorpommern-Rügen, den Bundestagswahlkreis der Kanzlerin, fließen mit 83 Millionen allein 19,8 Prozent aller Bundesmittel.¹⁶ Zusätzlich wurden vom Land weitere sieben Gemeinden ausgewählt, die keine Förderanträge im Rahmen des Bundesprogramms eingereicht haben. Sind diese und die vom Bund genehmigten Projekte fertiggestellt, steigt die Versorgungsquote des ländlichen Raumes mit hohen Bandbreiten von 30 auf 53,88 Prozent. Langfristiges Ziel soll die vollständige Versorgung sein.

Im Mittelpunkt der Bilanz der Landesregierung standen jedoch die wirtschaftliche Entwicklung und Haushaltskonsolidierung. Betont wird, dass die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zu 2011 gesunken ist und sich auf dem niedrigsten Stand seit der Deutschen Einheit befindet. Zur Kehrseite dieser absoluten Zahl gehört jedoch auch, dass die Einwohnerzahl seit 2011 insgesamt gesunken ist und erst seit 2015, insbesondere durch Zuzug aus dem Ausland, wieder steigt.¹⁷ Zudem sinkt nicht nur die Zahl der Arbeitslosen, sondern auch die Zahl der Erwerbstätigen mit Wohnsitz im Land. Beide Entwicklungen scheinen von der allgemeinen Alterung der Bevölkerung abzuhängen. So stieg der prozentuale Anteil der über 60-jährigen von 28,5 Prozent in 2011

¹⁰ Vgl. Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz, M-V übernimmt Vorsitz der Agrarministerkonferenz (AMK) 2016, Pressemitteilung Nr. 428/15, Schwerin 2015.

¹¹ Vgl. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, Statistische Berichte: Agrarstruktur. Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern 2013, Schwerin 2014.

¹² Vgl. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, Statistische Berichte Agrarstruktur: Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben – einschließlich Gartenbaubetriebe – in MV 2013, Schwerin 2014, S. 11.

¹³ Vgl. o. A., Milchpreis: Erste Molkereien zahlen unter 20 Cent je Liter, in: agrarheute, abrufbar unter: <http://www.agrarheute.com/news/milchpreis-erste-molkereien-zahlen-20-cent-je-liter> (Stand: 20.09.2016).

¹⁴ Vgl. Katharina Krenn, Messe MeLa ohne Milchkühe, in: agrarheute, abrufbar unter: <http://www.agrarheute.com/news/messe-mela-ohne-milchkuehe> (Stand: 20.09.2016).

¹⁵ Vgl. Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern/Ministerpräsident, Pressemitteilung Nr. 149/2016.

¹⁶ Vgl. Fabian Reinbold, Dobrindt verteilt seine Millionen, in: Der Spiegel 28.04.2016.

¹⁷ Vgl. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, Pressemitteilung 29/2016, sowie Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern 2015, Schwerin 2015, S. 56–58.

auf 30,7 Prozent in 2014.¹⁸ Schon jetzt sind ein Drittel aller Privathaushalte in Mecklenburg-Vorpommern Haushalte von Rentnerinnen und Rentnern sowie Pensionärinnen und Pensionären.¹⁹ Doch auch hier zeigen sich regionale Unterschiede. Sieht die Bevölkerungsentwicklung laut Landesprognose für die Universitätsstädte Rostock und Greifswald positiv aus, geht man beispielsweise für den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte davon aus, dass im Jahr 2030 36,7 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner über 65 Jahre alt sind.²⁰

Obwohl ein bundespolitisches Projekt, wurde die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro von der Landesregierung ebenfalls als Erfolg verbucht. Dass von diesem Erfolg besonders viele Jobs in Mecklenburg-Vorpommern profitierten, offenbart jedoch auch die zum Teil prekären Beschäftigungsverhältnisse vor der Einführung. Zum 1. Januar 2015 fielen 146.000 Arbeitsplätze, das waren 23 Prozent aller Jobs in Mecklenburg-Vorpommern, unter den Schutz des Mindestlohngesetzes.²¹ Denn besonders in den Mecklenburg-Vorpommern dominierenden Branchen der Landwirtschaft, des Dienstleistungsgewerbes und im Tourismus werden typischerweise eher geringe Löhne bezahlt und die Beschäftigung ist häufig befristet oder saisonabhängig. Besonders betroffen sind der ländlich geprägte Osten und Süden des Landes, insbesondere Nordvorpommern und die Mecklenburgische Seenplatte. Diese Regionen nehmen auch im bundesweiten Vergleich eine negative Spitzenposition ein.²² So liegt der durchschnittlich monatliche Bruttoverdienst in Nordvorpommern mit 2.200 Euro vergleichsweise knapp über dem monatlichen Bruttomindestlohn von 1.473 Euro bei Vollzeitbeschäftigung.

3. Die Wahlprogramme der Parteien

Im Wahlkampf der Parteien 2016 wurden zahlreiche ländliche Themen angesprochen. In allen Wahlprogrammen lassen sich Aussagen bezüglich einer Neustrukturierung der kommunalen Finanzausstattung finden. Auch die Energiewende, speziell die Windenergie, wird als Diskussionspunkt von allen Parteien aufgenommen. Das Spannungsverhältnis zwischen bäuerlicher und agrarindustrieller Landwirtschaft findet vor allem im Wahlprogramm der Bündnisgrünen Berücksichtigung. Fragen der Mobilität und Versorgung mit Breitbandnetz waren ebenfalls Thema und wurden im Zusammenhang mit der unterschiedlichen Entwicklung der beiden Landesteile diskutiert.

Die SPD thematisiert die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleiches auf Grundlage eines neuen, abzuwartenden Gutachtens und wird daher wenig konkret.²³ Bündnis 90/Die Grünen

¹⁸ Vgl. ebd. S. 39.; sowie Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern 2012, Schwerin 2012, S 42.

¹⁹ Vgl. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, Kleine Haushalte dominieren, Pressemitteilung Nr. 30/2016, Schwerin 2016.

²⁰ Vgl. Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern, 4. Landesprognose zur Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2030, Schwerin 2008.

²¹ Vgl. Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, Mecklenburg-Vorpommern vom Mindestlohn besonders stark betroffen, Pressemitteilung Nr. 23/2016.

²² Der sogenannte Kaitz-Index, das Verhältnis zwischen Mindestlohn und durchschnittlichem Bruttomonatsverdienst, zeigt, dass in Mecklenburg-Vorpommern, vor allem der Osten des Landes, im deutschlandweiten Vergleich besonders niedrige Löhne gezahlt werden. So liegt der Wert in allen Landkreisen über 50 Prozent. Das heißt, dass über die Hälfte der Beschäftigten im Land auf Mindestlohnniveau beschäftigt ist. Vgl. Statistisches Bundesamt, Relative Höhe des Mindestlohns nach Arbeitsmarktregionen, Wiesbaden 2016.

²³ Vgl. SPD Mecklenburg-Vorpommern, Gemeinsam auf Kurs. Regierungsprogramm für ein modernes und sozial gerechtes Mecklenburg-Vorpommern, Neubrandenburg 2016, S. 36.

streben ebenfalls einen neuen Finanzausgleich an, um die Kommunen zu stärken.²⁴ Die CDU wird konkreter und möchte die Kommunen an den Haushaltsüberschüssen des Landes beteiligen und 50 Millionen Euro in einem Kofinanzierungsfonds für die Kommunen und ihre Investitionen bereithalten.²⁵ Die AfD fordert gleichfalls eine Änderung des kommunalen Finanzausgleichsgesetzes und dabei eine Berücksichtigung insbesondere der unterschiedlichen regionalen wirtschaftlichen und finanziellen Ausstattungen der Kommunen.²⁶

In Bezug auf die Windenergie möchte die CDU den Gemeinden mehr Entscheidungskompetenz zusprechen und wendet sich gegen einen zu rücksichtslosen Ausbau von Windenergieparks.²⁷ Die Möglichkeit der finanziellen Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Windparks wird von SPD wie CDU als wichtiger Schlüssel zur Akzeptanz der Energiewende gesehen²⁸ und das Bürger- und Gemeindenbeteiligungsgesetz als wichtiger Schritt dazu herausgestellt. Die Bündnisgrünen sehen in der Energiewende und insbesondere im Ausbau der Windkraft eine Möglichkeit, Geld im ländlichen Raum zu binden. So schlägt man vor, einen Teil der Einspeisevergütung verpflichtend an die Gemeinden abzuführen. Die Standortgemeinden sollen die Gewerbesteuer für die durch Wind- und Solarparks erwirtschafteten Steuern erhalten und lokale Stromproduzenten sollen unterstützt werden.²⁹ Die LINKE möchte die Wertschöpfung vor Ort halten und Bürgerbeteiligungsmodelle forcieren, um langfristig Investitionskraft im Land freizusetzen. Auch die Gründung von öffentlichen Energieerzeugern sollte aus Sicht von Die LINKE in Betracht gezogen werden.³⁰ Die AfD will den Ausbau erneuerbarer Energien hingegen grundsätzlich stoppen und erklärt die Energiewende für „gescheitert“.³¹ Die aus einem Anti-Windkraft Aktionsbündnis heraus gegründete Partei FREIER HORIZONT argumentiert ähnlich. Sie kritisiert den Windkraftausbau als unkontrolliert, als Gefährdung für Gesundheit und Tourismus und gibt dem in den letzten Jahren immer stärker gewordenen Protest gegen den Windkraftausbau eine Stimme im Parteienwettbewerb.³²

Die Milchpreiskrise im Blick schlägt die CDU vor, Agrarprodukte auf international besser zu vermarkten. Heimische Produkte sollen das Siegel „Made in MV“ bekommen und zu einer Marke aufgebaut werden.³³ Bündnis 90/Die Grünen greifen bereits in ihrer Präambel die bisherige Agrarpolitik des Landes an. Sie fordern: „Weg von der Industrialisierung und Massentierhaltung, die nur billige Rohprodukte liefert, Land zum Spekulationsobjekt macht und unsere ländlichen Räume zunehmend veröden lässt.“³⁴ Unter anderem wird im Programm, in dem die Agrarpolitik der erste Punkt ist, ein Landeskompetenzzentrum für ökologische Landwirtschaft gefordert. Auf insgesamt sechs Seiten stellt die Partei ihre Vorstellung von Agrar-, Ernährungs- und Verbrau-

²⁴ Vgl. Bündnis 90/Die Grünen, Zukunft im Kopf. MV im Herzen: Programm von Bündnis 90/Die Grünen zur Landtagswahl 2016, Rostock, S. 65.

²⁵ Vgl. CDU Mecklenburg-Vorpommern, Heimat im Mittelpunkt: Wahlprogramm der CDU Mecklenburg-Vorpommern, Güstrow 2016, S. 15.

²⁶ Vgl. AfD Mecklenburg-Vorpommern, Für unser Land und unsere Kinder: Unser Programm zur Landtagswahl am 4.9.2016, Schwerin 2015, S. 19.

²⁷ Vgl. CDU Mecklenburg-Vorpommern 2016, S. 16.

²⁸ Vgl. SPD Mecklenburg-Vorpommern 2016, S. 12.

²⁹ Vgl. Bündnis 90/Die Grünen 2016, S. 21.

³⁰ Vgl. Die LINKE Mecklenburg-Vorpommern 2016, S. 31.

³¹ Vgl. AfD Mecklenburg-Vorpommern 2015, S. 20.

³² Vgl. FREIER HORIZONT, Wahlprogramm. FREIER HORIZONT, 2016, S. 1, abrufbar unter: <http://partei.freier-horizont.de/wp-content/uploads/2016/05/Wahlprogramm-FREIER-HORIZONT-2016-1.pdf> (Stand: 20.09.2016).

³³ Vgl. CDU Mecklenburg-Vorpommern 2016, S. 10.

³⁴ Vgl. Bündnis 90/Die Grünen 2016, S. I.

cherschutzpolitik vor. Der Partei Die LINKE ist es besonders wichtig, dass ortsansässigen Landwirten der Zugang zu Pacht- und Eigentumsflächen ermöglicht wird.³⁵ Die AfD plädiert für eine Verhinderung von Marktkonzentrationen der Lebensmittelherstellung auf wenige Unternehmen und macht die Eurokrise für die Bodenpreisentwicklung mitverantwortlich. Die Chance auf eine Entspannung der Erzeugerpreise auf dem Agrarmarkt sieht die AfD zudem in einer Aufhebung der Russland-Sanktionen.³⁶

Zur Verbesserung der Mobilität, vor allem von Jugendlichen, schlägt die CDU vor, das Mindestalter für Jugendliche zum Erwerb des Führerscheins für Autos abzusenken.³⁷ Die SPD plädiert für die Einführung von kombinierten Systemen von ständigen Buslinien, Rufbussen und Taxen im ländlichen Raum.³⁸ Die LINKE möchte ähnlich wie Bündnis 90/Die Grünen einen Landesverkehrsplan, der eine Ausweitung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bedeuten würde sowie eine enge Taktung von Bus und Bahn.³⁹

Der Ausbau des Breitbandnetzes wurde von den Regierungsparteien SPD und CDU als Erfolg betont an den es anzuknüpfen gilt. Von allen Parteien als Ziel formuliert, stand das Thema digitale Infrastruktur jedoch besonders auf der Agenda der FDP. Als „Fortschrittsbeschleuniger“, laut Wahlslogan, sprachen sie jedoch in erster Linie die jüngere städtische Wählerschaft an. Auch die AfD betonte den Ausbau schnellen Internets als politisches Ziel. Im Gegensatz zur FDP wurde das Thema jedoch in keinen urbanen Zusammenhang gestellt, sondern im Gegenteil als Mittel gesehen, Entwicklungsrückstände zwischen Stadt und Land aufzuheben.⁴⁰

Die ungleiche Entwicklung zwischen den Städten, den touristisch entwickelten Küsten und dem Hinterland war ebenfalls Wahlkampfthema. Meist wurde der Zusammenhang heruntergebrochen auf den Gegensatz der beiden Landesteile Mecklenburg und Vorpommern und immer wieder eine Ungleichbehandlung unterstellt. Dieser Vorwurf mündete in der Forderung der Jungen Union, der Jugendorganisation der CDU, einen Staatssekretär für Vorpommernfragen einzusetzen. Der Vorschlag wurde öffentlich begrüßt und hat Eingang in das Wahlprogramm der CDU gefunden. So soll der geforderte Staatssekretär, direkt der Staatskanzlei unterstellt, ein Anlaufpunkt für regionale Probleme des östlichen Landesteils sein und seinen Sitz im vorpommerschen Demmin haben.⁴¹

Leitmotiv und Ausgangspunkt zahlreicher rhetorischer Figuren im Landtagswahlkampf war der Heimatbegriff. Bisher vor allem von der NPD vereinnahmt⁴², wurde der Begriff nun vom gesamten Parteienspektrum bedient. In Hinblick auf die Ergebnisse der AfD bei den vorangegangenen Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt könnte die demonstrative emotionale Bindung an das Land als Versuch gewertet werden, Diskussionen rund um das Thema „Überfremdung“ zuvorzukommen. So ist bei der CDU „die Heimat in guten

³⁵ Vgl. Die LINKE Mecklenburg-Vorpommern 2016, S. 23.

³⁶ Vgl. AfD Mecklenburg-Vorpommern 2015, S. 17.

³⁷ Vgl. CDU Mecklenburg-Vorpommern 2016, S. 9.

³⁸ Vgl. SPD Mecklenburg-Vorpommern 2016, S. 35.

³⁹ Vgl. Die LINKE Mecklenburg-Vorpommern 2016, S. 8.

⁴⁰ Vgl. AfD Mecklenburg-Vorpommern 2015, S. 16.

⁴¹ Vgl. CDU Mecklenburg-Vorpommern 2016, S. 5; im Rahmen der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU wurde der Posten mit Patrick Dahleemann (SPD) besetzt, vgl. Gabriel Kords, Ein Junge von hier soll Vorpommern aufmöbeln, in: Nordkurier, 19.10.2016.

⁴² Die NPD warb bisher und auch im Landtagswahlkampf 2016 unter anderem mit den Wahlsprüchen „Aus Liebe zur Heimat“ und „Für Volk und Heimat“.

Händen“ und die LINKE macht Politik „aus Liebe zu M-V“. ⁴³ Die SPD orientiert sich eher an maritimen Metaphern: „Gemeinsam auf Kurs“.

4. Das Wahlergebnis – Regionales Wahlverhalten im Vergleich

Schon seit 1990 existiert ein wesentlicher Unterschied im Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger in Groß- und Mittelstädten im Vergleich zu ländlichen Kleinstädten und Ortschaften mit dörflichem Charakter. Auch regional zeigte sich immer wieder, dass sich der mecklenburgische Landesteil und der östliche vorpommersche Landesteil im Wahlverhalten unterscheiden. In Mecklenburg gelang es der SPD, auch im ländlichen Raum, erfolgreicher zu sein als die CDU. Von insgesamt 36 Wahlkreisen gewannen die Sozialdemokraten 26, vorwiegend in Mecklenburg. In Vorpommern bestand bis zur letzten Wahl eine ganz klare CDU-Dominanz. Dies kann nicht zuletzt durch die gewonnenen Direktmandate versinnbildlicht werden. So entsprechen die Grenzen der Wahlkreise den Grenzen der Landesteile Mecklenburg und Vorpommern. In Mecklenburg erhielten, außer im Wahlkreis des CDU-Spitzenkandidaten Lorenz Caffier (Mecklenburgische Seenplatte V), alle SPD-Kandidierenden das Direktmandat. In Vorpommern bröckelt mit dem Einzug von drei AfD-Direktkandidaten die Dominanz der CDU.

Die Sozialdemokraten gewannen zusätzlich die Direktmandate in allen größeren Städten, auch im vorpommerschen Greifswald. Besonders augenfällig wird der Stadt-Land-Unterschied bei den Wahlergebnissen für die Bündnisgrünen. Sie finden vor allem im städtischen, urbanen Milieu Unterstützer. Im Wahlkreis Rostock III (Kröpeliner-Tor-Vorstadt, Hansaviertel, Südstadt, Biestow, Gartenstadt) stimmten 12 Prozent der Wählerinnen und Wähler mit ihrer Zweitstimme für die Partei, in Greifswald waren es 10,3 Prozent, in Stralsund II (Stadt Stralsund) 8,5 Prozent und in Schwerin I (Innenstadt und nördliche Stadtviertel) 7,8 Prozent. Im ländlichen Raum können Bündnis 90/Die Grünen hingegen kaum punkten und sind nur in einigen kleineren Gemeinden erfolgreich. Diese liegen nicht selten im verstädterten Umland, beispielsweise Westmecklenburg im Einzugsgebiet der Hansestadt Lübeck. Einige Ergebnisse in ländlichen Gemeinden weisen jedoch auch darauf hin, dass sich hier durch Zuzug und/oder durch politische Auseinandersetzungen ein eigenes grünes Wählerklientel herausgebildet hat. Zu nennen sind die Beispiele der Gemeinden Alt Tellin mit 10,4 Prozent und Altkalen mit 6,7 Prozent. ⁴⁴

Die LINKE ist besonders in den mecklenburgischen Städten stark. Als vereinzelte Wählerhochburgen sind die Wahlkreise in den sozial und ökonomisch schwächeren Stadtrandgebieten zu nennen, beispielsweise Schwerin II (Görries, Großer Dresch, Krebsförden, Wüstmark) im Osten der Stadt oder Rostock II (Reutershagen, Evershagen, Lütten Klein). Die CDU hingegen kann in den Städten nur Ergebnisse verzeichnen, die hinter dem Gesamtwahlergebnis zurückbleiben.

⁴³ Beide Wahlsprüche sind auf Wahlkampfplakaten und -flyern beider Parteien zu finden.

⁴⁴ Diese beiden Gemeinden haben einen starken Zuzug von Personen zu verzeichnen. Diese bilden neue Milieus im ländlichen Raum, die vor allem dem alternativ-ökologischen Spektrum zugeordnet werden können. In den Gemeinden Altkalen (Schließung einer Freien Schule), wie auch Alt Tellin (Standort von Europas größter Muttersauenanlage) finden Auseinandersetzungen um die Bildungspolitik- oder die Agrarpolitik statt. Die Interessen einiger Bürgerinnen und Bürger vor Ort stehen oder standen ganz oder teilweise konträr zur aktuellen Politik der Landesregierung. Die Reizthemen in diesen Orten erzeugen auch in der bundesweiten Presse ein Echo, nachzulesen zum Beispiel unter: vgl. Anna Lehmann, Die Schulschlacht von Lüchow, in: taz, abrufbar unter: <http://www.taz.de/!5125028/> (Stand: 20.09.2016); vgl. Fritz Zimmermann, Der Fleischmann, in: Die Zeit, abrufbar unter: <http://www.zeit.de/2015/32/tierschutz-schweine-zucht-sachsen-anhalt/komplettansicht> (Stand: 20.09.2016).

Lediglich in Nordvorpommern sowie der Mecklenburgischen Seenplatte konnte die Partei noch flächendeckend Zweitstimmenergebnisse erzielen, die über einer Marke von 20 Prozent liegen. Heraus sticht der Bundestagswahlkreis der Kanzlerin Angela Merkel, hier erreichte die CDU ein Zweitstimmenergebnis von 27,7 Prozent.

Insgesamt leidet das traditionell gute CDU-Wahlergebnis im Osten des Landes eindeutig unter dem Aufstieg der AfD. Besonders in der strukturschwachen Region südlich von Greifswald kann diese sich gegen die CDU durchsetzen. Gleich drei Direktmandate gehen hier an die AfD. Doch auch die NPD ist in diesen Regionen stark und kann im Osten des Landes traditionell Achtungserfolge erzielen. In der Kleinstadt Lassan (Bevölkerung: 1.500) wurde zwar die AfD stärkste Kraft, dennoch konnte die NPD 23,1 Prozent der Zweitstimmen auf sich vereinen. SPD, CDU und Die LINKE kamen jeweils nicht über 15 Prozent hinaus und wurden dort als Volksparteien marginalisiert. Besonders hohe Ergebnisse fuhr die NPD in den ehemaligen Landkreisen Ostvorpommern und Uecker-Randow ein. Beide Regionen sind besonders stark von Arbeitslosigkeit und Abwanderung geprägt.

Insgesamt konnte die AfD in jeder einzelnen Kommune des Landes die Fünf-Prozent-Hürde nehmen. Auffallend ist, dass es der Partei gelingt, besonders in den strukturschwachen Regionen Vorpommerns zu punkten. Spitzenergebnisse sind in der Region um die Insel Usedom zu verzeichnen. Die Direktmandate für die Wahlkreise Vorpommern-Greifswald II und Vorpommern-Greifswald III können die Kandidaten mit großem Abstand zu den Mitbewerbern erobern.

Interessanterweise scheint das Aufkommen neuer Kleinst- und Klientelparteien bei dieser Wahl ein Phänomen des ländlichen Raumes zu sein. So verorteten sich Parteien wie Die Achtsamen (Achtsame Demokraten) oder die Partei FREiER HORIZONT in der Peripherie und spielten gleichzeitig rhetorisch mit diesem Bild. Sie verstehen sich als Außenseiter, die ihr politisches Handeln als Notwehr gegen die etablierte Macht der Zentren sehen „Politik aus Notwehr – Von Bürgern für Bürger.“⁴⁵ Gleichzeitig hat die Partei FREiER HORIZONT mit ihrem Programmschwerpunkt Windkraft ländliche Interessen und Wählerklientel im Auge. Sie konnte aber lediglich in einigen Wahlkreisen mit ihren Kandidaten punkten, beispielsweise im Wahlkreis Mecklenburgische-Seenplatte II. Die Achtsamen erreichten ihr höchstes Ergebnis auf dem westlichen Teil der Insel Rügen, mit einem Stimmanteil von 7,6 Prozent, Kandidat war der Bürgermeister der Insel Hiddensee.

5. Fazit

Ländlicher Raum, Peripherie, Hinterland und schlussendlich Heimat waren Begriffe, die häufig gebraucht, aber wenig erklärt wurden. Statt innovativer Konzepte, die den vielfältigen Herausforderungen aktiv begegnen, blieben die Antworten konservativ und strukturelle Probleme wurden nicht grundsätzlich hinterfragt. Es blieb zumeist bei einer Rhetorik des Sachzwangs, ob nun im Bereich der Landwirtschaft, der Infrastruktur oder der demografischen Entwicklung. Dabei zeigt sich immer mehr, dass die Konfliktlinien Stadt-Land und Zentrum-Peripherie für Mecklenburg-Vorpommern durchaus Wirkungskraft entfalten. Es formieren sich Kleinstparteien wie Die Achtsamen und FREiER HORIZONT, welche vor allem die Interessen der Bürgerinnen und Bürger des ländlichen Raumes bzw. der kommunalen Ebene vertreten und sich als ihr Sprach-

⁴⁵ Vgl. Startseite der Web-Präsenz der Partei FREiER HORIZONT, abrufbar unter: <http://partei.freier-horizont.de/> (Stand: 20.09.2016).

rohr verstehen. Die regionalen Unterschiede und das vielfach erwähnte West-Ost Gefälle zwischen den beiden Landesteilen schlägt sich im Wahlergebnis nieder. Die AfD konnte aus dem Stand 20,8 Prozent der Zweitstimmen auf sich vereinen und in Vorpommern drei Direktmandate holen. Sie wurde damit zum stärksten Konkurrenten der CDU, die sich bisher als Partei des ländlichen Raumes verstand und vor allem in Vorpommern verwurzelt war. Wie sich die Konkurrenz zwischen den Parteien in diesem Punkt weiterentwickelt, wird auch von Inhalten und möglichen Impulsen der Landtagsarbeit abhängen.

Die Betonung der Konfliktlinien Stadt-Land und Zentrum-Peripherie im dünnbesiedelten Agrar- und Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern darf nicht als Sonderrolle verstanden und als Entwicklung in der deutschlandweiten Betrachtung marginalisiert werden. Wie neue Untersuchungen zur regionalen politischen Kultur in Deutschland zeigen, herrschen Unterschiede in Werteinstellungen und Partizipation nicht mehr wesentlich zwischen Ost und West, also alten und neuen Bundesländern, oder den Konfessionen, sondern zunehmend zwischen dicht besiedelten Ballungsräumen und ländlichen Regionen.⁴⁶ Mecklenburg-Vorpommern spiegelt diesen Trend wider.

Was folgt aus dem Wahlergebnis 2016 für den Anspruch der Politik ländliche Räume zu gestalten? Bei dieser Wahl gab es 207 Wahllokale weniger als noch 2011. Den Bürgerbeauftragten Matthias Crone erreichten Beschwerden, dass Wählerinnen und Wähler zum Teil fünf Kilometer bis zum Wahllokal zurücklegen mussten, also auf einen PKW angewiesen waren.⁴⁷ Dieses Beispiel ist bezeichnend für die Wertigkeit des ländlichen Raumes. Es zeigt sich, dass zivilgesellschaftliches Engagement und Eigenverantwortung zwar immer wieder eingefordert werden und sich als Ziele in allen Wahlprogrammen wiederfinden, die Voraussetzungen für ein funktionierendes gesellschaftliches Miteinander jedoch häufig vernachlässigt werden. Der Spielraum für die zum Großteil ehrenamtlichen regionalen Akteure wie Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter, verengt sich immer mehr. Die Pflichtaufgaben werden zu einer immer größeren Belastung, häufig bleiben weniger als fünf Prozent der finanziellen Mittel für freiwillige Aufgaben übrig.⁴⁸

So bleibt immer weniger Raum für grundsätzliche Debatten und die Frage, wie das gemeinsame Miteinander zukünftig organisiert werden soll. Denn die Interessen im ländlichen Raum sind keinesfalls homogen. Landwirtschaft, Agrarindustrie, Tourismus, Energiewirtschaft und andere Branchen haben strukturell einander widerstrebende Zielstellungen entwickelt und stehen zunehmend in einem Konkurrenzverhältnis. Es bleibt abzuwarten, ob und wie sich die Parteien zu diesen Themen positionieren und Fragen der sozialen Teilhabe und regionalen Identität stellen.

⁴⁶ Vgl. Tom Mannewitz, Politische Kultur und demokratischer Verfassungsstaat: Ein subnationaler Vergleich zweier Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung, Baden-Baden 2015.

⁴⁷ Vgl. o. A., Mecklenburg-Vorpommern: Das Problem mit den Wahlurnen, in: N24, abrufbar unter: <http://www.n24.de/n24/Nachrichten/Politik/d/9078446/das-problem-mit-den-wahllokalen.html> (Stand: 20.09.2016).

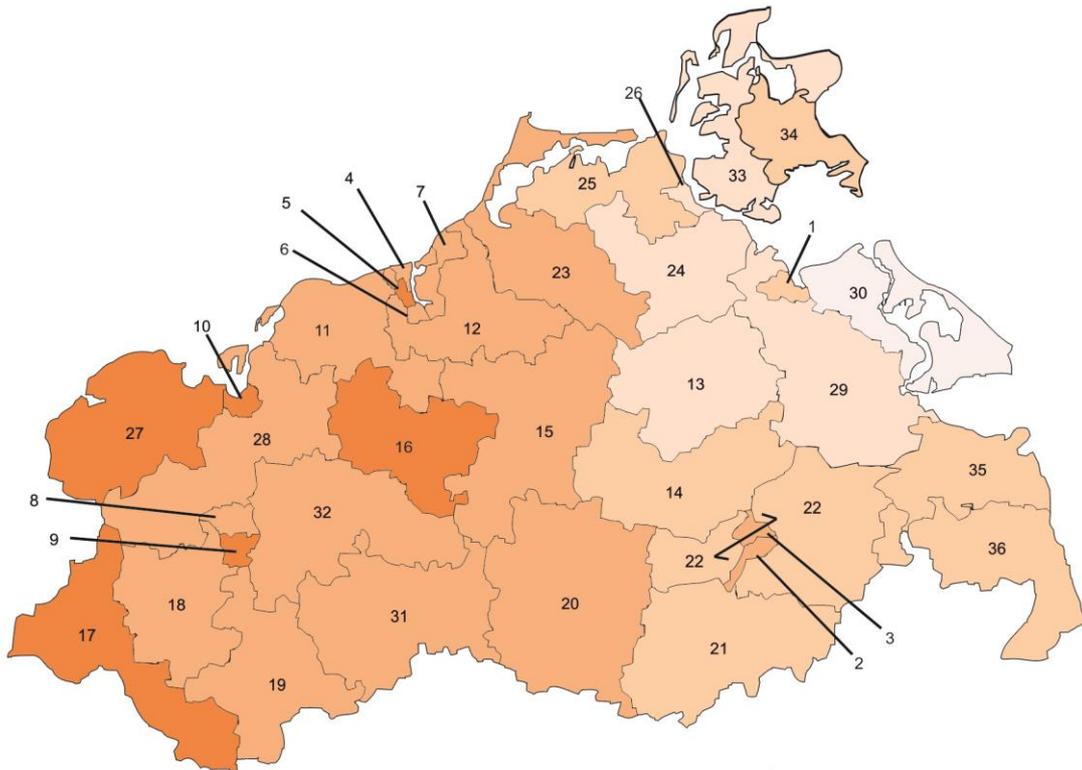
⁴⁸ Vgl. Iris Leithold/Axel Büssem, Gemeinde klagt erfolgreich gegen Kreisumlage, in: OZ, 28.09.2016.



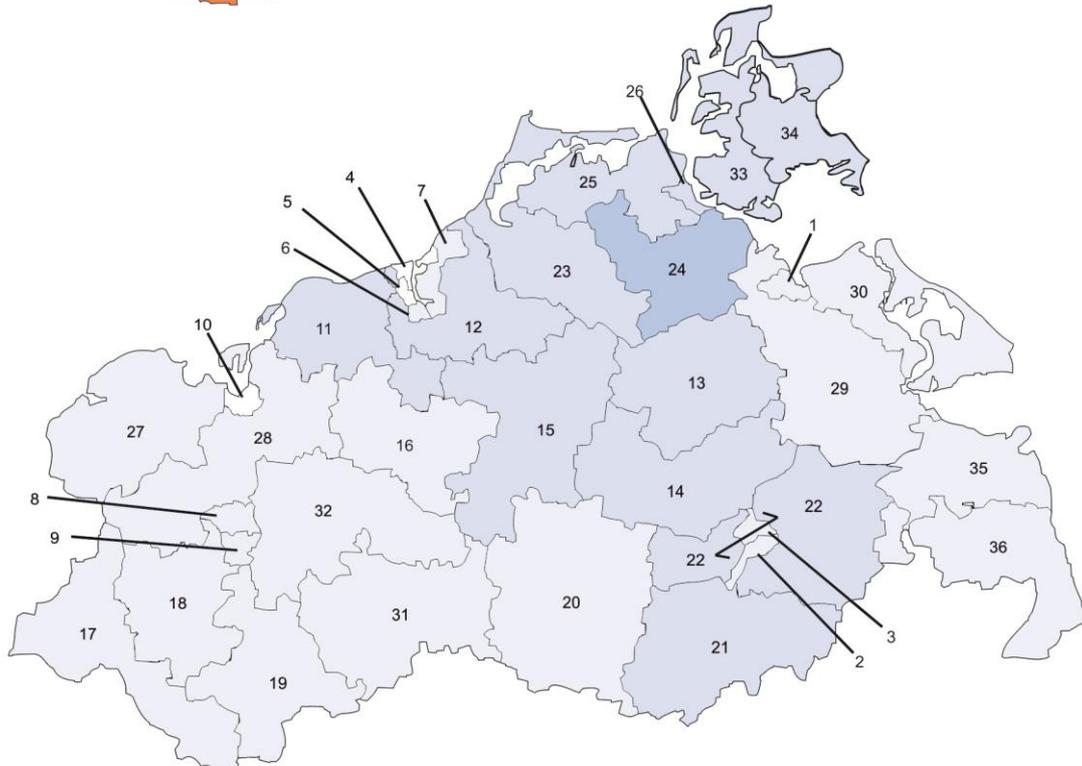


Karte 1: Ergebnisse von SPD und CDU bei der Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern nach Wahlkreisen

SPD



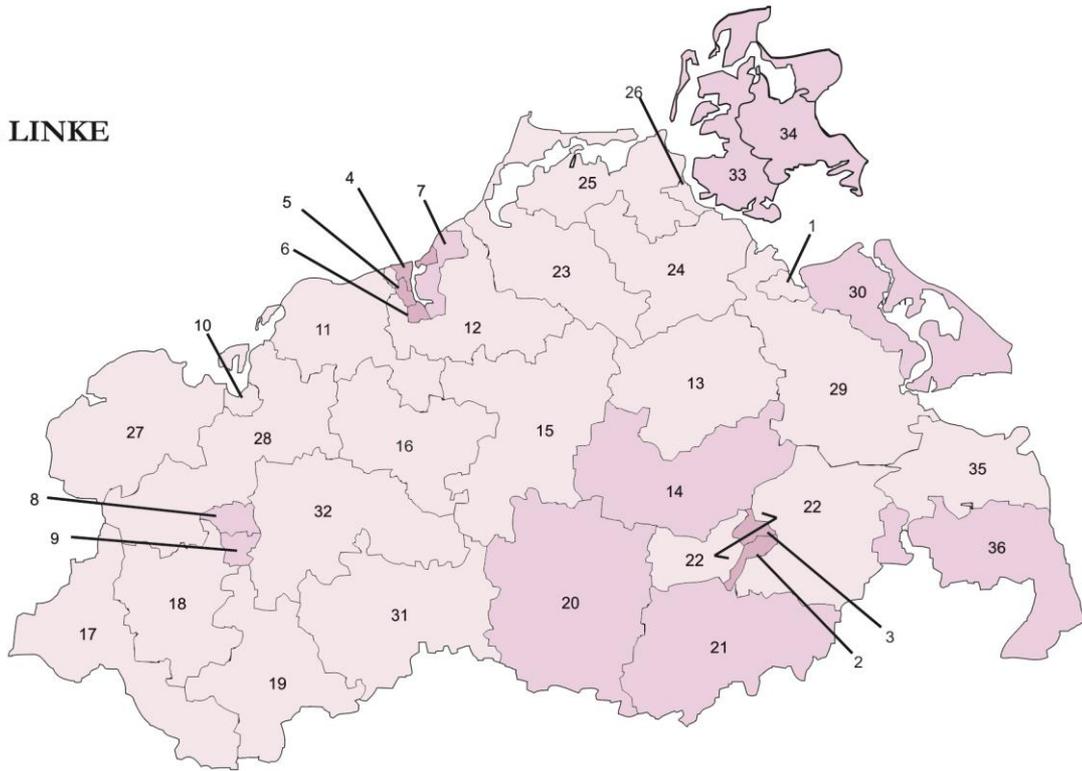
CDU



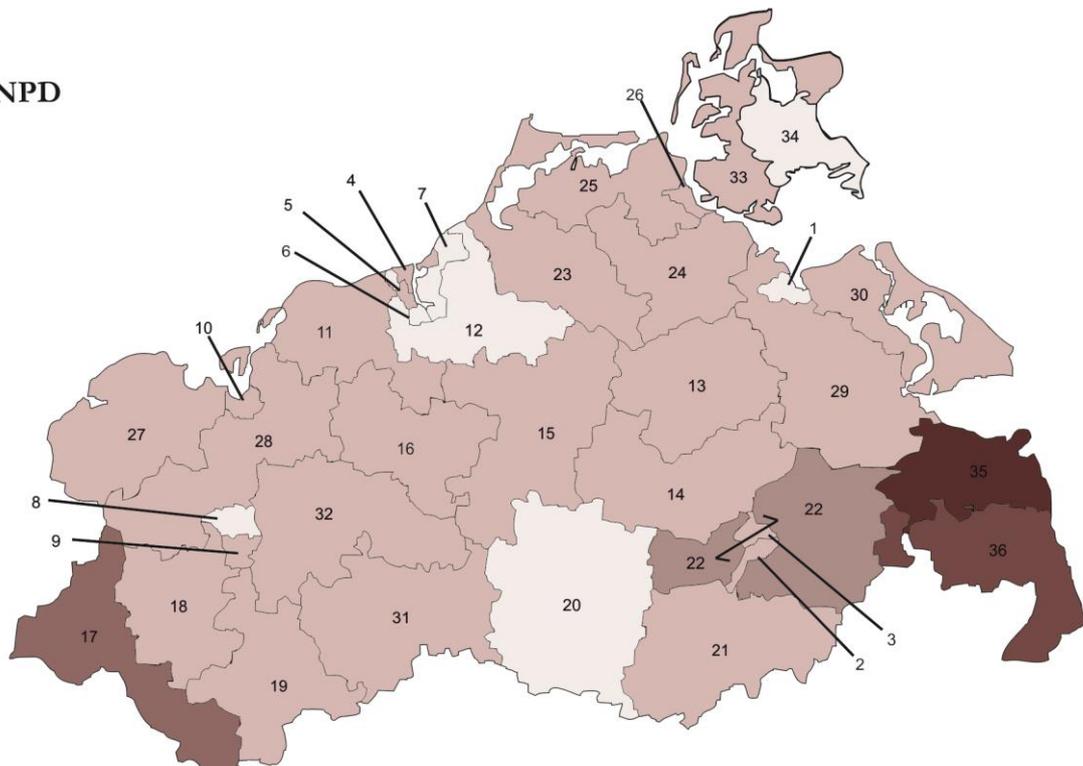
Darstellung: Jan Müller, Steffen Schoon.

Karte 2: Ergebnisse von DIE LINKE und NPD bei der Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern nach Wahlkreisen

Die LINKE

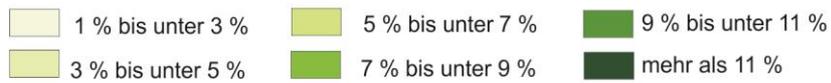
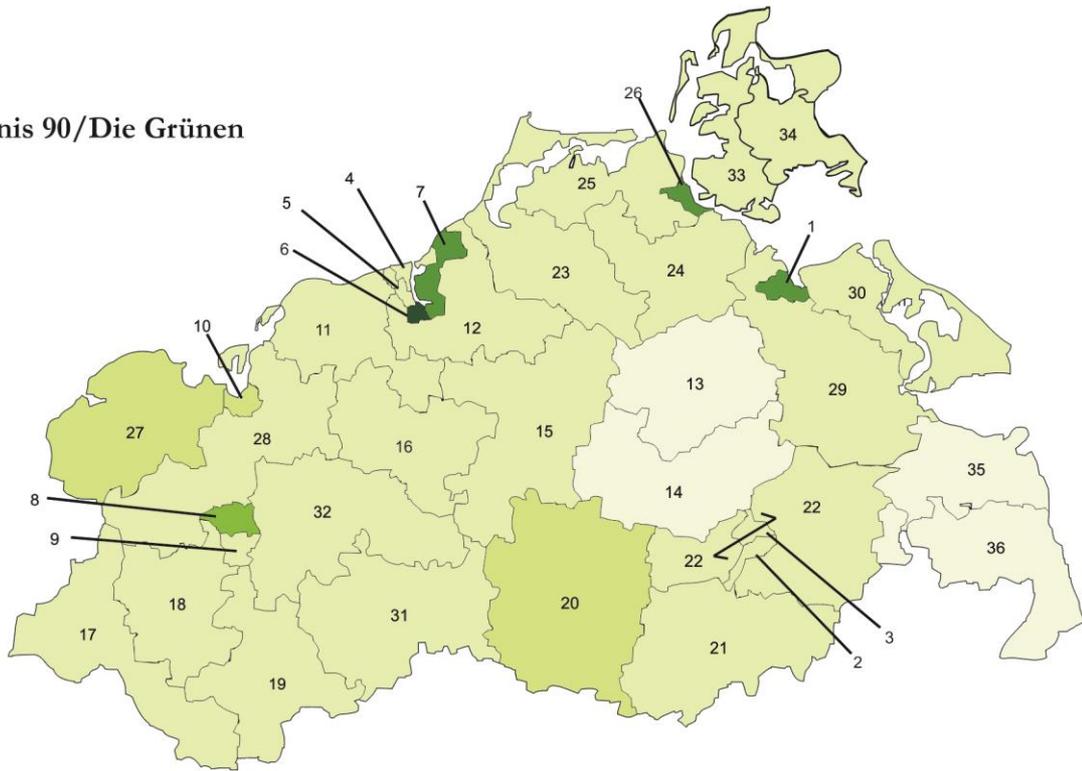


NPD

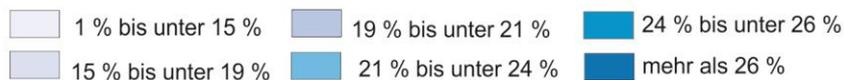
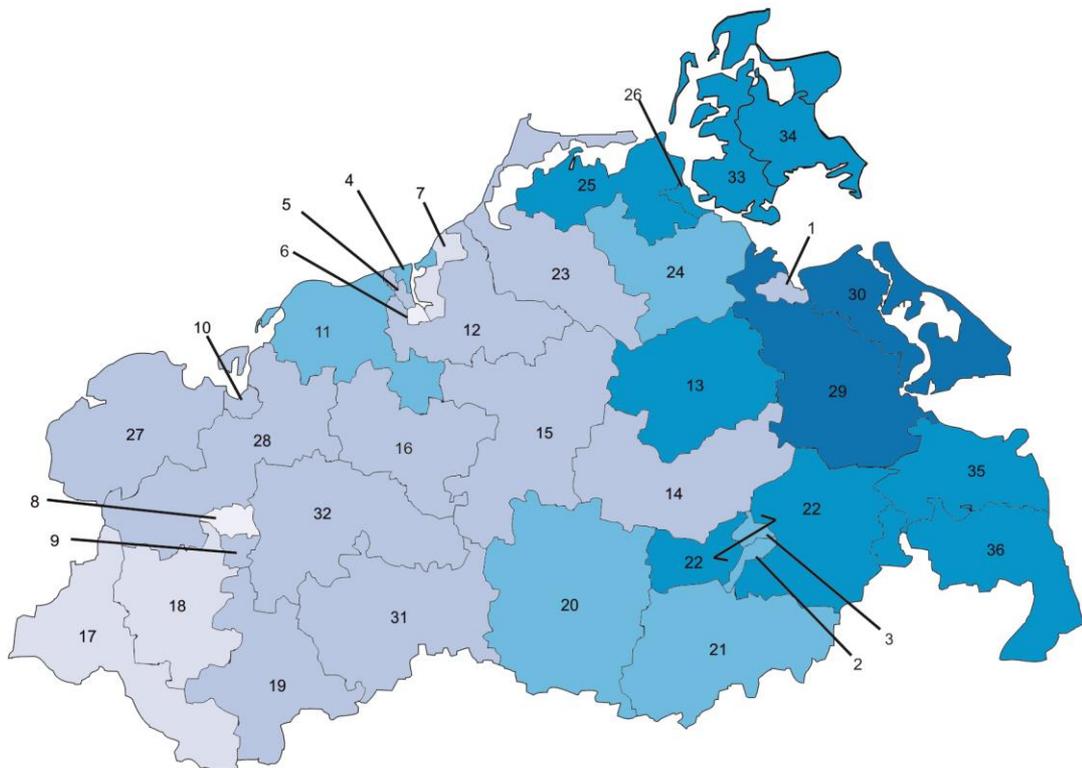


Karte 3: Ergebnisse von Bündnis 90/Die Grünen und AfD bei der Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern nach Wahlkreisen

Bündnis 90/Die Grünen



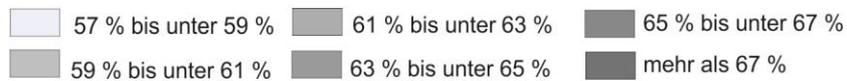
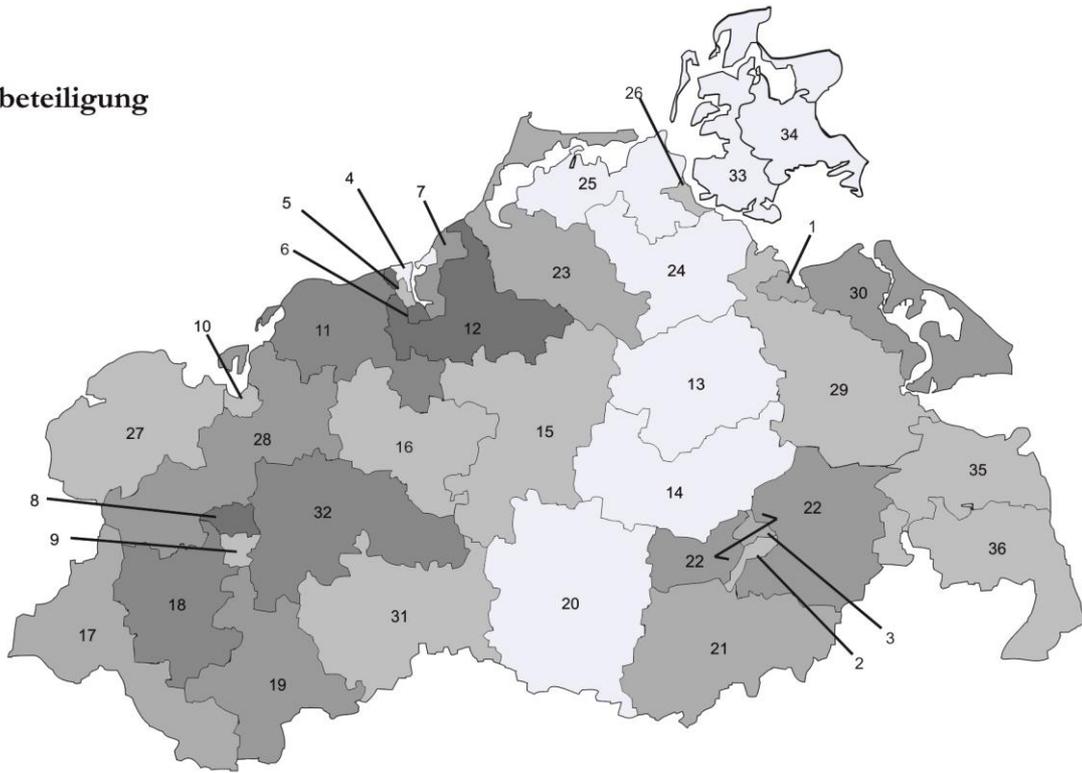
AfD



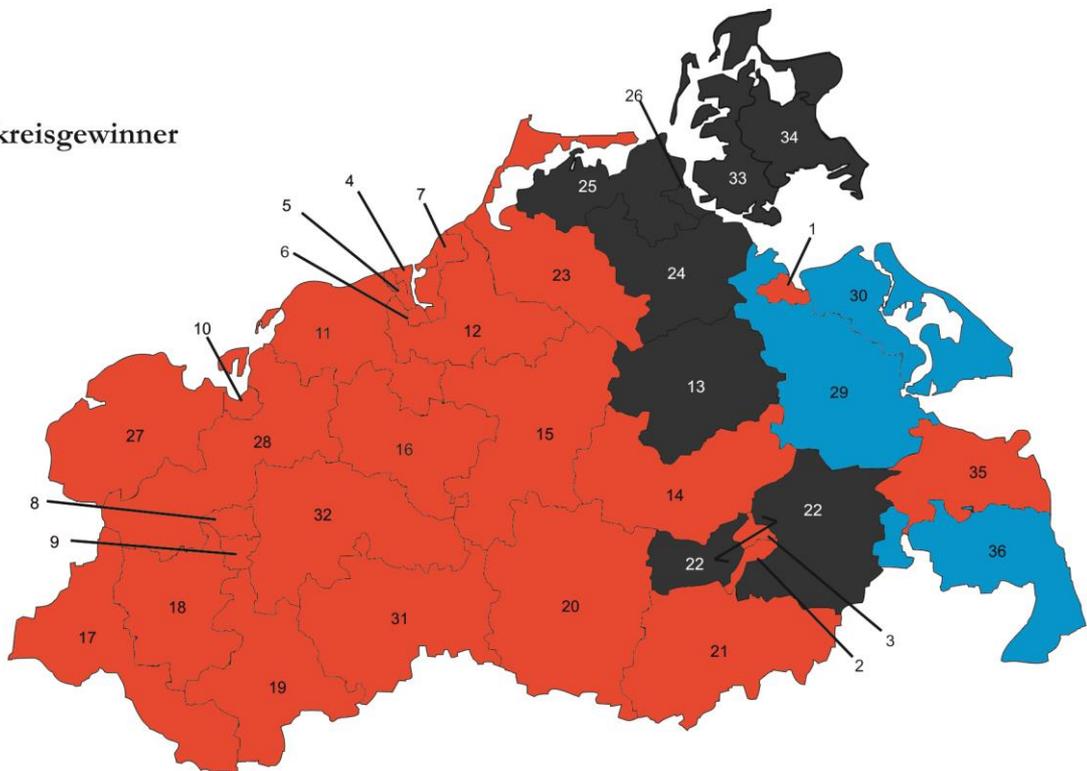
Darstellung: Jan Müller, Steffen Schoon.

Karte 4: Wahlbeteiligung und Wahlkreisgewinner bei der Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern nach Wahlkreisen

Wahlbeteiligung



Wahlkreisgewinner



Darstellung: Jan Müller, Steffen Schoon.

Die Autorinnen und Autoren

- Johanna Düwel** **M.A.**, geboren 1990 in Pasewalk, Doktorandin am IPV.
- Timm Flüge** Geboren 1990 in Güstrow, 1. und 2. Staatsexamen für Gymnasien (Deutsch, Geschichte und Sozialkunde), Studienrat am Gymnasium Fridericianum Schwerin, Alumnus des IPV.
- Michèle Fischer** **B.A.**, geboren 1994 in Schwerin, M.A.-Student der Parlamentsfragen und Zivilgesellschaft in Halle, Alumna des IPV.
- Benjamin Hein** Geboren 1991 in Güstrow, 1. und 2. Staatsexamen für Gymnasien (Mathematik und Sozialwissenschaften), Lehrer am Privaten Internatgymnasium Schloss Torgelow.
- Gudrun Heinrich** **Dr. phil.**, geboren 1965 in Frankfurt am Main, Arbeitsstelle für Politische Bildung am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften.
- Philipp Huchel** **B.A.**, geboren 1989 in Neubrandenburg, Masterstudent der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.
- Conchita Hübner-Oberndörfer** **Dr. phil.**, geboren 1953 in Dresden, Akademische Oberrätin am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften.
- Martin Koschkar** **M.A.**, geboren 1982 in Wismar, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften. Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre.
- Kalin Sebastian Kostadinov** Geboren 1993 in Berlin, B.A.-Student der Politikwissenschaft und Soziologie, Student am IPV.
- Florian Lemke** **B.A.**, geboren 1992 in Eberswalde, M.Sc.-Student der e-Governance Technologies and Services in Tallinn, Alumnus des IPV.
- Michael Maser** **M.A.**, geboren 1980 in Elsterwerder, studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Soziologie, Alumnus des IPV.
- Gunnar Meiselbach** **B.A.**, geboren 1988 in Teterow, M.A.-Student Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Area Studies am IPV.
- Daniel Möck** Geboren 1994 in Tübingen, B.A.-Student der Politikwissenschaft und Germanistik, Student am IPV.
- Jan Müller** **M.A.**, geboren 1987 in Schwerin, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften. Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre.

Christian Nestler

M.A., geboren 1984 in Rostock, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften. Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre.

Jan Rohgalf

Dr. rer. pol., geboren Bad Segeberg in 1979, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften. Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte.

Christopher Scheele

M.A., geboren 1982 in Hannover, Mitarbeiter am Zentrum für Multimedia und Datentechnik des Instituts für Medienforschung der Universität Rostock.

Ausgaben der Reihe „Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung“

- Heft 1** Jürgen Rüländ: Neue Wege der Zusammenarbeit in Süd-Ost-Asien. Rostock 1994.
- Heft 2** Christian Wagner: Regionale Konflikte, Rüstungswettlauf und nukleare Proliferation in Südasien. Rostock 1995.
- Heft 3** Peter Birle/Nikolaus Werz: Argentinien nach den Wahlen vom Mai 1995. Stellungnahmen argentinischer Wissenschaftler und Politiker aus Anlaß des Symposiums „Argentinien – Politik, Kultur und Außenbeziehungen“ vom 30.6. bis 2.7.1995 in Rostock. Rostock 1995.
- Heft 4** Jost Bandelin/Gerald Braun/Jürgen Rüländ: Wirtschaftspartner Asien: Mecklenburg-Vorpommerns Unternehmer auf der Suche nach neuen Märkten. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung. Rostock 1995.
- Heft 5** Jürgen Rüländ: The Asia-Europe Meeting (ASEM): Towards a New Euro-Asian Relationship? Rostock 1996.
- Heft 6** Nikolaus Werz/Jochen Schmidt: Wahlen in Mecklenburg und Vorpommern. Rostock 1996.
- Heft 7** Christian Wagner: Politischer Wandel und wirtschaftliche Reformen in Indien. Rostock 1997.
- Heft 8** Conchita Hübner: Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die Situation von Frauen in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 1997.
- Heft 9** Martina Zellmer-Bjick: Canada's Asia-Pacific Policy on the Eve of the APEC-Summit. Rostock 1997.
- Heft 10** Falko Brinner/Michael Storck: Vom Feindbild zur Armee der Einheit. Die Bundeswehr der Einheit aus der persönlichen Sicht von zwei betroffenen Soldaten. Rostock 1998.
- Heft 11** Johann-Friedrich Engel: Tourismus und Tourismuskonzepte in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 1999.
- Heft 12** Friedrich Welsch/Nikolaus Werz: Der Wahlsieg und der Regierungsbeginn von Hugo Chávez Frías in Venezuela. Rostock 1999.
- Heft 13** Yves Bizeul/Matthias Schulz: Die deutsch-französischen Beziehungen. Rückblick und aktueller Stand. Rostock 2000.
- Heft 14** Conchita Hübner-Oberndörfer: Transformation des Bildungswesens in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990. Rostock 2001.
- Heft 15** Nikolaus Werz u.a.: Kommunale Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern Rostock 2001.
- Heft 16** Dieter Schröder u.a.: Peripherer ländlicher Raum – zum Beispiel der Landkreis Demmin. Rostock 2002.
- Heft 17** Yves Bizeul u.a.: 10 Jahre Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften. Ehrenpromotion von Prof. Dr. Dieter Schröder. Rostock 2002.
- Heft 18** Gudrun Heinrich/Nikolaus Werz (Hrsg.): Forschungen in Mecklenburg-Vorpommern zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Rostock 2003.

- Heft 19** Gudrun Heinrich (Hrsg.): Qualitätssicherung und Nachhaltigkeit in der Arbeit gegen Rechtsextremismus. Rostock 2004.
- Heft 20** Gudrun Heinrich (Hrsg.): Jugend und Politik – Verdrossenheit? Rostock 2004.
- Heft 21** Hans Jörg Hennecke (Hrsg.): Staats- und Verwaltungsmodernisierung in Mecklenburg-Vorpommern. Anregungen, Standpunkte und Perspektiven zur Reformdebatte. Rostock 2004.
- Heft 22** Steffen Schoon u.a.: Die Kommunalwahlen 2004 in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2004.
- Heft 23** Dörte Ahrendt-Völschow: Die Lateinamerikawissenschaften an der Universität Rostock von 1958 bis 1995. Rostock 2004.
- Heft 24** Nikolaus Werz u.a.: Kooperation im Ostseeraum. Eine Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen und politischen Kooperation unter besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer. Rostock 2005.
- Heft 25** Gudrun Heinrich u.a.: Beiträge zu Fragen von Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus. Rostock 2005.
- Heft 26** Jenny Bonin/Nikolaus Werz u.a.: Baltic Cities and Migration. Contributions of the UBC Workshop Baltic Cities and Migration. Problems – Potentials – Perspectives, 05-07 Oktober 2006 in Rostock. Rostock 2006.
- Heft 27** Steffen Schoon/Nikolaus Werz (Hrsg.): Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler. Rostock 2006.
- Heft 28** Arne Lehmann: Gründe und Folgen des Brain Drain in Mecklenburg-Vorpommern. Zur Abwanderung in einem ostdeutschen Flächenland. Rostock 2008.
- Heft 29** Steffen Schoon/Arne Lehmann (Hrsg.): Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2009.
- Heft 30** Mykola Myhailovich Izha/Friedhelm B. Meyer zu Natrup: Politik und Verwaltung. Rostock 2010.
- Heft 31** Martin Koschkar/Christopher Scheele (Hrsg.): Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler. Rostock 2011.
- Heft 32** Thomas Prenzel (Hrsg.): 20 Jahre Rostock-Lichtenhagen. Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt. Rostock 2012.
- Heft 33** Christian Nestler/Christopher Scheele (Hrsg.): Die Kommunalwahlen 2014 in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2014.
- Heft 34** Christian Pfeiffer/Nikolaus Werz: Spanien vor den Wahlen 2015. Eine erste Analyse der Regional- und Kommunalwahlen. Rostock 2015.
- Heft 35** Nikolaus Werz (Hrsg.): Kuba im Wandel. Beiträge eines interdisziplinären Kolloquiums. Rostock 2016.
- Heft 36** Martin Koschkar/Jan Müller/Christian Nestler (Hrsg.): Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2016 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler. Rostock 2016.